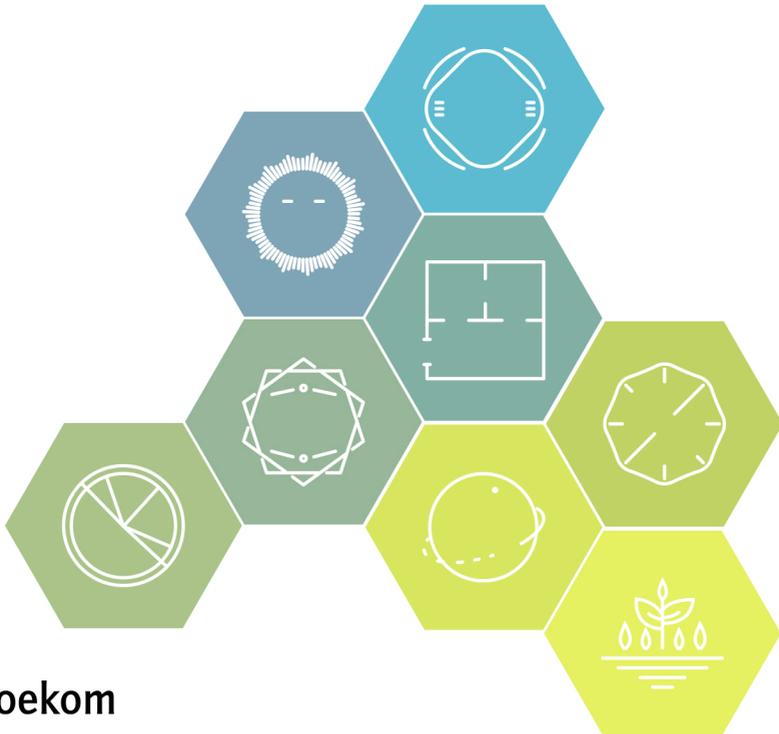


Bausteine für Klimagerechtigkeit

*8 Maßnahmen für eine solidarische
Zukunft*



natürlich oekom!

Mit diesem Buch halten Sie ein echtes Stück Nachhaltigkeit in den Händen. Durch Ihren Kauf unterstützen Sie eine Produktion mit hohen ökologischen Ansprüchen:

- 100 % Recyclingpapier
- mineralölfreie Druckfarben
- Verzicht auf Plastikfolie
- Kompensation aller CO₂-Emissionen
- kurze Transportwege – in Deutschland gedruckt

Weitere Informationen unter www.natürlich-oekom.de
und #natürlicheoekom



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über www.dnb.de abrufbar.

© 2023 oekom verlag, München
oekom – Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH
Goethestraße 28, 80336 München

Layout, Satz und Infografiken: Diana Neumerkel
Übersetzung Kapitel Klimaschulden: Katharina Talanow
Lektorat: Katharina Spangler / Eva Mahnke
Korrektur: Ronja Morgenthaler
Umschlaggestaltung: Laura Denke, oekom verlag
Illustrationen (S. 45, 76, 104, 108, 153, 193, 249): Henriette Bauer von 123comics.net
Icons: freepik.com: @rawpixel.com
Druck: Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, Regensburg



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz: Namensnennung –
Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0).
Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung
und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter:
creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

Alle Rechte vorbehalten
ISBN 978-3-98726-073-5
E-ISBN 978-3-98726-310-1
<https://doi.org/10.14512/9783987263101>



Bausteine für Klimagerechtigkeit

*8 Maßnahmen für eine
solidarische Zukunft*

Inhalt

1 Einführung 7

2 Bausteine für Klimagerechtigkeit 25



Gerechte Wohnraumverteilung

34

Der Wohnraum pro Kopf nimmt in Deutschland zu, wodurch auch der Energiebedarf steigt. Gleichzeitig ist Wohnraum ungleich und ungerecht verteilt. Auf einem profitorientierten Wohnungsmarkt besteht allerdings kein Interesse daran, Wohnraum sozial und umweltgerecht zu verteilen. Mit der Vergesellschaftung von Wohnraum kann die Umsetzung dieser Ziele ermöglicht bzw. maßgeblich beschleunigt werden.

Kai Kuhnhehn, Lisa Vollmer



Autofreie Städte

53

Unsere Städte wurden für Autos gebaut – mit gravierenden Folgen für das Leben der Stadtbewohner*innen und -besucher*innen. Mit mehr Fokus auf die Menschen können wir Lebensqualität, saubere Luft, Platz für Begegnung, Sicherheit und mehr Klimagerechtigkeit gewinnen. Dazu müssen wir die Zahl der Autos in Städten drastisch reduzieren.

Carolina Achilles



Energiepreise

79

Anstelle neuer fossiler Energieprojekte braucht es in der Energiekrise eine Energie-Grundversorgung für alle: Progressive Tarife mit Preisdeckel für den Grundbedarf, Umverteilung von Profiten, gezielte Drosselungen und Umbau von industrieller Produktion und Investitionen in die Wärmewende.

Lasse Thiele

2 Bausteine für Klimagerechtigkeit



Arbeitszeitverkürzung

107

Kollektive Arbeitszeitverkürzung auf 28h und eine 4-Tage-Woche ist ein zentrales Element einer sozial-ökologischen Transformation. Durchgeführt bei vollem Lohnausgleich und mit Personalausgleich ist sie ein essentieller Beitrag zu Umverteilung von Arbeit, Zeit und Einkommen.

Nina Treu



Gerechte Bodenpolitik

135

Landwirtschaftliche Böden in Deutschland sind sehr ungleich verteilt, außerlandwirtschaftliche Investoren und Großbetriebe nutzen Boden zunehmend als Spekulationsobjekt. Das lässt die Bodenpreise steigen und führt zur Konzentration von viel Fläche in den Händen weniger, profitorientierter Akteur*innen. Gerechte Bodenpolitik hat zum Ziel, den Bodenmarkt zu demokratisieren, Land nach sozialen und ökologischen Konzepten zu vergeben und Verteilungsgerechtigkeit herzustellen.

Gesine Langlotz, Eva Mahnke, Katharina Talanow



Sozial-ökologische Steuerpolitik

177

Aktuell ist das deutsche und internationale Steuersystem durch zahlreiche umweltschädliche Subventionen, Steuerprivilegien für Superreiche sowie Ausnahmeregelungen und Schlupflöcher für große Konzerne ungerecht, klimaschädlich und demokratiegefährdend. Durch sozial-ökologische Steuerreformen können Ungerechtigkeiten abgebaut sowie ökologische Lenkungswirkungen und umverteilende Effekte gefördert werden.

Ruth Krohn

2 Bausteine für Klimagerechtigkeit



Klimaschulden & Reparationen

217

Entwicklungsländer leiden unter einem doppelten Schlag: Sie sind vom Klimawandel betroffen, den sie kaum mitverursacht haben, und sie haben Mühe, eine hohe, nicht gerechtfertigte Schuldenlast zu begleichen. Durch einen Schuldenstrich und Reparationszahlungen müssen wir der Klimagerechtigkeit einen Schritt näher kommen.

Oumarou Mfochivé



Grundeinkommen & soziale Garantien

249

Grundeinkommen und andere soziale Garantien befördern soziale Gleichheit und bringen soziale Sicherheit für alle. Sie minimieren die Ängste vor den notwendigen Veränderungen und erhöhen die Bereitschaft für diese Veränderungen, die mit der sozial-ökologischen Transformation einhergehen müssen..

Ronald Blaschke, Werner Rätz

3 Klimagerechtigkeit und ... 281

Gute Gesundheitsversorgung für alle 282

Mia Smettan, Frauke Linne

Öffentliche digitale Infrastrukturen 294

Nicolas Guenot

Transformative Bildung 307

Esther Wawerda, Carolina Hoffmann

Danksagung 318



1. Einführung



Klimakrise, Artensterben, ein menschenverachtender Umgang mit Geflüchteten, Pandemie und Kriege – die letzten Jahre zeigen uns mehr als deutlich, was es heißt, in Zeiten multipler Krisen zu leben.

Die Krisenpermanenz führt uns vor Augen, wie eng soziale und ökologische Herausforderungen zusammenhängen und sich gegenseitig beeinflussen, und wie dringend es ganzheitliche Antworten braucht.

Viele dieser Zusammenhänge fließen im Begriff der **Klima(un)gerechtigkeit** zusammen. Ob steigende Preise für Lebensmittel und Energie, extreme Hitze, Dürren, Ernteaufschläge oder Überschwemmungen: Die Folgen dieser Krisen treffen nicht alle Menschen gleich.

Sie verschärfen soziale Ungleichheit und machen Umverteilung und einen fairen Umgang mit Ressourcen global und innerhalb von Gesellschaften noch wichtiger.

Klimagerechtigkeit

Wenn wir über die Klimakrise sprechen, ist oft zunächst von naturwissenschaftlichen Problemen die Rede. Treibhausgase erhitzen die Atmosphäre, Klimazonen verschieben sich, Ökosysteme können sich der schnellen Veränderung kaum anpassen, Spezies sterben aus, Extremwetterereignisse verwüsten Landschaften und Städte, Menschen sterben oder verlieren ihre Lebensgrundlage. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: **Die Menschheit muss ihren Ausstoß an Treibhausgasen drastisch reduzieren.**

»Die Menschheit« ? Sitzen wir alle im gleichen Boot ?

Die reichsten Länder der Welt tragen historisch die größte Verantwortung für die Klimakrise. Auf der Liste der historischen Emissionen steht Deutschland auf **Platz 4**, obwohl heute mit 84 Mio. Menschen nur ca. 1% der Weltbevölkerung hier lebt¹. Länder des Globalen Nordens haben jahrhundertlang ihre Wirtschaft mit fossilen Energieträgern und unter Ausbeutung von Ressourcen betrieben. Besonders stark sind von dieser Ausbeutung Menschen und Natur in Ländern des Globalen Südens betroffen.

Gleichzeitig leiden Länder des Globalen Südens stärker unter der Klimakrise. Obwohl sie weniger Verantwortung tragen, sind sie stärker betroffen und haben oftmals geringere Anpassungskapazitäten. **Auf dieses Ungleichgewicht legt die Forderung nach Klimagerechtigkeit den Fokus.** Klimagerechte Politik bedeutet also neben der Reduktion von Emissionen auch den aktiven Abbau (globaler) sozialer Ungleichheit und ausbeuterischer Wirtschaftsstrukturen. 

1 → www.tech-for-future.de/co2-ausstoss.

Besonders wichtig ist die Rolle indigener Gesellschaften. UN-Berichte kommen zu dem Schluss, dass sich 80% aller Tier- und Pflanzenarten auf indigenen Territorien befinden, die ein Viertel der Landfläche der Erde ausmachen.² **Der Schutz indigener Landrechte ist also Kern von klimagerechter Politik.** Indigene Gesellschaften, die für ihre Landrechte und für Biodiversität eintreten, werden daher oft als zentrale Kräfte der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung bezeichnet.

In all diesen Krisen zeigt sich auch, wie anfällig, ungerecht und undemokratisch unser wachstumsbasiertes, profitorientiertes und globalisiertes Wirtschaftssystem ist. Statt guter und gerecht verteilter Gesundheitsversorgung, einer menschenrechtskonformen Aufnahme von Geflüchteten und sozialer Umverteilungspolitik erleben wir, wie mit Milliardenhilfen Airlines gerettet werden, Sprit subventioniert und in die fossile Rüstungsindustrie und LNG-Terminals investiert wird. Als Antwort auf die Klimakrise werden von Wirtschaftsverbänden grundsätzlich nur solche Lösungen propagiert, die neue Wachstumsmärkte in Aussicht stellen – selbst wenn es sich um bloße Scheinlösungen wie ein breiter Einsatz von E-Fuels, CO₂-Ausgleichszertifikate oder eine überdimensionierte Wasserstoffindustrie handelt. Für Klimagerechtigkeit braucht es aber strukturelle Veränderungen, denn Klimazerstörung ist eng mit der Funktionsweise unseres Wirtschaftssystems verbunden. In der parlamentarischen Politik fehlen hierfür Konzepte und Umsetzungsperspektiven – und meist auch der Wille, diese voranzubringen. Hier wollen wir mit unserem Buch ansetzen und zur Durchsetzung solcher transformativen gesellschaftlichen Projekte beitragen.

2 → www.un.org/development/desa/dspd/2021/04/indigenous-peoples-sustainability

Unser übergreifendes Ziel ist eine lebenswerte Zukunft für alle. Wie diese Zukunft aussehen könnte, haben wir als *Konzeptwerk* mit vielen Partner*innen in einem früheren Projekt formuliert – als Utopie für das Jahr 2048. Das dazugehörige Buch *ZUKUNFT FÜR ALLE* erschien 2020 und steht online kostenfrei zu Verfügung. Es verdeutlicht: Für eine klimagerechte Zukunft ist eine grundlegende Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft notwendig.

Doch 2048 ist noch weit weg. Wenn wir konkrete Utopien ins Auge fassen, müssen wir natürlich auch Wege dorthin finden, die im Hier und Jetzt beginnen. Das ist die Idee der *BAUSTEINE FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT*. Wir möchten klimapolitisch wirksame Maßnahmen für einen sozial-ökologischen Umbau in den nächsten 5-10 Jahren vorstellen, zusammengestellt gemeinsam mit Akteur*innen aus sozialen Bewegungen, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik und Gewerkschaften. Die exemplarisch ausgewählten Maßnahmen sind im Grunde jede für sich ein gesellschaftliches Transformationsprojekt. Sie zeichnen sich durch drei Eigenschaften aus, die wir mit den Begriffen transformativ, solidarisch und machbar beschreiben.

→ ***Transformativ sind diese Maßnahmen insofern, als dass sie auf strukturelle Veränderungen unseres wachstumsbasierten, profitorientierten und globalisierten Wirtschaftssystems zielen.***

Das derzeit dominante Leitbild der Krisenbearbeitung ist das einer »ökologischen Modernisierung«. Die Aufgabe der Politik wird dabei so verstanden, private Wirtschaftsakteur*innen darin zu unterstützen, über technische Innovationen für ökologische Nachhaltigkeit zu sorgen. Mit »grünem« Wachstum soll es dann weitergehen wie bisher – dabei ist die versprochene dauerhafte Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Verbrauch natürlicher Ressourcen unrealistisch. Zudem ignoriert der Ansatz die

komplexen sozialen Krisenzusammenhänge. Unsere Vorschläge dagegen wollen die sozialen Beziehungen und Verhältnisse verändern, innerhalb derer wir leben und wirtschaften. Sie setzen im Hier und Jetzt an, aber enthalten einen gewissen utopischen Überschuss: Sie weisen über das Bestehende hinaus und etablieren oder fördern ein solidarisches Miteinander in der Wirtschaft. Statt um Marktmechanismen geht es um den Aufbau wachstumsunabhängiger Strukturen.

Ökologische Modernisierung und grünes Wachstum

Im politischen sowie gesellschaftlichen Mainstream wird die Klimakrise immer noch vor allem als technisches Problem begriffen, das im politischen »Normalbetrieb« allein durch Infrastrukturpolitik – durch mehr erneuerbare Energie, Wasserstoff, Elektroautos etc. – gelöst werden könne, ohne dass sich die Lebens- und Produktionsweise ändern müsste. Diese Strategie der ökologischen Modernisierung ignoriert einerseits **die Grenzen der Entkopplung von wirtschaftlicher Aktivität und Umweltzerstörung**, andererseits die **zahlreichen Verbindungen zwischen Klimakrise und sozialen Problemen**. Damit droht sie nicht nur aus klimapolitischer Sicht zu scheitern, sondern andere Probleme zu verschärfen. Beispiele hierfür sind der Rohstoffverbrauch, um etwa die gesamte Autoflotte durch E-Mobile auszutauschen oder die neokolonialen Vorstellungen, dass andere Länder genug Wasserstoff für die deutsche Wirtschaft bereitstellen werden.

→ ***Solidarisch sind die ausgewählten Vorschläge, weil sie die Klimakrise im Kern als soziale Krise begreifen und auch als solche lösen wollen.***

Denn je mehr Zerstörung durch die Klimakatastrophe droht, umso unerlässlicher wird die gerechte Verteilung von Ressourcen, um dennoch ein gutes Leben für alle zu ermöglichen. Das gilt nicht nur im nationalen Rahmen, sondern global. Hier rückt die notwendige Erreichung von Nullemissionen – nicht einfach nur Klimaneutralität – in den frühindustrialisierten Ländern zu oft in den Hintergrund. Stattdessen werden etwa CO₂-Ausgleichsprojekte erdacht, die nicht nur in ihrer ökologischen Wirkung höchst fragwürdig sind und den notwendigen strukturellen Umbau verzögern, sondern auch neue Ungerechtigkeiten schaffen – etwa indem indigene Gemeinschaften von ihrem Land vertrieben werden. Nur Maßnahmen, die mit diesen Prinzipien brechen, können unsere Gesellschaft wirklich gerechter, demokratischer, nachhaltiger und resilienter gegenüber Krisen machen. Unsere Ansätze folgen darum einem globalen Gerechtigkeitsanspruch, der klimapolitisch zuerst eine schnelle radikale Senkung von Emissionen im Globalen Norden und also auch in Deutschland erfordert. Und sie schlagen konkrete Solidaritätsmaßnahmen vor, die gleichzeitig ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit bedeuten.

→ ***Machbar sind unsere Vorschläge in zweierlei Sinn. Zum einen, weil sie auf gesellschaftliche statt technische Innovationen fokussieren.***

Die Szenarien des Weltklimarats zur Klimastabilisierung setzen in großem Maße auf sogenannte Negativemissionstechnologien, die bisher nur in Ansätzen entwickelt sind und vielleicht nie großflächig einsatzbereit sein werden. So sollen in Zukunft die heutigen Emissionen wieder ausgeglichen werden – eine äußerst

riskante Rechnung.³ Unsere Ansätze dagegen setzen auf gesellschaftliche Veränderungen, die physikalisch und ökonomisch realisierbar sind und deren Beitrag zu einer höheren Lebensqualität für die meisten Menschen einleuchtend ist.



Zum anderen sind diese Ansätze machbar, weil sie als Einstiegsprojekte in eine Transformation konkrete nächste Schritte für die kommenden Jahre vorschlagen.

Diese könnten bis 2030 in erheblichen Teilen realisiert sein, ohne bereits ein grundlegend anderes Wirtschaftssystem voraussetzen – und würden gleichzeitig zu dessen schrittweiser Entwicklung beitragen. Wir zeigen auf, welche verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte sich bereits für die Maßnahmen einsetzen oder potentiell gewinnen lassen, und formulieren Ansätze für die gesellschaftliche Durchsetzung der Maßnahmen im Rahmen zivilgesellschaftlicher Bündnisse.

³ Zu den Risiken hat Linda Schneider bei der *Heinrich-Böll-Stiftung* einen aufschlussreichen Artikel veröffentlicht → 1,5-Grad-Bericht des Weltklimarates: Fokus auf striktes Klimaziel ohne »Overshoot« (10.10.2018).

Theorie der Transformation

Doch was meinen wir eigentlich mit dieser Transformation? Wie wollen wir dort hinkommen? Und wieso eignen sich die in diesem Buch versammelten Maßnahmen dafür? Im Folgenden versuchen wir, unseren Transformationsansatz kurz zu skizzieren, um vor diesem Hintergrund die Vorschläge in den folgenden Kapiteln leichter nachvollziehbar zu machen.

Starke politische und wirtschaftliche Kräfte versuchen, den gesellschaftlichen Status Quo zu erhalten oder ihn nur im Sinne eines kontrollierten Prozesses schrittweise zu »modernisieren« – ohne dabei gesellschaftliche Kräfteverhältnisse und Hierarchien nennenswert zu verändern. In kapitalistischen Gesellschaften sind politische und wirtschaftliche Macht bekanntlich stark verschränkt: Wer Geld hat, hat Einfluss. Das Spektrum dieser Einflussnahmen ist dabei breit: Es umfasst den »sanften« Aufbau gesellschaftlicher Deutungsmacht über Bildungseinrichtungen, Think Tanks oder Medienunternehmen, die bestimmte Denkweisen und Überzeugungen verbreiten (*»Klimaschutz ist teuer«, »Sozialabgaben führen ins wirtschaftliche Elend«, »nur mit Wachstum können wir gut leben«*). Es beinhaltet aber auch das Drohen mit Investitions- und Kapitalstreik im Falle unliebsamer wirtschaftspolitischer Entscheidungen (*»dann verlagern wir die Arbeitsplätze ins Ausland!«*). Und es umfasst Großspenden an Parteien und lukrative Aufsichtsratsposten für Politiker*innen. In einer globalisierten kapitalistischen Wirtschaft können diese wirtschaftlichen und politischen Kräfte dabei auf tatsächliche Sachzwänge des globalen Wettbewerbs verweisen: Diese wirken zwar nicht so unvermittelt, dass sie jede politische Entscheidung diktieren müssten, doch ihre Kraft ist real. Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einer nationalen Wirtschaft wirkt sich in diesem System unbestreitbar negativ auf das Leben der Bevölkerungsmehrheit im jeweiligen Land aus – zum Beispiel durch den Verlust von Industriearbeitsplätzen und daraufhin sinkende Lebensstandards.

Deutschland profitiert dabei noch von einer privilegierten Position in der internationalen Arbeitsteilung. Viele Branchen, die hochpreisige Spezialprodukte in alle Welt exportieren können, bleiben angesichts des Infrastrukturangebots und vieler hochqualifizierter Arbeitskräfte hier. Doch auch hierzulande mussten schon ganze Regionen die Abwanderung großer Industriezweige erleben, für die andere Standorte mit schwächerer gewerkschaftlicher Organisation und vergleichsweise niedrigeren Arbeitsschutz- und Umweltstandards attraktiver waren. Da die Ängste vor den Auswirkungen starker sozial- und umweltpolitischer Maßnahmen unter diesen Umständen nicht völlig aus der Luft gegriffen sind, ist es für Konservative umso leichter, sie weiter zu schüren und gegen konsequente Klimapolitik in Stellung zu bringen. Es sollte jedoch darum gehen, die Umstände zu verändern, unter denen die richtigen Entscheidungen so schwer fallen.

Transformation

Wir benutzen den Begriff »sozial-ökologische Transformation« einerseits in Abgrenzung zu einem abrupten, gewaltvollen revolutionären Umsturz und andererseits zu einer rein reformistischen Veränderungspraxis, die z.B. Machtverhältnisse ausblendet. Die sozial-ökologische Transformation hat zum Ziel, sowohl **ideelle als auch materielle Verhältnisse tiefgehend zu verändern**. Transformative Bildung verändert das Denken der Menschen. Institutionen unserer Gesellschaft werden konsequent auf soziale und ökologische Ziele ausgerichtet und demokratisiert. Gleichzeitig ist das Ausprobieren von Alternativen und der Aufbau von Gegenmacht essentiell, um materielle Veränderungen zu bewirken (z.B. Genossenschaften, Solidarische Landwirtschaft, Gewerkschaften, soziale Bewegungen).



Gegenmacht

Um gegen diese Widerstandskräfte transformative, emanzipatorische Veränderungen zu erreichen, braucht es starke gesellschaftliche Gegenmacht. Wir glauben dabei an die Kraft sozialer Bewegungen, gesellschaftliche Veränderungen anzustoßen. *Fridays for Future* etwa schafften es nach der Gründung Ende 2018 in nur wenigen Monaten, die klimapolitische Debatte in Deutschland auf ein neues Niveau zu heben. Bewegungen sind aber auf Hebel für politische Veränderung angewiesen: Hebel, mit denen sie die eigene Kraft durch die vieler weiterer Menschen verstärken können, um an einer bestimmten Stelle konkrete Veränderungen zu erwirken und damit die Ausgangsbedingungen für ihr weiteres Handeln zu verbessern. Viel Aufmerksamkeit und Umfragemehrheiten für progressive Politikansätze sind zwar ein aufmunterndes Zeichen, nützen aber für sich noch wenig. Diese Mehrheiten müssen sich auch organisieren und ihre Positionen gemeinsam vertreten, um gezielten Druck auszuüben und die politischen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft insgesamt zu verschieben. Dabei können wir nicht davon ausgehen, dass alle Menschen zu Vollzeitaktivist*innen werden. Es braucht auch Angebote und Kampagnen, die es vielen Menschen ermöglichen, politisch aktiv zu werden, ohne direkt ihr ganzes Leben dem Politaktivismus zu widmen.

Gleichzeitig ist es wichtig für Bewegungen und die ihnen verbundenen Menschen, gezielt in die Institutionen hineinzuwirken, die gesellschaftliche Denkmuster prägen: Schulen und Hochschulen, Vereine und Verbände, Verwaltungen und Religionsgemeinschaften, Medienanstalten und Kultureinrichtungen. Hilfreich kann dabei ein Zusammenspiel sein, in dem Bewegungen als »radikale Flanke« agieren und damit »moderateren« Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik Spielräume öffnen – und diese auch ermuntern, im Angesicht fortschreitender Krisen mutiger vorzugehen. Soziale Bewegungen können also den Kern

gesellschaftlicher Gegenmacht bilden, die aber letztlich weit über sie hinausreichen muss.

Für diese Gegenmacht sehen wir zwei verknüpfte Pfade des transformativen Handelns, die sich im besten Falle gegenseitig unterstützen: das Schaffen von Freiräumen und die »revolutionäre Realpolitik«.



Freiräume

Als Freiräume bezeichnen wir all die Orte und Strukturen, an denen Menschen solidarisch zusammenarbeiten und -leben, ohne ihr Handeln unmittelbar von kapitalistischen Sachzwängen leiten zu lassen. In ihnen wird versucht, Utopien vorwegzunehmen und andere Beziehungsformen auszuprobieren. Freiräume haben so eine Vorbildfunktion und lassen Ideen und Praktiken einer sozial-ökologischen Lebensweise für mehr Menschen anschaulich und erlebbar werden – seien es gemeinschaftliche Wohnprojekte, solidarische Landwirtschaftsbetriebe, spendenbasierte »Küchen für Alle« oder kollektiv betriebene Gesundheitszentren. Auch kommunale Einrichtungen können Freiraumqualitäten besitzen und sind häufig für mehr Menschen zugänglich, wenngleich es hier meistens einen erheblichen Demokratisierungsbedarf gibt.

Je mehr solcher Freiräume es gibt, desto eher können diese eine Basis für reale Autonomie bieten. Schon jetzt machen sie es vielen Menschen möglich, ihr Leben mit wenig Geld zu bestreiten. Gäbe es mehr dieser Infrastrukturen, könnten sie auch für die breitere Bevölkerung mehr Unabhängigkeit von kapitalistischen Wachstums- und Krisenzyklen bedeuten. Je mehr Grundbedürfnisse jenseits des Marktes erfüllt werden können, desto weniger begrenzen die Sachzwänge des Weltmarkts das politische Handeln. Argumente wie »Wir müssen alles auf die Interessen der Investoren

zuschneiden, sonst verlieren wir Arbeitsplätze und müssen alle hungern« greifen dann nicht mehr. Das verbessert auch die Grundlage für realpolitische Fortschritte in allen Bereichen.

Natürlich sind Freiräume mitten in einer kapitalistischen Gesellschaft nie absolut frei von den Machtverhältnissen und Strukturen ihrer Umgebung, die sie in ihrer Existenz bedrohen. Viele Projekte, die in den 1970er Jahren entstanden, wurden so nach und nach von der kapitalistischen Realität eingeholt. Auch darum ist das Zusammenspiel mit einer transformativen Realpolitik so wichtig: Letztere kann auch das Ziel verfolgen, Freiräume zu erhalten, zu unterstützen und auszuweiten. So kann etwa auf kommunaler Ebene erreicht werden, dass lokale Kulturprojekte oder selbstverwaltete Jugendzentren gefördert werden oder Schulkantinen ihr Essen aus solidarischen Landwirtschaftsbetrieben beziehen.



Revolutionäre Realpolitik

Die Beispiele deuten es schon an: So wichtig Veränderung im Kleinen, im Lokalen, in den Nischen ist, kann sie nicht den alleinigen Horizont des transformativen Handelns darstellen. Natürlich gilt es, auch auf höheren Ebenen die gesellschaftlichen Institutionen, Strukturen und Gesetze zu verändern. Nur wie lässt sich die theoretisch erkannte Notwendigkeit eines vollständig neuen Wirtschaftssystems mit der praktischen Notwendigkeit eines realpolitischen Zugangs verbinden, der schrittweise Veränderung aus dem Hier und Jetzt möglich macht – ohne dass diese Reformen bloß das bestehende System absichern?

Vor diesem Problem standen schon viele: So prägte Rosa Luxemburg einst den Begriff der »revolutionären Realpolitik«, den sie selbst eher beiläufig verwendete. Joachim Hirsch brachte später

einen ähnlichen Ansatz auf die Formel des »radikalen Reformismus«. Erik Olin Wright sprach von »symbiotischer Transformation«, Dieter Klein von »doppelter Transformation«.⁴ Sie alle wollten und wollen revolutionäre Veränderung, die sich aber nur über längere Zeiträume abspielen kann. Alle sehen den Ursprung der Veränderung in der Gesellschaft und stellen den Staat nicht in den Mittelpunkt, sehen aber auch, dass diese Prozesse nicht nur an den bestehenden politischen Institutionen vorbei passieren können.

Wie steht es nun um die Rolle des Staates in der Transformation? Wir sehen den Staat weder als Institution, die schlicht den demokratischen Mehrheitswillen umsetzt, noch als bloßes Herrschaftsinstrument weniger Mächtiger, sondern als Konfliktfeld und Aushandlungsraum, in dem wirtschaftlich mächtige gesellschaftliche Kräfte ihre Interessen üblicherweise am besten durchsetzen können. Zudem handeln staatliche Institutionen nur in relativer Unabhängigkeit von Wirtschaftsinteressen. Sie sind letztlich zur eigenen Erhaltung darauf angewiesen, erfolgreiche Standortpolitik zu betreiben, also kapitalistischen Interessen gerecht zu werden und möglichst ideale Wachstumsbedingungen zu schaffen. Tun sie das nicht, versiegen Kreditquellen auf den Anleihenmärkten und Investitionen wandern ins Ausland ab. Geht infolgedessen die Wirtschaftsleistung zurück und gehen Arbeitsplätze verloren, droht auch die Abstrafung der Regierenden an der Wahlurne.⁵

Das legt die Hürden hoch, staatliche Akteur*innen zu transformativem Handeln zu bringen. Und dennoch beinhaltet transformative politische Arbeit diesseits revolutionärer Ereignisse auch,

-
- 4 Siehe Kern, Bruno (2020) → Rosa Luxemburg. Ein Leben wider die Barbarei. *Weimarer Verlagsgesellschaft*, S. 23–34; Hirsch, Joachim (2013) → Radikaler Reformismus. Zur Rolle des Staates in gesellschaftlichen Emanzipationsprozessen. In: *Zelik/Tauss* (Hg.) → *Andere mögliche Welten?* VSA, S. 95–107; Wright, Erik Olin (2017) → *Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus.* *Suhrkamp*; Klein, Dieter (2013) → *Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus.* VSA.
- 5 Siehe Poulantzas, Nicos (2002) → *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus.* VSA; Hirsch, Joachim (2005) → *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems.* VSA.

politische Entscheidungsträger*innen so zu beeinflussen, dass sie dennoch im Sinne der Transformation handeln. Knapp 30 Jahre UN-Klimaverhandlungen lehren uns, dass das nicht primär über die Kraft des besseren Arguments funktionieren wird, wenn mächtige Wirtschaftsinteressen unserem Transformationsanspruch entgegenstehen. Aber Veränderungen der gesellschaftlichen Stimmung mit einer stark organisierten Mehrheit können das unmittelbare Machtkalkül von Entscheidungsträger*innen verändern. Wenn Entscheidungsträger*innen tatsächlich selbst inhaltlich von unseren Ansätzen überzeugt sind, umso besser. Der Atomausstieg etwa wurde so von unten erkämpft und letztlich staatlich umgesetzt, wenn auch nicht in dem von der Bewegung geforderten Umfang und Tempo. Einige der Regierenden taten das aus Überzeugung, andere eher zum Zwecke ihrer Machtabsicherung.

Wir verstehen unsere Arbeit insofern nicht als Politikberatung, sondern als Unterstützung für transformative Akteur*innen, die rebellisch-demokratisch handeln. Der Wandel geht von unten aus, aber Fortschritte müssen auf höheren politischen Ebenen abgesichert werden. Je erfolgreicher transformative Bewegungen sind, desto größere Unabhängigkeit erlauben sie auch gegenüber der Sachzwanglogik globaler Märkte und erweitern Handlungsspielräume für den weiteren Transformationsprozess.



Degrowth: Für das gute Leben

Damit ist einiges über das WIE der Veränderung gesagt, aber noch wenig über das WAS: Wie soll dieses gute Leben aussehen, das über solch umkämpfte Transformationsprozesse erreicht werden kann? Tatsächlich wirkt sich unsere Antwort auch auf diese inhaltliche Frage wiederum auf unsere Transformationsstrategie aus.

Unsere Konzepte verfolgen stets einen Degrowth-Ansatz: Davon ausgehend, dass unendliches Wachstum auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen nicht möglich sein wird, wenden wir uns nicht nur gegen Ansätze, die bequemes »grünes Wachstum« durch Marktkräfte versprechen und bis auf technische Umstellungen alles beim Alten lassen wollen. Wir begegnen auch Ansätzen mit Skepsis, die zwar das System verändern wollen, aber dabei letztlich – ob in einem reformierten Kapitalismus oder in einem postkapitalistischen Wirtschaftssystem – auch darauf setzen, dass in einer »grünen« Wirtschaft immer mehr materieller Wohlstand im Sinne individuellen Konsums für alle möglich sein wird, wenn der nur gerecht verteilt wird. Solche Ansätze verbleiben häufig, ob sie es zugeben oder nicht, in einem nationalen und damit in letzter Konsequenz auch nationalistischen Rahmen, wenn sie eine nicht global verallgemeinerbare Lebensweise als Norm aufrechterhalten. Denn das setzt voraus, dass Länder wie Deutschland sich weiterhin überproportional viele Ressourcen aneignen, die Menschen anderswo dann nicht zur Verfügung stehen. Solche Ansätze stabilisieren damit auch den kapitalistischen Status Quo – denn es sind die Mechanismen des Weltmarkts, die technologischen Standortvorteile des Globalen Nordens und letztlich auch militärische Übermacht, die diese Ungleichverteilung von Ressourcen und Lebenschancen ermöglichen. Ulrich Brand und Markus Wissen haben dafür den Begriff der »imperialen Lebensweise« geprägt.⁶ Wir wenden uns dagegen, den bequemsten Weg der klassischen Wohlstandssicherung für die deutsche Mehrheitsbevölkerung zu gehen, der ein Festklammern an den Überresten des Klassenkompromisses der Nachkriegszeit⁷ – also an der fortgesetzten »imperialen Lebensweise« – bedeutet.

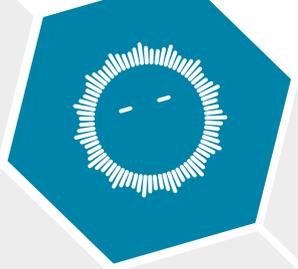
6 Brand, Ulrich und Markus Wissen (2017) → Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. *Oekom*.

7 Gemeint ist der institutionell – über Wohlfahrtsstaatsmechanismen und Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmer*innenverbänden – abgesicherte Deal, nach dem ein großer Teil der lohnabhängig Beschäftigten ein Stück vom wachsenden Wirtschaftskuchen erhält und im Gegenzug die grundsätzliche Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen und die ausbleibende wirtschaftspolitische Mitbestimmung im Kapitalismus akzeptiert.

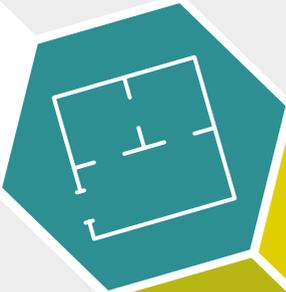
Wir können also nicht mit dem Versprechen arbeiten, dass »wir« in Zukunft alle in großen Einfamilienhäusern mit Elektroauto im Carport leben können, weil etwas mehr Umverteilung des Wirtschaftsprodukts eine rosige Zukunft für alle ermöglichen würde. Wir kommen nicht umhin, die gesellschaftlichen Vorstellungen davon, was ein gutes Leben ausmacht, zu verändern. Das macht es natürlich ungleich schwerer, Mehrheiten zu gewinnen, verglichen mit dem bequemen Rückgriff auf unmittelbar anschlussfähige Vorstellungen des »guten imperialen Lebens«.

Degrowth

Degrowth als Konzept ist das Ergebnis der Analyse, dass **das Streben nach Wirtschaftswachstum der Hauptgrund für ökologische Zerstörung und Ausbeutung ist**. Wir verstehen Degrowth demnach nicht einfach als Forderung, dass die Wirtschaft schrumpfen muss, sondern als eine Suchbewegung, die jenseits vom Wirtschaftswachstum ein **gutes Leben für alle** zum Ziel hat. Die Einhaltung der natürlichen Grenzen ist dabei genau so wesentlich wie eine globale Perspektive, denn es geht eben um ALLE – das schließt zukünftige Generationen genauso ein wie andere Gesellschaften auf diesem Planeten.



2. Bausteine für Klimagerechtigkeit



Bausteine des Transformations- prozesses

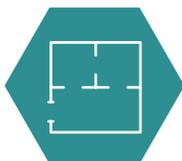
Die hier vorgestellten BAUSTEINE FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT sind der Versuch, eine Realpolitik jenseits von Wachstumswängen zu entwickeln: Es geht um Maßnahmen, die *sowohl* für mehr Klimagerechtigkeit sorgen *als auch* die Lebensqualität der Menschen im Hier und Jetzt verbessern können und vermehrt Freiräume jenseits kapitalistischer Wachstumswänge schaffen. Und doch werden sie nur durchsetzbar sein, wenn eine kritische Masse an Menschen veränderte Vorstellungen vom guten Leben entwickelt.

Autofreie Mobilität setzt zum Beispiel die Bereitschaft zur Abwendung vom Individualismus des Autoverkehrs voraus – und bietet dafür neben besserer Luft ein viel lebendigeres Stadtleben ohne ständige Unfallgefahr. Vergesellschafteter Wohnraum bricht mit dem Ideal des Wohneigentums als einziger Grundlage für ein sicheres Zuhause – und schafft stattdessen Sicherheit, die nicht an lebenslangen Leistungszwang zur Bedienung der Kredite gebunden ist, sondern auf gesellschaftlicher Solidarität gründet. Arbeitszeitverkürzung setzt auch bei weitgehendem Lohnausgleich voraus, dass Gewerkschaften ihre Verhandlungsmacht für freie Zeit statt für (absolut) mehr Lohn einsetzen – und so ihren Mitgliedern mehr Lebensqualität ermöglichen. Je mehr sich diese Ansätze verbreiten, je größere Freiräume geschaffen werden, desto stärker werden wiederum die Alltagserfahrungen der Menschen verändert und damit auch geltende Normen vom guten Leben nachhaltig verschoben.

Auch darum sind diese politischen Maßnahmen als Einstiegsprojekte so wichtig: Sie bringen Klimagerechtigkeit in den Bereichen voran, in denen dies nicht primär »Verzicht« voraussetzt – der schließlich auch in manchen gesellschaftlichen Bereichen unvermeidbar sein wird – sondern unmittelbar oder mittelbar zu einer Verbesserung von Lebensqualität führt. Das bedeutet nicht,

dass nicht auch hier erhebliche Widerstände zu erwarten wären, doch diesen steht zumindest potentiell das Eigeninteresse eines größeren Anteils der Menschen an positiver Veränderung entgegen. Dieses gilt es, in politisches Handeln zu übersetzen. Es geht also auch darum, die Möglichkeiten und Grenzen einer umfassenden Klimagerechtigkeitspolitik im deutschen Kontext auszutesten.

Für all dies möchten wir mit den Bausteinen eine Grundlage und einen Orientierungspunkt bieten. Acht Bausteine stellen wir in diesem Buch vor:



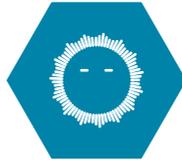
Gerechte Wohnraumverteilung

Die Pro-Kopf-Wohnfläche in Deutschland nimmt kontinuierlich zu, dadurch werden Energieeinsparungen durch bessere energetische Standards zunichte gemacht. Daneben besteht der Trend einer zunehmend ungleichen Verteilung von Wohnfläche in Deutschland. Derzeit gibt es keine wirkungsvollen politischen Maßnahmen, die zu einer bedürfnisorientierten und suffizienten Verteilung von Wohnraum führen. Das liegt auch daran, dass die Profitinteressen von Immobiliengesellschaften und Finanzwirtschaft dem entgegenstehen. Wie dies durch eine Vergesellschaftung von Wohnraum verändert werden kann und welche Maßnahmen zur Reduzierung von Wohnfläche dann gemeinsam bedürfnisgerecht umgesetzt werden, zeigen wir in diesem Kapitel.



Autofreie Städte

Unsere Städte wurden für Autos gebaut – mit gravierenden Folgen für das Leben der Stadtbewohner*innen und -besucher*innen. Mit mehr Fokus auf die Menschen bei der Stadtgestaltung können wir Lebensqualität, saubere Luft, Platz für Begegnung, Sicherheit und mehr Klimagerechtigkeit gewinnen. Dazu müssen wir die Zahl der Autos in Städten drastisch reduzieren. Doch dem stehen Machtinteressen der Autolobby und völlig veraltete Gesetze im Verkehrsrecht entgegen. Wie wir Deutschlands Städte trotzdem von Autos befreien können, haben wir in diesem Kapitel anhand konkreter Maßnahmen aufgezeigt.



Energiepreise

Im Zuge der Energiepreissteigerungen haben wir versucht, transformative Wege aus der Krise aufzuzeigen, die ohne Schnellschussinvestitionen in neue fossile Energieinfrastrukturen wie LNG-Terminals auskommen. Im Mittelpunkt stehen progressive Tarifsysteme, in denen ein Grundrecht auf Energie für Haushalte über einen günstig zur Verfügung gestellten Grundbedarf verwirklicht wird. Zusätzlicher Energieverbrauch wird dagegen zunehmend teurer abgerechnet. Zudem diskutieren wir in diesem Kapitel andere kurz- und längerfristige Schritte an, wie die Verhinderung von Strom- und Gassperren, die Umverteilung von Krisenprofiten, die Drosselung nicht-lebensnotwendiger Industrieproduktion bei Engpässen sowie die Vergesellschaftung der Energieversorgung.



Arbeitszeitverkürzung

Kollektive Arbeitszeitverkürzung (AZV) auf 28h und eine 4-Tage-Woche ist ein zentrales Element einer sozial-ökologischen Transformation. Durchgeführt bei vollem Lohnausgleich und mit Personalausgleich ist sie ein essentieller Beitrag zu Umverteilung von Arbeit, Zeit und Einkommen. Die große Mehrheit der Bevölkerung würde von einer AZV profitieren, aber die Minderheit, die das nicht tut, hat mehr Macht. In diesem Kapitel zeigen wir, wie eine AZV ausgestaltet sein müsste, um den Menschen zu dienen, einen Schritt Richtung Klimagerechtigkeit zu leisten und wie sie umsetzbar wäre.



Gerechte Bodenpolitik

Landwirtschaftliche Böden in Deutschland sind sehr ungleich verteilt, außerlandwirtschaftliche Investoren und Großbetriebe nehmen zunehmend Einfluss auf den Bodenmarkt. Das lässt die Preise steigen und führt zur Konzentration von viel Fläche in den Händen weniger, profitorientierter Akteur*innen. Gerechte Bodenpolitik hat zum Ziel, den Bodenmarkt zu demokratisieren, die Bodenvergabe nach sozialen und ökologischen Konzepten zu fördern und Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Im Mittelpunkt einer gerechten Bodenpolitik stehen dabei Maßnahmen, die die Rechte kapitalstarker Akteur*innen begrenzen, eine stärkere Gemeinwohlorientierung unterstützen und dadurch den Weg in eine demokratische, vielfältige und zukunftsfähige Landwirtschaft ebnen.



Sozial-ökologische Steuerpolitik

Aktuell ist das deutsche und internationale Steuersystem durch zahlreiche umweltschädliche Subventionen, Steuerprivilegien für Superreiche sowie Ausnahmeregelungen und Schlupflöcher für große Konzerne ungerecht, klimaschädlich und demokratiegefährdend. Durch sozial-ökologische Steuerreformen können Ungerechtigkeiten abgebaut sowie ökologische Lenkungswirkungen und umverteilende Effekte gefördert werden. Steuern sind die Haupteinnahmequelle, um den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland zu finanzieren. Reiche und Unternehmen, die die Klimakrise im Besonderen verantworten, sollten stärker an den Kosten zu deren Bewältigung beteiligt werden.

Diese sechs BAUSTEINE FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT basieren auf Diskussionen in einer Reihe von Transformationswerkstätten, die im Laufe des Jahres 2022 stattfanden. Für jeden Baustein haben wir einen fachlich geeigneten Kreis an Expert*innen aus Wissenschaft, Praxis, Politik, Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen zusammengebracht. Insgesamt waren 55 verschiedene Institutionen und Organisationen vertreten. Viele der Beteiligten haben auch Entwürfe gelesen und kommentiert, manche sich sogar an den Schreibprozessen beteiligt. Diese Bausteine finden sich als Dossiers zum Download und als Webversion aufgearbeitet auf der Webseite:

→ www.knoe.org/bausteine-fuer-klimagerechtigkeit

Erschienen sind sie unter einer Creative-Commons-Lizenz, die die freie Weiterverbreitung ausdrücklich erlaubt.



Klimaschulden & Reparationen

Ein weiterer von uns geplanter Baustein hat bislang nicht zu einer Veröffentlichung geführt: Wir wollten uns darin im Sinne globaler Klimagerechtigkeit auch der Frage von Klimaschulden und Reparationen annehmen. »Klimaschulden« bezeichnet den Umstand, dass die frühindustrialisierten Länder ihren Wohlstand nicht nur über die Ausbeutung von Arbeitskraft und kolonialen Raub angehäuft haben, sondern eben auch über die Aneignung von Naturressourcen – etwa der Atmosphäre, in die über Jahrhunderte CO₂ ausgestoßen wurde. Diese Möglichkeit besteht für Länder des Globalen Südens jetzt nicht mehr, ohne sämtliche Kippunkte des Klimasystems zu überschreiten. Gleichzeitig sind es eben jene Länder, die die Folgen der Klimakrise bereits jetzt am härtesten zu spüren bekommen.

Im Austausch mit den Expert*innen, die wir zu unserer Transformationswerkstatt zur Vorbereitung des Bausteins über Klimaschulden und Reparationen eingeladen hatten, wurde erneut deutlich, dass es eine Spannung zwischen der vorherrschenden, sehr weißen Umweltbewegung und der Realität gibt, dass die Menschen, die sich am meisten um den Klimawandel sorgen, BIPOC¹ sind. Als mehrheitlich *weiße* Organisation und ausschließlich *weißes* Projektteam entschieden wir daher, zunächst keinen Baustein zum Thema zu veröffentlichen. Unserem neuen Teammitglied Oumarou Mfochivé sind wir dankbar, dass er für dieses Buch ein Kapitel zu Klimaschulden und Reparationen verfasst hat und das Thema zukünftig in Zusammenarbeit vor allem mit BIPOC innerhalb und außerhalb des *Konzeptwerks* weiter bearbeiten wird.

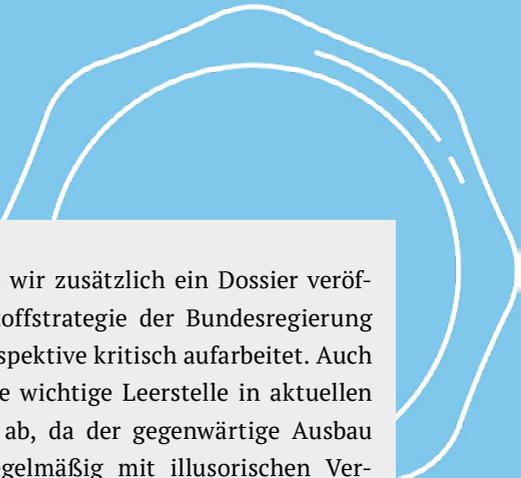
1 BIPOC steht für Black, Indigenous and People of Colour und bedeutet auf Deutsch: Schwarz, Indigen und der Begriff »People of Color« wird nicht übersetzt.



Grundeinkommen & soziale Garantien

Wir freuen uns außerdem, dass Ronald Blaschke vom Netzwerk Grundeinkommen und Werner Rätz von attac sich vom Projekt inspiriert dazu entschieden haben, einen weiteren Baustein als Gastbeitrag beizusteuern: »Grundeinkommen und Soziale Garantien«

Laut den Autoren des Kapitels befördern Grundeinkommen und Soziale Garantien soziale Gleichheit und bringen soziale Sicherheit für alle durch eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Sie ermöglichen demokratische Teilhabe, Bausteine für Klimagerechtigkeit minimieren die Ängste vor den notwendigen Veränderungen und erhöhen die Bereitschaft für diese Veränderungen, die mit der sozial-ökologischen Transformation einhergehen müssen. Soziale und Beteiligungsgerechtigkeit sind wesentliche Voraussetzungen für ein Gelingen der sozialökologischen Transformation – im jedem einzelnen Land und weltweit. Im *Konzeptwerk* gibt es zum Grundeinkommen geteilte Meinungen, doch wir unterstützen den Ansatz sozialer Garantien.



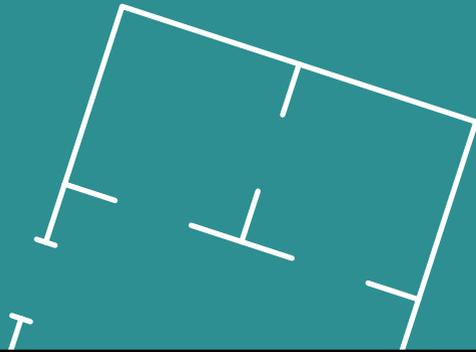
Auf unserer Website haben wir zusätzlich ein Dossier veröffentlicht, das die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung aus Klimagerechtigkeitsperspektive kritisch aufarbeitet. Auch dieses Dossier zielt auf eine wichtige Leerstelle in aktuellen klimapolitischen Debatten ab, da der gegenwärtige Ausbau fossiler Infrastrukturen regelmäßig mit illusorischen Verweisen auf die spätere Umstellung dieser Infrastrukturen auf »grünen« Wasserstoff gerechtfertigt wird.

Das WASSERSTOFF-DOSSIER steht damit exemplarisch für die notwendige Kritik an Scheinlösungen, die bis heute den Klimadiskurs stark prägen, und ist auf unserer Website verfügbar.

Mit dem Projekt BAUSTEINE FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT wollen wir dazu beitragen, die Wissensbasis zu konkreten Politiken der sozial-ökologischen Transformation zu erweitern. Dieses Buch richtet sich, unserer anfangs skizzierten Theorie der Transformation entsprechend, an Aktive in sozialen Bewegungen, an die interessierte Öffentlichkeit, an Journalist*innen – aber auch an politische Entscheidungsträger*innen, insbesondere auf kommunaler Ebene.

Wir sehen die BAUSTEINE FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT nicht als abgeschlossenen Maßnahmenkatalog oder politisches Programm. Vielmehr stehen sie exemplarisch für eine »revolutionäre Realpolitik«, die in einem breiten Transformationsprozess auch noch viele weitere Bausteine bzw. Schritte beinhalten muss. Einige Anhaltspunkte für solche Bausteine in weiteren gesellschaftlichen Themenfeldern, die wir im *Konzeptwerk* bearbeiten, finden sich in den kürzeren Kapiteln ab Seite 279 zum Schluss dieses Buches. Wir bedanken uns bei unseren Kolleg*innen, die hier spannende Einblicke in die Arbeit unserer anderen Projektteams geben. So freuen wir uns auch, dass von außen bereits verschiedene Wünsche an uns herangetragen wurden, weitere Bausteine zu verfassen. Auch wenn wir diese Anliegen derzeit nicht umsetzen können, möchten wir engagierte Menschen dazu ermuntern, Klimagerechtigkeitspolitik nach diesen Prinzipien auch für andere Bereiche zu durchdenken – und vor allem zu erstreiten bzw. wo möglich bereits anzuwenden!

*Kai Kuhnenn,
Lisa Vollmer (Bauhaus-
Universität Weimar)*



Gerechte Wohnraum- verteilung

Vergesellschaftung als Basis einer gerechten und ökologischen Wohnraumverteilung

Der Wohnraum pro Kopf nimmt in Deutschland zu, wodurch auch der Energiebedarf steigt. Gleichzeitig ist Wohnraum ungleich und ungerecht verteilt. Auf einem profitorientierten Wohnungsmarkt besteht allerdings kein Interesse daran, Wohnraum sozial und umweltgerecht zu verteilen. Mit der Vergesellschaftung von Wohnraum kann die Umsetzung dieser Ziele ermöglicht bzw. maßgeblich beschleunigt werden.

Auf einen Blick

- Die Pro-Kopf-Wohnfläche in Deutschland nimmt kontinuierlich zu, dadurch werden Energieeinsparungen durch bessere energetische Standards zunichte gemacht.
- Es gibt einen Trend zu einer immer ungleicheren Verteilung von Wohnfläche in Deutschland.
- Es gibt derzeit keine wirkungsvollen politischen Maßnahmen, die zu einer Verringerung des Wohnraumbedarfs pro Kopf führen.
- Die Profitinteressen von Immobiliengesellschaften und Finanzwirtschaft stehen einer geringeren Wohnfläche und einer gleicheren Wohnraumverteilung entgegen.
- Bei entsprechender Ausgestaltung kann Wohnraum durch eine Vergesellschaftung dem Profitinteresse entzogen werden. Maßnahmen zur Reduzierung von Wohnfläche pro Kopf können dann gemeinsam bedürfnisgerecht umgesetzt werden.
- Hierfür gibt es Vorbilder: Eine gerechtere Wohnraumbewirtschaftung gelingt in kommunalen Wohnungsunternehmen und Genossenschaften.

Wohnraum: Ungerecht verteilt und Treiber für Energieverbrauch

Wohnen ist in Deutschland verantwortlich für etwa 31% der nationalen CO₂-Emissionen.¹ Wohnungsneubau ist mit großem Ressourcenverbrauch und Flächenversiegelung verbunden. Um den Wohnungssektor kompatibel mit einem 1,5-Grad-Pfad zu machen und insgesamt ökologisch auszurichten, ist es daher wichtig, nicht nur energetisch zu sanieren, sondern auch die Wohnfläche pro Kopf zu verringern. Gleichzeitig ist angemessener Wohnraum ein Menschenrecht – Wohnraum sollte also bedürfnisgerecht² verteilt werden.

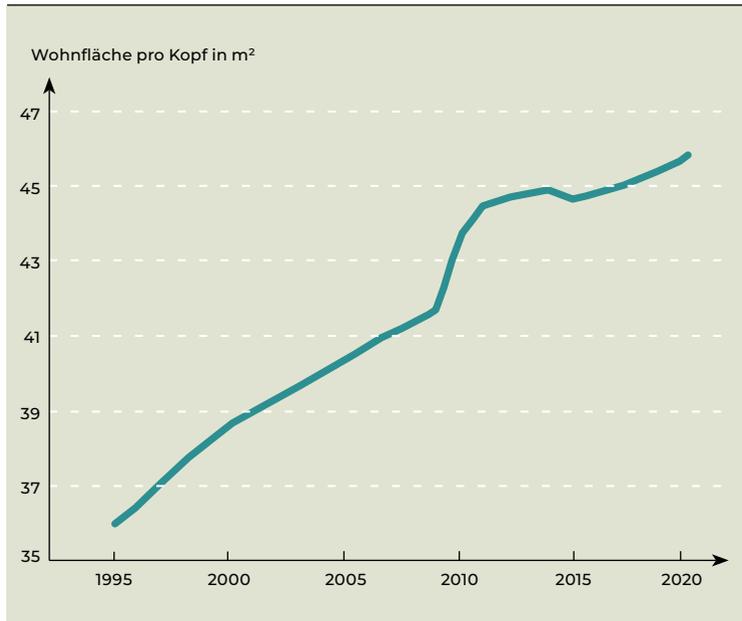
Beides gelingt in Deutschland bisher nicht. Einerseits steigen Wohnfläche und Flächenversiegelung pro Kopf – insbesondere auf dem Land – kontinuierlich an³, andererseits wird die Verteilung vor allem in Städten immer ungerechter⁴.

Die Politik setzt auf Neubau als zentrale Lösungsstrategie drängender sozialer Wohnungsfragen. Der Ansatz ist stets: »Bauen, bauen, bauen«. Wohnraum soll in wachsenden Städten vorrangig durch neue Mehrfamilienhäuser für untere Einkommensschichten mit geringer individueller Wohnfläche geschaffen werden.

-
- 1 Beinhaltet direkte und indirekte Emissionen des Jahres 2018, *Umweltbundesamt* (12.09.2022).
 - 2 Statt von »Bedürfnis« wird im Bereich Wohnen auch oft von »Bedarf« gesprochen, was ein Mindestmaß darstellt, während »Bedürfnis« individuell unterschiedlich und z.B. auch durch Werbung erzeugt werden kann. Wir nutzen trotzdem den Begriff »Bedürfnis«, da es a) auch gerechtfertigte Bedürfnisse gibt und b) wir damit darauf hinweisen wollen, dass es für eine sozial gerechte Wohnraumverteilung einen solidarischen, offenen Austausch darüber braucht, welche Bedürfnisse das sind.
 - 3 Insgesamt ist in Deutschland der Wohnflächenverbrauch pro Person seit 1995 um 10qm gestiegen (eigene Berechnung nach Daten des statistischen Bundesamtes).
 - 4 Siehe z.B. Christoph Butterwegge (20.04.2021) → Wohnungsgleichheit in Deutschland; zum Anstieg der Überbelegungsquote seit 2014: *Eurostat* (14.09.2022) → Überbelegungsquote nach Altersgruppe - EU-SILC Erhebung.

Alternativ soll er über eine Steigerung des Angebots an hochpreisigem Wohnraum durch Umzugsketten frei werden.⁵ Die Option vorhandenen Wohnraum besser zu verteilen wird von der Politik weitestgehend ausgeblendet. Sie ignoriert damit die Gründe für die genannten Trends und belastet mit Neubau die Umwelt.

Abbildung 1: Wohnflächenverbrauch in Deutschland pro Kopf seit 1995.



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des statistischen Bundesamtes.

Diese Gründe sind vielfältig. Zentral hierbei ist aber das Interesse der Wohnungskonzerne, Bodenspekulant*innen und Investoren (Banken, Investmentfonds, Rentenfonds...) an möglichst hohen Renditen.⁶ Es führt einerseits dazu, dass nicht genug kleine

5 Diese Annahme beruht auf der Filtering-Theorie, deren empirische Validität bisher noch nie belegt wurde, siehe *suburban* (28.11.2018) → Für eine wirklich soziale Wohnungspolitik.

6 Hierbei ist zu sagen, dass sich Immobilienkonzerne und Finanzakteure im Wettbewerb befinden und nur bedingt anders handeln können, ohne verdrängt oder z.B. von Aktionären verklagt zu werden.

Wohnungen bzw. Flächen für gemeinschaftliches Wohnen bereitgestellt werden. Andererseits hat es zu einem starken Anstieg der Immobilienpreise und Mieten geführt.

Beides hat Folgen:

- Wohnraum ist so teuer, dass Menschen mit geringem Einkommen in zu kleinen Wohnungen wohnen.
- Für Menschen in großen Wohnungen gibt es keine Möglichkeit umzuziehen, wenn sich ihre Bedarfssituation ändert (etwa durch Auszug der Kinder, Trennungen, etc.), da kein preisgünstiger, räumlich nahe gelegener Wohnraum zur Verfügung steht. Manchmal reicht selbst der Verkaufserlös eines Hauses nicht für eine kleinere Eigentumswohnung. Dies führt zu einer Verstärkung der Wohnungsknappheit.
- Der Mangel an Alternativwohnraum führt dazu, dass eine Besteuerung von (übermäßig großem) Wohnraum als unfair wahrgenommen wird, entweder weil die Bewohner*innen gar keine erschwingliche Alternative haben oder aus ihrer gewohnten Umgebung vertrieben werden.
- Tausch- und Beratungsprogramme scheitern ebenfalls am Fehlen von Alternativwohnraum mit ähnlichem Quadratmeterpreis, am unzureichenden Mietrecht und fehlenden Umzugsunterstützungsprogrammen.⁷ Und selbst wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, erschweren Immobilienunternehmen den Tausch, weil sie vor allem Interesse an Auszug und Neuvermietung am Markt haben (inklusive Anhebung der Miete).

7 Die mäßige Bilanz der Wohnungstauschbörse in Berlin wird im folgenden Artikel beleuchtet: *Süddeutsche Zeitung* (17.01.2020) → Verkehrte Verhältnisse.

Vergesellschaftung als Basis einer (umwelt-)gerechteren Wohnraumverteilung

Wie kann also Wohnraum (umwelt-)gerecht verteilt werden? Ein wichtiger Schritt kann sein, Wohnraum nicht weiter wie eine Ware oder ein Spekulationsobjekt zu behandeln, sondern auf demokratische Weise bedürfnisgerecht und sparsam zu verteilen.⁸ Immobiliengesellschaften, die selber im Wettbewerb stehen, haben weder Interesse noch Anreize eine bedürfnisgerechte Verteilung zu verwirklichen. Daher ist die Vergesellschaftung von Wohnraum eine vielversprechende Strategie. Das heißt: Immobilien aus den Händen von privaten Unternehmen in kommunale Wohnungsunternehmen⁹, Genossenschaften¹⁰ oder – wie von *Deutsche Wohnen & Co. Enteignen (DWE)* vorgeschlagen – in eine Anstalt öffentlichen Rechts zu übertragen.¹¹ Bei dieser Vergesellschaftung geht es nicht um Wohnungen in privatem und/oder selbst bewohntem Einzelbesitz, sondern um große Immobilienunternehmen, die vor allem in den großen Städten einen hohen Anteil der Mietwohnungen besitzen.¹²

-
- 8 Dies gilt vor allem für Städte, in denen Mietwohnen vorherrscht. Aber auch auf dem Land hat die Spekulation mit Wohnraum Folgen. Dort besitzen die meisten Senior*innen Wohneigentum und suchen nicht nach kleineren Mietwohnungen, sondern nach erschwinglichen kleineren Eigentumswohnungen bzw. Gemeinschaftswohnprojekten. Auch hier führen steigende Immobilienpreise zu einem mangelnden Angebot.
 - 9 Dies geschieht in verschiedenen Kommunen in Deutschland durch den Ankauf von Wohnraum.
 - 10 Natürlich gibt es auch viele Genossenschaften, die sich ähnlich wie privatwirtschaftliche Akteur*innen verhalten, aber die Rechtsform der Genossenschaft bietet zumindest die Chance einer anderen Wohnraumbewirtschaftung. Hierfür braucht es den Druck der Genossenschaftsmitglieder und eine entsprechende politische Rahmensetzung.
 - 11 Im Gegensatz zu anderen Lösungen wären die vergesellschafteten Wohnungen damit dem Gemeinwohl im Allgemeinen verpflichtet, während bspw. Genossenschaften stärker den Belangen ihrer Mitglieder verpflichtet sind.
 - 12 2019 besaßen die 25 größten Wohnungseigentümer*innen zusammen fast 2 Mio. Wohnungen. Siehe Matti Schenk (20.03.2019) → Die größten Wohnungseigentümer Deutschlands.

Eine Vergesellschaftung von Wohnraum eröffnet viele Möglichkeiten, günstigen Wohnraum zu schaffen, diesen bedürfnisorientiert umzuverteilen und damit die durchschnittlichen Wohnflächen pro Kopf zu verringern:^{13 14}

- Statt den Neu- und Umbau am Profit zu orientieren, würde er sich an den Bedürfnissen der Bewohner*innen orientieren. Hierzu gehört auch die Möglichkeit gemeinschaftlichen Wohnraum zu schaffen.
- Bei ausreichender Menge an Wohnungen können Mieter*innen bei Bedarf in eine kleinere/größere Wohnung mit gleichem/ähnlichem Quadratmeter-Preis wechseln, ohne ihre Nachbarschaft verlassen zu müssen.
- Demokratische Strukturen können als Austauschraum über (neue) Wohnraumbedürfnisse genutzt werden.¹⁵
- In vergesellschaftetem Wohnraum können Mieter*innen Lösungen finden, um die Wohnfläche pro Person auf ein ausreichendes Maß zu begrenzen, aber eben auch solidarisch umzuverteilen, sodass niemand zu wenig hat. Möglich sind etwa gemeinschaftlich ausgehandelte Begrenzungen der Menge der Räume oder Quadratmeter pro Person bei Neueinzug. Auch die erste Umverteilung nach einer Vergesellschaftung kann z.B. über Miet-Rabatte für Personen mit geringem Quadratmeter-Verbrauch sozial gerecht und ohne Zwang erfolgen.

-
- 13 Natürlich müssten die Mitglieder der Genossenschaften und der Anstalt öffentlichen Rechts sich auch für solche Maßnahmen entscheiden. Umfragen zeigen aber, dass Menschen durchaus bereit sind, auf Wohnraum zu verzichten (siehe → Mythen & Missverständnisse).
- 14 Eine zentrale Frage wird dabei sein, welche Menge an Wohnraum wir im Durchschnitt, aber auch für Menschen mit besonderen Bedürfnissen angemessen finden. Die Vorgaben für den sozialen Wohnungsbau können einen Eindruck vermitteln: Sie variieren zwischen den Ländern und Städten, liegen aber etwa bei 40-50qm/Person bei Singlewohnungen und bis zu etwa 20qm/Person in 5-Personen-Haushalten.
- 15 Im Rahmen des von *Deutsche Wohnen & Co* enteignen angestrebten Modells bieten sich hierfür die Siedlungsrate an.

- In vergesellschaftetem Wohnraum können Umbaumaßnahmen durchgesetzt werden, die eine möglichst flexible Nutzung ermöglichen. Hierzu gehören sowohl die Schaffung von gemeinschaftlichem Wohnraum (Küchen, Waschräume, Werkstätten,...) als auch die Bereitstellung von individuell genutzten Zimmern, Wohnungen und privaten Rückzugsräumen verschiedener Größen.



(Umwelt-)Gerechte Wohnraumverteilung für eine effektive Wärmewende

Potenzialanalysen für den Beitrag zum Klimaschutz einer (umwelt-)gerechten – das heißt den Bedürfnissen angepassten – Verteilung von Wohnraum durch Vergesellschaftung liegen noch nicht vor. Hierfür müssten Annahmen über die Geschwindigkeit und das Ausmaß der Vergesellschaftung sowie über die Entwicklung der Wohnraumverteilung in vergesellschafteten Organisationen getroffen werden.

Es gibt allerdings Berechnungen, die zeigen, wie wirksam eine Umkehr des Trends von mehr Wohnraum pro Person wäre. So kommt das *Öko-Institut* zu dem Ergebnis¹⁶, dass bei einer durchschnittlichen Verringerung des Wohnraums um 3% pro Jahr bei Zielgruppen mit überdurchschnittlichem Wohnraumverbrauch¹⁷ im Jahr 2030 etwa 60GWh (Endenergie) oder 14 Mio. t CO₂ eingespart werden könnten. Dies entspricht etwa 6% der CO₂-Emissionen des Bedarfsfelds Wohnen¹⁸. Hinzu kommen die Einsparungen, die sich durch eine beschleunigte, auf ökologische Wirksamkeit ausgelegte energetische Sanierung (siehe Box → Energetische Sanierung von Wohnraum) und weniger Neubau erreichen lassen.

16 *Umweltbundesamt* (September 2019) → Flächensparend Wohnen; Tabelle 14.

17 Die Wohnfläche pro Person würde dadurch je nach Zielgruppe im Jahr 2030 zwischen 52-57qm liegen statt bei 84-92qm in der Referenzentwicklung.

18 Das Bedarfsfeld Wohnen beinhaltet direkte und indirekte Emissionen des Jahres 2018, *Umweltbundesamt* (12.09.2022) → Kohlendioxid-Emissionen im Bedarfsfeld »Wohnen«.

Energetische Sanierung von Wohnraum

Die energetische Sanierung von Wohnraum ist eine **Schlüsselmaßnahme zur Dekarbonisierung des Wohnungssektors**. Sie lohnt sich – theoretisch – in den meisten Fällen finanziell für die Bewohner*innen, vor allem bei steigenden Energiepreisen. Leider kommen in der Praxis die Einsparungen häufig nicht bei den Bewohner*innen an, ihre Warmmiete kann sogar nach der energetischen Modernisierung steigen.¹⁹

Die derzeitige gesetzliche Regelung sieht die Umlage der energetischen Sanierungskosten auf die Miete vor. Staatliche Fördermittel müssen davon abgezogen werden. In der Praxis werden Mehrkosten, die durch die energetischen Verbesserungen entstehen, und die Kosten für die reine Instandhaltung der Wohnungen (die über die Kaltmiete abgedeckt sind und deshalb nicht noch einmal umgelegt werden dürfen) allerdings häufig nicht sauber getrennt.²⁰ Außerdem nehmen weniger als 10% der Vermietenden Fördermittel in Anspruch²¹ und verzichten damit auf eine Möglichkeit, die Kosten für die Mietenden zu senken. So kommt es teils zu massiven Mieterhöhungen (auch über die Tilgung der Investition hinaus). Außerdem werden falsche Anreize gesetzt – statt möglichst Energie einsparend zu sanieren, lohnt es sich, möglichst teuer zu sanieren. Eine **Abschaffung oder zumindest eine Reform** der Modernisierungsumlage ist daher dringend erforderlich. Es liegen bereits konkrete Vorschläge dazu vor.²²

Darüber hinaus ist eine schnelle Einführung von **gesetzlichen Sanierungspflichten** notwendig, wie sie auf europäischer Ebene bereits grundsätzlich beschlossen sind, deren nationale Ausgestaltung aber noch aussteht (sogenannte Mindesteffizienzstandards, mit denen Fristen vorgegeben werden, bis wann welche Gebäude welchen



energetischen Zustand erreicht haben müssen, angefangen bei den ineffizientesten Gebäuden). Weiterhin sollte auf **öffentliches oder kollektives Eigentum** gesetzt werden, da hier die direkten Steuermöglichkeiten viel größer sind. Viele Genossenschaften und städtische Wohnungsbaugesellschaften machen dies schon vor. Hier werden die Kosten durch Gewinne getragen und nur teilweise auf die Mieter*innen umgelegt.²³ Schließlich liegt der Fokus auf besonders wirksamen Maßnahmen und es werden ökologische Materialien genutzt.²⁴ Die **Vergesellschaftung von Wohnraum** ist eine Möglichkeit, öffentliches Eigentum zu erlangen und ebensolche Maßnahmen umzusetzen.

-
- 19 *Ecornet Berlin* (Dezember 2021) → Empfehlungen für eine sozialverträgliche Wärmewende in Berlin.
 - 20 Der Vorschlag des »funktionalen Kostensplittings« erläutert die aktuellen fehlerhaften Berechnungen und steuert dieser Praxis entgegen:
→ funktionales-kostensplitting.de
 - 21 Siehe Frondel et al. (28.4.2022) → Report: So wird geheizt – Ergebnisse des Wärme- und Wohnen-Panels 2021.
 - 22 *ifeu* (2019) → Sozialer Klimaschutz in Mietwohnungen.
 - 23 Sabine Drewes, *Heinrich Böll Stiftung* (01.04.2019) → Sozialverträglich und klimafreundlich modernisieren, Abschnitt »Best practice sozial: Verzicht auf die volle Modernisierungsumlage«.
 - 24 Gelungene Beispiele von energetischer Sanierung durch Genossenschaften und städtische Wohnungsbaugesellschaften finden sich in *Heinrich Böll Stiftung* (2019) → Klimasozial sanieren.

(Umwelt-)Gerechte Wohnraum- verteilung für eine sozial-ökologische Transformation

Neben den direkten ökologischen Effekten ist eine Vergesellschaftung von Wohnraum auch aus anderen Gründen ein wichtiger Baustein einer sozial-ökologischen Transformation:

- Aus Angst vor steigenden Preisen und den Umständen eines Umzugs orientieren sich viele Menschen beim Kauf einer Immobilie an dem Zeitraum, in dem die Familie am größten ist. Diese Ängste könnten den Menschen durch einen anderen Umgang mit Wohnraum genommen werden, sodass sie zunächst in kleineren Immobilien wohnen und bei Veränderungen der Familiengröße umziehen.
- Vergesellschafteter Wohnraum erlaubt ein anderes Miteinander. Dies entsteht z.B. durch gemeinschaftlichen Wohnraum, aber auch dadurch, dass anstelle der oftmals antagonistischen Beziehung zwischen Mieter*in und Vermieter*in ein Miteinander von Menschen tritt, die in demokratischen Strukturen gleichzeitig Mieter*innen wie auch Vermieter*innen sind.
- Eine Demokratisierung der (Ver-)Mietung von Wohnraum kann Menschen die Möglichkeit geben, sich für Klimaschutz und eine Energiewende von unten einzusetzen, anstatt den tatsächlichen oder ausbleibenden Sanierungsplänen der Vermieter*innen ausgeliefert zu sein.



Wo es schon anders läuft

Vergesellschafteter Wohnraum ist keine neue Idee. Im Gegenteil, die Privatisierung des Gebäudesektors ist ein Prozess neoliberaler Politik, der Ende der 1970er Jahre an Geschwindigkeit zugenommen hat. Trotzdem gibt es noch viele Beispiele für eine andere Art der Wohnraumversorgung:

In einigen europäischen Ländern wie Österreich, Dänemark oder Schweden gibt es noch einen großen Anteil von Wohnraum, der durch kommunale oder anderweitig nicht-profitorientierte Wohnungsbaugesellschaften verwaltet wird.

Die Stadt Wien ist seit den 1920er Jahren durch einen umfangreichen Gemeindebau – das sind Wohnblöcke des kommunalen sozialen Wohnungsbaus – geprägt. Auch heute leben noch 31 % der Wiener*innen im Gemeindebau. Die Mieten sind günstiger als in vergleichbaren Städten.²⁵

²⁵ Wikipedia → Stadt Wien – Wiener Wohnen.

Die Genossenschaften *Mehr als Wohnen*, *Kalkbreite* und viele weitere Schweizer Genossenschaften haben als Regel, dass bei Neuvermietung die Anzahl der Zimmer die Anzahl der Bewohner*innen nur um 1 überschreiten darf. Bei einer Unterbelegung nach Auszug muss ein Unterbelegungsbeitrag bezahlt werden.²⁶

In der Schweiz wird auch schon vorgemacht, wie vergesellschafteter Wohnraum effizient genutzt werden kann. Vorzeigebeispiel ist hierfür das sogenannte Clusterwohnen, durch das auch Einzelpersonen dank ausreichender Gemeinschaftsflächen auf relativ geringem Wohnraum gut leben können.²⁷

Die *Solidarische Wohnungsgenossenschaft Leipzig* kauft zusammen mit Hausprojekten Immobilien und setzt Nutzungsverträge auf, die eine Mindest-Bewohner*innen-Zahl pro Haus festschreibt. Das *Mietshäuser Syndikat* unterstützt Hausgemeinschaften beim Kauf ihrer Immobilie und stellt sicher, dass die Häuser langfristig dem Markt entzogen sind.²⁸

26 Statuten der Baugenossenschaft *mehr als wohnen*, Art. 4. → www.mehralswohnen.ch

27 Siehe z.B. → www.kalkbreite.net/kalkbreite/wohnen-kalkbreite/clusterwohnungen

28 → www.syndikat.org

29 Zur juristischen Einschätzung siehe Franziska Drohsel et al., *Rosa Luxemburg Stiftung* (02.02.2022) → Was kann Artikel 15 Grundgesetz?; Artikel 15 im Wortlaut: »Grund und Boden ... können zum Zweck der Vergesellschaftung ... in Gemeineigentum überführt werden.«

Wie kommen wir dahin?

Für die Vergesellschaftung von Wohnraum braucht es vor allen Dingen eine Verschiebung der Machtverhältnisse durch Protest, Öffentlichkeitsarbeit und Einfluss auf politische Entscheidungsträger*innen. Wenn Vergesellschaftung mit einer ökologischen Perspektive wie einer Wärmewende zusammen gedacht wird, können hierfür starke Allianzen entstehen. Zum Beispiel zwischen *Deutsche Wohnen & Co. Enteignen (DWE)*, Mieter*innen-Organisationen, Sozialverbänden, Umweltverbänden und Klimagerechtigkeitsaktivist*innen. Dafür ist es notwendig, noch stärker zu betonen, dass ein profitorientierter Immobilienmarkt nicht nur sozialen, sondern auch ökologischen Zielen entgegensteht.

Die Situation in Berlin könnte hierfür eine Grundlage bilden. Hier hat *DWE* mit dem gewonnenen Referendum zur Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne schon einen großen Schritt getan. Dabei konnte sich die Initiative auf Artikel 15 des Grundgesetzes berufen, der zwar noch nie angewandt wurde, aber eine juristische Grundlage für Vergesellschaftungen bildet.²⁹

Wie groß die politischen Widerstände sind, zeigt sich aber daran, dass die Vergesellschaftung in Berlin trotzdem noch lange nicht beschlossene Sache ist. Dies ist nicht erstaunlich, denn weder die Wohnungsunternehmen noch die Finanz- und Bauwirtschaft haben Interesse daran und nutzen ihren Einfluss auf Politiker*innen. Das Beispiel *DWE* hat zusätzlich gezeigt, dass es wichtig ist, auf Widerstand und Bedenken von anderen Seiten, z.B. vieler Berliner Genossenschaften, vorbereitet zu sein, um angemessen reagieren zu können. Diese hatten sich größtenteils gegen die Vergesellschaftung ausgesprochen, obwohl sie davon explizit angenommen werden sollen.

Daneben gibt es auch kulturelle Barrieren. So muss die Erzählung von Eigentum als Quelle für persönliche Absicherung und Sicherheit im Leben (z.B. im Alter) durch eine neue Erzählung abgelöst werden: Sicherheit durch Vergesellschaftung!

Und auch die Vorstellung, mit dem entsprechenden Einkommen automatisch Anspruch auf übermäßig großen Wohnraum zu haben, muss hinterfragt und zur Diskussion gestellt werden.

Hierfür braucht es vor allem Alternativen, die eine sozial und umweltgerechte Verteilung von Wohnraum ausprobieren und vorleben, ihre Erfahrungen festhalten und teilen (siehe → Wo es schon anders läuft). Genossenschaftsmitglieder können dabei eine besondere Rolle spielen, denn sie können ihre Genossenschaft zu ökologischem und sozialem Handeln verpflichten.

Schließlich bleibt die Frage, ob es einen gesetzlichen Rahmen braucht, der eine gerechte Verteilung von (vergesellschaftetem) Wohnraum anstößt. Die genannten Beispiele aus der Praxis zeigen, dass viele Genosschaften auch ohne solche Vorgaben Regelungen einführen, aber natürlich gibt es auch Gegenbeispiele. Um diese zu einer Veränderung ihrer Praxis zu bewegen, kommen verschiedene Maßnahmen in Betracht:



Vorgaben zur Verringerung der Bodenversiegelung und Begrenzung der Ausschreibung von neuen Bauflächen, u.a. mit dem Ziel, die Gesamtmenge an Wohnraum zu begrenzen.³⁰

30 Es gibt hierzu auch verschiedene Vorschläge für ökonomische Instrumente, die darauf hinauslaufen, »den Bodenerwerb in Neuerschließungsgebieten zu verteuern und den Erwerb von Bestandsimmobilien durch geringere oder keine Besteuerung zu begünstigen und damit die Innenentwicklung zu fördern.« Siehe Juliane Jörissen und Reinhard Coenen (03.08.2021) → Spar-same und schonende Flächennutzung. Entwicklung und Steuerbarkeit des Flächenverbrauchs.

- Besteuerung von übermäßig großem Wohnraum z.B. durch eine progressive Wohnflächensteuer³¹ – wobei sichergestellt werden muss, dass alternativer, erschwinglicher Wohnraum in der Nachbarschaft vorhanden ist.
- Einrichtung von kommunalen Aktionsstellen, die z.B. Umzugsberatung und -unterstützung sowie Wohnbörsen anbieten.³²
- Förderung baulicher Maßnahmen, die das Leben auf kleiner Wohnfläche erlauben (z.B. Teilung von Wohnraum, flexible Grundrisse).

Mythen & Missverständnisse

» Die Leute wollen keine Umverteilung von Wohnraum. «



Als Argument gegen eine (umwelt-)gerechte Verteilung von Wohnraum und die verstärkte gemeinschaftliche Nutzung wird gern angeführt, dass die Mehrheit der Bevölkerung dies nicht wolle. Laut bisheriger Umfragen ist das Bild aber deutlich komplexer. Zwar herrscht besonders bei Menschen, die in ihrem Haus oder ihrer Wohnung leben, eine starke emotionale Bindung an den eigenen Wohnraum vor. Jedoch können sich vor allem ältere Menschen

31 Dabei geht es um die Erhebung einer Steuer auf den verfügbaren Wohnraum. Siehe *Umweltbundesamt* (April 2016) → Konzept zur absoluten Verminderung des Energiebedarfs.

32 *Umweltbundesamt* (September 2019) → Flächensparend Wohnen.

den Umzug in gemeinschaftliche Wohnmodelle gut vorstellen.³³ Zudem gibt es Hinweise, dass die Bereitschaft, im Alter in kleineren Wohnraum zu ziehen, bei den jüngeren Generationen wächst.³⁴

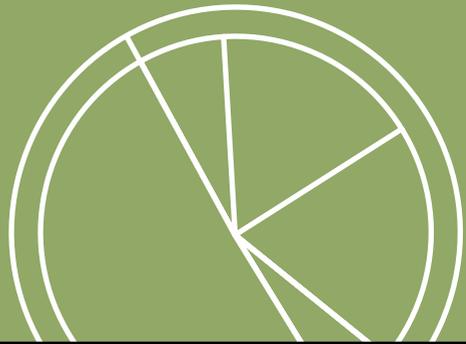
» Kommunen können sich Enteignung nicht leisten. «



Neben Argumenten gegen eine Umverteilung von Wohnraum gibt es viele Argumente gegen eine Vergesellschaftung von Wohnraum, die in einer Broschüre der *Rosa Luxemburg Stiftung* diskutiert werden.³⁵ Zentral ist dabei immer wieder der Einwand, die Kommunen könnten sich die Enteignung nicht leisten. Hierzu ist zu sagen, dass die Kosten für Entschädigungen nicht aus dem Haushalt bezahlt werden sollen, sondern durch Kredite, die durch die Mieten getilgt werden. Knackpunkt ist dabei die Höhe der Entschädigung, für die verschiedene Vorschläge im Raum stehen und die zu verschiedenen Miethöhen führt. Hierbei hat die Kommune großen politischen Spielraum. Das Grundgesetz legt nur fest, dass die Höhe der Entschädigung »unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten« bestimmt werden soll. *DWE* hat dazu zahlreiche Informationen zusammengestellt.³⁶

-
- 33 Siehe Georg Sunderer et al. (10.04.2018) → Wohnwünsche und Wohnbedürfnisse von Zielgruppen für eine effiziente Wohnflächennutzung – Ergebnisse einer standardisierten Befragung; Lena-Katharina Peter et al. (Juli 2021) → Wohnsituation & Wohnqualität – Ergebnisse einer Online-Umfrage.
- 34 *Pantera* (2020) → *Pantera-Studie Neues Wohnen 2020* – Silver Society.
- 35 Nelli Tügel und Jan Ole Arps, *Rosa Luxemburg Stiftung* (Juli 2022) → »Enteignung schafft keine einzige Wohnung« Mythen und Fakten zur Vergesellschaftung von Wohnraum; weitere Informationen: *DWE* → Vergesellschaftung ist ein guter Deal; und → Warum enteignen?
- 36 *DWE* → Was Vergesellschaftung Kostet – Zahlen und Mythen.

Carolina Achilles



Autofreie Städte

Wir brauchen Städte für Menschen – nicht für Autos!

Unsere Städte wurden für Autos gebaut – mit gravierenden Folgen für das Leben der Stadtbewohner*innen und -besucher*innen. Mit mehr Fokus auf die Menschen können wir Lebensqualität, saubere Luft, Platz für Begegnung, Sicherheit und mehr Klimagerechtigkeit gewinnen. Dazu müssen wir die Zahl der Autos in Städten drastisch reduzieren.

Das steckt dahinter

Deutschlands Städte haben sich in einer multiplen Verkehrskrise festgefahren. Innenstädte sind mit parkenden, im Stau stehenden und fahrenden Autos verstopft, Abgase und Feinstaub führen zu gravierenden gesundheitlichen Schäden und tausenden vorzeitigen Todesfällen jedes Jahr.¹ Die meisten Verkehrsunfälle (69%), bei denen Personen zu Schaden kommen, ereignen sich in Ortschaften und an 54% sind Autos beteiligt.² Der Verkehrssektor ist in erheblichem Maße an der Klimakrise beteiligt und mit jährlich knapp 150 Mio. t CO₂-Äquivalenten für ein Fünftel aller Treibhausgasemissionen Deutschlands verantwortlich.³ Gleichzeitig ist er der einzige Sektor, in dem die Emissionen nicht zurückgehen, geschweisedenn sich den Klimazielen annähern.⁴

Der öffentliche Raum ist höchstgradig ungerecht verteilt, sodass bspw. in Berlin ganze 58% aller Verkehrsflächen dem Auto gewidmet sind, obwohl nur 30% aller Wege mit dem Auto zurückgelegt werden.⁵ 50% der Pkw-Fahrten in Städten sind außerdem kürzer als 5 km und 25% sogar kürzer als 3 km.⁶ Dabei birgt der öffentliche Raum riesige Potenziale, die Lebensqualität der Stadtbewohner*innen zu verbessern. Wo Straßen nicht mehr vorrangig für Autos da sind, kann Platz für Begegnung in der Nachbarschaft entstehen. Kinder und ältere Menschen können sich sicherer durch die Viertel bewegen. Nachbar*innen können gemeinsam entscheiden, wie die Flächen vor ihren Häusern gestaltet werden, z.B. mit Bänken, Hochbeeten, Verschenkeboxen oder Fahrradstellplätzen.

-
- 1 Wegen Überschreitung der Luftqualitätsgrenzwerte der EU kam es 2015 zu einem Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland. *Deutschlandfunk* (12.03.2018) → Europas Luft soll sauberer werden.
 - 2 Verkehrsunfallstatistik für 2021 des *Statistischen Bundesamts* (*Destatis*).
 - 3 *Umweltbundesamt*(2023) → Klimaschutz im Verkehr.
 - 4 Ebd.
 - 5 *Heinrich Böll Stiftung* (2019) → Mobilitätsatlas.
 - 6 *Infas, DLR, IVT und infas 360* (2018) → Mobilität in Deutschland (im Auftrag des *BMVI*).

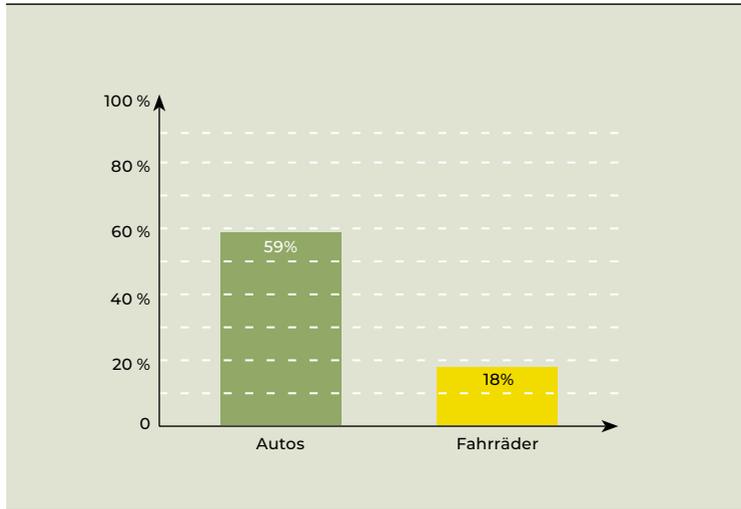
Wenn Straßen nur noch für die wirklich notwendigen Autofahrten genutzt werden, genügt vielerorts eine Fahrspur. Und wenn die verbleibenden Autos in Parkhäusern und Tiefgaragen geparkt werden, kann es genug Platz für Cafétische, Zufußgehende, Rollstuhl- und Radfahrende und spielende Kinder geben. Viele Flächen können außerdem entsiegelt und begrünt werden. Vogelgezwitscher, Baumschatten, saubere Luft, Kühlung, Biodiversität – all das hilft nicht nur der Umwelt und dem Klima, sondern trägt auch nachweislich zum Wohlbefinden der Menschen bei, die sich hier aufhalten.⁷

Damit Städte ihren Bewohner*innen Raum für ein gutes und gesundes Leben bieten und ihren Beitrag zum Erreichen der Klimaziele leisten können, muss folglich die Zahl der Autos in ihnen drastisch reduziert werden. Um dahin zu kommen, braucht es einen grundsätzlichen Perspektivwechsel: Schluss mit der Planung der letzten Jahrzehnte, welche das schnelle und unkomplizierte Vorkommen mit dem privaten Pkw zum zentralen Ziel der Stadtgestaltung gemacht hat. Deutschlands Automobilsektor steht zudem ohnehin vor einem tiefgreifenden Wandel.⁸ Allerdings wird viel zu häufig auf einen reinen Antriebswechsel anstatt auf eine umfassende Mobilitätswende gesetzt. Dies ist ein völlig unzureichender und irreführender Ansatz, um die diversen Probleme des Autoverkehrs zu lösen (siehe → Mythen & Missverständnisse). Anstatt mit technischen Scheinlösungen wie massenhaft fahrerlosen, elektrisch betriebenen privaten Pkw vergleichsweise kleine Veränderungen im Verkehr herbeizuführen, muss der Moment des Wandels mit seinem vollen Transformationspotenzial genutzt werden. In den Städten muss es dabei jetzt darum gehen, die Bewohner*innen, ihre Gesundheit, die Aufenthaltsqualität und gerechte Verteilung des öffentlichen Raums sowie den Klima- und Artenschutz in den Mittelpunkt zu rücken.

7 Fischer, L. et al. (2020) → Public attitudes toward biodiversity-friendly greenspace management in Europe.

8 Öko-Institut (2019) → Automobilindustrie im tiefgreifendsten Strukturwandel ihrer Geschichte.

Abbildung 1: Hauptverursacher von Verkehrsunfällen mit Personenschaden in Ortschaften.



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021.

Maßnahmen auf dem Weg zur autobefreiten Stadt

Für mehr soziale und ökologische Gerechtigkeit in unseren Städten gibt es eine Reihe von Ideen und Maßnahmen, die jetzt umgesetzt werden können. Zu diesen Maßnahmen gehören sowohl solche, die den Umstieg auf andere Formen der Mobilität erleichtern und attraktiv machen (pull-Maßnahmen) als auch solche, die gezielt die Privilegien des Autos im öffentlichen Raum abbauen und Autos von dort verdrängen (push-Maßnahmen). Grundsätzlich geht es bei allen Maßnahmen darum, in der Verkehrs- und Stadtplanung immer zuerst den Umweltverbund (Rad-, Fuß und öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)) anstelle des Autos zu bevorzugen.



Unabhängigkeit vom Auto ermöglichen

Damit sich Menschen in den Städten nicht länger gezwungen sehen, für die Wege ihres alltäglichen Lebens ein Auto zu besitzen, brauchen wir einen starken Umweltverbund. Das erfordert zum einen Investitionen in den ÖPNV, damit es in allen Städten ein engmaschiges Liniennetz und dichte Taktungen geben kann, die auch das Umland mit den Innenstädten verbinden.⁹ Um dies auch allen Menschen zugänglich zu machen, müssen die Verkehrsmittel (inklusive Taxis) und Haltestellen grundsätzlich barrierefrei sein. Die Nutzung des ÖPNV sollte kostenfrei oder zumindest einkommensabhängig bepreist und günstig sein.¹⁰ Zum anderen gilt es, sichere Fahrradwege zu schaffen und Radwegenetze insgesamt auszubauen. Ampelschaltungen sollten sich am Radverkehr orientieren und Kreuzungen müssen so umgestaltet werden, dass sie sicherer für Zufußgehende und Rad- und Rollstuhlfahrende sind.¹¹ Und für den Großeinkauf, Umzug oder sonstige Transporte sollten alle Menschen leichten und kostengünstigen Zugriff auf über Sharing-Systeme bereitgestellte Lastenräder, Autos und Transporter in ihrer Nähe haben. In ihrer Gesamtheit führen all diese Anreize dazu, dass aktive und nachhaltige Mobilität sehr viel attraktiver für sowohl die Bewohner*innen als auch die Besucher*innen der Städte wird. Diese Anreize bzw. pull-Maßnahmen werden bereits von vielen Organisationen und Politiker*innen gefordert, und es

-
- 9 Dieses Kapitel konzentriert sich explizit auf die innerstädtische Mobilitätswende. Selbstverständlich muss diese mit einer Mobilitätswende im ländlichen Raum einhergehen, worauf hier aber nicht näher eingegangen werden kann.
- 10 Mit entsprechenden Nachweisen über die monatlichen Einkünfte könnten Menschen z.B. einen entsprechenden Ausweis bekommen, mit dem sie Tickets bestimmter Preiskategorien erwerben. Auch Preise für Abos und Zeitkarten könnten so nach Einkommen gestaffelt werden.
- 11 *Changing Cities* (25.02.2019) → Was ist eine sichere Kreuzung?

gibt in der Gesellschaft breite Unterstützung dafür.¹² Für die notwendige, schnelle und tiefgreifende Umgestaltung unserer Städte braucht es aber auch Maßnahmen, die das Autofahren im Vergleich zum Umweltverbund ganz bewusst unattraktiver machen. Diese push-Maßnahmen werden bisher viel zu wenig diskutiert. Deshalb legen wir nachfolgend in diesem Kapitel den Fokus auf ein Bündel unterschiedlicher push-Maßnahmen.



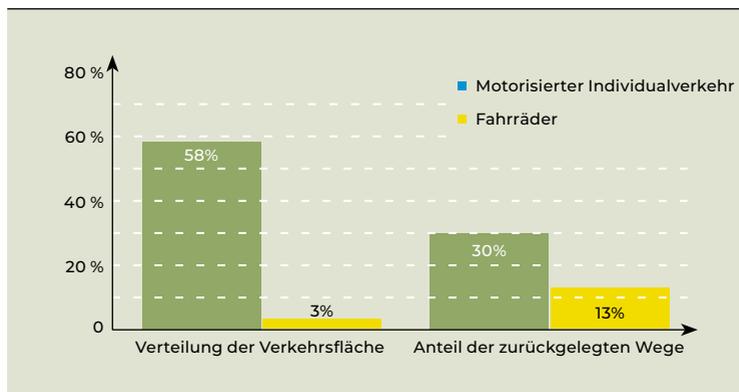
Parkflächen reduzieren und Begegnungsräume schaffen

Im Durchschnitt stehen Pkw in Deutschland 23h am Tag herum, sodass jeweils immer nur maximal 10% aller Autos gleichzeitig in Bewegung sind. Den Rest der Zeit belegen sie als sogenannter ruhender Verkehr bis zu 19% der städtischen Verkehrsflächen.¹³ In Großstädten wird die Hälfte aller Pkw im öffentlichen Straßenraum geparkt.¹⁴ Obwohl ein großer Teil der Stadtbewohner*innen mit dem Umweltverbund mobil ist, belegt der motorisierte Individualverkehr (MIV) im Vergleich zum Umweltverbund ein Vielfaches der städtischen Flächen. Dass dies so ist, hat Gründe. Privaten Pkw werden aktuell viele Vorteile im öffentlichen Straßenraum eingeräumt: So kostet ein Parkausweis für Anwohner*innen in Deutschland durchschnittlich zwischen 10 und 15 Euro pro Jahr. Im Gegensatz dazu zahlen Carsharing-Unternehmen für die Nutzung eines festen Stellplatzes im öffentlichen Parkraum zwischen 420

-
- 12 Zum Beispiel NROs wie der *BUND*, *Greenpeace*, *Robin Wood*; Gewerkschaften, Sozialverbände und die evangelische Kirche; sowie lokale Fahrradinitiativen und Vereine, die sich für autofreie Stadtteile einsetzen; Waldbesetzungen; Kampagnen für günstigen Nahverkehr und ein Bündnis aus Klimabewegung, Gewerkschaft und NROs → Verkehrswende erfordert entschiedene Investitionspolitik für den Umweltverbund.
- 13 *Internationales Verkehrswesen* (2019) → 8. Mobilitätsmonitor.
- 14 *Infas, DLR, IVT und infas 360* (2018) → Mobilität in Deutschland (im Auftrag des *BMVI*).

und 1020 Euro pro Jahr.¹⁵ In anderen europäischen Ländern sind die Parkkosten für Anwohner*innen teilweise um ein Vielfaches höher. So zahlt man in Amsterdam je nach Stadtviertel bis zu 920 Euro und in Stockholm sogar bis zu 1200 Euro pro Jahr für eine solche Parkerlaubnis.

Abbildung 2: Flächenungerechtigkeit zwischen Autos und Fahrrädern in Berlin.



Quelle: Heinrich-Böll-Stiftung, Mobilitätsatlas 2019.

Öffentlicher Raum ist ein rares und kostbares Gut. Derzeit steht er vielerorts kostenfrei zur Lagerung privater Pkw zur Verfügung. Wenn es überhaupt Parkgebühren gibt, decken diese nicht einmal ansatzweise die Kosten für die Verwaltung, Kontrolle und Wartung der Parkflächen, geschweige denn, dass sie den Wert des öffentlichen Raums abbilden würden, den sie belegen.¹⁶ Gleichzeitig fehlt es an Grünflächen, Begegnungsräumen, bezahlbarem Wohnraum und Spielplätzen. Wenn es uns gelingt, privates Parken im öffentlichen Straßenraum zur absoluten Ausnahme zu machen und die Zahl der Parkplätze schrittweise auf ein absolut notwendiges Minimum zu reduzieren, gewinnen wir Platz, um unsere Viertel lebenswerter zu gestalten. Selbstverständlich brauchen wir weiterhin

15 *Agora Verkehrswende* (2017) → Mit der Verkehrswende die Mobilität von morgen sichern. 12 Thesen zur Verkehrswende.

16 *RBB24* (18.05.2022) → Sie drehen schon seit Stunden hier so ihre Runden.

Parkplätze für Menschen, die auf einen privaten Pkw angewiesen sind, z.B. aufgrund einer Behinderung oder weil sie als Handwerker*in täglich viele Dinge transportieren müssen. Ihnen wird in autobefreiten Städten das Fahren und Parken erleichtert. Für alle anderen aber sollte die Kombination aus Umweltverbund und Sharing-Angeboten die zuverlässige und kostengünstigere Alternative sein, der Unterhalt und das Parken eines privaten Pkw dagegen grundsätzlich die unattraktivere und teurere Option.

Die Realisierung einer autobefreiten Stadt erfolgt schrittweise über die Anpassung des Parkraummanagements und die Steuerung des Parkens über die Parkkosten: Kostenpflichtig geparkt werden kann zunächst noch in Parkhäusern. Auch Anwohner*innenparkausweise sollten nur noch für diese konzentrierten Parkflächen vergeben werden und das zu hohen, an die Größe des Autos angepassten Preisen. Unter der Voraussetzung, dass der Umweltverbund wie oben beschrieben gestärkt wird, können Anwohner*innenparkausweise mittelfristig abgeschafft werden. Verbleibende Parkplätze im Straßenraum sollten grundsätzlich mit ausreichend Abstand und physischen Barrieren zu Fahrradwegen geplant werden. Es ist außerdem notwendig, dass Städte sich einen Überblick über die Anzahl der Parkplätze in den Quartieren verschaffen, damit sie diese deckeln und kontinuierlich reduzieren können. In Paris geht die Regierung hier mutig voran. 2020 beschloss sie, innerhalb von sechs Jahren die Hälfte aller 140.000 Parkplätze im Straßenraum anderen Nutzungen zuzuführen und setzt dies seitdem kontinuierlich um. Die Preise für das Parken im Straßenraum sollten höher angelegt werden als in den Parkhäusern. Dies führt zum Beispiel in Rotterdam schon sehr erfolgreich dazu, dass Autos immer seltener im Straßenraum abgestellt werden.¹⁷ So können Straßen und Plätze immer mehr vom ruhenden Verkehr befreit werden. Die Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung sollten direkt und nachvollziehbar – unter Beteiligung der Anwohner*innen – in die Umgestaltung des öffentlichen Raumes und den Ausbau des Umweltverbundes investiert werden.

17 *Civitas park4SUMP* → Good Practise. Rotterdam: Shift from on-street to off-street parking.



Auto-Privilegien schrittweise abbauen

Die Preise für den ÖPNV sind in den letzten 20 Jahren mehr als doppelt so stark gestiegen wie die Preise für den Kauf und die Unterhaltung eines Autos: für den ÖPNV um 79%, für Kraftfahrzeuge dagegen nur um 36%.¹⁸ Dabei verursachen Autos um ein Vielfaches höhere Kosten für die Allgemeinheit als der Umweltverbund – doch Kosten für Umweltverschmutzung, Treibhausgasemissionen und gesundheitliche Schäden werden nicht eingepreist.¹⁹ Um die Privilegien des Autos abzubauen, gibt es verschiedene Ansätze. Finanzielle Anreize für den Autobesitz wie das Dienstwagenprivileg sollten sofort abgeschafft werden.²⁰ Statt solcher Autosubventionen sollte in den Umweltverbund investiert werden, oder in Prämien für Haushalte, die ihre Pkw abschaffen. Auch im Steuersystem braucht es eine grundlegende Reform, um die Kfz-Steuer und Neuzulassungssteuer gerechter zu gestalten (siehe Baustein → Sozial-ökologische Steuerreform). Mögliche Instrumente, um die Kosten des Autoverkehrs einzupreisen, sind neben Steuern zudem die Pkw-Maut und die City-Maut. Solche Mautsysteme können zu einer echten Bepreisung der diversen von Autos verursachten Umweltbelastungen beitragen, finden aber in Deutschland bisher keine Anwendung.²¹

18 *Umweltbundesamt* (2020) → Verkehrswende für ALLE. So erreichen wir eine sozial gerechtere und umweltverträglichere Mobilität.

19 *Umweltbundesamt* (2021) → Gesellschaftliche Kosten von Umweltbelastungen.

20 *Agora Verkehrswende* und *Öko-Institut* (2021) → Dienstwagen auf Abwegen. Warum die aktuellen steuerlichen Regelungen einen sozial gerechten Klimaschutz im Pkw-Verkehr ausbremsen.

21 Die City Maut ist eine Gebühr für das Autofahren in einer Stadt. Um sie möglichst sozial gerecht zu gestalten, können z.B. bestimmte Berufs- und Einkommensgruppen ausgenommen werden und voll besetzte Autos weniger zahlen. Während es weltweit viele erfolgreiche City-Maut-Systeme gibt, gibt es in Deutschland bisher keine Rechtsgrundlage dafür. *Wuppertal Institut*. (2021) → Nachhaltige Mobilität für alle (S. 211).



Gesetzliche Rahmenbedingungen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene anpassen

Um die Mobilitätswende voranzutreiben, braucht es einige grundlegende gesetzliche Veränderungen. Die Gesetze, welche im Verkehrssektor zum Tragen kommen, sind oft veraltet und noch immer einzig und allein darauf ausgerichtet, Autoverkehr möglichst effizient und bequem für die Autofahrenden zu gestalten. So urteilte das Berliner Verwaltungsgerichts 2022, dass eine angenehmere Aufenthaltsqualität als Begründung für das Einrichten einer autofreien Zone in der Friedrichstraße nicht ausreiche. Denn laut §45 der Straßenverkehrsordnung (StVO) bedarf es einer »*konkreten Gefahr aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse*«, damit die Straße für Autos gesperrt werden darf.²² Das *Umweltbundesamt (UBA)* hat 2019 in einer Studie die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des Straßenverkehrsrechts aufgezeigt.²³

Es ist längst überfällig, dass Klima- und Umweltschutz, Gesundheitsschutz und die nachhaltige städtebauliche Entwicklung mit in die offiziellen Zwecke des Straßenverkehrsrechts aufgenommen werden.²⁴ Das hat sich die Ampelregierung auch in ihren Koalitionsvertrag geschrieben, doch bisher sind keine Taten gefolgt. Einen Vorschlag für diverse und grundlegende Änderungen des aktuellen Rechts hat der *Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD)* in seinem Entwurf für ein Bundesmobilitätsgesetz ausformuliert,

22 Nachdem die Straße zwischenzeitlich doch durch eine Teileinziehung wieder für Autos gesperrt worden war, wird sie nun ein zweites Mal wieder für Autos geöffnet und ab Herbst 2023 soll ein längeres Beteiligungsverfahren zur Zukunft der Straße beginnen. *Tagesschau* (23.05.2023) → Friedrichstraße wird wieder für Autos freigegeben.

23 *Umweltbundesamt* (2019) → Rechtliche Hemmnisse und Innovationen für eine nachhaltige Mobilität.

24 Dies wird bereits von vielen Organisationen gefordert – *Agora Verkehrswende* (2022) → Straßenverkehrsordnung: Breiter Konsens über Reform im Sinne der Mobilitätswende.

welches nach dem Vorbild des Berliner Mobilitätsgesetzes den Umweltverbund in der Verkehrsplanung priorisiert.²⁵ Um es den Kommunen zu erleichtern, Parkraum zu beschränken und flächendeckend zu bewirtschaften, darf das Parken im öffentlichen Raum nicht länger als Gemeingebrauch definiert und damit per Gesetz zur Norm erklärt sein. Dies zu ändern, würde zum einen bedeuten, dass Parken nur noch dort möglich wäre, wo dies ausdrücklich erlaubt wird. Zum anderen würden so grundsätzlich überall Parkgebühren anfallen, soweit nicht ausdrücklich Ausnahmen hiervon ausgesprochen werden. In der bereits erwähnten Studie hat das *UBA* aufgezeigt, dass die Bundesländer die Möglichkeit haben, die Definition des Gemeingebrauchs zu ändern.²⁶ Auch im Baurecht braucht es hier eine Kehrtwende, denn auf Bundesebene ist in §12 der Bau-nutzungsverordnung noch immer festgelegt, dass die Beschränkung von Parkraum besonderer Begründungen bedarf. Dies gilt es umzudrehen. Im Bauordnungsrecht der Länder sollte außerdem die Stellplatzpflicht abgeschafft werden, wie z.B. in Berlin bereits geschehen. Denn da der Platz begrenzt ist, kann nicht weiter nach der Prämisse gebaut werden, dass zu jeder neuen Wohneinheit auch eine bestimmte Anzahl an Autos mit in die Straße zieht.

Viele Menschen wehren sich zunächst gegen die Vorstellung einer Verkehrspolitik, die nicht länger Autos ins Zentrum stellt. Testphasen, in denen die hier vorgeschlagenen Maßnahmen zunächst zeitlich und räumlich beschränkt umgesetzt werden, können helfen, die diversen Vorteile erlebbar zu machen. Die Möglichkeit für solche Testphasen muss der Bund den Kommunen ermöglichen, indem er in der sog. »Erprobungsklausel« der StVO nicht länger das Vorliegen einer konkreten Gefahrenlage hierfür voraussetzt.^{27 28}

25 Der VCD hat dazu bereits einen Gesetzesvorschlag erarbeitet: VCD (2022) → Bundesmobilitätsgesetz.

26 Als Alternativvorschlag schreiben sie: »Der Gebrauch der öffentlichen Straßen ist im Rahmen der Widmung gestattet (Gemeingebrauch). Die Widmung richtet sich auf die Nutzung der Straße zu Zwecken des Verkehrs und des Aufenthalts. In der Widmung können im öffentlichen Interesse auch Nutzungen nicht verkehrlicher Art sowie die Freihaltung von Flächen von verkehrlicher Nutzung bestimmt werden.« *Umweltbundesamt* (2019) → Siehe Fußnote 23 (S. 111).

27 § 45 Absatz 1 Satz 2 Nr. 6 StVO.

28 *Öko-Institut* (2021) → Städte für Menschen, nicht für Autos.



Mit Verkehrsberuhigung Städte gezielt entlasten

Durch gezielte Straßenführung können viele Gegenden in der Stadt von den diversen Belastungen durch den Autoverkehr befreit werden. Mit der Einrichtung von Einbahnstraßen für den Autoverkehr, Diagonalsperren²⁹, Fahrrad- und Spielstraßen kann ein Großteil der Autos auf umliegende Hauptverkehrsstraßen geleitet werden. In Gent wurde beispielsweise der Durchgangsverkehr auf eine Ringstraße um die Innenstadt umgeleitet. Seitdem dürfen nur Anwohner*innen, Krankenwagen, Pflegedienste, Busse und Taxis in bestimmte Straßen fahren. Bis 11 Uhr sind außerdem Lieferwagen und Handwerker*innenautos erlaubt. Innerhalb eines Jahres hat sich damit die Luftqualität in der Stadt verbessert, die Autonutzung sank um 12%, die Zahl der Radfahrenden stieg um ein Viertel, und in der abendlichen Rushhour wurde der ÖPNV 28% mehr genutzt. Mit ihrem Verkehrskonzept hat die Stadt ihr Radverkehrsziel für 2030 bereits 2018 erreicht.³⁰ In kleineren räumlichen Einheiten setzt sich die Kiezblocks-Initiative in Berlin für ähnliche Konzepte ein. Zahlreiche lokale Gruppen fordern hier, ihre Kieze mithilfe von Durchfahrtsperren, Einbahnstraßen oder Tempolimits für den Autodurchgangsverkehr zu sperren.³¹

Zusätzlich zu Umwidmungen³² und Sperrungen einzelner Straßen sollte auf Bundesebene grundsätzlich Tempo 30 innerhalb von Ortschaften festgelegt werden. Selbst der deutsche Städtetag for-

29 Eine Diagonalsperre ist die diagonale Sperrung einer Straßenkreuzung (meist mit Pollern). Autofahrende müssen abbiegen, es ist kein Durchgangsverkehr mehr möglich. Für Zufußgehende und Rad- und Rollstuhlfahrende ist die Sperre durchlässig.

30 Innerhalb von sechs Jahren hat sich der Anteil der Fahrradfahrten von 22% (2012) auf 30% (2015) und schließlich 35% (2018) erhöht, was Gents Ziel für 2030 entsprach.

31 → www.kiezblocks.de/kiezblocks

32 Umwidmung bedeutet, dass der offizielle Zweck einer Straße geändert, also z.B. eine allgemeine Verkehrsstraße in eine Fußgänger*innenzone umgewandelt wird.

dert bereits, dass der Bund durch eine entsprechende Änderung der StVO es den Kommunen wenigstens ermöglicht, solche Geschwindigkeitsbegrenzungen einzuführen.³³ Tempo 30 führt nicht nur nachweislich zu weniger schweren Unfällen und weniger Emissionen.^{34 35} Das Tempolimit trägt außerdem dazu bei, dass Menschen, die an Hauptverkehrsstraßen leben, durch die oben beschriebenen Maßnahmen nicht noch mehr belastet werden.

Beitrag zu Klimaschutz und -anpassung

Städte sind sowohl Treiber der Erderwärmung als auch überdurchschnittlich von ihren Folgen betroffen. Global gesehen verursachen sie mehr als 70% der weltweiten energiebezogenen Treibhausgasemissionen. Gleichzeitig erfahren bereits 70% der Städte Auswirkungen des Klimawandels.³⁶ Bis 2050 werden weltweit 1,6 Milliarden Stadtbewohner*innen von extremer Hitze betroffen sein, mit Temperaturen von über 35°C.³⁷ In Deutschland war der Verkehrssektor 2019 für rund 20 % der bundesweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich, wovon wiederum fast 60% auf Pkw zurückzuführen sind.³⁸ Damit ist er der einzige Sektor, in dem die Emissionen seit 1990 fast nicht gesunken sind.³⁹ Um Deutschlands

33 *Deutscher Städtetag* (2022) → Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten – Eine neue kommunale Initiative für stadtverträglicheren Verkehr.

34 *Archer et al.* (2008) → The Impact of Lowered Speed Limits in Urban/ Metropolitan Areas.

35 *Umweltbundesamt* (2016) → Wirkungen von Tempo 30 an Hauptverkehrsstraßen.

36 *CCFLA* (2021) → State of Cities Climate Finance Report 2021.

37 *C40* (2018) → The Future We Don't Want – How Climate Change Could Impact the World's Greatest Cities.

38 *Umweltbundesamt* (2023) → Klimaschutz im Verkehr.

39 *Umweltbundesamt* (2022) → Klimaschutzinstrumente im Verkehr: Bausteine für einen klimagerechten Verkehr.

(ungenügende⁴⁰) Klimaziele zu erreichen, müssen diese allerdings bis 2030 im Vergleich zu 1990 bereits um die Hälfte reduziert werden und in den folgenden 15 Jahren auf Null sinken.

Die oben beschriebenen Maßnahmen können eine zentrale Rolle in der Minderung des Klimawandels und in der Anpassung an seine Folgen in den Städten spielen. Wenn immer mehr Wege in den Städten mit dem Umweltverbund und immer weniger mit Autos zurückgelegt werden, bedeutet das auch weniger Treibhausgasemissionen. Wie hoch diese Effekte sind, hängt auch stark davon ab, was mit den frei gewordenen Flächen passiert. Je mehr der derzeit betonierte Verkehrsflächen wir entsiegeln und begrünen, desto mehr CO₂ kann der Luft auch wieder entzogen werden. Das ist auch essenziell für die Anpassung an die Folgen der fortschreitenden Erwärmung. Denn Orte mit viel dunklem Beton heizen sich stark auf und tragen so zum Phänomen der städtischen Hitzeinseln bei, was mit gravierenden Gesundheitsrisiken bis hin zu lebensbedrohlichen Überhitzungen verbunden ist.⁴¹

Bäume, Sträucher und Wiesen können für Kühlung durch Verdunstung und für Frischluftschneisen sorgen. Um weitere zehntausende Hitzetote zu vermeiden, braucht es daher ein sofortiges Begrünungsprogramm auf den frei werdenden Parkflächen. Zubetonierte Städte sind außerdem extrem anfällig für Überschwemmungen bei Starkregenereignissen, die durch die Klimakrise immer häufiger werden. Entsprechend geplante Grünflächen können durch Versickerung und hohe Wasserhaltevermögen die Gefahr von Überschwemmungen eindämmen.

40 Deutschlands Klimaziele sind nicht ansatzweise ausreichend, um einen global gerechten Pfad der Emissionsreduktionen einzuschlagen, der es ermöglicht, die Erderhitzung auf 1,5°C zu begrenzen. *Konzeptwerk Neue Ökonomie* (2022) → Mit grüner Marktwirtschaft das Klima retten?

41 Infolge extremer Hitze starben allein in Deutschland in den Sommern 2003, 2006 und 2015 19.500 Menschen. (an der Heiden et al. (2019) → Schätzung hitzebedingter Todesfälle in Deutschland zwischen 2001 und 2015). Mehr Infos zu städtischen Hitzeinseln: *BR24* (2021) → Klimawandel: Hitze in der Stadt.

Beitrag autofreier Städte zur sozial-ökologischen Transformation



Autofreie Städte sind lebenswerter

Wenn Städte nicht mehr um Autos herum geplant werden, sondern das Wohlergehen ihrer Bewohner*innen und Besucher*innen zur Priorität wird, kann das ein großes Mehr an Lebensqualität bedeuten. Wenn vor unseren Häusern nur noch selten und langsam Autos vorbeifahren, steigt die Luftqualität und wir leiden weniger unter lärmbedingtem Stress. Zufußgehende, Rad- und Rollstuhlfahrende und vor allem Kinder und ältere Menschen sind sehr viel weniger Risiken auf den Straßen ausgesetzt. Nachbar*innen können sich vor ihren Häusern treffen und Straßen werden zu Aufenthalts- und Begegnungsräumen. Die Zahl der Verkehrstoten kann endlich Richtung Null gehen, wie es in autofreien Städten wie Pontevedra in Spanien bereits Realität ist.⁴² Wenn Städte außerdem in kleineren räumlichen Einheiten und mit kurzen Wegen geplant werden – indem Arbeiten, Wohnen, Bildung, Einkaufen und Freizeit nah beieinander liegen – belebt das Wohnviertel und Innenstädte und verbessert damit wiederum die Aufenthaltsqualität vor Ort.



Autofreie Städte sind gerechter

Die oben beschriebenen Maßnahmen erlauben es Stadtbewohner*innen sicher, aktiv und klimafreundlich mobil zu sein. Wo weniger Autos fahren und parken, wird gesundes Leben überhaupt

42 *Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende* (2021) → Wie wir das Klima schützen und eine sozial gerechte Mobilitätswende umsetzen können.

erst möglich. Denn die Luft ist sauberer, die Menschen sind weniger Lärmbelastung ausgesetzt und es wird Raum für soziale Begegnungen, wie z.B. für Bänke, Spielplätze, Cafés, etc. geschaffen. Unbedingt notwendige und dem Gemeinwohl dienende Autofahrten wie beispielsweise Krankentransporte werden durch die leeren Straßen vereinfacht. Menschen ohne privaten Pkw müssen nicht länger die Kosten, die durch Autofahren verursacht werden, mittragen. Anwohner*innen großer Hauptverkehrsstraßen müssen nicht länger unter Lärm und Abgasen leiden. Flächen werden gerechter verteilt und können nach den Bedürfnissen aller Anwohner*innen und mit deren Beteiligung gestaltet werden. Dass die Mobilitätswende zentral für soziale Gerechtigkeitsanliegen ist, haben Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände und die evangelische Kirche gemeinsam betont und sich 2021 zum *Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende* zusammengeschlossen.⁴²



Der Wandel kommt gut an!

Umfragen und Studien zeigen, dass ein Großteil der Menschen, die mit dem privaten Pkw mobil sind, sich für autofreie Innenstädte aussprechen und sich wünschen, weniger abhängig von ihrem Auto zu sein.^{44 45} Wenn Kommunen autoreduzierte Zonen einrichten, kommt das bei den meisten gut an. Im Projekt OTTENSEN MACHT PLATZ sprachen sich 83% der Bewohner*innen des verkehrsberuhigten Gebiets und der umgebenden Straßen nach drei Monaten Projektlaufzeit dafür aus, die Maßnahmen langfristig weiterzuführen und machten dabei auch diverse Vorschläge zur zukünftigen Ausgestaltung.⁴⁶

43 SZ (25.02.2020) → Autos müssen draußen bleiben.

44 Umweltbundesamt (12.04.2017) → Mehrheit der Deutschen will nicht mehr so stark aufs Auto angewiesen sein.

45 Statista (21.01.2022) → Was halten Sie von einer autofreien City in ihrer Stadt?

46 → ottensenmachtplatz.de

Gendergerechte Mobilität

→ Ein Gastbeitrag von Dominique Just

Schon seit etwa 50 Jahren beschäftigen sich Wissenschaftler*innen und Planer*innen mit der Frage, wie Gender die alltägliche Mobilität beeinflusst und wessen Bedürfnisse in der Mobilitätsplanung berücksichtigt werden. Mittlerweile gibt es eine Vielzahl an Daten und Studien, die weltweit **genderspezifisches Mobilitätsverhalten** belegen. Genderspezifische Unterschiede im Mobilitätsverhalten ergeben sich aus verschiedenen Bedürfnissen, Lebensrealitäten und Alltagswegen, die wiederum eng mit sozial zugewiesenen (Geschlechter-)Rollen und geschlechtlicher Arbeitsteilung verknüpft sind. So wird der **überwiegende Teil der Beziehungs- und Sorgearbeit** auch in Deutschland noch immer durch **FLINTA*-Personen**⁴² erledigt. Personen, die Sorge- und Betreuungsarbeit z.B. für Kinder oder ältere Menschen übernehmen, legen über den Tag verteilt oft mehrere, kürzere Wege mit Zwischenstationen zurück. In vielen Fällen werden diese Wegeketten durch eine **Kombination mehrerer Verkehrsmittel** (z.B. Bus, Bahn und Fuß) zurückgelegt. In Städten, die für Autos statt Menschen ausgelegt sind, spielen diese Mobilitätsbedürfnisse jedoch eine untergeordnete Rolle, denn sie orientieren sich hauptsächlich am eher linearen Mobilitätsverhalten von (typischerweise) männlichen Berufspendlern, die werktäglich eine längere Strecke zur Arbeitsstelle und zurück im Auto zurücklegen.

Gendergerechte Mobilität schafft hingegen Platz für Menschen statt Autos und **denkt Bedürfnisse von Sorgearbeitenden zentral mit**, z.B. bei der Taktung und Kombinierbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel oder beim Ausbau barrierearmer Verkehrsinfrastruktur, die auch mit Kinderwagen genutzt werden kann. Dafür muss der **öffentliche urbane Raum umverteilt werden**: Die Umnutzung bzw. der Abbau von Parkplätzen ermöglicht z.B. den Ausbau breiter, sicherer und barrierearmer Fuß- und Fahrradwege, aber auch von Spielplätzen und sozialen



Begegnungsräumen. Um autofreie Städte aber nicht nur ökologisch, sondern auch tatsächlich sozial gerecht zu gestalten, sollten (Mobilitäts-)Bedürfnisse von FLINTA* und anderen **marginalisierten Gruppen in Zukunft mehr Beachtung finden**, wie z.B. das Bedürfnis nach Sicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln und an Haltestellen, nach Barrierefreiheit oder nach Mehrsprachigkeit von Mobilitätsangeboten. Zentral dafür ist die **gezielte Beteiligung** von FLINTA*-Personen, Sorgearbeitenden, Menschen mit Behinderung und vielen weiteren Gruppen an der Stadt- und Verkehrsplanung.

47 FLINTA* steht für Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, trans und agender Personen.

Autofreie Städte in der Praxis

Diverse Städte haben sich bereits auf den Weg gemacht, ihren Bewohner*innen und Besucher*innen nachhaltige und gerechte Mobilität zu ermöglichen. Houten zum Beispiel, eine kleine Stadt in den Niederlanden mit ca. 50.000 Einwohner*innen, wurde komplett als Fahrradstadt geplant. Dies geschah als Reaktion auf wachsende Proteste aufgrund der vielen Verkehrstoten in den Niederlanden zu Beginn der 1970er Jahre. In Houten gibt es heute eine Ringstraße mit kleinen Zufahrten in die Stadt, welche untereinander nicht verbunden sind. Somit gibt es in Houten keinen Pkw-Durchfahrtsverkehr und seit Jahrzehnten keine Verkehrstoten.

Auf sehr viel größerem Raum treibt Paris gerade die Mobilitätswende voran. Anne Hidalgo, die Bürgermeisterin der Stadt, hat hier mutig die Weichen gestellt. Die Fahrradinfrastruktur wird in rasantem Tempo ausgebaut und 70.000 Parkplätze – die Hälfte aller Parkplätze im Straßenraum – werden umgenutzt und umgestaltet. Über eine Online-Plattform konnten die Pariser*innen ihre Wünsche zur Gestaltung ihrer Straßen in den Prozess einbringen.⁴⁸ Die Stadt ist außerdem auf dem Weg, flächendeckend Tempo 30 einzuführen.

In Barcelona ist selbst Tempo 30 bald nur noch auf den größeren Straßen zwischen verkehrsberuhigten Wohnvierteln möglich. Die SUPERILLES oder SUPERBLOCKS haben es zu internationaler Berühmtheit geschafft. Je neun Wohnblocks werden hier zu einem Superblock zusammengefasst, in welchem sich alle Verkehrsteilnehmenden den gesamten Straßenraum teilen, Zufußgehende Vorrang haben und für Kfz eine Höchstgeschwindigkeit von 10 km/h gilt. Kreuzungen sind für Autos und Motorräder gesperrt, sodass es keinen Durchgangsverkehr gibt. Die Straßen in den Vierteln werden begrünt und mit Sitzbänken ausgestattet, auf den ehemaligen Kreuzungen entstehen Plätze der Begegnung, teils mit Spielplätzen. Auch in Barcelona wurde der Umbau zunächst grundsätzlich von der Stadtregierung entschieden.

In Deutschland hat z.B. Bremen beschlossen, die Innenstadt bis 2030 von Autos zu befreien. Dazu wurden eine Reihe von Maßnahmen formuliert, die bereits in Umsetzung sind.⁴⁹ In Berlin setzt sich die Initiative *berlin autofrei* dafür ein, mithilfe eines Volksentscheids die gesamte Fläche innerhalb des S-Bahn-Rings von rund zwei Dritteln der Autos zu befreien. In ihrem Gesetzesvorschlag ist dabei auch die Anzahl der Fahrten in Sharing-Autos pro Person und Jahr begrenzt.

48 Offizielle Internetpräsenz der Stadt Paris (30.03.2021) → Les États Généraux du Stationnement.

49 Freie Hansestadt Bremen – Die Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (2022) → Teilfortschreibung des Verkehrsentwicklungsplans Bremen 2025.

Wie kommen wir dahin?

Eine menschengerechte Mobilitätswende wird bereits von diversen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen gefordert. Damit die Mobilitätswende zeitnah großflächig in den Städten umgesetzt werden kann, braucht es allerdings vor allem eine grundlegende Veränderung der Rechtslage. Denn momentan sind den Kommunen in vielerlei Hinsicht die Hände gebunden. Die gegenwärtigen Rechtsbestimmungen im Straßenverkehrsrecht können laut UBA »keine geeignete Grundlage für eine an Nachhaltigkeitszielen orientierte Mobilitätspolitik bilden, sondern stehen dieser im Weg.«^{50 51} Erst mit den neuen gesetzlichen Grundlagen können auch Planungs- und Umsetzungsprozesse in den Kommunen vereinfacht und beschleunigt werden. Momentan sind diese häufig sehr langwierig und kleinschrittig.^{52 53}

Viele der vorgeschlagenen Maßnahmen liegen in der Hand des Bundes (grundlegende Reform des Verkehrsrechts, Bundesmobilitätsgesetz und Tempo 30 innerorts einführen, gesetzliche Grundlage für City-Maut Systeme schaffen, KfZ- & Neuzulassungssteuer reformieren) und der Bundesländer (Stellplatzpflicht abschaffen, Parken nicht länger als Allgemeingebrauch definieren, Preise für Anwohner*innenparkausweise stark erhöhen). Um den nötigen Druck auf die Gesetzgeber*innen auf Bundes- und Landesebene aufzubauen, braucht es starke Bündnisse sozialer Bewegungen.

-
- 50 Umweltbundesamt (2019) → Rechtliche Hemmnisse und Innovationen für eine nachhaltige Mobilität.
- 51 Wo es derzeit genau bei den Reformen hakt, hat die *Agora Verkehrswende* mit einigen Expert*innen diskutiert: *Agora Verkehrswende* (08.11.2022) → Straßenverkehrsrecht umfassend reformieren – welche Schritte sind dafür notwendig?
- 52 »Wenn man etwas erreichen will, muss man sich mit Hilfskrücken wie Teileinziehungsverfahren wahnsinnig komplexe Verfahren an die Backe binden.« Jochen Biedermann, Verkehrstadtrat Berlin-Neukölln, *nd* (30.10.2022) → Die Würde des Autos ist unantastbar.
- 53 Dies liegt u. a. auch an der Schwierigkeit, genügend Verkehrsplaner*innen für Projekte zu bekommen. Hier braucht es mehr Ausbildung, aber auch mehr finanzielle Mittel des öffentlichen Dienstes, um an die existierenden Fachkräfte auch heranzukommen.

Dabei können sich Kämpfe für Barrierefreiheit und Inklusion, Gender- und Klimagerechtigkeit mit jenen, die sich schon jetzt konkret auf die Mobilitätswende beziehen, ergänzen. Die Forderungen dieser Bewegungen und Kämpfe können noch mehr Kraft gewinnen, wenn sich beispielsweise das *Bündnis sozialverträgliche Mobilitätswende* aus verschiedenen Gewerkschaften und großen Umwelt- und Sozialverbänden mit ihnen zusammenschließt.

Nicht zuletzt braucht es auch mutige Entscheidungsträger*innen in den Kommunen, die sich trauen, die Veränderung trotz Gegenwind einzuleiten. Sie können mithilfe von Testphasen autofreier Stadträume deren Vorteile erlebbar machen. Bereits jetzt steht es den Kommunen frei, die Parkgebühren drastisch zu erhöhen und die Einnahmen hieraus in den Umweltverbund, z.B. in barrierefreie Haltestellen oder sicherere Fahrradwege, zu investieren. Mit zusätzlichen Kampagnen, runden Tischen und der klaren Unterstützung lokaler Initiativen und Bürgerbegehren können die Kommunen dazu beitragen, die Akzeptanz für eine tiefgreifende Transformation zu gewinnen. Um sich gegenseitig zu ermutigen, unterstützen, beraten und zu inspirieren, braucht es Räume der Vernetzung unter diesen Kommunen und Entscheidungsträger*innen.

Vor und während der Umsetzung der hier vorgeschlagenen Maßnahmen braucht es durchdachte und transparente Beteiligungsverfahren.⁵⁴ Menschen sollten mitbestimmen können, was mit dem neu gewonnen Platz in ihren Straßen passiert. Wo diese nicht auf offiziellem Weg von den Kommunen umgesetzt werden, können kreative Wege gefunden werden, sich den öffentlichen Raum, zumindest temporär, wieder anzueignen.⁵⁵ Hier sind Anwohner*innen, Künstler*innen und Kulturvereine gefragt, Flächen kreativ zu beleben und sich in den Austausch mit den Nach-

54 Beispiele dafür finden sich hier: *Deutsches Institut für Urbanistik* (2020) → Bürgerinnen und Bürger an der Verkehrswende beteiligen.

55 Ideen dazu hat der VCD gesammelt → www.strasse-zurueckerobern.de/anleitungen

bar*innen zu begeben. Zu einem Kulturwandel in den Städten können außerdem ein Werbeverbot für Autos und Kampagnen für den Umweltverbund beitragen.⁵⁶

All dies kann uns lebenswertere Städte ein großes Stück näher bringen. Für eine echte sozial-ökologische Transformation kann Verkehrspolitik aber nicht losgelöst von anderen Bereichen der Gesellschaft gedacht und umgesetzt werden. Damit ein Großteil der alltäglichen Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden kann, braucht es z.B. auch eine gute Nahversorgung. Wenn es in den Kiezen genügend Kitas, Schulen, Coworking-Spaces und Geschäfte des alltäglichen Bedarfs gibt, erübrigen sich viele Wege in andere Stadtteile. Auch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung, z.B. im Rahmen einer 4-Tage-Woche, würde zu weniger Berufsverkehr führen (siehe Baustein → Arbeitszeitverkürzung). Außerdem steigt bei der Einrichtung autoreduzierter Zonen die Lebensqualität und damit die Attraktivität dieser Orte. Damit nicht die Gentrifizierung angefeuert wird, müssen verkehrspolitische immer auch mit sozialpolitischen Maßnahmen, wie beispielsweise Milieuschutz, einhergehen.

Mythen & Missverständnisse

» *Die Zukunft der städtischen Mobilität sind E-Autos.* «



Zwar wird oft behauptet, elektrisch betriebene Pkw seien umweltfreundlich. Besonders die Autoindustrie und ihre Lobby sind, wenn sie nicht sogar am Verbrennermotor festhalten, daran inter-

⁵⁶ Wie die *Badvertising Studie* zeigt, kaufen wir mehr SUVs, je mehr wir SUV-Werbung ausgesetzt sind. Die Initiative *Ban Fossil Fuel Ads* setzt sich bereits für ein europaweites Werbeverbot für alle Fossilien ein.

essiert, diesen Mythos aufrecht zu erhalten.⁵⁷ Tatsächlich werden bei der Herstellung und im Betrieb von E-Autos hohe CO₂-Emissionen verursacht. Das Ausmaß des Schadens hängt dabei stark vom Strommix und dem Anteil erneuerbarer Energien darin ab.⁵⁸ Je nach Studie werden die Emissionen eines E-Autos im Vergleich zu Verbrennern in der Gesamtbilanz erst niedriger, wenn das Auto bereits 50.000-150.000 Kilometer gefahren wurde.⁵⁹ Für die Herstellung von Elektroautos werden außerdem Rohstoffe benötigt, welche häufig unter grausamen Bedingungen im Globalen Süden abgebaut werden. Dadurch verstetigt die Branche neokoloniale Wirtschaftsstrukturen und ist für diverse Menschenrechtsverletzungen mitverantwortlich.⁶⁰ Einmal hergestellt, beanspruchen E-Autos genau wie alle Autos jede Menge Platz und verursachen Unfälle, Staus und gesundheitsschädliche Feinstaubemissionen. Dazu kommt, dass Elektroautos besonders häufig als Zweitwagen angeschafft werden und die Besitzer*innen dazu tendieren, nach der Anschaffung mehr als vorher mit dem Auto zu fahren, anstatt den Umweltverbund zu nutzen.⁶¹ Was wir stattdessen dringend brauchen, ist eine Reduzierung der Autos und Autofahrten!

-
- 57 Die Mobilitätswende macht das bisherige Geschäftsmodell der Autoindustrie obsolet. Anstatt auf einen reinen Antriebswechsel im gesamten motorisierten Individualverkehr zu setzen, sollte die Expertise der Industrie in den Aufbau des Umweltverbunds und die Produktion barrierefreier Straßenbahnen, Elektrobusse, etc. fließen. Wie dadurch sogar ein Mehr an Arbeitsplätzen entstehen kann, hat die *Rosa Luxemburg Stiftung* in dieser Studie gezeigt: *RLS (2022)* → Und was ist jetzt mit meinem Job?
- 58 Hinzu kommt, dass durch eine komplette Elektrifizierung der Autoflotte ein enormer Strombedarf entstehen würde. Dies würde das Vorhaben, Deutschlands Energiebedarf zu 100% aus erneuerbaren Quellen zu decken, erheblich erschweren und verlangsamen.
- 59 *Zeit* (17.09.2019) → Haben E-Autos eine bessere Ökobilanz als Benziner und Diesel? Dabei wird der Strommix in Deutschland zugrunde gelegt.
- 60 *Spiegel* (17.10.2019) → Kobaltförderung im Kongo. Hier sterben Menschen für unsere Akkus.
- 61 *FAZ* (18.05.2021) → Star schicker Vorstädte.

» *Viele Menschen sind doch auf ihr Auto angewiesen!* «



In Debatten rund um die Mobilitätswende werden immer wieder gerne beispielsweise »die Krankenschwester im Schichtdienst« oder Menschen mit Behinderungen als Argumente gegen den Wandel instrumentalisiert. Selbstverständlich muss es denjenigen, die trotz des Ausbaus des Umweltverbunds auf ihren privaten Pkw angewiesen sind, auch weiterhin möglich sein, diesen zu nutzen. Dies kann z.B. über Härtefallregeln organisiert werden. Der größte Teil der Autofahrten in Städten ist aber nicht mehr notwendig, wenn es einen starken Umweltverbund gibt.⁶² Wenn all jene, die es können, zu Fuß, per Fahrrad oder mit dem ÖPNV und ab und zu mit Sharing-Autos mobil sind, wird auf den Straßen viel mehr Platz frei. Tatsächlich notwendige Fahrten werden dadurch sogar erleichtert und der ÖPNV kommt besser durch. Für Pendler*innen aus dem Umland, die dort noch auf ein Auto angewiesen sind, geschieht der Umstieg auf den ÖPNV spätestens am Stadtrand. Dafür können Umsteige-Hubs mit Mobilitätsstationen helfen, an denen Sharing-Angebote und/ oder ein ÖPNV-Anschluss zur Verfügung stehen. Der Preis hierfür wird bereits mit dem Parkticket abgegolten.

» *Hohe Parkgebühren sind sozial ungerecht.* «



Die aktuelle Situation in den Städten ist bereits höchst ungerecht. Infrastruktur für Autos nimmt einen viel größeren Anteil der öffentlichen Flächen in Anspruch als den Anteil der Wege, die

62 25% aller Autofahrten sind übrigens kürzer als drei Kilometer. → Siehe Fußnote 6.

tatsächlich mit dem Auto zurückgelegt werden. Besonders Menschen aus unteren Einkommensschichten besitzen häufig kein Auto, während ökonomisch besser gestellte Gruppen teils mehrere Pkw pro Haushalt besitzen.^{63 64} Dabei leiden v.a. Erstere unter den Folgen wie Luftverschmutzung und Lärm, da sie häufiger an großen, verkehrsreichen Straßen leben müssen. Wenn Einnahmen aus Parkgebühren und Bußgeldern direkt, transparent und unter Mitbestimmung der Bewohner*innen in den ÖPNV, in Rad- und Fußwege und die Umgestaltung des öffentlichen Raumes investiert werden, profitieren alle davon. Für Härtefälle kann es außerdem auch hier immer gesonderte Konditionen geben.

» Wenn der Autoverkehr eingeschränkt wird, leidet der Einzelhandel. «



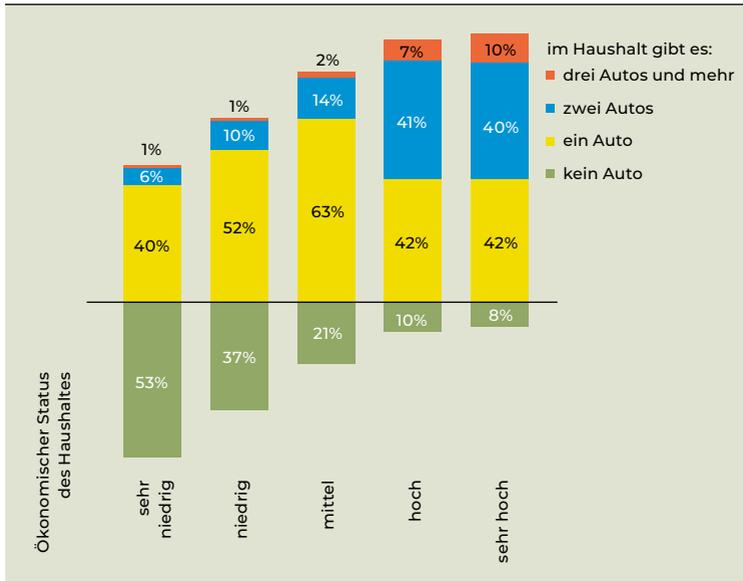
Ladenbesitzer*innen fürchten häufig, dass weniger Kundschaft in ihre Geschäfte kommt, wenn diese nicht mehr mit dem privaten Auto anreist und vor der Tür parken kann. Das Gegenteil ist der Fall. Mit dem Auto werden große Einkaufszentren mit Kettenläden besucht, zu Fuß eher kleine Läden in der Nachbarschaft. Als z.B. das Hamburger Stadtviertel Ottensen temporär vom Autoverkehr befreit wurde, besuchte durch die Verkehrsberuhigung jede*r Vierte häufiger die Läden und die Gastronomie im Kiez. Erfahrungen aus anderen Städten bestätigen diesen Effekt.⁶⁵ Während lebendige Straßen ohne Autos und mit gemütlichen Cafés zur Lebensqualität der Menschen beitragen, sollte das Ankurbeln des Konsums aber nicht Ziel einer nachhaltigen Mobilitätswende sein.

63 Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2019) → Mobilität in Deutschland – Kurzreport. Verkehrsaufkommen – Struktur – Trends.

64 *Changing Cities* (13.12.2021) → Wer in Berlin Auto fährt, ist selten arm.

65 Zum Beispiel in Barcelona: *The Guardian* (10.09.2019) → Barcelona's car-free »superblocks« could save hundreds of lives.

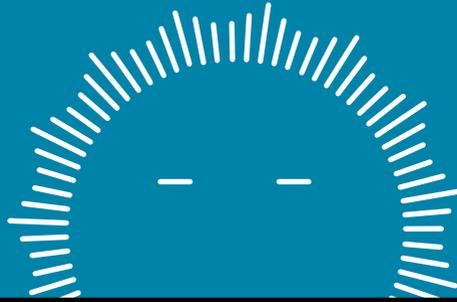
Abbildung 3: Autobesitz nach ökonomischem Status der Haushalte in Deutschland 2018 (Status von links nach rechts ansteigend).



Quelle: Umweltbundesamt basierend auf den Daten BMVD (2019a), S. 11.



Lasse Thiele



Energiepreise: Transformative Wege aus der Krise

Jetzt die Transformation voranbringen, statt sie zu verzögern!

Anstelle neuer fossiler Energieprojekte braucht es in der Energiekrise eine Energie-Grundversorgung für alle: Progressive Tarife mit Preisdeckel für den Grundbedarf, Umverteilung von Profiten, gezielte Drosselungen und Umbau von industrieller Produktion und Investitionen in die Wärmewende.

Diesen Baustein haben wir Anfang September 2022 als ersten der hier abgedruckten Bausteine veröffentlicht. Er unterscheidet sich insofern von den anderen, zeitloseren Bausteinen, als dass er ein stark von den Ereignissen des Jahres 2022 geprägtes Zeitdokument ist.

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar drohte in Deutschland ein »fossiles Rollback«: Plötzlich sollten überall an den Küsten Flüssiggas-Importterminals entstehen, nachdem entsprechende Pläne längst aus wirtschaftlichen und klimapolitischen Gründen eingemottet schienen. Die durch die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verursachte Krise sollte also durch neue fossile Importanlagen bearbeitet werden. Im Spätsommer 2022 waren die Medien voller Spekulationen über einen »heißen Herbst« der Proteste über explodierende Energiepreise, gefolgt von einem kalten Winter mit Engpässen in der Energieversorgung. In diesem Kontext wollten wir transformative Wege aus der Krise aufzeigen: Es war und ist möglich, gleichzeitig für kurzfristige soziale Entlastung zu kämpfen und statt neuer fossiler Investitionen den Weg in ein nachhaltiges Energiesystem mit einer stabilen Grundversorgung für alle einzuschlagen.

Im Nachhinein stellten sich beide Jahreszeiten als eher lauwarm heraus. Die Gasspeicher konnten durch die Nutzung freier Importkapazitäten in europäischen Nachbarländern und durch Pipelineimporte aus Skandinavien vollständig gefüllt werden, bevor eine einzige LNG-Anlage ans Netz ging. Trotz immer lauterer öffentlicher Kritik an den geplanten Überkapazitäten hielt die Bundesregierung an ihren LNG-Ausbauplänen fest.

Protestpotenzial versuchte die Regierung im Herbst 2022 abzuräumen, indem sie einige der auch in unserem Baustein geforderten sozialen Maßnahmen in Ansätzen umsetzte – allerdings, wie im Beispiel der Gas- und Strompreisbremsen,

auf immer noch hohem Kostenniveau und mit einem Verteilungsmechanismus, der Vielverbraucher*innen bevorzugt. Eine Übergewinnsteuer für die Energiebranche wurde EU-weit vereinbart, aber in Deutschland nur auf dem Mindestniveau umgesetzt und schnellstmöglich wieder abgeschafft. Von dem Anteil der Profite, der das Niveau der Vorjahre um mehr als 20% überschreitet, sollen die Konzerne 33% abgeben. Die Abschaffung der Übergewinnsteuer erfolgte dann im Juni 2023 ohne großes Aufsehen. Das *9-Euro-Ticket* wurde nicht verlängert, dafür mit einem Dreivierteljahr Verzögerung das bundesweite *49-Euro-Ticket* eingeführt – dies ist zwar ein Schritt nach vorne, allerdings einer, der Haushalten mit geringem Einkommen für die Alltagsmobilität vor Ort immer noch zu viel abverlangt.

Die Entwicklungen bleiben im Fluss. Statt des hoffnungslosen Versuches einer Aktualisierung dieses Bausteins mit all seinen tagespolitischen Details präsentieren wir daher im Folgenden die Originalform von 2022. So möchten wir unseren transformativen Ansatz zum Zeitpunkt der Projektarbeit verdeutlichen. Nur die Box zu klimagerechten und sozialen Energietarifen haben wir um einige Abschnitte aus unserem damals parallel veröffentlichten Hintergrundpapier zum Thema ergänzt.

Auf einen Blick

- Die aktuelle Energiekrise zeigt: Statt der bisherigen ungerechten und nicht nachhaltigen Energiepreissysteme braucht es ein Recht auf eine Energie-Grundversorgung – mittels progressiver Energietarife, die in der Energiewende Sicherheit für alle schaffen und gleichzeitig unangemessen hohen Verbrauch beschränken.
- Ein per Preisdeckel vergünstigter Energie-Grundbedarf, Umverteilung der Profite und Mehrkosten durch Steuern und Transferleistungen, das Verbot von Strom- und Gasabschaltungen sowie gezielte Drosselungen von nicht lebensnotwendiger Industrieproduktion können kurzfristig gegen Energiearmut im Winter helfen. Die Bundesregierung muss Transparenz über industrielle Verbrauchsdaten schaffen, um eine demokratische Debatte über Drosselungen zu ermöglichen.
- In der Hektik der Krise müssen fossile Schnellschüsse verhindert werden: Dazu zählen Gaslieferverträge über 20 Jahre, neue LNG-Terminals oder neue Gas- und Ölbohrungen im Wattenmeer, die kurzfristig nicht helfen, aber langfristig die Wärmewende blockieren könnten. Diese Investitionsmittel sollten stattdessen in erneuerbare Energien und die Wärmewende fließen. So kann der Gasbedarf gesenkt werden, noch ehe die – somit endgültig überflüssigen – fossilen Projekte lieferbereit sind.
- Nur eine tiefgehende Transformation kann nachhaltig Krisen bekämpfen. Wichtige Bausteine sind die demokratische Vergesellschaftung von Energieversorgung und Wohnraum, gezielter industrieller Rückbau mit Arbeitszeitverkürzung und eine Ernährungswende.

Energiekrise: Zwischen Winterplänen und Transformation

Die Verteilung und Bepreisung von Energie sind schon lange ungleich – und wenig nachhaltig. Energieintensive Industrien erhalten Vergünstigungen, und auch Haushalte mit höherem Verbrauch werden durch Tarifmodelle mit Grundpreis bevorzugt. In der aktuellen Krise wächst bei vielen Menschen berechtigterweise die Angst vor einem kalten Winter. Die Bundesregierung reagiert bisher kaum mit Entlastungen, setzt aber dafür auf viele falsche, nicht-nachhaltige Lösungen wie neue Erdgasimporte und Ölbohrungen. Über die neue Gasumlage sollen sogar noch mehr Krisenkosten auf die Verbraucher*innen abgewälzt werden. Gleichzeitig schlagen große Teile der fossilen Energiebranchen aus der angespannten Marktlage Riesenprofite – und dürfen diese auch behalten, dank der Weigerung der Regierung eine Übergewinnsteuer einzuführen. Auch Laufzeitverlängerungen für Kohle- und Atomkraftwerke werden aus verschiedenen Ecken beharrlich in die Debatte gebracht.

In dieser Krise des fossilen Kapitalismus brauchen wir kurz- und langfristige Maßnahmen, die sich nicht gegenseitig widersprechen, sondern aufeinander aufbauen. Das längerfristige Ziel ist das Recht auf eine Grundversorgung mit Energie in einem klima- und sozial gerechten Energiepreissystem, das allen Sicherheit für ihren Grundbedarf verspricht und Verschwendung vermeidet. Dieses muss eingebettet sein in eine umfassende sozial-ökologische Transformation. Kurzfristig geht es darum, die nächsten Winter zu überstehen – ohne dass Menschen zum Frieren gezwungen werden und ohne eine neue Runde von Panik getriebenen, langfristig bindenden Investitionen in fossile Brennstoffe. Dabei können kurzfristige Maßnahmen ein Einstieg sein, um sowohl überproportional großen Verbrauch einzuschränken als auch die Energie-Grundversorgung für alle zu verwirklichen. Es sind nicht die Armen und die ohnehin schon Sparsamen, die als Erste noch stärker Energie sparen sollten.

Was es für den Winter braucht



Preisdeckel für den Grundbedarf

Ein Preisdeckel für den Energie-Grundbedarf (Strom und Heizung) ist notwendig, um Energiearmut¹ zu verhindern und sicherzustellen, dass niemand frieren muss. Das wäre ein Einstieg in ein progressives Tarifsystem. Eine Strompreisbremse nach diesem Prinzip wurde von der österreichischen Regierung für den Herbst 2022 bereits angekündigt, allerdings bislang ohne Details.² Ein Preisdeckel für Strom und Gas wird mittlerweile z.B. auch vom *Deutschen Gewerkschaftsbund* gefordert.³

Einen Preisdeckel im Sinne einer finanziellen Unterstützung für den Energie-Grundbedarf von Haushalten kann die Bundesregierung kurzfristig umsetzen. Grundlage ist das Energiesicherungsgesetz, das im Krisenfall Maßnahmen zur »Deckung des lebenswichtigen Bedarfs an Energie« erlaubt.⁴ Einen ersten konkreten Vorschlag dazu für Gas haben Sebastian Dullien und Isabella M. Weber formuliert.⁵ Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ist allerdings dagegen.⁶ Für eine möglichst schnelle Umsetzung wären auch einfachere Berechnungsmechanismen für den Grundbedarf denkbar als die, die wir längerfristig für ein progressives

-
- 1 Als energiearm gelten Haushalte, die bei niedrigem Einkommen mit überdurchschnittlich hohen Energiekosten konfrontiert sind. Siehe Statistik *Austria/E-Control* (2019) → Energiearmut in Österreich. S. 17.
 - 2 *Der Standard* (27.07.2022) → Bundesregierung kündigt Strompreisbremse ab Herbst an.
 - 3 *Münchener Merkur* (03.07.2022) → Fahimi fordert drittes Entlastungspaket mit Energiepreisdeckel für Privathaushalte.
 - 4 § 1 Energiesicherungsgesetz.
 - 5 Dullien, S. & I. Weber (12.02.2022) → Der Staat muss den Gaspreis deckeln. *Süddeutsche Zeitung*.
 - 6 *tagesschau* (06.07.2022) → Habeck lehnt Gaspreisdeckel ab.

Tarifsystem (siehe Box → Soziale & klimagerechte Energietarife) vorschlagen. Längerfristig könnte ein Deckel z.B. im Strombereich zu EU-rechtlichen Problemen (Elektrizitätsbinnenmarktlinie) führen. Hier besteht auch Reformbedarf in der EU, deren Beharren auf Marktlösungen transformativen Ansätzen im Weg steht. Für direkte Preiskontrollen, die nicht über staatliche Subventionen funktionieren, müsste zudem das deutsche Energiewirtschaftsgesetz geändert werden, das zumindest für den Strommarkt explizit Preisbeschränkungen im Großhandel verbietet.⁷ Auch auf Landesebene können ergänzende Entlastungsmechanismen für Haushalte mit niedrigem Einkommen eingeführt werden. Das Berliner Abgeordnetenhaus etwa hat dafür im Frühsommer 2022 Mittel für einen Härtefallfonds verabschiedet.⁸



Umverteilung durch Übergewinnsteuer

Die explodierenden Profite fossiler Konzerne müssen schnell umverteilt werden, z.B. über eine Übergewinnsteuer. Auch das kann zur Finanzierung des Preisdeckels beitragen. Die Umverteilung von Profiten kann die Bundesregierung über verschiedene Steuer- und Abgabenmechanismen regeln. Die 2022 viel diskutierte Übergewinnsteuer beispielsweise wäre laut eines Gutachtens des *Wissenschaftlichen Dienstes* des Bundestags als kurzfristige Lösung rechtlich umsetzbar.⁹ Sie würde zumindest Teile der Extraprofite umverteilen, die viele Energiekonzerne dank steigender Marktpreise einfahren, ohne selbst im vergleichbaren Maß von höheren Beschaffungskosten betroffen zu sein. Ähnliche Maßnahmen wurden bereits durch das Vereinigte Königreich und diverse

7 §1a Energiewirtschaftsgesetz. Für den Grundversorger in der jeweiligen Region darf das BMWK allerdings »Bestimmungen über Inhalt und Aufbau der Allgemeinen Preise treffen« (§ 39 Abs. 1).

8 Kühn, T. (01.08.2022) → Energiepreiskrise in Berlin: Unterstützen, deckeln und enteignen? taz.

9 *Der Spiegel* (31/2022) → Übergewinnsteuer wäre laut Gutachten auch in Deutschland möglich.

EU-Staaten wie Italien, Spanien oder Griechenland umgesetzt oder angekündigt. Das könnte in Deutschland nach einer aktuellen Studie je nach Steuersatz alleine im Energiesektor rund 30-100 Mrd. Euro im Jahr einbringen.¹⁰ Längerfristige steuerpolitische Vorschläge bieten wir im Baustein → Sozial-ökologische Steuerreform.



Solidarische Lösungen in der Gaskrise

Auch für die spezifischen Kosten der Gaskrise braucht es solidarische Lösungen. Dazu ist weder die Gasumlage (alle Gaskund*innen zahlen) noch die pauschale Absenkung der Mehrwertsteuer auf Gas (belastet den öffentlichen Haushalt, kommt vor allem energieintensiven Unternehmen zugute) geeignet. Gezielte sozialpolitische Maßnahmen wie die Erhöhung der Regelsätze für Transferempfänger*innen sind notwendig.

Möglich wäre neben einer Umverteilung über die Übergewinnsteuer auch eine stärkere Beteiligung der betroffenen Gasanbieter an steigenden Beschaffungskosten.¹¹ Die Bundesregierung will die Firmen dagegen nun per Gasumlage im Umfang von bis zu 90% entlasten. Dabei sind es sogar vorwiegend Unternehmen mit hervorragender wirtschaftlicher Situation, die Ansprüche auf die Gasumlage geltend machen – obwohl viele von ihnen insgesamt von den hohen Energiepreisen profitieren.¹² Zudem gäbe es auch im Rahmen der Gasumlage zumindest die Möglichkeit einer Progression, die einen Grundbedarf für jeden Haushalt von der Umlage

10 Trautvetter, C. & D. Kern-Fehrenbach (2022) → Kriegsgewinne besteuern. Ein Beitrag zur Debatte um Übergewinnsteuern, *Rosa-Luxemburg-Stiftung*.

11 s. Vorschlag in: *Handelsverband Deutschland & Verbraucherzentrale Bundesverband* (28.06.2022) → Handel und Verbraucher:innen vor Energiepreisanstieg schützen.

12 Witsch, K. & K. Stratmann (22.08.2022) → Gasumlage: Uniper, RWE & Co.: Diese elf Unternehmen wollen davon profitieren. *Handelsblatt*.

ausnimmt. Die Regelsätze für Transferempfänger*innen müssen angepasst werden, um nicht nur den direkten Effekt der steigenden Energiekosten, sondern auch den indirekten Effekt (allgemeine Preissteigerungen für Lebensmittel) auszugleichen.



Recht auf Energie-Grundversorgung

Strom- und Gasabschaltungen bei Haushalten, die ihre Rechnungen nicht pünktlich bezahlen können, müssen im Sinne eines Rechts auf Energie-Grundversorgung verhindert werden. 2019 gab es in Deutschland fast 300.000 Stromsperrungen und 30.000 Gassperrungen.¹³ Infolge der aktuellen Preisexplosionen könnten diese Zahlen deutlich steigen. Die Aufhebung der Sperren ist mit Zusatzkosten verbunden und bildet so eine weitere Hürde und Belastung für die betroffenen Haushalte.

Das Verbot von Strom- und Gasabschaltungen müsste auf Bundesebene geregelt werden und einhergehen mit geeigneten Entschuldungskonzepten. Für kommunale Anbieter könnte beides auch direkt von den Kommunen beschlossen werden. Im ersten Corona-Jahr 2020 sank die Zahl der Sperrungen in Deutschland bereits deutlich, als pandemiebedingt zeitweise ein Leistungsverweigerungsrecht galt.¹⁴

13 *heise online* (16.09.2021) → Bundesnetzagentur: Anzahl der Stromsperrungen 2020 zurückgegangen.

14 *heise online*, → siehe Fußnote 13.



Industriellen Energieverbrauch drosseln

Gas-Engpässe können mit gezielten Drosselungen der nicht lebensnotwendigen industriellen Produktion überbrückt werden. Das betrifft auch industriellen Stromverbrauch. Die Folgen für die Beschäftigten müssen über Kurzarbeitsregelungen aufgefangen werden. Die Bundesregierung kann den Energieverbrauch rationieren. Als regelnde Instanz ist hierfür die *Bundesnetzagentur* vorgesehen, die nach politisch vorgegebenen Kriterien entscheiden müsste.¹⁵ Grobe Entscheidungskriterien sind für Erdgas im NOTFALLPLAN GAS festgehalten, der in seiner bisherigen Fassung im Falle von Engpässen Haushaltskund*innen und grundlegende soziale Einrichtungen als »geschützte Kunden« priorisiert.¹⁶ Darüber hinaus gibt es für die Industrie aber keine detaillierte Abschaltreihenfolge. Diese will die Bundesnetzagentur kurzfristig in Einzelfallentscheidungen festlegen, die vorwiegend wirtschaftlichen Kriterien folgen.¹⁷ Verkompliziert werden diese Entscheidungen auch durch die infrastrukturelle Verknüpfung verschiedener Betriebe in Industrieparks.

Derzeit ist eine Überarbeitung des zuletzt 2019 aktualisierten Notfallplans in der Diskussion, bei der allerdings Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck den gegenteiligen Gedanken in den Raum gestellt hat, nämlich Industriebetriebe gegenüber Haushalten stärker zu bevorzugen.¹⁸ Auch aus der Wirtschaft werden entsprechende Forderungen laut.¹⁹ Die politische Verantwortung liegt beim *Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK)*.

15 Fehr, M. & C. Kretschmer (27.07.2022) → Gasversorgung der Industrie: Wer ist systemrelevant – und wer nicht? *tagesschau*.

16 BMWK (01.09.2019) → Notfallplan Gas für die Bundesrepublik Deutschland.

17 Bückler, T. (30.03.2022) → Drohende Gas-Krise: Keine konkrete Abschalt-Reihenfolge. *tagesschau*.

18 *Business Insider* (14.07.2022) → Notfallplan: Wem dreht der Staat zuerst den Gashahn zu?

19 *Stern* (12.07.2022) → Chemiebranche fordert: Privathaushalte sollen zuerst auf Gas verzichten.

Die EU mischt zwar auch mit einem Gas-Notfallplan mit, nach dem auch Haushalte geschützt werden sollen; dieser Plan ist aber nicht verbindlich. Verpflichtende Maßnahmen kann die EU in diesem Winter nur erlassen, wenn die Mehrheit der Mitgliedsländer zustimmt. Das scheint bisher unwahrscheinlich. Es braucht also politischen Druck, um Haushalte weiterhin zu schützen und stattdessen gezielte Drosselungen von nicht-essentieller industrieller Produktion durchzusetzen.



Transparenz

Dafür braucht es eine transparente demokratische Debatte: Wie viel Gas fließt in welche Produkte? Wie viel wird benötigt für lebenswichtige Medikamente und wie viel steckt in Dingen, die (vor allem kurzfristig) weniger wichtig sind – oder sogar schädlich wie SUVs und Waffen? Welche Produkte der gasintensiven Chemieindustrie sind verzichtbar? Welche Industrie hat welche Priorität?

Die entsprechenden Daten werden derzeit von der *Bundesnetzagentur* im Auftrag des *Bundeswirtschaftsministeriums* gesammelt, um sich einen Überblick über die Gasflüsse in der Wirtschaft zu verschaffen.²⁰ Sie sollte zur Transparenz verpflichtet werden, damit die Entscheidungen demokratisch diskutiert werden können. Verantwortlich ist wiederum das *BMWK*.

20 Bückler, T. (30.03.2022) → Drohende Gas-Krise: Keine konkrete Abschalt-Reihenfolge. *tagesschau*.



Globale Grundversorgung gewährleisten

Globale Solidarität auch bei der Energiebeschaffung: Der deutsche LNG-Einkaufsrausch darf nicht auf Kosten der Grundversorgung in ärmeren Ländern gehen! Die Bemühungen Deutschlands und anderer reichere Länder um eine von Russland unabhängige Gasversorgung sorgen derzeit dafür, dass ärmere Länder ihren Grundbedarf an Gas nicht mehr decken können. In diesen Ländern sind lebenswichtige Versorgungsinfrastrukturen betroffen.²¹ Hier kommt es auf die Zivilgesellschaft an, eine solidarische internationale Koordination einzufordern, damit Gas nicht nur nach Kaufkraft und geopolitischer Macht verteilt wird.



Subventionen an strenge Bedingungen knüpfen

Öffentliche Energiekostensubventionen an Unternehmen müssen an Umbaumaßnahmen gekoppelt werden, die den zukünftigen Energiebedarf senken, sowie an wirtschaftliche Bedingungen wie den Verzicht auf Dividendenausschüttungen und Boni. Auch hierfür liegt die Verantwortung zunächst beim *BMWK*, wobei auch das *Bundesfinanzministerium* mitsprechen würde. Der neue *ARBEITSPLAN ENERGIEEFFIZIENZ* des *BMWK*²² etwa soll industriepolitische Weichen stellen, aber wurde als viel zu zögerlich und unverbindlich gerade gegenüber der Industrie kritisiert.²³ Das *ENERGIESICHERUNGSPAKET* des *BMWK* aus dem Juli 2022 deutet erste Schritte in diese Richtung an: Es kündigt an, Unternehmen, die bestimmte Vergünstigungen in

21 Kaufmann, S. (15.07.2022) → Europa saugt Gas aus der Welt. *nd*.

22 *BMWK* (17.05.2022) → Energiesparen für mehr Unabhängigkeit. Arbeitsplan Energieeffizienz.

23 Götze, S. (17.05.2022) → Sparen bleibt die Ausnahme. *Der Spiegel*.

Anspruch nehmen, zur Umsetzung wirtschaftlich sinnvoller Energiesparmaßnahmen verpflichtet zu wollen.²⁴ Die Ausgestaltung und Verbindlichkeit dieser Regelungen sind aber bislang unklar. Hier müsste noch mehr Druck aufgebaut werden – erst recht im Hinblick auf verteilungspolitische Kriterien.



Fossile Schnellschüsse verhindern

Für neue LNG-Terminals werden aktuell Lieferverträge über 20 Jahre verhandelt, durch die fatale Auswirkungen auf die Energie- und Wärmewende in Deutschland drohen. Schnell sollen auch Genehmigungen für die Förderung verschiedener Gas- und Ölvorkommen in Deutschland her: Öl im Nationalpark Wattenmeer²⁵, Gas vor der niedersächsischen Nordseeküste.²⁶ Sogar Fracking wurde wieder in die Debatte gebracht.²⁷

Hier werden alte, lange aus Klima- und Naturschutzgründen nicht durchsetzbare Pläne wieder aus der Schublade gezogen. Solche langfristigen fossilen Projekte, die erst in Jahren Energie liefern könnten und in diesem Winter nicht helfen werden, bedeuten einen dramatischen energie-, klima- und umweltpolitischen Rückschritt. Für den LNG-Ausbau hat der Bundestag mit dem LNG-BESCHLEUNIGUNGSGESETZ bereits die Grundlage geschaffen. Lieferverträge werden aber weiter zwischen privaten Firmen unter Einbeziehung des *BMWK* ausgehandelt (siehe → Mythen & Missverständnisse). Die Genehmigung von Gas- und Ölförderungen ist Ländersache. Zuständig sind die jeweiligen Bergbaubehörden. Hier müsste also Druck auf die Landesregierungen ausgeübt werden. In

24 *BMWK* (21.07.2022) → Energiesicherungspaket: Weitere Stärkung der Vorsorge.

25 Staude, J. (26.05.2022) → Eine andauernde Störung, *nd*.

26 *Hamburger Abendblatt* (08.07.2022) → Minister: Gasförderung in Nordsee soll Versorgung sichern.

27 *tagesschau* (19.06.2022) → FDP stellt Frackingverbot infrage.

Schleswig-Holstein unterstützen die Grünen in der neu gewählten schwarz-grünen Regierung die ausgeweitete Förderung, wollen dafür aber insgesamt ein früheres Ende der Ölförderung erreichen. In Niedersachsen wollte die rot-schwarze Landesregierung noch im Winter Gas- und Ölbohrungen im Wattenmeer verbieten²⁸ und vollzog erst nach Kriegsbeginn eine Kehrtwende.²⁹ Im Oktober stehen dort Landtagswahlen an.



Einstieg in die Verkehrswende

Das *9-Euro-Ticket* muss verlängert werden. Es schafft reale Entlastung, dämpft bereits jetzt spürbar die Inflation³⁰, ist populär und weist verkehrspolitisch in die richtige Richtung. Natürlich muss der vergünstigte Nahverkehr mit einem Ausbau der Kapazitäten und der Versorgung insbesondere im ländlichen Raum einhergehen. Dafür ist jetzt der perfekte Zeitpunkt. Das Angebot darf nicht als Eintagsfliege enden, sondern muss der Einstieg in die Verkehrswende werden. Politisch ist das vor allem eine Frage der Finanzierung, welche der Bundesfinanzminister blockiert.³¹ Für die Weiterführung setzt sich u.a. die Kampagne *9-Euro-Ticket weiterfahren ein*.³²

28 NDR (13.12.2021) → Verbot von Erdgas- und Ölförderung im Wattenmeer rückt näher.

29 NDR (08.03.2022) → Nun doch: Landesregierung erwägt Gasförderung in der Nordsee.

30 n-tv (03.08.2022) → Studie: 9-Euro-Ticket drückt Inflation deutlich.

31 Berliner Zeitung (23.07.2022) → Mehrheit für Nachfolge des 9-Euro-Tickets, Lindner sagt Nein.

32 → 9-euro-ticket-weiterfahren.de

Die Transformation einleiten



Progressive Energietarife

Soziale und klimagerechte Energietarife für Haushalte könnten eine Energie-Grundversorgung gewährleisten: Ähnlich wie beim kurzfristigen Energiepreisdeckel wird dauerhaft ein Grundbedarf an Energie günstig zur Verfügung gestellt, Zusatz- bzw. Luxusverbrauch dagegen wird zunehmend verteuert.

Dabei würde statt einer staatlichen Subvention stärker auf eine Querfinanzierung gesetzt, bei der Vielverbraucher*innen den günstigen Grundbedarf für alle mitfinanzieren. Progressive Energietarife für Haushalte stoßen allerdings auf EU-rechtliche Hürden. Unmittelbar umsetzbar wäre aber zumindest eine progressive Ausgestaltung von Energiesteuern inkl. der Stromsteuer, die der Bundestag beschließen könnte. Mehr dazu in unserem Hintergrundpapier **SOZIALE UND KLIMAGERECHTE ENERGIETARIFE**, das auf unserer Website zu finden ist.



Vergesellschaftung von Wohnraum

Die Vergesellschaftung von Wohnraum und dessen gerechte und an Suffizienz orientierte Vergabe ermöglichen eine gleichmäßige Verteilung des Energiebedarfs und erleichtern die systematische, sozial gerechte energetische Sanierung des Gebäudebestands. Kurzfristig könnte eine sozial gerechte Sanierung z.B. auch durch soziale Staffelungen gefördert werden: durch eine Priorisierung der Sanierungsförderung im Bestand bei ärmeren Mieter*innen und/oder durch die Möglichkeit zur Durchsetzung von Mietab-

schlagen für Mieter*innen dort, wo Vermieter*innen sich nicht um energetische Sanierung und Heizsysteme auf Erneuerbaren-Basis bemühen. Suffizienz bedeutet: Genug Wohnfläche für alle, diese fair verteilt, aber eben nicht unnötig viel Fläche für Einzelne. Siehe Baustein → Gerechter Wohnraumverteilung.



Vergesellschaftung der Energieversorgung

Auch in der Energieversorgung ist Vergesellschaftung sinnvoll: Ohne Profitdruck könnten so ökologische Produktion und soziale Tarifsysteme demokratisch festgelegt werden. Zur Vergesellschaftung der Energieversorgung sind auf Bundes- wie auf Landesebene gesetzliche Maßnahmen nach Artikel 15 des Grundgesetzes denkbar.³³ Auch auf kommunaler Ebene ist eine (Re-)Kommunalisierung von Infrastrukturen möglich. Das wurde bereits mehrfach über direktdemokratische Abstimmungen versucht, wie etwa 2013 über den erfolgreichen Volksentscheid der Kampagne UNSER HAMBURG – UNSER NETZ³⁴ und zeitgleich in Berlin durch den BERLINER ENERGIETISCH. Beide beinhalten umfassende Ideen für soziale Maßnahmen und eine beschleunigte Energiewende.³⁵

33 Dort heißt es in Satz 1: »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.«

34 → unser-netz-hamburg.de

35 → berliner-energietisch.net



Zukunftsweisende Investitionen

Investitionen, die jetzt in LNG-Terminals fließen, über die in fünf Jahren Gas importiert werden könnte, sollten stattdessen in die Förderung energetischer Gebäudesanierung, in Wärmepumpen, grüne Fernwärme und den Ausbau erneuerbarer Energien fließen. So kann innerhalb von fünf Jahren der Gasbedarf effektiv und nachhaltig verringert werden, und die Terminals werden endgültig überflüssig. Auch Investitionen in eine Wärmewende sind zuerst bundespolitische Aufgabe. Sie können auch auf Landes- und kommunaler Ebene vorangebracht werden, dort aber meist mit stärker begrenzten Mitteln. Insbesondere bei Fernwärme sind die Kommunen in der Verantwortung – auch regulatorisch.



Nachhaltiger industrieller Rückbau

Auch langfristig wird das von der Bundesregierung vertretene deutsche Leitbild des industriellen Exportweltmeisters nicht mit globaler Klimagerechtigkeit vereinbar sein. Während bei kurzfristigen Drosselungen der Industrieproduktion Kurzarbeitsregelungen helfen, muss ein nachhaltiger langfristiger industrieller Rückbau mit grundsätzlicher Arbeitszeitverkürzung einhergehen. Arbeitszeitregelungen in einzelnen Branchen sind zunächst Sache der Tarifpartner*innen, also Gegenstand von Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberseite. Langfristig geht es jedoch um eine gesamtgesellschaftliche Umverteilung von Arbeit hin zum Standardmodell einer »kurzen Vollzeit« und einer geschlechtergerechten Verteilung von Sorgearbeit. Dafür müsste ein geeigneter politischer Rahmen geschaffen werden – was nur im Zuge einer sehr tiefgehenden Transformation vorstellbar ist. Siehe Baustein → Arbeitszeitverkürzung.



Ökologische Agrarwende

Durch eine konsequente Wende zur ökologischen Landwirtschaft muss der Bedarf an erdgasbasierten synthetischen Düngemitteln dauerhaft auf Null sinken. Die Nahrungs- und Futtermittelinindustrie beansprucht insgesamt über 10% des deutschen Gasverbrauchs.³⁶ Insbesondere ein schneller Rückbau der Tierindustrie könnte den Gasverbrauch senken. Auf die auch aus klimapolitischen und ethischen Gesichtspunkten hochproblematischen Milch- und Fleischindustrien entfällt ein Drittel dieser Menge.³⁷

Auch die ökologische Agrarwende ist landes- und bundespolitische Angelegenheit, wird aber auch durch die leider erst für den Zeitraum ab 2028 wieder zu verhandelnde *Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)* der EU geprägt. Natürlich wird die Agrarwende seit langem vor allem von Landwirt*innen von unten vorangetrieben. Eine drängende Maßnahme wäre, die Privatisierung von staatlichen Flächen für industrielle Landwirtschaft zu stoppen und Landwirt*innen Land nach Gemeinwohlkriterien zur Verfügung zu stellen (siehe Baustein → Gerechte Bodenpolitik). Hier blockiert gerade das FDP-geführte Finanzministerium, wogegen zwei junge Landwirtinnen kürzlich eine Petition gestartet haben.³⁸ Geeignete Schritte zum Rückbau der Tierindustrie haben etwa das Bündnis *Gemeinsam gegen die Tierindustrie*³⁹ sowie ein Zusammenschluss aus NGOs⁴⁰ zusammengetragen.

36 *fleischwirtschaft.de* (03.08.2022) → So viel Erdgas verbrauchen bestimmte Branchen.

37 Dittmer, D. (13.07.2022) → Molkereien fürchten Gas-Stopp: »Nicht, dass ihr die Falschen rettet!« *n-tv*; *fleischwirtschaft.de* (siehe 36).

38 Petition → »Lindners Vertragsbruch: Ausverkauf öffentlichen Eigentums stoppen!«.

39 *Gemeinsam gegen die Tierindustrie* (n.d.) → Unsere Forderungen.

40 *ProVeg* et al. (2021) → 11 NGOs fordern von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP: Reduzierung der Tierbestände und mehr Tierschutz in den Koalitionsvertrag.

Transformation braucht Sicherheit

Die genannten Maßnahmen können dazu beitragen, eine Energie-Grundversorgung für alle zu verwirklichen. Darüber hinaus können über solche Maßnahmen auch die weit verbreiteten Ängste vor Veränderung reduziert werden – Ängste, die derzeit oft konsequenter Klimapolitik im Weg stehen und die zu diesem Zweck immer wieder gezielt geschürt werden. So versuchen Industrie und bestimmte politische Lager derzeit erneut, langfristige Weichenstellungen für weitere fossile Energieförderung mit Verweis auf soziale Härten durchzusetzen, ohne aber Maßnahmen gegen diese sozialen Härten an sich zu unterstützen. Für eine Energiewende braucht es also auch ein glaubwürdiges Zeichen: Die Grundbedürfnisse werden auch in Zukunft erfüllt!

Die Energiepreise werden absehbar weiterhin stark schwanken, solange fossile Energien verbraucht werden. Sie werden zunehmend einen gesellschaftlichen Konfliktpunkt bilden.⁴¹ Auch erneuerbare Energien werden nicht unbegrenzt verfügbar sein. Einen suffizienten, sozial gerechten gesellschaftlichen Umgang mit Energie zu erreichen, ist also zentrale Voraussetzung für eine ökologisch und sozial gerechte Zukunft.

41 Müller, T. (21.04.2022) → Energiepreise are the new black – Teil 1.

Soziale und klimagerechte Energietarife

Ein soziales und klimagerechtes Preissystem verbindet zwei Ziele: Es soll **allen Menschen den Zugang zu notwendiger Energie ermöglichen** und gleichzeitig den **Energieverbrauch insgesamt senken**, indem Verbrauch und Kosten gerechter verteilt werden. Dafür schlagen wir **progressive Tarife** vor. Diese bieten jedem Haushalt einen Grundbedarf an Strom und Heizenergie günstig an. Der darüber hinausgehende Zusatzbedarf wird dann pro Einheit zunehmend deutlich teurer berechnet. Luxus-Energieverbrauch, der weit über dem üblichen Durchschnitt liegt, würde so pro Einheit deutlich mehr kosten als der Grundbedarf. Die Forschung belegt, dass **wohlhabendere Haushalte deutlich mehr Energie verbrauchen** als ärmere, obwohl sie sich effizientere Geräte leisten können.

Dabei sollen sowohl die Zahl der im Haushalt lebenden Personen als auch die **energetischen Voraussetzungen** berücksichtigt werden (z.B. Art der Warmwasserversorgung, Heizsysteme) – letzteres insbesondere in Mietwohnungen, da Mieter*innen nicht über die technische Ausstattung entscheiden können. Grundsätzlich müssen auch **besondere Bedürfnisse**, z.B. von Menschen mit körperlichen Einschränkungen, berücksichtigt werden – dies aber ggf. über Kompensationen außerhalb des Tarifsystems. In unserem Vorschlag würde für jeden Haushaltstyp – z.B. zwei Erwachsene, zwei Kinder in einer Mietwohnung mit elektrischer Warmwasseraufbereitung – ein Durchschnittsverbrauchswert ermittelt. Die **Tarifzonen** werden dann relativ zu diesem Durchschnittswert eingeteilt. In unserer Beispielrechnung werden 50% der Durchschnittsmenge kostenlos zur Verfügung gestellt.



Beispiel*: Progressiver Stromtarif mit Sockelmenge

Zone	Verbrauchsmenge (relativ zum Ø für jeweiligen Haushaltstyp**)	Preis
1	bis 50%	frei
2	50-90%	55 ct/kWh
3	91-130%	85 ct/kWh
4	über 130%	120 ct/kWh

Beispieleffekt für Haushalte

	Verbrauchsniveau (relativ zum Ø für Haushaltstyp**)	Kostenveränderung gegenüber Juli 2022 ⁴² bei konstantem (!) Verbrauch ^{***}
Haushalt 1	80%	45% Einsparung
Haushalt 2	100%	18% Einsparung
Haushalt 3	130%	15% Zuzahlung
Haushalt 4	180%	73% Zuzahlung

* Zur Veranschaulichung – dies ist kein konkreter Umsetzungsvorschlag.

** Nach Personenzahl und energetischen Bedingungen (in Mietwohnungen) gestaffelt.

*** Erwartbar ist natürlich vor allem bei den Haushalten 3 und 4 eine Reduzierung des Verbrauchs und dementsprechend auch der tatsächlich zu zahlenden Kosten.



Bei der Umsetzung solcher Tarifsysteme kann an **Erfahrungen in verschiedenen Regionen** (z.B. Italien, Südkorea, Kalifornien) angeknüpft werden. Sie sind ein erster Schritt weg von einer rein warenförmigen Verteilung von Energie hin zu einem **Recht auf eine Energie-Grundversorgung**, das zwischen bezahlbarem Grundbedarf und teurerem Zusatzverbrauch unterscheidet. Wichtig wäre dabei, eine größere Transparenz über den Energieverbrauch zu schaffen – bei nur jährlicher Abrechnung wissen die meisten Menschen kaum, wie viel ihre Energie kostet, und können Auswirkungen ihres Nutzungsverhaltens auf den Verbrauch schwerer nachvollziehen. Ohnehin müssten geeignete Abrechnungssysteme entwickelt werden, um den erhöhten bürokratischen Aufwand in Grenzen zu halten.

Die stärkste Wirkung progressiver Tarife läge darin, durch den günstigen Grundbedarf Energiearmut entgegenzuwirken und allen Menschen Versorgungssicherheit zu gewähren. Der garantierte Grundbedarf kann in der **Übergangszeit von einem fossilen in ein erneuerbares Energiesystem helfen, auf Ängsten basierende politische Blockaden abzubauen**. Bei externen Preisschocks könnten zuerst die Preise in den oberen Verbrauchszonen angehoben werden und so einen günstigeren Grundbedarf querfinanzieren. (Bei einer Preisexplosion wie 2021/2022 müsste der Grundpreis allerdings zusätzlich subventioniert werden.)

Natürlich tragen die progressiven Tarife auch dazu bei, den Luxuskonsum von Energie einzudämmen und belohnen grundsätzlich das Energiesparen. So wird ein **100% erneuerbares Energiesystem leichter erreichbar**. Mit Blick auf die Energiebedarfe verschiedener Haushaltsgruppen und gewerblicher Verbraucher*innen wird allerdings klar, dass der Luxusverbrauch in Haushalten nicht der größte Treiber des gesellschaftlichen Energieverbrauchs ist. Insgesamt müssen größere Einsparungen auf anderen Wegen realisiert werden. Dennoch ist wichtig herauszustellen, dass eine CO₂-Bepreisung mit Rückverteilung



als »Klimaprämie« nicht denselben Effekt haben kann wie ein progressives Tarifsysteem: Ein CO₂-Preis schützt weder vor Preisschocks am Weltmarkt noch regt er direkt zu sparsamem Umgang mit Erneuerbaren an. Langfristiges Ziel im Zuge der Energie- und Wärmewende ist natürlich, dass die meisten Haushalte sich selbst mit Energie versorgen – **vielleicht braucht es eines Tages gar keine Tarifsysteme mehr.**

In der Zwischenzeit wäre die Umsetzung am schnellsten über die progressive Ausgestaltung der staatlichen bzw. aller nicht-produktionsbedingten Preisbestandteile (z.B. Energiesteuern) möglich. Für den vergünstigten Grundbedarf bräuchte es eine zusätzliche Lösung; EU-rechtliche Hürden stellen dabei eine Herausforderung dar. Ausführlicheres zu diesen Tarifmodellen bietet das Hintergrundpapier **SOZIALE UND KLIMAGERECHTE ENERGIETARIFE** auf unserer Website.

42 Strompreisniveau Juli 2022 nach *BDEW* (37,3 ct/kWh). Wegfall der EEG-Umlage bereits eingerechnet.

Bündnisse bauen

Viele der geforderten Veränderungen müsste formal die Bundesregierung beschließen. Die Umsetzung scheint insbesondere da wenig aussichtsreich, wo es um längerfristige, transformative Maßnahmen geht. Die Ampel stand bereits vor dem Ukraine-Krieg bestenfalls für eine vorsichtige ökologische Modernisierung.⁴³ Druck »von der Straße« wiederum erwarten viele für den Herbst derzeit eher in eine andere Richtung: als spontane Empörung über steigende Kosten, für die kurzfristige Lösungen gefordert werden – eine Einladung an die Politik, sich auf mehr fossile Subventionen und möglichst viele neue fossile Importe zu konzentrieren. Besonders aus dem rechten Spektrum dürften ökologische Ansätze eher als Preistreiber denn als Lösung dargestellt werden. Wer könnte also Gegendruck erzeugen?

Eine Gefahr in der aktuellen Krisensituation liegt darin, dass traditionelle, ansonsten um Zusammenarbeit bemühte sozialpolitische und ökologische Akteur*innen sich jeweils auf ihre Kernpositionen zurückziehen und so passiv gegeneinander arbeiten. Die einen positionieren sich nicht gegen neue fossile Investitionen, weil Verteilungskämpfe bei größerem Energieangebot aussichtsreicher scheinen, und die anderen reagieren skeptisch auf Preisentlastungen, weil diese den Energieverbrauch steigern könnten. Diese Pattsituation trägt dazu bei, dass öffentlich wahrnehmbarer Protest hauptsächlich von rechts kommt. Umso wichtiger also, eine gemeinsame Grundlage für Bündnisse zu finden, die kurzfristige Maßnahmen mit einer langfristigen Perspektive verbinden. Dazu möchten wir mit unseren Vorschlägen beitragen.

43 Siehe unsere Analyse des Koalitionsvertrags → Mit grüner Marktwirtschaft das Klima retten?

Diese Vorschläge könnten aus unserer Sicht Sozialverbände, Verbraucher*innen-Organisationen und die Mieter*innen-Bewegung mit Umweltverbänden und Klimagruppen zusammenbringen. Auch Gewerkschaften haben, wie vom *DGB* geäußert, ein Interesse an Kostenentlastungen. Um dort Akzeptanz für vorübergehende Drosselungen der Industrieproduktion zu schaffen, bräuhete es entsprechende Regelungen für Kurzarbeit. Auch parteipolitisch ist dem Krisenmanagement der Ampelregierung – das nur in industriepolitischer Hinsicht langfristig ausgerichtet ist, aber nicht in sozial- und klimapolitischer Hinsicht – nur durch eine glaubwürdige transformative Haltung zu begegnen. Sprunghafte, widersprüchliche Forderungen sind kontraproduktiv.

Auch EU-weit wäre eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Bewegungen wichtig, da hier soziale Bewegungen gegenüber der Exekutive verhältnismäßig schwächer aufgestellt sind und gleichzeitig das EU-Recht den Rahmen für nationale politische Entscheidungen einschränkt. Sehr gute inhaltliche Vorschläge für einen sozial-ökologischen Umgang mit der Krise hat schon im März die *RIGHT TO ENERGY COALITION* vorgelegt, in der sich zivilgesellschaftliche Akteur*innen wie Umweltverbände, Gewerkschaften und Sozialverbände europaweit organisieren.⁴⁴

In der Praxis bleibt wirksame Bündnisbildung unter dem Zeitdruck einer akuten Krise eine riesige Herausforderung. Aber ein inhaltlicher Kompass, der über kurzfristige Maßnahmen hinausgeht, hilft auf diesem Weg. Und wie in diesem Baustein verdeutlicht, gibt es auf allen politischen Ebenen reichlich inhaltliche Schnittpunkte, an denen mit der Bündnisbildung begonnen werden kann. Niemand muss auf die ganz große, umfassende, perfekt abgestimmte Kampagne warten – losgehen kann es überall!

44 *Right to Energy Coalition* (02.03.2022) → *Civil Society Response to the Gas Price Crisis*.

Mythen & Missverständnisse

» Wir brauchen jetzt alle Energie, die wir bekommen können, um Energiearmut zu verhindern. «



Energiearmut ist zuallererst eine Frage der Verteilung – sowohl der Energie selbst als auch der Kosten. Für eine gerechte Verteilung braucht es gezielte Maßnahmen, wie von uns vorgeschlagen. Bei manchen der geplanten Projekte wie den LNG-Terminals (s.u.) werden zudem hohe Kosten durch öffentliche Haushalte übernommen. Gleichzeitig bleiben Maßnahmen aus, um an der Krise verdienende Konzerne an den Kosten zu beteiligen.

» Der LNG-Ausbau ist notwendig, um die nächsten Winter auch ohne russisches Gas zu überstehen. «



Nur die schwimmenden LNG-Terminals mit ihren relativ begrenzten Kapazitäten werden überhaupt in den nächsten ein bis zwei Jahren einsatzfähig sein. Für die festen Anlagen, in die gerade hauptsächlich investiert wird, wird mit Bauzeiten um die fünf Jahre gerechnet. Für diese werden Abnahmeverträge über 20 Jahre verhandelt. In einem mit US-amerikanischen Lieferanten unterzeichneten 20-Jahres-Vertrag soll das LNG aus Anlagen stammen, die sich noch in oder vor der Bauphase befinden – erst ab 2026 soll

es losgehen.⁴⁶ In den Verhandlungen mit Katar stehen sogar Klauseln im Raum, die den Weiterverkauf des Gases in Europa verbieten würden.⁴⁷ Dort kam es auch wegen dieser von katarischer Seite präsentierten Forderungen bisher noch nicht zu einem Abschluss.⁴⁸ Dennoch schafft bereits das erste unterzeichnete Abkommen neue und dauerhafte fossile Abhängigkeiten, die den bis 2045 angekündigten deutschen Gasausstieg schwierig bis unmöglich machen könnten. Das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)* hat längst Möglichkeiten skizziert, wegfallendes russisches Gas auch ohne neue LNG-Anlagen zu kompensieren.⁴⁹

» Billige Energiepreise fördern bloß Verschwendung. «



Die von uns vorgeschlagenen Mechanismen verbilligen nicht alle Energie, sondern beziehen sich gezielt nur auf festzulegende Grundbedarfe. Der darüber hinausgehende Verbrauch wäre teurer. So gibt es einen klaren Anreiz, Energieverschwendung zu vermeiden.

46 *tagesschau* (21.06.2022) → EnBW sichert sich US-Flüssigerdgas. Drane, A. (21.06.2022) → Venture Global reaches 20-year deal with EnBW: Germany's first for US LNG. *Houston Chronicle*.

47 Rashad, M., Mills, A. & Steitz, C. (10.05.2022) → Germany, Qatar at odds over terms in talks on LNG supply deal. *Reuters*.

48 Wettengel, J. (10.08.2022) → Still no LNG supply contracts between German and Qatari companies – media report. *Clean Energy Wire*.

49 Holz, F. et al. (08.04.2022) → Energieversorgung in Deutschland auch ohne Erdgas aus Russland gesichert. *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung*.

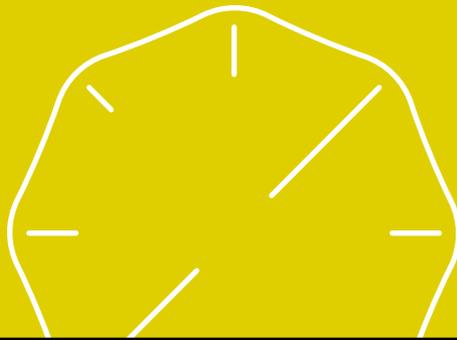
» Wir alle müssen jetzt sparen! «



Grundsätzlich ist ein sparsamer, aufs Nötige beschränkter Energieverbrauch zu Hause natürlich sinnvoll. Den sollen auch progressive Tarife (siehe Box → Soziale & klimagerechte Energietarife) fördern. Viele Menschen haben dazu auch gute Möglichkeiten, weil ihre Heizungen höher eingestellt sind als nötig, sie beheizte wenig genutzte Räume in ihrer Wohnung haben oder sie den Zweitkühlschrank ruhig abschaffen könnten. Doch »wir« sitzen eben nicht alle im selben Boot. Von einer Rentnerin mit geringer Rente in einer kleinen Wohnung kann schlecht dieselbe Einsparung verlangt werden wie von einem Villenbewohner mit vier Bädern. Die Spardebatte sollte vor allem nicht von dringend benötigten politischen Lösungen ablenken, die auch und gerade den öffentlichen und industriellen Verbrauch betreffen. Andernfalls kommt die zu Hause tapfer eingesparte Kilowattstunde eben nicht gezielt der Rentnerin zugute, sondern in großen Teilen der Jahresbilanz industrieller Großkonzerne.



Nina Treu



Arbeitszeit- verkürzung

Für die 4-Tage-Woche und ein gutes Leben für alle.

Kollektive Arbeitszeitverkürzung auf 28h und eine 4-Tage-Woche ist ein zentrales Element einer sozial-ökologischen Transformation. Durchgeführt bei vollem Lohnausgleich und mit Personalausgleich ist sie ein essentieller Beitrag zu Umverteilung von Arbeit, Zeit und Einkommen.

Das steckt dahinter

Das Ziel einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung (AZV) ist, Arbeit, persönlich verfügbare Zeit und Einkommen umzuverteilen und damit ein gutes Leben für alle sowie einen sozial-ökologischen Umbau zu ermöglichen. »Kollektive« AZV umfasst alle Ansätze von AZV, die über individuelle Lösungen, in denen Beschäftigte einzelne Optionen abrufen können, hinausgehen. Das kann betrieblich, tariflich, branchenübergreifend oder gesamtgesellschaftlich/gesetzlich sein.¹

Wie im Folgenden dargestellt wird, ist es in Deutschland keine ökonomische Frage, ob Arbeitszeitverkürzung möglich ist – es ist eine Machtfrage. Die große Mehrheit der Bevölkerung würde davon profitieren, aber die Minderheit, die das nicht tut, hat mehr Macht. In diesem Sinne zeigt diese Publikation, wie eine AZV ausgestaltet sein müsste, um den Menschen zu dienen, einen Schritt Richtung Klimagerechtigkeit zu gehen und wie sie umsetzbar wäre.

Dabei begreifen wir² Arbeitszeit nicht nur als ökonomische Kategorie, sondern auch als politische, demokratische und kulturelle Kategorie. Bei der Verteilung von Zeit und Arbeit geht es um Herrschaftsverhältnisse und damit um Fragen von Klasse, Geschlecht, Rassismus und Ableismus³. Wenn die Lohnarbeitszeit zum Beispiel zwar verkürzt wird, Sorgearbeit – also die Sorge um Kinder, Kranke, Alte und Menschen mit besonderen Bedürfnissen sowie Arbeit im Haushalt – nicht umverteilt wird, so ist die Arbeit noch nicht gerecht verteilt. Dafür wäre auch nötig, dass Männer 50% der Sorgearbeit tragen und reiche Menschen ihre Sorgearbeit selbst erledigen, statt sie von ärmeren und häufig migrantisierten Menschen einzukaufen.

-
- 1 Die Ebene wird präzisiert, wo möglich und nötig.
 - 2 »Wir« bezeichnet, bezogen auf die Vorschläge der Publikation, das *Konzeptwerk* und die unterstützenden Organisationen.
 - 3 Ableismus bezeichnet eine Diskriminierungsform gegenüber Menschen, denen körperliche und/oder geistige »Behinderungen« und/oder »Einschränkungen« zugeschrieben werden. *Quixkollektiv* (2016) → Broschüre *Gender_Sexualitäten_Begehren*.

Die Maßnahme konkret

Der 8h-Tag wurde in Deutschland bereits vor mehr als 100 Jahren erkämpft, nach der Novemberrevolution 1918 eingeführt und gilt seitdem als die Standardnorm unserer Arbeitswelt. Diese Regelung bildet also eine völlig andere Arbeitswelt ab und muss dringend modernisiert werden. Aktuell beträgt die gesetzliche Höchstarbeitszeit pro Woche noch 6 Werktage à 8 Stunden - also 48 Stunden!

Wir schlagen hier eine kollektive AZV auf 28 Stunden in einer 4-Tage-Woche⁴ bei vollem Lohnausgleich vor. Darüber hinaus sprechen wir uns dafür aus, längerfristig einen Reduktionspfad hin zu 20-25 Wochenstunden anzustreben, um Arbeit und verfügbare Zeit noch stärker umzuverteilen. Die positiven Effekte von AZV sind dabei umso größer, je mehr Beschäftigte einbezogen sind – also je höher die umsetzende Ebene ist, dafür umso einfacher handhabbar und selbstbestimmter – und je mehr Freiheit Organisationen bei der konkreten Ausgestaltung der AZV haben. Daher sollte die 28h-Woche tariflich erkämpft und betrieblich umgesetzt werden. Gleichzeitig sollte die gesetzliche Höchstarbeitszeit pro Woche von aktuell noch 6 Werktagen à 8 Stunden auf 5 Tage und 40h reduziert werden.

Darüber hinaus sollten flexible Modelle individueller Arbeitszeitanpassung innerhalb dieses Korridors weitergeführt werden. Für besondere Lebenssituationen wie das Sorgen für Kinder, die Pflege Angehöriger oder Schichtarbeit kann Arbeitszeit weiter reduziert werden.⁵ Das 2019 bundesweit eingeführte Recht auf Rückkehr aus der Teilzeit sollte auch hier gelten. Für Qualifizierungen, Saisonarbeit, intensive Projektarbeit mit anschließender

-
- 4 Die Metastudie von Hanbury et. Al (2022) zeigt auf, dass weniger Arbeitstage einen größeren positiven Effekt auf Wohlbefinden und Gesundheit für die Beschäftigten haben als nur verkürzte Arbeitszeit, die sich auf fünf Werktage verteilt. Die Ergebnisse sind nicht ganz so eindeutig bzgl. des Konflikts zwischen Arbeit und Familie.
 - 5 Als Beispiel können hier die Tarifabschlüsse der *IG Metall* 2018 dienen (IG Metall 2021: S. 73ff.).

Stundenreduktion oder mehr unbezahlten Urlaub kann die Arbeitszeit zeitweise individuell erhöht werden. Die 28h-Woche wäre als kurze Vollzeit die neue Normalität, die 40h-Woche das absolute Limit, aber eine temporäre Reduktion auf 20h auch möglich. Zentral ist hierbei, Überstunden effektiv zu kontrollieren und deren Abbau tatsächlich umzusetzen.

AZV muss in allen Branchen mit Personalausgleich einhergehen. Dies bedeutet, für die reduzierten Stunden neues Personal – d.h. insgesamt mehr Personen – einzustellen, um eine noch höhere Verdichtung der Arbeit zu vermeiden. Hiervon ausgenommen sind die Wirtschaftszweige, die im Rahmen eines sozial-ökologischen Umbaus aufgrund ihrer hochgradig umweltschädlichen oder sozial unerwünschten Wirkung rückgebaut werden müssen. Ihr Personal sollte als Teil des sozial-ökologischen Umbaus insgesamt reduziert werden – beispielsweise in der Chemie- und Rüstungsindustrie sowie der Werbe- und Glücksspielbranche. Selbstverständlich muss die Gestaltung des Umbaus auch am Wohl der Beschäftigten ausgerichtet und mit diesen gemeinsam entschieden und gestaltet werden.



Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation

Der Beitrag einer allgemeinen AZV zu einer sozial-ökologischen Transformation liegt auf vielen verschiedenen Ebenen und kann deshalb nicht groß genug eingeschätzt werden.



Kein sozial-ökologischer Umbau ohne AZV

AZV ist ein zentraler Baustein eines sozial-ökologischen Umbaus, in dem verschiedene Bereiche der Wirtschaft ausgebaut, andere aber um- und rückgebaut werden. Dieser Um- und Rückbau ist notwendig, um die 1,5-Grad-Grenze nicht zu reißen und einen katastrophalen Klimawandel noch aufzuhalten. Nur mit einer AZV kann dieser Umbau sozial und im Sinne der Beschäftigten gestaltet werden.

In besonders umweltschädlichen Bereichen wie dem fossilen Energiesektor, der Chemieindustrie und der Rüstung kann AZV einen Rückbau abfedern. Dies gilt auch für den Um- und Rückbau der Automobilindustrie in eine klimafreundliche Mobilitätsindustrie. Hier dient AZV gleichzeitig der ökologischen Umgestaltung der Wirtschaft sowie der Beschäftigungssicherung und damit dem Erhalt von Lohneinkommen. Gleichzeitig kann AZV die Arbeitsbedingungen in Branchen, die ausgebaut werden müssen – wie Sorge, Gesundheit, Pflege und Bildung – entscheidend verbessern. Sie kann Krankenstände durch geringere Belastung verringern, aktuell schwer belastende Berufe attraktiver machen und damit auch dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Gerade dem Bedürfnis jüngerer Beschäftigter (»Generation Z«) nach kürzeren Arbeitszeiten und mehr Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben kommt sie entgegen.

Von der Auto- zur Mobilitätsindustrie

Die Autoindustrie ist eine der **klimaschädlichsten Industrien** in Deutschland, der Autoverkehr ein massives Hemmnis auf dem 1,5-Grad-Pfad. Um unsere Mobilität umzubauen, bedarf es daher nicht nur einer Antriebswende – also einer Umstellung von fossilen Verbrennern auf E-Motoren – sondern einer **umfassenden Verkehrswende**. Mobilität muss weniger individuell und stärker kollektiv erfolgen, um klimafreundlich zu sein. Siehe Baustein → Autofreie Städte.

Um in den Werken zukünftig Busse, Bahnen und Räder sowie andere **klimafreundliche Produkte** – z.B. Bauelemente erneuerbarer Energieträger wie Windturbinen – herzustellen, muss die **Autoindustrie umgebaut** werden. Und die Produktion muss insgesamt **zurückgefahren** werden. Dafür fehlen aktuell noch genaue Konzepte. Dass die Belegschaften dafür aber deutlich offener sind als das Management, hat nicht zuletzt die Studie »Spurwechsel« der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* aufgezeigt.⁶

6 Candeias/Krull (2022)



Mehr Wohlbefinden, bessere Gesundheit, weniger Stress

AZV führt zu mehr Wohlbefinden, besserer Gesundheit und einer ausgewogenere Work-Life-Balance. Studien⁷ zeigen, dass AZV zu

7 Hanbury et al. (2022).

weniger emotionalem Stress, höherer Zufriedenheit und mehr Zeit für Erholung führt. Sie dient der Gesundheit durch besseren und mehr Schlaf, weniger Stress, weniger Nacken- und Schulterschmerzen und hat positive Effekte auf das Herz-Kreislauf-System. Für viele Beschäftigte mit Kindern ist es schwierig, neben dem Job genügend Zeit für ihre Familie zu finden. Diese Konflikte kann AZV reduzieren – was besonders positive Auswirkungen auf Menschen mit mehr Sorgeverantwortung (mehrheitlich Mütter) hat.⁸



Chance auf weniger Emissionen und Ressourcenverbrauch

Neben dem essentiellen Beitrag für den ökologischen Umbau wird durch AZV mit einer 4-Tage-Woche auch der Energie- und Ressourcenverbrauch der (weiter) bestehenden Branchen und der Arbeitswege gesenkt.

Die ökologische Wirkung von kollektiver AZV ist insgesamt wenig erforscht und Studien bescheinigen unterschiedliche Effekte auf der Ebene des individuellen Verbrauchs. Ob Beschäftigte mit kürzerer Arbeitszeit umweltfreundlicher leben oder nicht, hängt logischerweise maßgeblich davon ab, was sie mit ihrer freien Zeit machen. Wenden sie sich Sorgetätigkeiten und Zeit mit anderen Menschen zu, so sinkt ihr ökologischer Fußabdruck. Reisen oder konsumieren sie mehr, so steigt dieser. Dass eine gesamtgesellschaftliche AZV dazu beitragen kann, die Freizeit gemeinsam mit anderen und emissionsarmen Aktivitäten zu verbringen, legen Erfahrungen zur Einführung der 4-Tage-Woche bei VW nahe.⁹

-
- 8 Wie groß dieser Effekt ist, hängt auch vom Arbeitsumfeld ab, also von Arbeitszeiten allgemein, der eigenen Kontrolle über die Arbeit und ob das Arbeitsumfeld männlich dominiert ist oder nicht.
 - 9 Dieser kollektive Effekt wurde besonders deutlich bei Einführung der 4-Tage-Woche bei VW in den 1990er Jahren. Dort stellte sich in Wolfsburg ein ganz neues Lebensgefühl ein. (*IG Metall* 2021: S. 58 ff.).



Umverteilung von Sorgearbeit

Lohnarbeit deckt nur einen Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit ab. Daneben gibt es die unentgeltliche Sorgearbeit. Eine kollektive AZV soll auch dazu dienen, diese Sorgearbeit innerhalb der Gesellschaft gerechter zu verteilen. Aktuell wird diese Arbeit mehrheitlich von Frauen, weiblich sozialisierten Personen, migrantisierten Menschen sowie von Menschen mit geringerem Einkommen getragen.¹⁰ Frauen leisten durchschnittlich das 1,6-fache an Hausarbeit und das 2,4-fache an Fürsorgearbeit.¹¹ Auch aus diesem Grund sind in Deutschland 49% der arbeitenden Frauen in Teilzeit tätig, aber nur 12% der abhängig beschäftigten Männer.¹² Bei Familien mit minderjährigen Kindern im Haus arbeiteten 2019 in Deutschland 94% der Männer in Vollzeit, aber nur 34% der Frauen.¹³ Dieser »Gender Time Gap« ist relativ stabil. Das hat Nachteile für die berufliche Entwicklung von Frauen.¹⁴

Eine kollektive AZV ermöglicht, dass sich Lohnarbeitszeiten annähern und somit alle Geschlechter gleich viel Zeit für Sorgearbeit und ähnliche Karrierechancen haben. Die positiven Effekte einer AZV auf die Verteilung von Sorgearbeit werden umso größer sein, je mehr weitere Maßnahmen wie beispielsweise die Angleichung von Elternzeiten, die Anrechnung von Pflegezeiten auf die Rente und Fortbildungen in kritischer Männlichkeit ergriffen werden.

-
- 10 Die Datenerfassung erfolgt meist nach binärer Geschlechtertrennung. Deshalb wird in den folgenden Sätzen, welche auf Zahlen des statistischen Bundesamtes beruhen, nur von Frauen und Männern gesprochen.
 - 11 Hobler u.a. (2017) 15; zitiert nach Liebig, S. (2021) → Arbeitszeitverkürzung als Konvergenzpunkt? Sozial-ökologische Arbeitskonzepte, Wachstumskritik und gewerkschaftliche Tarifpolitik. Campus Verlag, 113.
 - 12 Sozialpolitik Aktuell 2022 → Teilzeitquote insgesamt und nach Geschlecht 1991 – 2021.
 - 13 Statista (2022) → Vollzeit- und Teilzeitquote von erwerbstätigen Männern und Frauen mit minderjährigen Kindern im Haushalt im Jahr 2019.
 - 14 Hanbury et al. (2022); Liebig (2021) 255ff, 355.



Zeit für demokratische Teilhabe

Neben Zeit für Sorgearbeit benötigen Menschen auch Zeit, um sich demokratisch zu beteiligen, für die eigene Bildung, für Diskussion und Austausch und für Engagement. Die Zeit hierfür und die dafür ebenfalls nötige Energie sind gesellschaftlich sehr unterschiedlich verteilt – nicht zuletzt aufgrund von Arbeitszeiten und -bedingungen. Durch AZV mit vollem Lohnausgleich haben mehr – hoffentlich alle – Menschen die Möglichkeit, sich in demokratische Prozesse und in die Gestaltung unserer Gesellschaft einzubringen. Dies führt insgesamt zu mehr Gerechtigkeit und ist erforderlich, um die notwendigen gesellschaftlichen Umgestaltungsprozesse demokratisch zu gestalten.



Zeitwohlstand für ein gutes Leben für alle

Ziel des Projekts BAUSTEINE FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT ist es, konkrete Vorschläge für ein gutes Leben für alle darzustellen. In Bezug auf AZV bedeutet das, über die Umverteilung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit hinaus auch Zeit für Dinge zu haben, die Freude bereiten. Zeitwohlstand bedeutet, mehr freie Zeit zur Verfügung zu haben und diese selbstbestimmt zu nutzen für Dinge, die individuell wichtig sind. Außerdem bedeutet er mehr Planbarkeit, ein angemessenes Lebenstempo und die zeitliche Vereinbarkeit von verschiedenen Tätigkeiten miteinander. Bei diesem Aspekt geht es also darum, Beziehungen, Spiel, kreative Tätigkeiten, Sport, Genuss und Muße als wichtige Elemente für ein gutes Leben ernst zu nehmen.

Das 4-in-1-Modell von Frigga Haug

Die Bedeutung von AZV für ein gutes Leben für alle zeigt die Soziologin, Philosophin und emeritierte Professorin Frigga Haug in ihrem 4-in-1-Modell auf. Ihrem Vorschlag nach sollten wir jeweils ein Viertel unserer wachen Zeit **produktiver Beschäftigung, Sorgearbeit, Kultur und Politik widmen**. Bei 8 Stunden Schlaf würden wir so für jede Tätigkeit bei 4 Stunden täglich beziehungsweise 28 Stunden pro Woche landen – wobei diese unterschiedlich auf die Wochentage aufgeteilt werden können.

Eine Kritik an diesem Modell ist, dass jede Tätigkeit – beispielsweise auch Beziehungspflege oder Trauer – zu »Arbeit« wird. Dennoch zeigt das 4-in-1-Modell auf, wie viele **lebensnotwendige Tätigkeiten** mit dem Fokus auf Lohnarbeit als »Arbeit« **vernachlässigt werden**.

AZV bei VW: »eine unglaubliche Erfahrung«

»Das war für alle Beschäftigten eine unglaubliche Erfahrung... Man ist morgens nicht mehr erschlagen aus dem Tiefschlaf zur Arbeit gefahren. Man ist abends nicht fix und fertig nach Hause gekommen. Sechs Stunden: locker! Im Sommer war es abends nach der Spätschicht noch hell. Man konnte noch in den Garten gehen, es war noch Leben in der Stadt. Die Erfahrung, mehr Zeit zu haben, einen zusätzlichen freien Tag in der Woche oder nur sechs Stunden am Tag: Das wurde von den Kolleginnen und Kollegen sehr wohl als Befreiung empfunden und die waren auch sauer, als das 2014 wieder rückgängig gemacht wurde.«

Stephan Krull

ehemaliger Betriebsrat und Mitglied der Tarifkommission bei Volkswagen Wolfsburg, zur AZV bei VW ab den 1990er Jahren (IG Metall 2021: S 60)



Deutschland: Von der 70h-Woche zur 38,5h-Woche

Der Kampf um Arbeitszeit ist seit Entwicklung des Kapitalismus als Kampf um die Verfügung über die Lebenszeit der Arbeiter*innen ein zentrales Konfliktfeld. Arbeitszeitverkürzungen kamen immer nur auf Druck der Arbeiter*innen und nie als Geschenk von oben zustande. Vom Beginn des Kaiserreichs 1871 bis zum ersten Weltkrieg gab es in Deutschland regelmäßig durch die Arbeiter*innen-Bewegung erkämpfte Reduzierungen der Arbeitszeit – von anfangs 70 Stunden auf um die 50 Stunden. Mit der Novemberrevolution 1918 wurde der 8h-Stunden-Tag und damit die 48h-Woche durchgesetzt. Danach erfolgte (mit Ausnahme des zweiten Weltkriegs) eine langsame Bewegung zur 40h-Woche.

Durch die Erkämpfung der 35h-Woche in der westdeutschen Metall- und Elektro- sowie Stahlindustrie kam es Mitte der 1980er bis Mitte der 1990er Jahre zu einem signifikanten Rückgang der tariflichen Vollzeit-Arbeitszeit. Mit dem Slogan »Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen« streikten 1984 fast sieben Wochen lang 57.500 Beschäftigte der westdeutschen Metallindustrie in 23 Betrieben. Es kam zeitweise zu illegalen Aussperrungen von 500.000 Beschäftigten, wogegen 250.000 Menschen in Bonn protestierten. Beendet wurde der Streik durch eine mittels Schlichtung herbeigeführte Einigung auf die 38,5-Stunden-Woche. Der Einstieg zu AVZ war geschafft, bis 1995 sank die Arbeitszeit schrittweise auf 35 Stunden.¹⁵

15 IG Metall (2014) → Vor 35 Jahren begann der Streik um die 35-Stunden-Woche.

Wie das folgende Zitat zeigt, war dieser Kampf erfolgreich, weil selbstbewusst hohe Forderungen gestellt und stark zusammengehalten wurde:

»Wir haben bei uns viel gesungen. Regelmäßig kamen Leute aus anderen Betrieben und Organisationen vorbei. Wir haben im Vorfeld im Betrieb lange diskutiert und wussten: Wenn wir selbstbewusst herangehen, können wir es schaffen.«

*Doris Werder, Streikende bei Honeywell im hessischen Maintal,
zitiert nach IG Metall 2014*

Weitere Arbeitskämpfe für eine Reduzierung der Arbeitsstunden dienten unter anderem der Beschäftigungssicherung – das Motto bei VW 1993 war »Stunden entlassen statt Menschen entlassen«.

Die kurze Vollzeit von 35h ist aber bisher nur in sehr wenigen Branchen Standard und galt bisher nur in den westdeutschen Bundesländern. In Ostdeutschland dagegen bestand bis 2020 in den besagten Branchen eine 38-Stundenwoche. Hier wird die Arbeitszeit nun sukzessive und Betrieb für Betrieb reduziert und dem Westniveau angeglichen. Hinzu kommt, dass es im Osten viel weniger Tarifverträge gibt als im Westen, weshalb die durchschnittliche Wochenarbeitszeit 2021 insgesamt dort mit 38,5h über der im Westen mit 37,6h lag. Seit 1991 gibt es einen leichten Trend zu Arbeitszeitverkürzung, wobei die Vollzeit stagniert und mehr in Teilzeit gearbeitet wird.

Seit Mitte der 1990er Jahre hat es kaum mehr kollektive AZV gegeben, stattdessen aber Flexibilisierungen von Arbeitszeit. Neuer Trend ist eher, in tariflichen Vereinbarungen individuelle Wahloptionen zur Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit oder zur Wahl zwischen mehr Urlaub und mehr Gehalt zu vereinbaren, wie von der *Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG)* hierzu lande angestoßen. Die *IG Metall* hat 2018 zudem einen Tarifvertrag

durchgesetzt, in dem Teilzeit mit Rückkehrrecht auf Vollzeit für eine Dauer von zwei Jahren für Beschäftigte mit kleinen Kindern, zu pflegenden Angehörigen oder im Schichtbetrieb möglich ist.

In den jüngeren Generationen zeichnet sich allerdings ein Wertewandel hin zu einem deutlichen Wunsch nach mehr Freizeit ab. Viele Berufseinsteiger*innen fordern kürzere Arbeitszeiten, und einzelne Unternehmen bieten dies bereits an, um ein attraktiver Arbeitgeber zu sein oder zu werden



Island: Von 40 auf 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich

2015 und 2017 gab es in Island große Experimente mit AZV. Sie wurden auf Druck von Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen von den Regierungen von Reykjavík (Stadt) und Island (Land) eingeführt. Hieran beteiligt waren über 2.500 Beschäftigte – was 1% der gesamten arbeitenden Bevölkerung Islands entspricht. Die Teilnehmenden des Experiments reduzierten ihre Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich von 40 auf 35 oder 36 Stunden. Ziel des Versuchs war, die Work-Life-Balance und die Produktivität zu erhöhen. Das beeindruckende Ergebnis ist, dass aufgrund der Erfolge des Projekts nun 86% der arbeitenden Bevölkerung in Island kürzere Arbeitszeiten oder zumindest das Recht darauf haben.¹⁶

16 Haraldsson, Guðmundur, D. / Kellam, J. (2021) → Going Public: Iceland's journey to a shorter working week published by Autonomy and Alda.



Irland & USA: Erfolgreiche Experimente mit der 4-Tage-Woche

In Irland und den USA nahmen 2022 insgesamt 33 Unternehmen an einem Experiment zur 4-Tage-Woche teil.¹⁷ Initiiert wurde das Experiment von der Non-Profit-Organisation *4DayWeek Global*. Idee war, Lohn und Output beizubehalten, aber die Arbeitszeit um 20% von 40 auf 32 Stunden zu reduzieren. Zeitgleich fanden ähnliche Experimente in Australien, Kanada, Neuseeland und Großbritannien statt.

Die Ergebnisse der begleitenden Studie machen Mut: 97% der Beschäftigten wollen mit dem neuen Modell weitermachen. Die Unternehmen sind sehr zufrieden mit dem Gesamtergebnis und ihrer Produktivität. Tatsächlich sind die Gewinne während der sechsmonatigen Pilotphase gestiegen. Wichtiger aber noch: es gibt weniger Krankentage und Abwesenheit, die Firmen stellen neue Menschen ein. Die Stimmung in den Unternehmen ist besser, die allgemeine Resignation ist weniger geworden. Den Beschäftigten geht es gesundheitlich besser und die Lebenszufriedenheit ist gestiegen.

Besonders interessant sind die Ergebnisse zur Arbeitsverdichtung. Hierbei gibt es eine Dreiteilung: Bei ungefähr einem Drittel hat die AZV zu Verdichtung geführt, bei einem Drittel genau zum Gegenteil, und bei einem Drittel ist die Arbeitsbelastung gleich geblieben. Die Autor*innen der Studie führen die positiven Resultate auf eine Umorganisation von Arbeitsprozessen und eine Reduktion ungenutzter Zeit zurück. Wie eine Intensivierung der Arbeit für alle vermieden werden kann, ist nicht benannt. Mehr zur Frage von Produktivitätssteigerungen siehe → Mythen & Missverständnisse.

17 *4DayWeek Global* (2022) → US/Ireland Pilot Programm.



Großbritannien: 70 Unternehmen testen die 4-Tage-Woche

Im Vereinigten Königreich gab es 2022 das Pilotprojekt 4DAY-WEEK UK, ebenfalls koordiniert von *4DayWeek Global* zusammen mit *4DayWeek UK*.¹⁸ In diesem haben 61 Unternehmen mit 2.900 Beschäftigten ihre Arbeitszeit um einen Tag auf eine 4-Tage-Woche gekürzt.

Das Projekt war ein großer Erfolg – 56 der 61 Unternehmen behalten die 4-Tage-Woche nach Projektende bei, 18 haben sich entschlossen, sie permanent einzuführen. Die Gewinne der Unternehmen stiegen im Zeitraum um 1,4%.

Die größten Effekte waren allerdings bei den Beschäftigten zu verzeichnen: 39% gaben an weniger gestresst zu sein, 71% hatten ein geringeres Burnout-Level. Angstzustände, Müdigkeit und Schlafprobleme nahmen ab, während sich die geistige und körperliche Gesundheit verbesserte. 54% fanden es einfacher, Arbeit und Haushalt zu vereinbaren und über 60% sahen sich besser in der Lage, bezahlte Arbeit mit Care-Aufgaben und soziale Aktivitäten zu verbinden. Kündigungen nahmen um 57% ab. 15% der Angestellten gaben an, dass kein Geldbetrag sie dazu bewegen kann wieder auf eine 5-Tage-Woche zu wechseln.

18 *4DayWeek UK* (2022) → UK Pilot Programm.



Österreich: Die SPÖ macht einen Vorschlag

In Österreich gibt es ebenso eine rege Debatte und vielfältige Experimente zum Thema. Nun haben die Sozialdemokrat*innen der SPÖ als zweitgrößte Partei ein Modell zu Arbeitszeit vorgelegt.¹⁹ Auch hier geht es um eine Kürzung um 20% auf eine 4-Tage-Woche, allerdings bei leicht gekürztem Lohnausgleich von 95%. Die Kosten sollen von der staatlichen Behörde *Arbeitsmarkt-service AMS* bezahlt werden. Diese werden Berechnungen zufolge zu 57% kompensiert durch geringere Ausgaben für Arbeitslosigkeit bzw. gestiegene Einnahmen wegen mehr Beschäftigung. Die SPÖ bezieht sich hierbei explizit auf die Experimente in Großbritannien und anderen europäischen Ländern. Sie möchte die vergleichsweise hohen Arbeitszeiten in Österreich durch eine Reduktion modernisieren und den Bedürfnissen der Beschäftigten anpassen. Das zeigt, welche Rolle AZV für Realpolitik spielt und welchen Einfluss groß angelegte Experimente haben können.



Deutschland: Das Kurzarbeitergeld als praktisches Beispiel für eine temporäre AZV

Mit dem KURZARBEITERGELD (KUG) gibt es in Deutschland im Grunde bereits ein praktisches und erfolgreiches Beispiel für eine temporäre AZV. Mithilfe staatlicher Finanzierung dient es der Abfe-

19 SPÖ (2020) Rendi-Wagner → Einführung der 4-Tage-Woche zur Stärkung von Beschäftigung und Unterstützung krisengebeutelter Unternehmen.

derung von »Arbeitsausfall« (meist konjunkturbedingte Produktionssenkungen). Der Arbeitsplatz wird gesichert, obwohl der*die Beschäftigte nicht oder weniger arbeitet. In Deutschland zahlt die *Bundesagentur für Arbeit* dafür 60% des Nettolohns bzw. 67% bei Beschäftigten mit Kindern.

Im Zuge der Coronapandemie wurde das KuG großflächig angewandt und sogar erhöht: Bei einem Arbeitsausfall mit einer Lohnkürzung von mindestens 50% wurden mithilfe der Unterstützung durch die Bundesagentur für Arbeit 70 bzw. 77% ab dem vierten Monat und 80 bzw. 87% ab dem siebten Monat gezahlt. Die Bezugsdauer liegt eigentlich bei maximal zwölf Monaten, wurde in der Pandemie aber auf 28 Monate verlängert. Damit ist das KuG ein Modell für eine temporäre AZV. Es zielt allerdings nicht auf eine langfristige gesellschaftliche Senkung der Arbeitszeit ab, sondern auf wirtschaftliche Krisensituationen eines Unternehmens, und erfolgt nicht bei vollem Lohnausgleich. Auch in Großbritannien, Italien, Österreich, Tschechien, der Schweiz und den USA gibt es Modelle für Kurzarbeit.



IG Metall: Transformationskurzarbeitergeld für ökologischen Umbau und Beschäftigungssicherung

2019 entwickelte die *IG Metall* das Konzept des »Transformationskurzarbeitergeldes« (Transformations-KuG), welches das erfolgreiche Kurzarbeitergeld auf die zu erwartenden Veränderungen im Zuge der Digitalisierung und des klimafreundlichen Umbaus der

Wirtschaft anpasst.²⁰ Das Transformations-KuG soll den Strukturwandel durch Qualifizierung im Betrieb für den Betrieb flankieren.

Dem Vorschlag zufolge sollen Beschäftigte eine Lohnersatzleistung analog zum bereits bestehenden Kurzarbeitergeld erhalten. Damit das Transformations-KuG greift, müssen mindestens 10% der Beschäftigten in einer Spanne von drei Jahren vom Technologie- oder Strukturwandel betroffen sein. Zentral ist auch, dass die Betriebsparteien den Qualifizierungsplan vereinbaren müssen – er kann also nicht über die Köpfe der Beschäftigten hinweg entschieden werden.

Das Transformations-KuG ist somit eins der wenigen konkreten Konzepte, welche ökologischen Umbau und Beschäftigungssicherung vorausschauend zusammenbringen. Der Vorschlag der *IG Metall* wurde als Qualifizierungsgeld im Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien aufgenommen, wartet derzeit aber noch auf seine Umsetzung.

Zu klären wäre dafür, wie das Transformations-KuG zu finanzieren wäre. Das Konzept wurde 2019 entwickelt, also noch vor dem massiven Einsatz des normalen Kurzarbeitergeldes aufgrund der Corona-Pandemie. Der damalige Vorschlag, die Kosten für das Transformations-KuG über die *Bundesagentur für Arbeit* zu tragen, ist nun aufgrund der geschmälernten Kassen unrealistisch. Eine Gegenfinanzierung des Transformations-KuG bedürfte daher entweder eines Steuerzuschusses oder höherer Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

20 *IG Metall* (2019) → Das Transformationskurzarbeitergeld.

Mythen & Missverständnisse

» Von einer Arbeitszeitverkürzung profitieren nur Menschen, die Vollzeit arbeiten. «



»Arbeitszeitverkürzung« in unserem Verständnis bezieht sich auf die Kürzung der aktuellen Vollzeit-Wochenarbeitszeit auf 28 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Das bedeutet, dass Menschen, die schon in Teilzeit arbeiten, eine Lohnerhöhung bekommen. Damit profitieren alle von AZV, nicht nur diejenigen, die aktuell in Vollzeit arbeiten. Das Teilzeitgehalt würde dann am neuen Vollzeitstandard bemessen. Dies gilt es in der Kommunikation mit Teilzeitbeschäftigten deutlich zu machen.

Denn Menschen, die jetzt schon Teilzeit arbeiten, tun dies häufig, weil Vollzeit – z.B. in der Pflege und der Logistik – zu anstrengend ist, weil sie keine Vollzeitstelle bekommen und/oder weil sie Betreuungspflichten haben. Gleichzeitig sind die Löhne der Betroffenen häufig niedrig, sodass eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit aus finanziellen Gründen keine Option ist. Hier gilt es klarzustellen, dass diese Personengruppen von einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung ebenfalls stark profitieren würden.

» Die Gutverdiener*innen brauchen keinen Lohnausgleich. «



Unser Vorschlag für AZV beinhaltet den vollen Lohnausgleich für alle Lohngruppen – allerdings mit dem Hinweis, dass für Spitzenverdiener*innen hier eine Kontroverse besteht.

In diesem Baustein schlagen wir vor, alle Lohneinkommen auszugleichen, also auch die von Professor*innen und Richter*innen.²¹ Bei diesem Vorschlag muss berücksichtigt werden, dass die Spitzeneinkommen in Unternehmen in der Regel nicht durch Lohn, sondern durch Kapitaleinkommen generiert werden. Ausgezahlt werden diese über Boni, Dividenden und Ähnliches. Mit »Spitzeneinkommen« sind hier Bruttojahresgehälter von 100.000 Euro und mehr gemeint. Dies entspricht grob den Top 10% der Verdiener*innen in Deutschland²², wobei der Kapitalanteil bei den Top 1% am höchsten liegt.²³

Die Kapitaleinkommen sind Anteile am Gewinn der Unternehmen und tragen erheblich zum Unterschied zwischen geringen und hohen Einkommen bei. Aktuell verdienen Vorstandsvorsitzende eines DAX-Unternehmens zum Beispiel im Schnitt 153-mal so viel wie durchschnittliche Einkommensbezieher*innen.²⁴ AZV mit Lohnausgleich würde die Profite von Unternehmen sinken lassen und damit auch die Möglichkeiten einschränken, Beschäftigte in gehobenen Positionen an den Profiten zu beteiligen. Flankiert von weiteren Maßnahmen – einem steigenden Mindestlohn, weniger

-
- 21 Bislang wurde in der Degrowth-Debatte und vom *Konzeptwerk* meist ein geringerer oder kein Lohnausgleich für überdurchschnittliche Einkommen gefordert.
 - 22 Drechsel-Grau, M. / Peichl, A. / Schmid, K.D. (2015) → Einkommensverteilung und gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland.
 - 23 Die Datenlage ist hier allerdings sehr dürrtig. Vergleiche *Momentum Institut* (2022) → Begünstigung von Kapitaleinkommen führt zu Steuerungerechtigkeit.
 - 24 *DGB* (2019) → Gerech ist besser – Höchste Zeit für faire Verteilung! S. 46.

Auslagerung von am schlechtesten bezahlten Jobs wie Putzen oder Catering und mehr Tarifabdeckung – würde AZV also zu einer generellen Angleichung der Löhne führen.

Bei vollem Lohnausgleich für alle außer den Topverdiener*innen in der Privatwirtschaft ist die Wahrscheinlichkeit für eine breite gesellschaftliche Unterstützung von AZV höher – was angesichts der politischen Lage sicherlich nötig ist.

Prinzipiell steht das *Konzeptwerk* für die Vision, dass Einkommen gesamtgesellschaftlich ein Verhältnis von 1:2 von Mindestlohn zu Topverdiensten nicht überschreiten sollten – und für den Transformationspfad, dass diese zunächst auf ein Verhältnis von 1:10 angeglichen werden sollten. Um hier auf ein für die Mehrheit tragbares Modell zu kommen, ist ein demokratischer Aushandlungsprozess notwendig.

» *Das können wir uns doch nicht leisten.* «



AZV bei weitestgehend vollem Lohnausgleich erhöht die Arbeitskosten pro Stunde. Um wie viel dadurch die tatsächlichen Kosten des Arbeitgebers steigen, und möglicherweise eine nicht tragfähige Höhe erreichen, hängt allerdings von vielen Faktoren ab und ist gesamtwirtschaftlich nicht einfach festzustellen.

Zentrale Faktoren sind die Erhöhung der Produktivität und die Gewinnquote. Abbildung 1 zeigt auf, dass die Unternehmens- und Vermögenseinkommen seit 2000 stärker gestiegen sind als Löhne und Gehälter. Wie Abbildung 2 deutlich macht, sind Lohn- und Produktivitätswachstum seit der Wiedervereinigung entkoppelt. Relativ zur Produktivität und zu den Unternehmensgewinnen sind die Löhne in Deutschland durchschnittlich also weniger stark

gestiegen: Eine 4-Tage-Woche könnte durch eine Umverteilung dieser Unternehmensgewinne finanziert werden.

Diese gesamtwirtschaftlich erzielten Gewinne und Produktivitätszuwächse sind natürlich unterschiedlich auf verschiedene Branchen und Unternehmen verteilt. Daher wird es nicht überall gleich einfach sein, eine kollektive AZV zu finanzieren. Branchen, die gesamtgesellschaftlich zentral sind, aber wenig Profite bieten (sollten) – z.B. der Pflegebereich – benötigen daher (höhere) staatliche Zuschüsse. In umweltschädlichen Branchen, muss AZV Teil des sozial-ökologischen Umbaus sein.

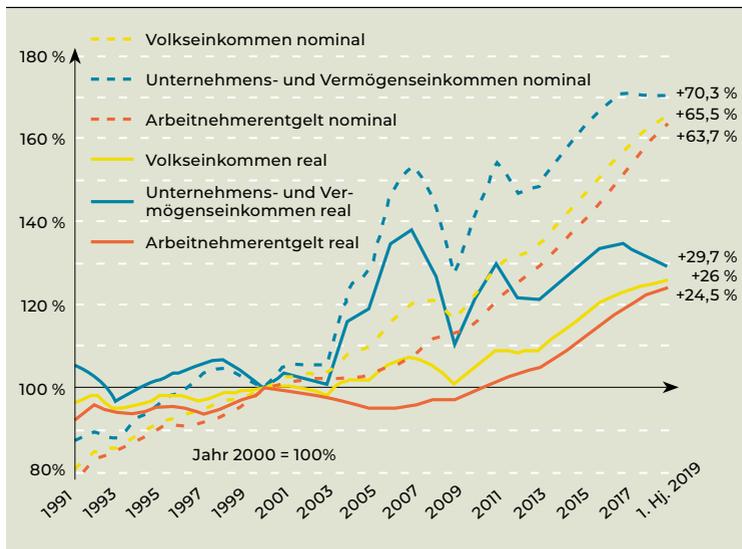
Pilotstudien zeigen auch, dass staatliche Subventionen von AZV durch den Beschäftigungseffekt teilweise refinanziert werden: Eine 30h-Woche im öffentlichen Dienst etwa könnte über 600.000 neue Stellen schaffen. Mit 11 Mrd. Euro zusätzlichen Kosten wären dies weniger als 4% des öffentlichen Personalhaushalts und unter 1% der Staatsausgaben.²⁵

Leider gibt es keine Studien zu den langfristigen gesamten volkswirtschaftlichen Wirkungen einer kollektiven AZV. Aufgrund der zahlreichen positiven Effekte auf die Gesundheit der Beschäftigten und für Klima- und Umweltziele stehen den aufkommenden Kosten aber auch erhebliche Einsparungen gegenüber.

Insgesamt gilt: die staatliche Subventionierung groß angelegter AZV bedarf zusätzlicher finanzieller Mittel. Diese können mittels einer sozial-ökologischen Steuerreform (siehe Baustein → Sozial-ökologische Steuerreform) eingenommen werden, welche die Steuern auf obere Einkommen und Vermögen erhöht. Umverteilung ist auch einfach nötig, um mehr Gerechtigkeit und damit mehr Unterstützung für die nötigen großen Schritte einer sozial-ökologischen Transformation zu schaffen – mit AZV als Teil dieser Transformation.

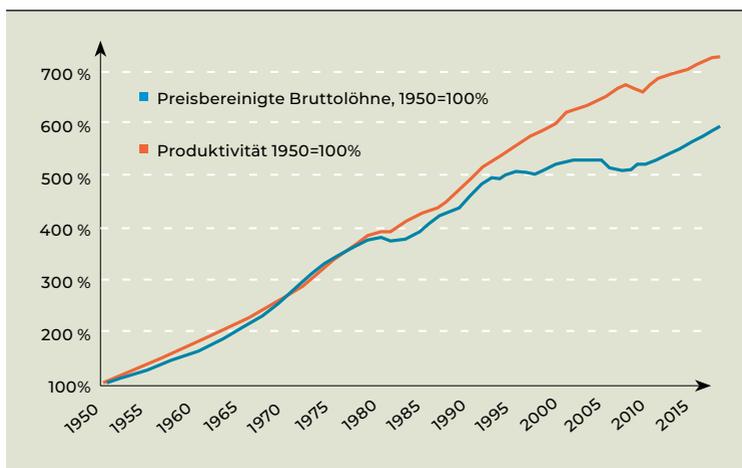
25 Frey, P. (2021) → Costing a 4 Day Week in the German Public Sector. *Autonomy*.

Abbildung 1: Nominale und reale Entwicklung von Volkseinkommen, Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie Arbeitnehmerentgelten seit 2000.



Quelle: DGB (2019), S. 32.

Abbildung 2: Historische Entwicklung von Produktivität und Reallöhnen.



Quelle: Frey (2023) Vorabveröffentlichung: Towards an automated (anti-) utopia?

» AZV ändert nichts an der Produktivität. «



Zahlreiche Pilotprojekte und Studien zu AZV betonen, dass kürzere Arbeitszeiten durch höhere Produktivität ausgeglichen werden können und damit im Endeffekt keine Auswirkung auf den Output haben. So beinhaltet das oben genannte Pilotprojekt mit über 70 Unternehmen in Großbritannien in der Initiative *4DayWeek* bei der Kürzung der Arbeitszeit von fünf auf vier Tagen bei vollem Lohnausgleich einen gleichbleibenden Output – also gesteigerte Produktivität.

Dies bedeutet in den meisten Fällen eine Verdichtung der Arbeitszeit. Wenngleich diese in einzelnen Branchen und Unternehmen ohne oder mit geringen Problemen bewältigbar ist, so ist zu bezweifeln, dass dies gesamtwirtschaftlich möglich ist. Schon jetzt ist Stress einer der häufigsten Belastungs- und Krankheitsgründe. In vielen Branchen wurde bereits so verdichtet, dass besonders bei körperlicher Tätigkeit wie am Band oder in der Pflege einfach keine Produktivitätssteigerungen mehr möglich sind. Hier darf im Zuge von AZV keine Produktivitätssteigerung erwartet werden. Stattdessen muss es einen Personalausgleich geben, wie oben ausgeführt.

Wegen fehlender größerer Experimente und mangelnder Datengrundlage liegen wenige Forschungsergebnisse zum Zusammenhang von Produktivität und AZV vor und sie zeigen unterschiedliche Ergebnisse auf. Aus diesen lässt sich zumindest schließen, dass es keinen linearen Zusammenhang zwischen AZV und Produktivität gibt. Größere Pilotprojekte sind notwendig, um hier zu mehr Klarheit zu kommen.²⁶

26 Hanbury et al. (2022) → Working less for more? A systematic review of the social, economic, and ecological effects of working time reduction policies in the Global North. *Centre for Development and Environment, Universität Bern*.

Ziel einer AZV sollte generell sein, Arbeit, Zeit und eben auch Einkommen umzuverteilen. Dazu gehört die Beteiligung der Beschäftigten an den Produktivitätsgewinnen – und keine Fortführung des neoliberalen Paradigmas, die Leistung immer weiter zu steigern.

» AZV zerstört Jobs. «



Als Argument gegen AZV wird oft angeführt, dass diese Jobs zerstöre, statt welche zu schaffen. Neoliberale Vordenker*innen trommeln aufgrund des Fachkräftemangels für eine Verlängerung der Arbeitszeiten statt deren Verkürzung. Hier stellen sich folgende Fragen: Welche Art von Arbeit wird im Rahmen der AZV reduziert, welche geschaffen? Wo werden Jobs zerstört, wo Arbeit nur umverteilt, und wo neue Jobs geschaffen?

Die *Hans-Böckler-Stiftung* greift dabei das bereits genannte Argument auf: Die Arbeit muss insbesondere zwischen den Geschlechtern umverteilt werden. Denn die hohe Lohnarbeits-Teilzeitquote der Frauen bedingt die Vollzeitquote der Männer und umgekehrt – was wiederum mit der Ungleichverteilung von Sorgearbeit zusammenhängt. Werden diese Zeiten angeglichen, wird gesamtgesellschaftlich nicht unbedingt weniger gearbeitet – das wiederum hängt von anderen Faktoren ab. Gewerkschaften, die *Hans-Böckler-Stiftung*, das *Konzeptwerk* und die Unterstützer*innen dieser Publikation sind überzeugt: wenn Arbeitsplätze attraktiv, gesundheitlich weniger belastend und mit Familie vereinbar sind, so finden sich dafür auch Fachkräfte. Außerdem können über die Umverteilung neue Stellen für Arbeitslose geschaffen werden. AZV soll ein Teil des sozial-ökologischen Umbaus sein, weshalb es darum geht, besonders schädliche Jobs zurückzubauen und für die Beschäftigten andere, sinnstiftende und gut bezahlte Arbeit zu finden.²⁷

27 *Hans-Böckler-Stiftung* (2022) → Attraktive statt längere Arbeitszeiten.

Wie kommen wir dahin?

Die entscheidende Frage ist also nicht, ob eine AZV Sinn ergibt, sondern wie wir sie durchsetzen können. Die Mehrheit der Bevölkerung würde von AZV klar profitieren, da diese ihren Vorstellungen einer sinnvollen Aufteilung von Zeit und Arbeit entgegen käme. Deshalb gibt es mehr potenzielle Verbündete als Gegner*innen – aber bei den Gegner*innen liegt aktuell die ökonomische Macht. AZV ist also nur durch massiven Druck von unten zu erreichen. Sie wäre eine weitreichende Reform und bedürfte einer klaren Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, um umgesetzt zu werden.

Wie dieser Baustein aufzeigt, helfen reale Experimente, um Beschäftigte, Unternehmen und Politiker*innen von den Vorteilen einer AZV zu überzeugen. Daher sollten wir darum kämpfen, auch in Deutschland großflächige Versuche einer 4-Tage-Woche durchzuführen. Vorangehen könnte auch der öffentliche Sektor, der sowieso staatlich gestaltet und finanziert ist – auch wenn hier in der Vergangenheit eher die Verlängerung der Arbeitszeit vorangetrieben wurde. Solche Versuche sollten von Forschung begleitet werden, denn noch ist die Datenlage unzureichend.



Spektrum der Verbündeten

Aktive Verbündete für eine AZV beinhalten die feministische und die Care-Bewegung, Gewerkschaften, die Klima- und Degrowth-Bewegung, Aktive für ein Bedingungsloses Grundeinkommen, kirchliche Gruppen, Mediziner*innen, progressive Politiker*innen und zahlreiche Wissenschaftler*innen. Offiziell finden sich hier auch SPD, Grüne und Linkspartei (siehe Box → Parteien und AZV) – wobei der aktive Einsatz für AZV bei diesen noch an Bedeutung und Stärke gewinnen könnte.

Passive Verbündete – also solche, die noch nicht aktiv für AZV kämpfen, aber die Werte oder Argumente schon teilen – sind unter anderem junge Eltern, Sportvereine, feministische Organisationen, Jobeinsteiger*innen, Menschen mit einem Wunsch nach mehr Vereinbarkeit von Beruf und Freizeit und überlastete Beschäftigte.

Das Gros der Beschäftigten kann als passive Verbündete, Neutrale oder passive Gegner*innen eingeordnet werden. Die Mehrheit der Vollbeschäftigten wünscht sich, weniger zu arbeiten. Die meisten Teilzeitbeschäftigten würden gerne mehr arbeiten. Entscheidend ist auch: der Großteil hat sich mit den verschiedenen Modellen einer AZV noch wenig beschäftigt. Hier wäre zentral, durch gewerkschaftliche Arbeit und betriebliche Organisierung über die Vorteile und Möglichkeiten von AZV aufzuklären, die Mehrheit der Beschäftigten zu überzeugen und für einen gemeinsamen Kampf zu gewinnen.

AZV zunächst neutral oder negativ gegenüber stehen wahrscheinlich von Fachkräftemangel betroffene Firmen und einzelne Unternehmen. Erfreulicherweise wird in den deutschen Qualitätsmedien in letzter Zeit häufig positiv über AZV berichtet. Zu den passiven Gegner*innen gehören konservative Verbände und Niedriglohnbezieher*innen sowie Teilzeitarbeitende, die durch AZV geringere Einkommen befürchten. Sie müssten überzeugt werden AZV wird (bereits aktuell oder bei Relevanz höchstwahrscheinlich) aktiv bekämpft von neoliberalen Politiker*innen, FDP, CDU/CSU, Arbeitgeber- und Industrieverbänden, Arbeitsfetischist*innen (*»wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen«*), dem neoliberal geprägten Teil der Bevölkerung, wirtschaftsliberalen und populistischen Medien sowie dem Gros der Unternehmenseigner*innen.

AZV hätte also nur Erfolg, wenn sich die aktiven Verbündeten großflächig zusammenschließen, passive Verbündete für einen gemeinsamen Kampf gewinnen und eine so gute Öffentlichkeitsarbeit machen, dass Neutrale und passive Gegner*innen gewonnen oder von Widerstand abgebracht werden. Die AZV muss zunächst

in tariflichen Kämpfen von Gewerkschaften und Partner*innen in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis durchgesetzt werden. Die Reduzierung der Höchstarbeitszeit muss aber gesetzlich erfolgen, wofür eine Regierungsmehrheit im Bundestag notwendig wäre. Damit AZV nicht individuell erkaufte werden muss, ist kollektives Handeln notwendig. Der gemeinsame Kampf um AZV würde sich hervorragend als Konvergenzpunkt für verschiedene gesellschaftliche Kämpfe um Umverteilung und den sozial-ökologischen Umbau anbieten.

Parteien und AZV

Die **SPD** gibt im Wahlprogramm 2021 an, Gewerkschaften zu unterstützen, die für eine AZV streiten. Auf einem Debattenkonvent (kleiner Parteitag) im November 2022 wurde zudem beschlossen, dass sich die Partei für eine AZV auf 25 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich einsetzt.

Die **Grünen** setzen sich für eine individuelle Wahlarbeitszeit zwischen 30 und 40 Wochenstunden ein und wollen die Arbeitszeit im Care-Sektor auf 35 Stunden pro Woche begrenzen. Zu einem Lohnausgleich beziehen sie aktuell keine Stellung. Insofern findet sich im **Koalitionsvertrag** von SPD, Grünen und FDP für 2021-2025 nichts zu kollektiver AZV, sondern nur zu Arbeitszeitflexibilisierung.

Die **Linkspartei** versichert in ihrem Wahlprogramm 2021 mehrmals, dass sie die Gewerkschaften in ihrem Kampf um AZV auf 25-35 Stunden, in Richtung einer neuen Normalarbeitszeit von 30 Stunden, unterstützen möchte. Flankiert werden soll dies von einer Absenkung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit.

*Gesine Langlotz (Arbeits-
gemeinschaft
bäuerliche Landwirtschaft
Mitteldeutschland),
Eva Mahnke,
Katharina Talanow*



Gerechte Bodenpolitik

**Gerechte Bodenpolitik für eine demokratische, vielfältige
und zukunftsfähige Landwirtschaft.**

Landwirtschaftliche Böden in Deutschland sind sehr ungleich verteilt, außerlandwirtschaftliche Investoren und Großbetriebe nutzen Boden zunehmend als Spekulationsobjekt. Das lässt die Bodenpreise steigen und führt zur Konzentration von viel Fläche in den Händen weniger, profitorientierter Akteur*innen. Gerechte Bodenpolitik hat zum Ziel, den Bodenmarkt zu demokratisieren, Land nach sozialen und ökologischen Konzepten zu vergeben und Verteilungsgerechtigkeit herzustellen.

Auf einen Blick

Landwirtschaftliche Böden in Deutschland sind sehr ungleich verteilt, außerlandwirtschaftliche Investoren und Großbetriebe nutzen Boden zunehmend als Spekulationsobjekt. Das lässt die Bodenpreise steigen und führt zur Konzentration von viel Fläche in den Händen weniger, profitorientierter Akteur*innen. Kleine Betriebe und Bäuer*innen können sich Agrarflächen kaum noch leisten. Für eine klimagerechte, gemeinwohlorientierte und agrarökologische Landwirtschaft muss Boden konsequent nach ökologischen Kriterien sowie kleinteiliger, schonender und vielfältiger bewirtschaftet werden.

Gerechte Bodenpolitik hat zum Ziel, den Bodenmarkt zu demokratisieren, die Bodenvergabe nach sozialen und ökologischen Konzepten zu fördern und Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Gerechte Bodenpolitik setzt die volle Transparenz über Bodeneigentum in Deutschland voraus. Hierfür müssen die Informationen über Eigentumskonzentration flächendeckend erfasst und der Öffentlichkeit über Datenbanken zugänglich gemacht werden. Die Rechte kapitalstarker Akteur*innen auf dem Bodenmarkt müssen begrenzt werden – durch ambitionierte Agrarstrukturgesetze der Bundesländer, die die sogenannten SHARE DEALS verhindern, sowie eine progressiv ausgestaltete Grunderwerbssteuer und eine Anpassung des Erbrechts. Die Nutzungsrechte von Bäuer*innen, Junglandwirt*innen und gemeinwohlorientierten Betrieben müssen gestärkt werden – durch eine konsequente Umsetzung des Vorkaufsrechts für Landwirt*innen, staatliche Förderungen beim Zugang zu Land und verbesserte Förderstrukturen für Betriebsgründungen. Die Gemeinwohlverpachtung muss sowohl für öffentliche als auch private Flächen durchgesetzt werden, damit Boden nach sozialen und ökologischen Kriterien bewirtschaftet wird.

Landwirtschaft zwischen Klimakrise & Bodenkonzentration

Boden ist wie auch Wasser und Saatgut die Grundlage unserer Ernährungssicherheit. Durch die Folgen der Klimakrise wie Dürreperioden, Überschwemmungen und Bodenerosion geht weltweit immer mehr gesunder, landwirtschaftlich nutzbarer Boden verloren. Die industrielle Landwirtschaft, bei der große Flächen mit Monokulturen bestellt werden und schwere Maschinen die Böden verdichten, bedroht Artenvielfalt, Böden und lebendige Landschaften. Wirtschaften wir weiter wie bisher, sind die fruchtbaren Böden in wenigen Jahrzehnten aufgebraucht.¹

Hinzu kommt, dass Land für Landwirt*innen, die anders wirtschaften wollen, immer schwerer zugänglich ist, da sich der landwirtschaftliche Bodenmarkt in den letzten Jahrzehnten gravierend verändert hat: Neben Flächenverlusten aufgrund von Siedlungs- und Verkehrsausbau nimmt die Bodenkonzentration durch den Erwerb von Agrarflächen durch Großbetriebe und außerlandwirtschaftliche Investoren (z.B. *RWE* oder die *Münchner Rückversicherung*) weiter zu. In Deutschland bekommt heute Zugriff auf Land, wer Geld mitbringt. Viele dieser Landkäufe bleiben für die Öffentlichkeit verborgen, denn bis heute gibt es in Deutschland keine amtlichen Register über Eigentumsverhältnisse auf dem Bodenmarkt.

Durch die steigenden Pacht- und Bodenpreise² (siehe Box → Fakten zum Bodenmarkt) wird die Finanzierung von Boden für

-
- 1 *Sciencemag* (2015) Amundson, R. et al. → Soil and human security in the 21st century; *European Commission* (2018) → World Atlas of Desertification; *Our World in Data* (2012) → Do we only have 60 harvests left?
 - 2 *Destatis* (2021) → Wem gehört die Landwirtschaft? Bedeutung von Unternehmensgruppen erstmals untersucht.

Landwirt*innen zunehmend schwieriger. Große Betriebe und Investoren haben mehr Kapital bzw. können einfacher Kredite aufnehmen, um weiter Land zu kaufen. Weil außerlandwirtschaftliche Investoren den Boden zudem als Kapitalanlage nutzen, werden die Preise entkoppelt von dem, was sich auf der Fläche innerhalb einer Generation mit Sorgfalt für Mensch und Natur erwirtschaften lässt. Bäuer*innen leben und wirtschaften dadurch in extremen Abhängigkeitsverhältnissen. Sie sind praktisch gezwungen, immer mehr Flächen zu beanspruchen – und sich hierfür Investoren zu suchen, um dem innerlandwirtschaftlichen Konkurrenzdruck standzuhalten und wirtschaftlich zu überleben. Beim Landkauf müssen sie sich hoch verschulden oder bei der Pachtung von Land viel Zeit für die Beziehungsarbeit mit den Verpächter*innen aufbringen, um ihre Flächen zu sichern.

Die aktuelle Situation bevorzugt große landwirtschaftliche Betriebe und kapitalstarke Investoren, verdrängt kleine Betriebe und hat über einen langen Zeitraum über das Entstehen immer größerer und rationalisierter landwirtschaftlicher Betriebe zum Verlust von Arbeitsplätzen geführt. Kleinere Betriebe und Junglandwirt*innen bemühen sich oftmals jahrelang und nicht selten am Ende vergeblich darum, geeignete Flächen zu kaufen oder zu pachten. Oft ist der Akt einer Betriebsgründung und der Suche nach Ort und Hofstelle so zermürend, dass viele gesellschaftliche Potentiale – insbesondere für den ländlichen Raum – ungenutzt bleiben. Nicht nur in den Städten, auch in den Dörfern haben die meisten Menschen kaum noch Bezug zur Landwirtschaft, denn in Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei sind in Deutschland nur noch 1,2% der arbeitenden Menschen tätig. Zur Erntesaison reisen migrantische Saisonarbeitskräfte an und wohnen und arbeiten meist in prekären Verhältnissen, während ihre Arbeitskraft im Herkunftsland fehlt.

Diese Trends in der Landwirtschaft sind die Folgen eines Ernährungssystems, das auf globalen Wettbewerb und Konkurrenz ausgelegt ist. Technologisierung, Rationalisierung und Betriebsvergrößerung sind die Kerndynamiken dieses Systems. Die Konzentration landwirtschaftlicher Betriebe, das Höfesterben der kleinen und mittleren Betriebe (siehe Box → Fakten zum Bodenmarkt) und die damit verbundene Schwierigkeit, lokale Strukturen zur Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte aufzubauen, blockieren die Transformation des Ernährungssystems und den Wiederaufbau einer regionalen Versorgungswirtschaft.

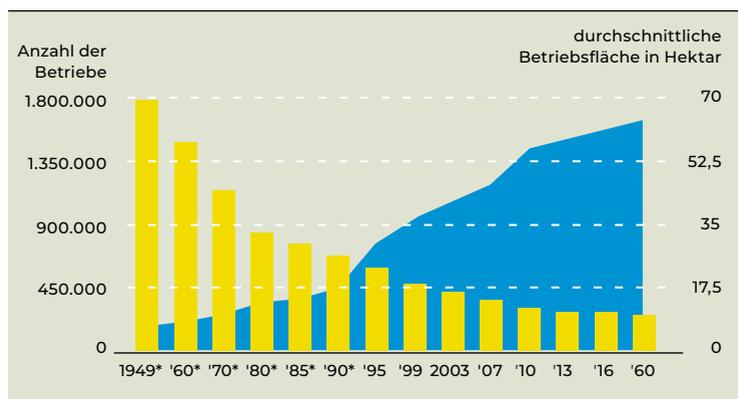
Um eine sozial-ökologische Transformation in Landwirtschaft und Ernährungssystem voranzutreiben, benötigen wir eine gerechte Bodenpolitik. Durch diese kann der Zugang zu Land für all jene Bäuer*innen und Betriebe gesichert werden, die sich für eine ökologische und sozialverträgliche Nutzung des Bodens einsetzen. Damit ermöglicht eine gerechte Bodenpolitik langfristig den Aufbau einer vielfältigen, kleinteiligen und ökologisch ausgerichteten Agrarstruktur (Mehr dazu in unserer Publikation ZUKUNFT FÜR ALLE).

Bodenpolitik ist aber nur eine der Voraussetzungen für die sozial-ökologische Transformation von Landwirtschaft und Ernährungssystem. Ebenso zentral sind die konsequente Ökologisierung der *Gemeinsamen Agrarpolitik* der EU, die Beschränkung von Düngemittel und Pestizideinsatz in der Landwirtschaft, die Stärkung des Ökolandbaus, konsequente Maßnahmen für den Schutz der Biodiversität in der Agrarlandschaft, die Stärkung der Regionalvermarktung, ein Rück- und Umbau der Tierindustrie einschließlich einer Reduzierung des Konsums tierischer Produkte, die Wiedervernässung von Mooren, der Schutz des Saatguts als Gemeingut, der Wandel des Ernährungs- und Konsumverhaltens, sowie sozialpolitische Maßnahmen, durch die Lebensmittelpreise für alle erschwinglich sind, und die Einkommens- und Arbeitssituation von Bäuer*innen und landwirtschaftlichen Arbeiter*innen deutlich verbessert wird.

Fakten zum Bodenmarkt

Die mittleren bis kleinen Höfe sterben, die großen Betriebe wachsen immer weiter. Allein in den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe in Deutschland um 12% gesunken, in den letzten 25 Jahren hat sich ihre Gesamtanzahl sogar halbiert. Vom Höfesterben betroffen sind vor allem die für eine **klimaangepasste, regionalisierte Landwirtschaft wichtigen kleinen Höfe**. Die Anzahl der Betriebe mit mehr als 100 ha stieg im gleichen Zeitraum weiter an. Gerade einmal 14% der größten Betriebe in Deutschland bewirtschaften knapp zwei Drittel der Landwirtschaftsfläche.³

Abbildung 1: Größenstrukturen der deutschen Landwirtschaft 1949-2019.



Quelle: BMEL (2019) Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; Statistisches Bundesamt (2019) Betriebsgrößenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe nach Bundesländern. *Bezieht sich auf das frühere Bundesgebiet. Bundeszentrale für politische Bildung (2020) Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de

Der **Bodenverkauf** über SHARE DEALS nimmt zu und außerlandwirtschaftliche, überregional aktive Investoren nehmen zunehmend **Einfluss auf den Bodenmarkt**, insbesondere im Osten. Juristische Personen oder Personenhandels-gesellschaften, die Teil einer Unternehmens-



gruppe sind, bewirtschaften gut 11% der gesamtdeutschen landwirtschaftlich genutzten Flächen. Rund 94% dieser Flächen liegen in den ostdeutschen Ländern. Der Anteil der durch SHARE DEALS übernommenen Eigentumsflächen in Ostdeutschland machte im Zeitraum vom 2007 bis 2016 knapp durchschnittlich ein Fünftel, in manchen Jahren gar die Hälfte der gehandelten Landwirtschaftsfläche aus.⁴ **Zwischen West- und Ostdeutschland zeigen sich enorme Unterschiede:** Im Westen gehören knapp 26% der juristischen Personen und Personenhandelsgesellschaften einer Unternehmensgruppe an, im Osten ist es fast die Hälfte.⁵



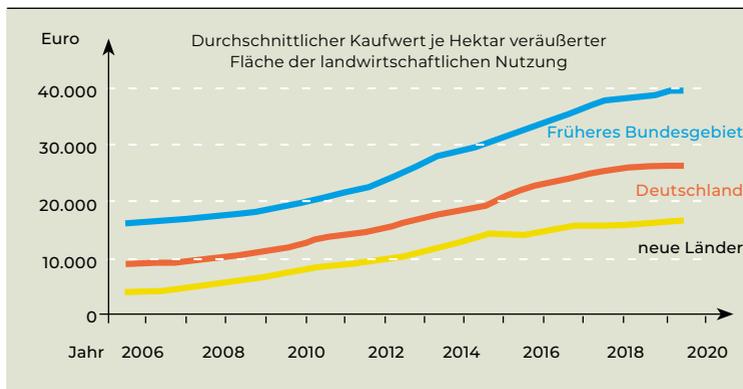
-
- 3 Destatis (2021) → Strukturwandel in der Landwirtschaft hält an.
 - 4 Thünen Report 52 (2017) Tietz A. → Überregional aktive Kapitaleigentümer in ostdeutschen Agrarunternehmen: Entwicklungen bis 2017. Wie groß der Anteil von SHARE DEALS / Anteilskäufen auf dem deutschen Bodenmarkt insgesamt ist, kann wegen fehlender Statistiken nur geschätzt werden.
 - 5 Destatis (2021) → Wem gehört die Landwirtschaft? Bedeutung von Unternehmensgruppen erstmals untersucht.

Was sind SHARE DEALS?

SHARE DEALS oder auch Anteilskäufe bezeichnen den **Erwerb von Anteilen an einem Betrieb**, mit dem auch die **Kontrolle** über den Betrieb einhergeht. Gekauft werden also **Geschäftsanteile**, keine einzelnen Flächen oder Tiere. In Deutschland sichert das Grundstücksverkehrsgesetz Landwirt*innen eigentlich das Vorkaufsrecht auf landwirtschaftliche Flächen zu, d.h. Nicht-Landwirt*innen dürfen das Land nur kaufen, sofern es keine interessierten Landwirt*innen gibt. Das Grundstücksverkehrsgesetz reguliert jedoch **nur Direktkäufe von Land**, nicht aber den Erwerb von Betrieben inklusive ihrer Agrarflächen über SHARE DEALS. **Außerlandwirtschaftliche Investoren** können über Anteilskäufe so **das Vorkaufsrecht von Landwirt*innen umgehen**. Wenn sie zudem weniger als 90% der Betriebsanteile kaufen, **vermeiden** sie sogar noch die bei Landkäufen sonst anfallende **Grunderwerbssteuer**.

Die Preise für Agrarflächen steigen immer weiter an. In den letzten 15 Jahren haben sich die Kaufpreise in den westdeutschen Bundesländern verdoppelt, in Ostdeutschland teils mehr als vervierfacht. Die Pachtpreise sind von 2010 bis 2020 durchschnittlich um 62%, bei Neupachtungen sogar um 79% gestiegen. **Kleinstbetriebe zahlen den höchsten Pachtpreis je Hektar.**⁶ Für kleine Betriebe und Nachwuchslandwirt*innen wird es immer schwieriger, an bezahlbares Land zu kommen. Hinzu kommt, dass **Kauf- und Pachtpreise mittlerweile entkoppelt** sind von dem, was auf der Fläche **erwirtschaftet** werden kann.

Abbildung 2: Anstieg der Bodenpreise für landwirtschaftliche Flächen.

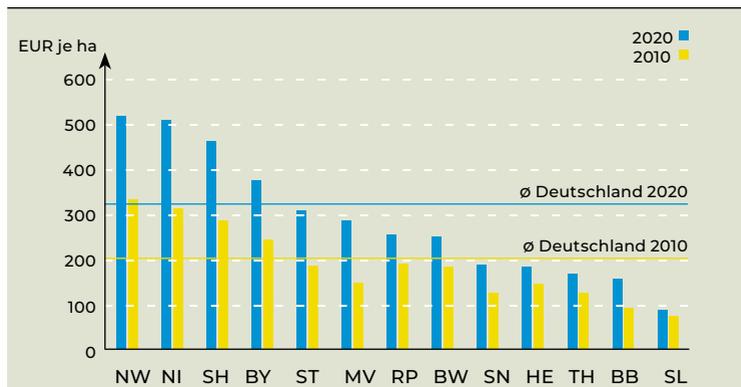


Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2021.

Lediglich 11% der Betriebe in Deutschland werden von **Frauen geleitet**, bei Hofnachfolgen liegt der Frauenanteil gerade mal bei 18%. Damit steht Deutschland **europaweit ganz hinten**. Dazu kommen unsichere soziale Absicherung, überholte geschlechtsspezifische Rollenbilder, der »Gender Pay Gap«, ebenso wie ein erschwerter Zugang zu Land und Kapital, die junge Landwirtinnen **strukturell benachteiligen**.⁷

- 6 Destatis (2021) → Wem gehört die Landwirtschaft? Bedeutung von Unternehmensgruppen erstmals untersucht.
- 7 Thünen-Institut für Betriebswirtschaft / Georg-August-Universität Göttingen (2022). Padel, S. et al. → Frauen auf landwirtschaftlichen Betrieben in Deutschland.

Abbildung 3: Anstieg der Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen (ohne Stadtstaaten).



Quelle: Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein, 2020.

Gerechte Bodenpolitik als Beitrag zu Klimagerechtigkeit

Die profitorientierte, industrielle Landwirtschaft trägt maßgeblich zur Klimakrise bei und ist zugleich enorm von dieser betroffen: Weltweit war der Agrar- und Ernährungssektor 2015 für über ein Drittel der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich.⁸

⁸ *Nature food* (2021). Crippa, M. et al. → Food systems are responsible for a third of global anthropogenic GHG emissions; *IPCC Special Report (2022)* → Special Report on Climate Change and Land, Chapter 5: Food Security.

In Deutschland macht die Landwirtschaft 61,1 Mio. t Treibhausgas-Emissionen aus – was etwa 8% der Gesamtemissionen des Jahres entspricht (Stand 2021).⁹ Gleichzeitig ist die Landwirtschaft mit den fortschreitenden Folgen der Klimakrise konfrontiert – Extremwetterereignisse, Dürren und Überschwemmungen führen zu Ernteaufschlägen und setzen Landwirt*innen und Böden unter Druck. Dazu kommt, dass sich der Zustand landwirtschaftlicher Böden durch Verdichtung, Überdüngung, Versalzung, Pestizide, die Bodenorganismen schädigen und das Grundwasser belasten, und fehlende Fruchtfolgen weiter verschlechtern. Der zunehmende Verlust von fruchtbarem Boden verschärft diese Problemlage weiter: In Deutschland werden täglich 54 Hektar für den Ausbau von Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewidmet (siehe Bausteine → Autofreie Städte und → Gerechte Wohnraumverteilung) – das entspricht der Größe eines durchschnittlichen Agrarbetriebs.¹⁰ Hinzu kommt der Verlust von landwirtschaftlichen Flächen, die für Kompensationsmaßnahmen (z.B. Naturschutzmaßnahmen zum Ausgleich von Versiegelungen an anderer Stelle) in Anspruch genommen werden – diese liegen bei 72ha/Tag. Insgesamt gehen so täglich etwa 126 Hektar Fläche für die Landwirtschaft verloren.¹¹

In der Landwirtschaft besteht großer Handlungsdruck. Die Emissionen müssen drastisch reduziert und der Sektor an die Folgen der Klimakrise angepasst werden. Neben Maßnahmen wie dem Rückbau der Tierindustrie, der Wiedervernässung von Moorböden

9 Diese Berechnungen schließen Emissionsquellen der mobilen und stationären Verbrennung der Landwirtschaft mit ein, siehe UBA (2022). Weitere, indirekte Emissionen, die durch die Landwirtschaft entstehen, aber in anderen Sektoren verrechnet werden, wie der Energieverbrauch oder die Herstellung von Mineräldünger, sind in diesen Zahlen nicht eingeschlossen. Auch indirekte Emissionen, die in anderen Ländern entstehen (z.B. durch importierte Futtermittel wie Soja aus Südamerika), aber aufgrund des Territorialprinzips nicht erfasst werden, bleiben hier unberücksichtigt. Diese müssen im Sinne globaler Gerechtigkeit dringend beachtet werden, siehe Brand, X. (2022) → Klima schützen und Höfe erhalten. *Thünen Report 91*.

10 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2022) → Landwirtschaftliche Flächenverluste.

11 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2021) → Der landwirtschaftliche Bodenmarkt in Deutschland.

und der Transformation des Ernährungs- und Konsumverhaltens, muss dafür der Schutz und die nachhaltige Bewirtschaftung der Böden stärker in den Blick genommen werden.¹² Denn gesunde Böden bilden die Grundlage allen Lebens an Land: sie ermöglichen Ernährungssicherheit, halten Wasser- und Nährstoffkreisläufe aufrecht und tragen als wichtigste terrestrische Kohlenstoffspeicher zur Klimaregulation bei.¹³ Fruchtbare, humusreiche Böden sind zentral für Klimaschutz und Ernährungssicherheit und nur durch eine dauerhaft nachhaltige Bewirtschaftung zu erhalten.¹⁴

Doch diese ist erst möglich, wenn Ackerland anders verteilt ist: Agrarkonzerne und Investoren, die oft rein profitorientiert wirtschaften und Land als Spekulationsobjekt nutzen, werden meist weniger für Klima- und Biodiversitätsschutz tun, denn beides ist mit erhöhten Kosten verbunden und mindert die Rendite. Dem gegenüber ermöglicht eine gerechtere Bodenpolitik Bäuer*innen mit sozialen und ökologischen Konzepten und wenig Kapital langfristigen, gesicherten Zugang zu Land und kann damit dazu beitragen, dass gesunde Böden auch für kommende Generationen erhalten bleiben. Sie ist Wegweiser einer sozial und klimagerechten (Land-)Wirtschaft. Weitere wichtige Argumente für eine gerechte Bodenpolitik siehe → Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation.

-
- 12 *Umweltbundesamt* (2021) → Treibhausgasreduzierung um 70 Prozent bis 2030: So kann es gehen!
- 13 *Heinrich-Böll-Stiftung, IASS, BUND, Le Monde diplomatique* (2015) → Bodenatlas: Daten und Fakten über Acker, Land und Erde.
- 14 Dem Potenzial des Klimaschutzes durch Humusaufbau sind jedoch natürliche Grenzen gesetzt: Humus kann nicht unbegrenzt aufgebaut werden, da sich nach Jahrzehnten ein neues Fließgleichgewicht in den Böden einstellt und so kein zusätzlicher Kohlenstoff gespeichert werden kann. Siehe Poeplau (2021). Auch ist der Aufbau von Humus vollständig reversibel, sobald die Bewirtschaftungsform wieder geändert wird. Um ein dauerhaftes Gleichgewicht zu halten, müssen humusfördernde Maßnahmen daher langfristig beibehalten werden. Siehe *Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft* (2021), siehe auch *UBA* (2019).

Flächenkonkurrenz und Landnutzungskonflikte

Die für Menschen nutzbaren Flächen sind endlich und werden weniger z.B. durch Bodendegradierung, Verwüstung, Erosion oder Meeresspiegelanstieg, Energie- und Lebensmittelproduktion, Rohstoffabbau, Naturschutz oder Infrastrukturprojekte – alles drängt auf die verbleibende Fläche. Sie ist Schauplatz mannigfaltiger Konflikte. Oft werden Landnutzungskonflikte und letztlich auch gesellschaftliche Verteilungsfragen **auf Kosten von Agrarflächen und landwirtschaftlicher Nutzung ausgehandelt**, wie z.B. bei Industrie- und Baugebieten oder land- und forstwirtschaftlicher Nutzung. **Täglich werden in Deutschland mindestens 27 ha versiegelt.**¹⁵

Aber auch innerlandwirtschaftlich gibt es Landnutzungskonflikte, z.B. zwischen Nahrungsmittelproduktion (für Tier oder Mensch) und Energieproduktion (Agrosprit, Windkraft, Biogas, (Agri)Photovoltaik). Was fehlt, sind **klarere Regelungen** für **wissensbasierte** und **demokratisch getroffene** Entscheidungen über Flächen auf der Grundlage von **sozialen und ökologischen Werten** und nicht orientiert an Profit. Um die Flächeninanspruchnahme zu verringern, braucht es eine **bessere Kombination von verschiedenen Nutzungen** auf der Fläche (z.B. Agroforste, die Bäume und landwirtschaftliche Kulturen kombinieren). Acker, Grünland und Wald müssen stärker gegen Versiegelung und Industrieinteressen geschützt werden.

15 Die Zahl von 27 ha versiegelter Fläche pro Tag basiert auf mittleren Versiegelungswerten und stellt eine Unterschätzung dar. Siehe *Leibnitz-Institut für ökologische Raumentwicklung* (2015).

Instrumente & Maßnahmen einer gerechten Bodenpolitik

Lebensmittelproduktion ist auf Boden, Wasser und Saatgut angewiesen. Sie alle sind existenziell für die Ernährung der Menschen und bedürfen als Gemeingüter deshalb eines besonders hohen Schutzes. In der UN-Deklaration über die Rechte von Kleinbäuer*innen von 2018 wird das Recht auf Land und selbstbestimmte Lebensmittelproduktion anerkannt. Das folgende Kapitel stellt wichtige Instrumente und Maßnahmen für eine Demokratisierung und stärkere Gemeinwohlorientierung der Bodennutzung und -verteilung vor. Für eine gerechte Bodenpolitik müssen diese Bestandteil einer sukzessiven Bodenmarktreform sein, die sowohl Verteilungungerechtigkeiten als auch dem schädlichen Umgang mit Boden entgegentritt. Für eine gerechte Bodenpolitik im Rahmen einer sozialökologischen Wirtschaft muss Boden wieder als Gemeingut und nicht als Quelle von Profit und Vermögensbildung behandelt werden.



Volle Transparenz über Bodeneigentum

Bisher gibt es in Deutschland keine amtlichen Statistiken, aus denen die Verteilung und Konzentration des Eigentums landwirtschaftlicher Flächen klar hervorgeht.¹⁶ So wird aktuell z.B. nicht erfasst, welche Gesamtflächen sich außerlandwirtschaftliche Investoren durch SHARE DEALS sichern. Ohne Anzeigepflicht von indirekten Landverkäufen aber können Landwirt*innen ihr eigentlich im Grundstücksverkehrsgesetz verankertes Vorkaufsrecht für Land nicht ausüben. Auch eine Preiskontrolle bei Pachtpreisen ist

16 Thünen Report 85 (2021) Tietz A. et al. → Untersuchung der Eigentumsstrukturen von Agrarflächen in Deutschland.

aktuell schwierig. Zwar müssen laut Landpachtgesetz neue Pachtverträge und -preise angezeigt werden; die gesetzlichen Vorgaben aber werden nur ungenügend durchgesetzt und kontrolliert. Nur wenn Zahlen und Daten zu Bodeneigentum und -besitz vorliegen, kann ein demokratischer Aushandlungsprozess über Vermögen an Land, über Kauf- und Pachtpreise und gefährliche Konzentrationsprozesse überhaupt stattfinden.

Deshalb sind neue Datenbanken zur Eigentumskonzentration notwendig: Wem gehört wie viel Land – lokal vor Ort, in der Region, bundesweit? Wo liegt öffentlicher Landbesitz an Agrar- und Forstflächen? Dies muss auch alle Daten über den Verkauf und – vor allem – auch die Vererbung von Land einschließen. Zusätzlich zur Erfassung der einzelnen Betriebe und der Flurstücke sollten auch das Gesamtvermögen an Flächen von natürlichen und juristischen Personen, d.h. insbesondere auch Unternehmensverflechtungen, transparent gemacht werden. Nur so lassen sich perspektivisch wirksame Obergrenzen für den Besitz von Boden einführen und durchsetzen. Auch die größten Subventionsempfänger der EU-Agrarmittel ließen sich auf diese Weise leichter sichtbar machen, denn ein Großteil dieser Gelder wird aktuell flächenbezogen ausgeschüttet. Um die Treiber der Konzentrationsprozesse auf dem Bodenmarkt zu verstehen, sollten zudem auch Eigentumstypen und deren Historie erfasst werden. Damit schnell die nötige Transparenz geschaffen werden kann muss diskutiert und untersucht werden, wie diese Datenbanken praktikabel umgesetzt, welche vorhandenen Strukturen hierfür genutzt werden und welche Akteur*innen für die Datenerfassung zuständig sein sollen. Um strukturelle Wissensasymmetrien abzubauen, muss der Zugang zu diesen neuen Datenbanken für alle möglich und kostenlos sein.



Zugriff kapitalstarker Akteur*innen auf den Bodenmarkt einschränken

Um Bodenkonzentration zu verhindern, müssen die flächenmäßigen Betriebsgrößen und die damit verbundenen Akteursstrukturen reguliert werden. Dabei geht es um Struktur- und Machtfragen: Wem soll das Land gehören? (Eigentumsfragen) Wer darf sich künftig Land sichern, wer aber auch nicht? (Steuerung des Bodenmarktes) Wer soll sich Kauf und Pacht von Land leisten können? (Preisgestaltung) Dabei gilt: eine Demokratisierung und Ökologisierung des Bodenmarktes kann nur stattfinden, wenn die bisherigen Einflussfaktoren auf den Bodenmarkt – Kauf, Pacht, Erbe – neu geordnet werden. Um die Konzentration von und die Spekulation mit Boden zu verhindern, müssen verschiedene gesetzliche Hebel geschärft bzw. ausgebaut werden. Dies kann – wie das Beispiel der schottischen Landreform¹⁷ zeigt – im Rahmen einer umfassenden Bodenreform geschehen.



Agrarstrukturgesetze voranbringen

Schon 2015 hat sich die Bund-Länder-Arbeitsgruppe »Bodenmarktpolitik« darauf verständigt, den Anstieg der Bodenpreise zu stoppen, das Eigentum an Boden breiter zu streuen und Ackerland vorrangig an Bäuer*innen zu vergeben.¹⁸ Umgesetzt werden soll dies über die neuen Agrarstrukturgesetze. Allerdings setzen die Länder diese unterschiedlich ambitioniert um. Baden-Württemberg hat bereits seit 2009 ein Agrarstrukturgesetz (mit dem Ziel, z.B. Schweizer*innen vom Bodenmarkt auszuschließen, welche in Baden-Württemberg ihr Geld in Landkäufen anlegten). In Sachsen, Brandenburg, Thüringen und Niedersachsen sind die Gesetze in Arbeit, teils regulieren sie auch die SHARE DEALS. Andere Bundes-

17 Land Reform (Scotland) Bill (2015).

18 Bund-Länder-Arbeitsgruppe »Bodenmarktpolitik« (2015) → Landwirtschaftliche Bodenmarktpolitik: Allgemeine Situation und Handlungsoptionen.

länder sind noch untätig geblieben. Viele Ziele, die die Bund-Länder-Arbeitsgruppe formuliert hatte, wurden allerdings bis heute nicht erreicht. Weiterhin erwerben hauptsächlich außerlandwirtschaftliche Investoren und große agrarindustrielle Betriebe über SHARE DEALS Flächen. Um wirklich wirksam zu sein, müssen die Agrarstrukturgesetze aller Bundesländer den folgenden Anforderungen genügen:

- Die Agrarstrukturgesetze der Länder müssen SHARE DEALS verhindern und außerlandwirtschaftliche Personen und Investoren komplett vom Bodenmarkt ausschließen.
- Wie viel Land eine Person, ein Unternehmen oder eine Unternehmensgruppe besitzen darf, muss begrenzt werden. Nur so lässt sich eine breite Streuung der Agrarflächen gewährleisten. Polen und Litauen haben bereits solche – von der EU genehmigten – Kappungsgrenzen von 300 ha bzw. 500 ha je Landwirtschaftsbetrieb. Damit diese Grenzen nicht unterlaufen werden, müssen die Gesetze auch Unternehmensverflechtungen berücksichtigen, also juristisch definieren, was »Großgrundeigentümer« und »Firmengeflechte« sind.
- Die Pachtpreisbremse ist das Pendant zur Mietpreisbremse. Die Agrarstrukturgesetze müssen regeln, dass Neupachtverträge den ortsüblichen Durchschnittspreis nur wenig (z.B. um 10%) überschreiten dürfen. Die Pachtpreise würden dadurch deutlich langsamer steigen und so die außer- und innerlandwirtschaftliche Konkurrenz eindämmen helfen. Voraussetzung hierfür ist die konsequente Umsetzung des auf Bundesebene verankerten Landpachtgesetzes von 1986, das die Anzeigepflicht von Pachtverträgen vorschreibt.

→ **Progressive Grunderwerbssteuer**

Um Steuerlasten im Zusammenhang mit dem Erwerb von Land gerechter zu verteilen und diese für kleine Betriebe zu mindern, schlägt die *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)* eine progressive Grunderwerbssteuer vor. Diese sieht vor, dass Betriebe und Personen, die wenig Land besitzen, beim Kauf von Land bis zu einer bestimmten – noch festzulegenden – Höchstgrenze komplett von der Grunderwerbssteuer befreit werden (Freibetrag). Darüber hinaus schlägt die *AbL* einen progressiven Anstieg der Grunderwerbssteuer vor, d.h. wer bereits viel Land besitzt, soll höhere Grunderwerbssteuern zahlen, wer sehr viel Land besitzt, noch mehr. einen Vorschlag für die konkrete Ausgestaltung lässt die *AbL* aktuell im Rahmen einer Studie modellieren. Im Zusammenhang mit der Grunderwerbssteuer muss zudem sichergestellt werden, dass Landwirt*innen bei der Inanspruchnahme des Vorkaufsrechts nicht länger doppelt Grunderwerbssteuer zahlen müssen.¹⁹ Die doppelte Last macht den Kauf von Land oft erst recht unfinanzierbar und hebt damit das Vorkaufsrecht aus.²⁰ Freibeträge und steigender Steuersatz sollten als Mechanismen nicht nur für die Grunderwerbssteuer, sondern auch für die Grundsteuer landwirtschaftlicher Flächen erarbeitet werden.

→ **Definition »Aktive*r Landwirt*in« in der nationalen Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik**

Ein Großteil der Fördergelder der *Gemeinsamen Agrarpolitik* der EU (*GAP*) fließt aktuell großen bis sehr großen Agrarkonzernen und außerlandwirtschaftlichen Investoren zu, welche einen Teil dieser

19 Dies passiert, sofern die staatlichen Landesgesellschaften als Zwischenkäufer von Land auftreten.

20 Wenn z.B. jemand Land von einer Nachbarin / einem Nachbarn kaufen will, muss erst die Landgesellschaft überprüfen, ob Bäuer*innen aus dem Umkreis das Vorkaufsrecht in Anspruch nehmen wollen. Ist dies der Fall, kauft die Landgesellschaft das Land von der Nachbarin / dem Nachbarn. Auf diesen Kauf fällt Grunderwerbsteuer an. Anschließend muss die Bäuerin / der Bauer das Land von der Landgesellschaft kaufen und zahlt nun noch einmal die Steuer.

Agrarkonzerne besitzen. Die *AbL* schlägt deshalb vor, Großkonzerne wie *Südzucker*, *RWE* oder die *Münchener Rückversicherung*, die maßgeblich von den GAP-Mitteln profitieren²¹, zukünftig komplett von den Subventionen auszuschließen. Möglich wäre dies durch die Aufnahme einer Definition für »aktive Landwirt*innen« in der deutschen Strategie zur Ausgestaltung der Förderung der EU-Agrarsubventionen. Die *AbL* schlägt die Einführung einer Kappungsgrenze vor: Als »aktive*r Landwirt*in« würde demnach nur dasjenige Unternehmen gelten, dass mehr als 5% seines Umsatzes über landwirtschaftliche Produktion macht.²² Nur diese Landwirt*innen würden die EU-Agrarsubventionen erhalten. Landwirtschaftliche Betriebe würden auf diese Weise für außerlandwirtschaftliche Investoren weitaus unattraktiver, weil weniger profitabel. Hier hat das aktuell grün geführte *Bundeslandwirtschaftsministerium* einen entscheidenden politischen Gestaltungsspielraum.



Instrument Erbrecht

In der öffentlichen Debatte erscheint es bisweilen so, als sei der Aufkauf von Agrarflächen durch außerlandwirtschaftliche Investoren das größte Problem auf dem Bodenmarkt. Tatsächlich aber gehen der Landwirtschaft Flächen, d.h. Flächen in der Hand von aktiven Landwirt*innen, in vielen Regionen vor allem durch die Vererbung an Nachkommen ohne einen landwirtschaftlichen Beruf verloren. Die Erb*innen nutzen das Land nicht selbst für eine landwirtschaftliche Bewirtschaftung, sondern verpachten oder verkaufen es. Durch die fehlende familiäre Hofnachfolge führt auch dieser Trend zu einer Abnahme der Betriebszahlen und gleichzeitiger Zunahme von Hektaren bei weniger Betrieben (Abb. 1).

Für die breitere Streuung von Eigentum und Zugang zu Land für Junglandwirt*innen, kleine bis mittleren Betriebe und somit den

21 *Correctiv* (2022) → EU-Agrarsubventionen: Diese Großkonzerne profitieren.

22 *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft* (2021) → AbL definiert »aktiven Landwirt«: Agrarförderung für Bauern statt für Möbelhäuser.

Erhalt von vielfältige Betriebsstrukturen, sollte das Erbrecht in Deutschland jedoch dringend geändert werden. In der Schweiz gibt es z.B. ein starkes Höferecht, welches auch Regelungen im Erbfall festschreibt. In Dänemark dürfen Kinder von Landwirt:innen nur Land erben, wenn sie selbst Landwirtschaft betreiben.²³ Ansonsten geht das Land an andere Landwirt:innen. In Deutschland könnten gemeinwohlorientierte Bodenträger oder die Landgesellschaften die Aufgabe übernehmen, Land zu vermitteln, wenn es keine landwirtschaftsbetreibenden Erb*innen gibt.²⁴



Nutzungsrechte bäuerlicher Akteur*innen stärken

Ergänzend zur Begrenzung des Einflusses großer Agrarkonzerne und außerlandwirtschaftlicher Investoren und der Eigentumskonzentration von Land müssen die Nutzungsrechte der bäuerlichen und gemeinwohlorientierten Betriebe gestärkt werden.



Vorkaufsrecht von Landwirt*innen konsequent durchsetzen

Im Grundstücksverkehrsgesetz ist die Privilegierung von Landwirt*innen beim Landkauf festgeschrieben, d.h. Privatpersonen dürfen Agrarland nur kaufen, wenn kein*e Landwirt*in das Land erwerben will. Das Problem ist: das Vorkaufsrecht wird von den Verwaltungen nicht immer konsequent und praktikabel umgesetzt. In Thüringen etwa werden Ausschreibungen für Land oftmals nur

-
- 23 Das dänische Recht zur »Erbpacht« erlaubt es Landwirt*innen Flächen auf Lebenszeit zu pachten. Es gibt ein Vorpachtrecht für die Kinder, sofern sie den Betrieb weiterführen; wenn sie dies jedoch nicht tun, fällt das Land per Pacht an andere Bäuer*innen.
- 24 Mehr zu einem sozial und ökologisch gerechten Steuerrecht siehe Baustein → Sozial-ökologische Steuerpolitik

für zwei Wochen und auf unübersichtlichen Plattformen veröffentlicht. es ist für Bäuer*innen schwierig bis unmöglich, innerhalb so kurzer Zeit die Finanzierung für oft überbewertete Landkäufe auf die Beine zu stellen, weil sie im Gegensatz zu großen Konzernen und außerlandwirtschaftlichen Investoren nicht selbst über das nötige Kapital verfügen, sondern dieses erst über Bankkredite organisieren müssen. Die Folge: Landverkäufe von Landwirt*innen an andere Landwirt*innen werden massiv erschwert oder gar unmöglich gemacht. Das Land fällt dann oft an Nicht-Landwirt*innen. Abhilfe könnten z.B. übersichtliche Flächenplattformen bieten, die die Landwirt*innen automatisch über Angebote von Land informieren und Fristen von mindestens zwei Monaten vorsehen.



Privilegierter Zugang zu Land und Ausbau von Förderungen

Um bestehende Höfe zu erhalten und Neugründungen zu ermöglichen, müssen kleine Betriebe und insbesondere auch Junglandwirt*innen zum einen per Gesetz, zum anderen per staatlicher Förderung beim Zugang zu Land privilegiert werden. Denn Neugründer*innen müssen sehr große Risiken eingehen, wenn sie meist mit nichts als einem zeitlich begrenzten Pachtvertrag, immenser Selbstausschöpfung und hohen persönlichen Kosten langfristig einen Betrieb aufbauen.²⁵ Bei Pachtverträgen lässt sich dies über gemeinwohlorientierte Vergabeverfahren regeln (siehe → Gemeinwohlverpachtung von öffentlichem Land). Daneben braucht es eine bessere Förderstruktur für Betriebsgründungen in der Landwirtschaft. Denn mit einem durchschnittlichen Kapitaleinsatz von rund 692.000 Euro je Arbeitskraft gehört diese zu

25 Seit Jahren fehlen in der Landwirtschaft Fachkräfte, insbesondere was Betriebsleitungen betrifft. Gleichzeitig sind Hofnachfolgen durch die eigenen Kinder selten gesichert, so dass theoretisch Arbeitsplätze, Land und Höfe für interessierte junge Menschen zur Verfügung stehen. Dem stehen allerdings strukturelle Probleme entgegen, die seit Jahrzehnten vernachlässigt wurden: Es ist nur für bestimmte gut ausgebildete Landwirt*innen spannend, im Angestelltenverhältnis größtenteils sehr spezialisierte und industrialisierte Betriebe zu managen. Die, die das nicht wollen, stehen vor riesigen Herausforderungen: Außerfamiliäre Hofübergaben scheitern oft an der Finanzierbarkeit und finanziell-sozialen Differenzen zwischen den Generationen.

den kapitalintensivsten Branchen überhaupt. Ein*e Existenzgründer*in in der Landwirtschaft braucht aktuell rund 150.000 Euro Eigenkapital alleine für die Schaffung des eigenen Arbeitsplatzes. Sachsen-Anhalt und Sachsen sind mit der Einführung einer Niederlassungsprämie von 70.000 Euro vorangegangen, Thüringen und Brandenburg gehen gerade in die Umsetzung und weitere Bundesländer machen sich auf den Weg. Die Niederlassungsprämie ist eine Einkommensunterstützung und soll es jungen Landwirt*innen erleichtern, einen eigenen Betrieb zu gründen. Ebenso sollte der Staat bei den juristischen Kosten für Betriebsgründungen unterstützen und bei Bedarf das Eigenkapital beim Landkauf aufstocken. Denn nicht selten scheitern Existenzgründungen an den Banken und Kreditgebern, weil andere Branchen lukrativer für Investitionsförderungen sind. Auch Nebenerwerbslandwirt*innen müssen positiver bewertet werden, wenn es um den Zugang zu Land, Produktions- und Fördermitteln geht.²⁶ Zudem sollte die Existenzgründungsförderung (als Einkommensunterstützung) im Rahmen der *Gemeinsamen Agrarpolitik* der EU angehoben und ebenso wie die Niederlassungsprämien massiv ausgeweitet und erhöht werden.



26 Nebenerwerbslandwirt*innen finanzieren den Erhalt ihrer Landwirtschaft oft aus ihrem Hauptverdienst und können bestenfalls auch am ehesten den Betrieb wieder auf Vollerwerb umstellen. Sie bereichern die Betriebsstrukturvielfalt und ländliche Räume.



Gemeinwohlverpachtung von öffentlichem Land

Boden sollte generell nach Gemeinwohlkriterien bewirtschaftet werden, für öffentliches Land gilt dies umso mehr. Die *AbL* hat einen Katalog zur Verpachtung von öffentlichem Land in Bundesländern, Kommunen oder Kirchen nach Gemeinwohlkriterien entwickelt.²⁷ Eine konsequente Anwendung des Katalogs macht es möglich, dass nicht mehr nach Gewohnheitsrecht und Höchstpachtgebot entschieden wird, wer das öffentliche Land bestellt, sondern nach der Qualität der Bewirtschaftung. Landwirt*innen, die ihr Land nach bestimmten Bodenschutz-, Tierwohl-, Biodiversitäts- und Klimaschutzkriterien bewirtschaften und ihr Unternehmen nach sozial-ökologischen Kriterien führen, wären auf diese Weise im Vorteil. Grundlage der Bewertung sollte ein demokratisch ausgehandelter Punktecatalog sein. Steht das Ende eines Pachtvertrags an, wird dies ein halbes Jahr vorher bekannt gegeben, so dass sich Interessierte für die Fläche bewerben können. Ihre Bewerbung wird anhand des Punktecatalog bewertet, sie sammeln darüber Gemeinwohlpunkte: z.B. für artgerechte Tierhaltung, Biodiversitätsmaßnahmen oder die Anzahl der Arbeitsplätze pro Hektar. Wer gegen Ausschlusskriterien wie den Einsatz von Gentechnik oder Mindeststandards im Arbeitsrecht verstößt, wird vom Verfahren ausgeschlossen. Wer die meisten Punkte erhält, bekommt den Pachtvertrag. Die Gemeinwohlverpachtung läuft per Konzeptvergabeverfahren ab und ist damit transparenter als viele private Verpachtungen von Land. Die Städte Kyritz und Erfurt sowie die *Evangelische Kirche Mitteldeutschland* und die *Diozöse Münster* haben bereits einen solchen Punktecatalog. Das Beratungsangebot → [fairpachten.org](https://www.fairpachten.org) bietet Kommunen, Kirchen und Stiftungen kostenlose Beratung für die Formulierung von Pachtverträgen an. Ziel muss sein, dass die Gemeinwohlverpachtung von öffentlichem Land zum Standard wird.

27 *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft* (2022) → Gemeinwohlorientierte Verpachtung.

Privatisierung endlich gestoppt: Teilerfolg bei den BVVG-Flächen

Nach der Wende wurden in Ostdeutschland circa **eine Million Hektar Staatsland** der DDR an die Treuhand übergeben und seit 1992 durch die *Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG)*, die Nachfolgeorganisation der Treuhand, **privatisiert und meistbietend verkauft**. Von den ursprünglich rund eine Million Hektar gehören nach gut 30 Jahren nur noch 92.000 ha dem Bund. Die meisten Flächen wurden an große Betriebe verkauft. **Die BVVG gehörte damit zu den großen Preistreibern für Agrarflächen im Osten**. Nach langen Auseinandersetzungen wurde der gewaltige Privatisierungsprozess 2022 unter der jetzigen Ampelkoalition gestoppt – zumindest eine kleine Trendwende im Umgang mit öffentlichem Land, die über Jahrzehnte durch die **kritische Begleitung durch Bäuer*innen erstritten** wurde. Ein Großteil der noch verbleibenden Flächen soll nun **vorrangig an ökologisch wirtschaftende Betriebe** verpachtet werden.



Verbesserter Rahmen für die Gemeinwohlverpachtung privater Flächen

Nicht nur wer Land bearbeitet, trägt Verantwortung, sondern auch, wer es besitzt. Eine Stichproben-Studie des *Thünen-Instituts* hat ergeben, dass in den untersuchten Regionen in Deutschland 49% des Landes nicht-landwirtschaftlichen natürlichen Personen gehört.²⁸ Ziel muss es sein, dass diese Landbesitzer*innen bewusster über die Verpachtung ihres Landes entscheiden und so Verantwortung für dessen Bewirtschaftungsweise übernehmen. Hierfür gibt es bereits Ansatzpunkte:

28 *Thünen Report 85* (2021) Tietz A. et al. → Untersuchung der Eigentumsstrukturen von Agrarflächen in Deutschland.



Nischen und Reallabore stärken

In Nischen haben Zivilgesellschaft und landwirtschaftliche Akteur*innen praktikable Lösungen und Instrumente aufgebaut, um (1) Landbesitzer*innen zu Fragen der sozialen und ökologischen Verpachtung ihrer Flächen zu beraten, (2) Eigentümer*innen von Land und Bäuer*innen besser zu verknüpfen und (3) Boden zu entprivatisieren.

(1) Zu Fragen der sozialen und ökologischen Verpachtung berät beispielsweise der *NABU* mit seinem Angebot → [fairpachten.org](https://www.fairpachten.org). Verpächter*innen legen für ihre Flächen umsetzbare Sozial- und Naturschutzmaßnahmen fest, die im Pachtvertrag verankert werden. Diese Beratungsstrukturen braucht es flächendeckend bundesweit. Sie müssen durch die öffentliche Hand finanziert werden, damit der Hebel »privates Pachtland« effektiv für die Bodenwende genutzt werden kann.

(2) Eine – bislang nur regionale Lösung – für die Verknüpfung von Landbesitzer*innen und Bäuer*innen hat das *Bündnis Junge Landwirtschaft* aus Brandenburg aufgebaut: eine Online-Flächenbörse, auf der private Verpächter*innen ihre Flächen inserieren können. Die Plattform trägt dazu bei, die informellen Strukturen auf dem Pachtmarkt transparenter zu machen und ermöglicht auch Neueinsteiger*innen, die nicht aus der Region kommen, den Zugang zu Land. Solche Plattformen braucht es flächendeckend bundesweit, ebenfalls finanziert durch die öffentliche Hand.

(3) Die Entprivatisierung von Boden verfolgen u.a. die Kulturlandgenossenschaft oder das *Ackersyndikat*. Das *Ackersyndikat* z.B. hilft Höfen dabei, ihr Land als unverkäufliches Gemeineigentum zu organisieren und für eine ökologische Bewirtschaftung zu sichern – analog zum Mietshäusersyndikat, das das gleiche mit Wohnraum tut. Ähnlich agiert die *Biobodengenossenschaft*, ein gemeinwohlorientierter Investor mit eigenem Landwirtschaftsbetrieb zur Inanspruchnahme des Landkaufrechts – weil per Gesetz

eigentlich nur Landwirt*innen Boden kaufen dürfen und gemeinwohlorientierte Bodenträger z.T. selbst als »Investoren« ausgelegt werden. Dabei gibt es einen klaren Unterschied zwischen Kapital anlegenden Firmengeflechten und zivilgesellschaftlich finanzierten nicht-profitorientierten Institutionen zur Landsicherung für eine sozial-ökologische Landwirtschaft. Was es braucht, ist eine Vielzahl an staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Landsicherung – ebenso wie Wahlfreiheit und unterschiedliche Schwerpunktsetzungen in den juristischen Konstruktionen, sodass Betriebe das zu ihnen passende Modell finden können. Außerdem braucht es weitere alternative Bodenträger, die Betriebe bei Landsuche und -kauf entlasten. Wichtig ist, dass sie juristisch nicht als »außerlandwirtschaftliche Investoren« gelten. Auch auf betrieblicher Ebene können Möglichkeiten zur Landsicherung ausgeschöpft werden – z.B. indem sich Betriebe durch einen Beitritt im *Ackersyndikat* oder in der *Kulturland eG* ihr Land »entprivatisieren« und so auch vor einem Aufkauf durch Investoren schützen.²⁹ Bund und Länder sollten die Rahmenbedingungen so gestalten, dass diese Nischen wachsen können und demokratische Mitgestaltung ermöglicht wird. Hierfür braucht es Förderstrukturen, Wissenstransfer und gesetzliche Anpassungen. Begleitet werden muss dies mit wirksamen Informationskampagnen rund um die Bedeutung der wertvollen Ressource Boden und der besonderen Verantwortung der Bodeneigentümer*innen.



Schaffung handhabbarer gemeinwohlorientierter Rechtsformen

Um Nischen und Freiräume zu erhalten und zu stärken, müssen gemeinwohlorientierte Bodenträger und Betriebe auch juristisch auf sicherem Boden stehen. Denn die üblichen Rechtsformen – GbRs GmbHs, KGs, Vereine und AGs – sind alle nicht wirklich

29 Z.B. können sich Agrargenossenschaften im Osten z.T. durch den Erhalt hoher stimmberechtigter Mitgliederzahlen, durch die Vererbbarkeit ihrer Anteile und die Ausschüttung von Renten für Anteilseigner*innen vor Machtkonzentration im Betrieb und gegen den Ausverkauf von Investoren schützen.

auf kollektiven Besitz, Entprivatisierung, geteilte Entscheidungsrechte und Haftungspflichten und die Verfolgung gemeinwohlorientierter Ziele ausgelegt. Selbst Stiftungen und Genossenschaften sind kompliziert zu gründen und durch die schwere und bürokratielastige Verwaltung oft unzureichend in ihren Möglichkeiten. Um Land dennoch langfristig dem Bodenmarkt zu entziehen, haben unterschiedliche Akteur*innen, wie z.B. das *Ackersyndikat*, per »law hacking« verschiedenste Rechtsformkonstruktionen zur Selbstbeschränkung von Rechten und Erweiterungen von Pflichten entwickelt. Es ist überfällig, dass der Bund – insbesondere *Bundeswirtschaftsministerium* und *Bundesjustizministerium* – unbürokratische, gemeinwohlorientierte Rechtsformen für andauernd gebundenes Vermögen – also Land und Höfe – schafft. Ziel muss sein, Land auf Betriebsebene langfristig dem Markt zu entziehen, die reine Nutzung in den Vordergrund zu stellen und Betriebsführungs- und Generationswechsel zu erleichtern.³⁰

30 Die *Kulturland-Genossenschaft* hat es sich zur Aufgabe gemacht, landwirtschaftliches Land aus der Spekulation zu befreien. Hierfür hat sie die Eigentumsform »Verantwortungseigentum« an landwirtschaftlichem Land erfunden.

Boden vergesellschaften?

Es gibt etliche Beispiele undemokratischer und brutaler staatlicher Bodenreformen auf Kosten der Bäuer*innen – wie in der Tschechoslowakei ab 1918 und der Sowjetunion ab 1930. Sie zerstörten bäuerliche Strukturen und waren Treiber von Landakkumulation. Auch die **Zwangskollektivierung in der DDR**, bei der Landbesitz und dessen Bewirtschaftung verstaatlicht und bäuerliche Strukturen in ihrer



Selbstbestimmung beschnitten und zerstört wurden, **wurde als Enteignung wahrgenommen** und führte zu einer der höchsten Suizidraten unter Bauern in der DDR-Geschichte. Damals wurden Enteignungen nicht mit dem Ziel einer breiten Eigentums- und Nutzungstreuung und Selbstbestimmung der Landbevölkerung über ihren Boden durchgeführt. Genau darum aber muss es bei **heutigen demokratischen (!) Vergesellschaftungsprozessen** gehen. Denn: außerlandwirtschaftliche Investoren und Großgrundbesitzer wurden historisch bei der Vermögensanhäufung begünstigt und profitieren von vergangenen Akkumulationsprozessen. Die Landkonzentration droht grundlegende Rechte sowie soziale und ökologische Ziele zu untergraben. Ziel muss es daher sein, das **Land von Investoren und Großgrundbesitzern ab gewissen Schwellengrenzen** (d.h. nicht alles Land soll vergesellschaftet werden, sondern nur ab einer bestimmten Größe) zu **vergesellschaften**, um **Gestaltungsräume für bäuerliche Strukturen** und **demokratische Ernährungssysteme** zu schaffen. Dafür müssen herrschende Eigentumsnarrative hinterfragt und durch solidarische ersetzt werden.

Die Nutzung von Land für großindustrielle Landwirtschaft, Mega-Solarparks, Biomasseproduktion oder Carbon Farming³¹ **muss gesellschaftlich diskutiert werden**; es gilt aus Fehlern historischer Bodenakkumulation zu lernen. Das Grundgesetz sieht die Möglichkeit von Vergesellschaftungen »zum Wohle der Allgemeinheit« vor. Für Industriegebiete, Autobahnen oder Rohstoffgewinnung werden Landwirt*innen und Waldbesitzer*innen seit Jahrzehnten enteignet. Was wir brauchen, ist eine **Diskussion** über die demokratische Kontrolle der Ressource Boden zugunsten einer **vielfältigen und fairen Agrarstruktur**.

31 Mit »Carbon Farming« ist die Speicherung von Treibhausgasen mit Hilfe landwirtschaftlicher Methoden gemeint. Hinter dem Begriff verbergen sich verschiedenste Ansätze, manche von ihnen befördern Landgrabbing, die Zerstörung von Biodiversität und untergraben die Ernährungssouveränität.

Friends of the Earth international (2022) → Double Jeopardy report: how nature based solutions threaten foodsovereignty and agroecology.

Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation

Gerechte Bodenpolitik ist ein zentraler Baustein für die sozial-ökologische Transformation von Landwirtschaft und Ernährungssystem. Diese Transformation kann sie selbstverständlich nicht allein leisten, sondern nur in Kombination mit weiteren Maßnahmen.



Regionale Ernährungssouveränität in Zeiten der Klimakrise

Dem *Weltklimarat* zufolge müssen Landwirtschaft und Ernährungssektor nicht nur selbst ihre Emissionen drastisch reduzieren.³² Der Sektor muss sich durch eine Diversifizierung der landwirtschaftlichen Betriebe und Landschaften, mehr Agroforstwirtschaft und mehr agrarökologische Ansätze ebenfalls konsequent an den Klimawandel anpassen.³³ Gerechte Bodenpolitik ist eine wichtige Bedingung dafür, dass dies möglich ist. Denn ihre Instrumente ermöglichen eine vielfältige und ökologisch ausgerichtete Agrarstruktur, die weitaus bessere Möglichkeiten zur Anpassung an die Klimafolgen als die industrielle Landwirtschaft bietet.³⁴ Regionale Versorgungswirtschaften sind um ein Vielfaches resilienter und reduzieren die Abhängigkeit von bisweilen unberechenbaren globalen Lieferketten. Entscheidend ist, dass dies mit einer guten sozialen Absicherung und fairen Löhnen für die Menschen in der Landwirtschaft einhergeht. Was es braucht, ist eine Vielzahl an betrieblichen Strukturen und Anbaumethoden und ein ganz anderes Fortschrittsdenken, als es in den letzten Jahrzehnten propagiert wurde.³⁵

32 Landwirtschaft, Forstwirtschaft und andere Landnutzungen waren 2019 für 22% des weltweiten THG- Ausstoßes verantwortlich. Siehe *IPCC (2022)* → *Climate Change 2022*.

33 *IPCC (2022)* → *Klimawandel 2022 – Folgen, Anpassung und Verwundbarkeit*.

34 Nötig sind kleinere Betriebe, die ihre Produktionsweisen an den jeweiligen Standortbedingungen ausrichten, d.h. auf eine höhere, regional angepasste und robuste Sortenvielfalt setzen, so dass sie weniger anfällig für Schädlingsbefall und Dürreschäden sind.

35 Siehe z.B. → *Weltagrarbericht*.

Koloniale Strukturen und nationalistische Argumentationsmuster

Das Bild vom »*deutschen Bauern, der auf seiner Scholle das Volk ernährt*«, ist seit jeher populär. Es sickert auf Verbändepapiere und Milchverpackungen und bleibt trotzdem **gefährlich** und **realitätsfern**. Auf seiner Basis fordert aber auch das rechte und rechtsoffene Spektrum des landwirtschaftlichen Berufsstandes, dass Bauern vor dem Weltmarkt und den billigen Löhnen und Preisen aus Osteuropa und dem Mittelmeerraum geschützt werden müssten, sonst ginge die deutsche Landwirtschaft zu Grunde. Der **Frust über dieses Wirtschaftssystem** aus landwirtschaftlicher Sicht ist mehr als nachvollziehbar. Doch diese Kritik spielt die Bäuer*innen im Globalen Norden gegen die im Globalen Süden aus – zumal die Bäuer*innen hierzulande **vergleichsweise noch am besten** vor dem harten Weltmarkt geschützt sind, Deutschland weit von einer Selbstversorgung entfernt ist und viele Vorteile im kolonialen Agrarsystem genießt.

Fakt ist: **Deutschland ernährt sich auch von anderen Ländern und Erdteilen und hinterlässt durch den Konsum von Agrarprodukten verheerende Spuren.** Die Ausbeutung des Globalen Südens (z.B. durch Sojaanbau für Futtermittel im Amazonasgebiet) und die Zerschlagung lokaler Handelsstrukturen (z.B. Export von Milchpulver aus Deutschland in weite Teile des afrikanischen Kontinents) muss beendet werden. **Neben einer regionalen Versorgungswirtschaft** innerhalb der Grenzen des Planeten mit hohen sozialen Standards für alle landwirtschaftlichen Arbeiter*innen und solidarischen globalen Handelsstrukturen **braucht es eine Debatte über Reparationen**³⁶ für den vergangenen Verbrauch von Landflächen und deren **Zerstörung und Aneignung im Globalen Süden.**

36 *Boston Review* (2022) → The Fight for Reparations Cannot Ignore Climate Change. *Perspective Daily* (2020) → Was das Jahr 1452 mit der Klimakrise zu tun hat.

→ **Wirtschaften mit weniger Preisdruck**

Gerechte Bodenpolitik kann dazu beitragen, den Preisdruck in Landwirtschaft und Ernährungssystem erheblich zu mindern und Pacht- und Bodenpreise durchzusetzen, die sich an den tatsächlichen Ertragsmöglichkeiten des Bodens orientieren. Wenn die Flächen des Betriebs weniger Profit abwerfen müssen, entsteht Raum für einen schonenderen Umgang mit den Böden, für agrarökologische Methoden und extensive Bewirtschaftung, ebenso wie für einen respektvollen Umgang mit den Menschen, die den Boden bestellen. Darüber hinaus schafft der Ausstieg aus der Preisspirale überhaupt erst die Planungsperspektiven für einen steten Humusaufbau und das langfristige Wachstum von Agroforsten und anderen Gehölzstrukturen. Es braucht niedrigere Bodenpreise, damit Naturschutzleistungen (ausreichend entlohnt) in der Landwirtschaft möglicher werden.

→ **Artenvielfalt, gesündere Böden, lebendigere Landschaften**

Gerechte Bodenpolitik trägt mit dazu bei, dass der Trend zu immer größeren agrarindustriell bewirtschafteten Flächen mit verheerenden Folgen für Bodenverdichtung, Wasserhaushalt und Artenvielfalt gestoppt oder umgekehrt wird. Sie kann außerdem dazu führen, dass Flächen konsequent nach ökologischen und sozialen Kriterien sowie insgesamt kleinteiliger und vielfältiger bewirtschaftet werden. Kleine regional verankerte und selbstständige Betriebe wirtschaften eher in Kreisläufen, haben eine höhere Vielfalt im Anbau und eine strukturreiche Feldflur mit einem hohen Wert für die Biodiversität, den Humusaufbau im Boden und den lokalen Wasserhaushalt.³⁷ Die Kleinräumigkeit der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung ist für die Biodiversität genauso wichtig wie die Wende hin zur ökologischen Landwirtschaft. Der Weltagrarbericht fordert kleinbäuerliche, arbeitsintensivere und auf

37 Nature (2017) Batáry, P. et al. → The former Iron Curtain still drives biodiversity–profit trade-offs in German agriculture.

Vielfalt ausgerichtete Strukturen als Bedingung für eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Lebensmittelversorgung.³⁸ Und auch die EU-Biodiversitätsstrategie stellt den Wert des Erhalts vieler landwirtschaftlicher Betriebe für die Artenvielfalt klar heraus.



Freiräume für kooperatives Wirtschaften

Bodenpolitische Instrumente wie die langfristige Sicherung und gemeinwohlorientierte Verpachtung von Flächen sind die grundlegende Bedingung dafür, dass all diejenigen, die nachhaltige Landwirtschaft und Gärtnerei betreiben wollen, auch die Chance bekommen, dies zu tun. So kann sich eine Vielfalt an Betrieben – und v.a. auch solche mit solidarischen, gemeinwohlorientierten Betriebsmodellen – entwickeln: neue landwirtschaftliche Betriebe und Gärtnereien, die über soziale Netzwerke in die umliegenden Dörfer und Städte eingebunden sind, solidarische Landwirtschaften, in denen Bäuer*innen und Konsument*innen gemeinsam die Risiken tragen und die auch Menschen mit geringem Einkommen Zugang zu hochwertigen bezahlbaren Lebensmitteln ermöglichen, Bürgeraktiengesellschaften, die Einblick in die Betriebe haben, lokale Erzeugergemeinschaften und Bodengenossenschaften, Bäuer*innen, die nicht alleine die Risiken eines hochkomplexen Wirtschaftszweigs tragen. Kurz: gerechte Bodenpolitik ermöglicht – in Verbindung mit einem ebenfalls gerecht gestalteten Zugang zu Wasser sowie zu Wohnraum für landwirtschaftliches Personal – kooperatives landwirtschaftliches Wirtschaften und den Erhalt und Wiederaufbau bäuerlicher Betriebsstrukturen.³⁹ In diesen übersichtlichen Betriebsstrukturen ist zudem Raum für den Aufbau sozialer Beziehungen, die Menschen einen Bezug zur Landwirtschaft ermöglichen.

38 IAASTD-Bericht (2019) → Agriculture at a Crossroads – Summary for Decision Makers of the North America and Europe (NAE) Report.

39 Zu Organisationsformen über den bäuerlichen Familienbetrieb hinaus und wie diese als praktische Alternativen zur industriellen Landwirtschaft organisiert werden können, siehe *Kasseler Institut für ländliche Entwicklung e.V.*, Arbeitsergebnisse 12 (2017) Hiß, Ch. et al. → Von der bäuerlichen zur regionalen Versorgungswirtschaft.



Lebendige ländliche Räume für ein vielfältiges Ernährungssystem

An vielen Stellen denken Verbraucher*innen über die Umstellung des Ernährungssystems nach. In etlichen Kommunen setzen sich Ernährungsräte für eine demokratische Umgestaltung und eine regionale, faire und ökologische Versorgung ein. Das Problem: oftmals fehlen den Verbraucher*innen, die mehr Mitsprache und Mitgestaltung wollen, die Ansprechpartner*innen und Lieferant*innen und damit auch das Wissen für den schrittweisen Aufbau von klimagerechten regionalen Versorgungsstrukturen als wesentlicher Bestandteil eines (klima-)gerechten globalen Handelssystems. Für große landwirtschaftliche Betriebe lohnt die Belieferung kleiner Abnehmer*innen oft nicht, sie liefern stattdessen in großen Mengen an den Einzelhandel oder für den Export. Und nicht nur die Erzeuger*innen einer bunten Vielfalt von Lebensmitteln fehlen, sondern auch die Betriebe aus dem Lebensmittelhandwerk, die diese weiter verarbeiten: So ist etwa die Anzahl der Bäckereien, Mühlen und Fleischereien in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken.⁴⁰ Das Höfesterben und die Konzentration landwirtschaftlicher Betriebe und die damit verbundene Schwierigkeit, Produktionsketten aufzubauen, blockieren die Transformation des Ernährungssystems und den Wiederaufbau einer kleinräumigen Versorgungswirtschaft.

Eine gerechte Bodenpolitik, die für eine größere Anzahl von Betrieben sorgt, ist auch eine Bedingung für den Aufbau regionaler Versorgungsstrukturen. Nur wenn sich neue landwirtschaftliche Betriebe gründen, kann sich auch Lebensmittelhandwerk wieder ansiedeln, wodurch überhaupt erst wieder mehr Menschen im ländlichen Raum sind. Als Keimzellen für kooperative, solidarische und demokratischere Betriebsformen ziehen sie Menschen aufs Land, mit denen oftmals wieder Kultur und Miteinander in die Dörfer kommt, wie das Beispiel Wendland oder die zunehmende Anzahl von Solidarischen Landwirtschaften um Leipzig herum zeigen. Das entzieht auch Rechtsextremen auf dem Land den Boden.

40 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Ernährungshandwerk.

Wie kommen wir dahin?

Die Agrarpolitik ist ein sensibles Politikfeld. Obwohl in Deutschland zahlenmäßig nur noch wenige Menschen in der Landwirtschaft arbeiten, haben sie politisch ein sehr großes Gewicht. Bäuer*innen sind gesellschaftlich eine anerkannte Berufsgruppe, und zusätzlich eine mit besonderen Herausforderungen: Ihre Verbundenheit mit dem eigenen Hab und Gut und vor allem auch dem eigenen Land ist sowohl ökonomisch von zentralem Stellenwert als auch kulturell tief verankert. Insgesamt gehört die Landwirtschaft zu einem eher wertkonservativen Spektrum, obgleich sie seit Jahrzehnten einen sehr tiefgreifenden Strukturwandel durchlebt. Heutzutage führen Landwirt*innen ihre Unternehmen unter hohem ökonomischen Druck, eng verbunden mit der Sorge um die Absicherung im Alter. Gleichwohl ist das Spektrum an Akteur*innen sehr divers – es reicht von der Spitze des sehr konservativ und großindustriell geprägten *Deutschen Bauernverbands* über eine ganze Reihe von Reichen, deren großer Landbesitz noch auf Zeiten der Ständegesellschaft zurückgeht, über die klassischen Familienbetriebe (aber Achtung: der Begriff »Familienbetrieb« wird oft romantisiert⁴¹) oder Vermögensverwaltungs- und Servicegesellschaften bis hin zu sehr progressiven Kräften, die Solidarische Landwirtschaften, Genossenschaften oder andere kooperative Betriebsformen aufbauen. Wer für den gesamten Berufsstand sprechen will, sieht sich einem enorm breiten Spektrum gegenüber.

Die progressive bäuerliche Bewegung, die gegen Bodenkonzentration, Bodenspekulation und in der Folge Bodenverlust und für eine sozial, ökologisch und auch ökonomisch tragfähige bäuerliche Landwirtschaft kämpft, braucht im Themenfeld Bodenpolitik

41 Zukunftsfähige und gemeinwohlorientierte Landwirtschaft hat nichts mit Abstammung und Familienstand zu tun. Wenngleich es natürlich einzelne gute Beispiel gibt, ist das romantisierte Wertebild vom regional verankerten Bilderbuchhof in Familienhand als Leitbild veraltet, verschleiert Eigentums- und Machtverhältnisse und ist aus verschiedenen Gründen ein undifferenzierter Sammelbegriff sehr diverser Betriebsstrukturen.

und auch sonst an vielen Stellen Unterstützung. Ziel muss es sein, Druck für eine gerechte Bodenpolitik zu erzeugen – nicht zuletzt auch deshalb, weil es fair wäre, diejenigen, die unser Essen anbauen und die wertvolle Ressource Boden schützen, in diesem Kampf nicht allein zu lassen. Viele Akteur*innen arbeiten selbst in der Landwirtschaft und haben kaum Zeit für politische Arbeit. Zudem liegen die strategischen Ansatzpunkte für eine verantwortungsvolle Bodenpolitik sehr breit gestreut bei Kommunen, Ländern und dem Bund. Um als Zivilgesellschaft und Aktivist*innen möglichst wirksam zu sein, ist eine gute Vernetzung mit und Unterstützung von progressiven, über das nötige Wissen verfügenden Akteur*innen in der Landwirtschaft in allen Bereichen das A und O.⁴²

42 Es macht z.B. keinen Sinn, politische Aktionen im Frühjahr zur Aussaat oder zur Ernte im Sommer und Herbst zu planen. Und auch jedes Treffen kann durch das Wetter und eine schwere Geburt im Stall ausfallen.

Spektrum der Verbündeten⁴³

Im Akteursfeld Bodenpolitik zeigt sich: es gibt einen sehr kleinen Kreis von Akteur*innen, die **gerechte Bodenpolitik** schon ganz praktisch⁴⁴ sowie mit politischer Lobby- und Kampagnenarbeit voranbringen und die **wichtigen Gerechtigkeitsfragen zur Verteilung des Bodens** stellen.⁴⁵ Daneben gibt es ein sehr breites Akteursfeld im Bereich **Landnutzungskonflikte und Bodenschutz**, die als passive Unterstützer*innen dem Gedanken aufgeschlossen gegenüberstehen, dass Boden ein ebenso **sorgfältig zu schützendes Gemeingut** wie Wasser ist. Oft thematisieren diese passiven Unterstützer*innen – wie etwa viele große Umweltverbände oder Klimagruppen – Bodenpolitik aber nicht explizit in ihrer



Arbeit und ziehen nicht die möglichen Querverbindungen, bei denen auch die **sozialen Fragen in der Landwirtschaft** mitgedacht werden müssen. Ein Großteil der Menschen wiederum steht dem Thema neutral gegenüber, weil **Bodenpolitik in der Öffentlichkeit kaum vorkommt**. Bevor gerechte Bodenpolitik eine Chance auf breite Umsetzung hat, braucht es deshalb viel **Information und Aufklärung**. Denn eine wiederum kleine, aber kapitalstarke und politisch einflussreiche Gruppe von Akteur*innen, geprägt von sehr vermögenden Menschen, **bremst eine gerechte und gemeinwohlorientierte Bodenpolitik aktiv aus**. Wichtig ist: für Fragen der Bodenverteilung und damit verbundenen Gerechtigkeitsfragen lassen sich auch konventionelle Landwirt*innen gewinnen, und über Parallelen zu Raum- und Flächenfragen und den Ausverkauf des Bodens an große Konzerne auch städtische Akteur*innen.

-
- 43 Das Spektrum der Verbündeten ist ein Analyseinstrument zur Schärfung der eigenen politischen Strategie. Siehe auch → trainings.350.org
- 44 z.B. *Ackersyndikat*; Bodengenossenschaften wie die *Ökonauten eG*; *Kulturland eG*; die *BioBoden Genossenschaft*; Ernährungsräte; Regionalwert AGs.
- 45 z.B. *Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft*; *Aktion Agrar*; *NABU-Stiftung*; *Bündnis Junge Landwirtschaft*; *FINC*.



Transparenz auf dem Bodenmarkt einfordern

Bund und Länder stehen in der Verantwortung, Transparenz auf dem Bodenmarkt herzustellen. Das muss von betroffenen Bäuer*innen sowie Akteur*innen, die sich für eine nachhaltige, gerechte und soziale Landwirtschaft einsetzen, in der Öffentlichkeits-, Vernetzungs- und Lobbyarbeit immer wieder deutlich eingefordert werden, ggf. muss die Transparenz gerichtlich eingeklagt werden. Auf dem Weg zu einer vollständigen Transparenz auf dem Bodenmarkt, können auch Wissenschaftler*innen und ITler*innen

einen wichtigen Beitrag leisten, indem sie für bestimmte Regionen Statistiken über die Verteilung von Land erstellen und Vorschläge für einen praktikablen Aufbau angemessener Dateninfrastrukturen zur Erfassung der tatsächlichen Besitzverhältnisse machen. Hierbei lohnt ein Blick in die Mieter*innenbewegung, die solche Ansätze schon zum Wohnungsmarkt erarbeitet hat.⁴⁶



SHARE DEALS verhindern und starke Agrarstrukturgesetze einfordern

Die Diskussion um SHARE DEALS kommt seit bald einem Jahrzehnt kaum voran. Jetzt ist es wichtig, vor allem in den Reihen der Bauernverbände nach Verbündeten zu suchen, wo viele Mitglieder abseits der Verbandsspitzen durchaus offen für eine gerechtere Verteilung von Boden sind. Ergänzend braucht es in allen Bundesländern starke regionale Bündnisse von Aktivist*innen aus dem Bereich Landwirtschaft, Klimagerechtigkeit, Naturschutz, Umweltschutz, Regionalbewegungen, Junglandwirt*innen, Bürgermeister*innen, Lokalpolitiker*innen und Landespolitiker*innen, die sich für gerechte Bodenpolitik stark machen. Dringend benötigt werden Kapazitäten für Netzwerkarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnenarbeit, Bewegungsarbeit und Organizing in den Ländern. Einen konkreten Ansatzpunkt – und Kristallisationspunkt für Kampagnen und Öffentlichkeitsarbeit – bieten juristische Klagen, z.B. Klagen gegen den Bund aufgrund der Benachteiligung von Bäuer*innen bei der Grunderwerbssteuer gegenüber Investoren, die diese bei SHARE DEALS oftmals nicht zahlen müssen, oder Klagen gegen einzelne Verwaltungen wegen Benachteiligung aufgrund zu kurzer Fristen für die Ausschreibung von zum Verkauf stehenden Agrarflächen. Um solche Klagen vorzubereiten, braucht es Geld zur juristischen Prüfung der konkreten Klagemöglichkeiten, Kapazitäten zur Suche nach Betroffenen, zur Klage bereite Bäuer*innen sowie Kapazitäten für die begleitende Öffentlichkeitsarbeit.

46 z.B. tagesspiegel → Wem gehört Berlin?

Unterschiedliche Agrarstrukturen in Ost & West

Aufgrund der Teilung Deutschlands sind in Ost & West zwei unterschiedliche Agrarsysteme entstanden: Während es im Westen durchgängig viele **einzelunternehmerische Familienbetriebe** gab, wurden in der DDR durch die Bodenreform von 1945 (Enteignung von Großgrundbesitzern über 100 ha sowie ehemaligen NSDAP-Funktionären unter dem Motto »Junkerland in Bauernhand«) sowie die Zwangskollektivierungen von 1952-60 (Zusammenlegung vormals privater landwirtschaftlicher Betriebe zu genossenschaftlichen oder staatlichen Betrieben) **große zusammenhängende Agrarflächen** geschaffen. Diese Großstrukturen prägen bis heute die ostdeutsche Agrarstruktur und locken nun – mit **erheblichen Steigerungseffekten für die Bodenpreise** – außerlandwirtschaftliches Kapital an.

Das Wissen um die **unterschiedlichen Agrarstrukturen** in Ost & West ist entscheidend, um im Bereich Bodenpolitik wirksam aktiv zu werden: So ist die **Gemeinwohlverpachtung in Ostdeutschland** ein wichtiger Hebel zur Belebung des teils verödeten ländlichen Raumes. In Westdeutschland dagegen finden sich **mehr kleinere und mittelgroße Höfe**, die von Enteignung, für z.B. Industriegebiete und Straßen, und Versiegelung betroffen sind und **durch Hofbesetzungen** unterstützt werden können. Die **Landesagrarstrukturgesetze** wiederum sind im Osten Deutschlands von besonderer Relevanz, weil hier die großen Flächen Investoren besonders anlocken. Die **Anpassung des Erbschaftsrechts und Ermöglichung von Hofübergaben** dagegen ist für Westdeutschland von größerer Bedeutung, denn hier gibt es noch mehr Höfe, die zu erhalten sind. Ganz entscheidend ist: Wenn man in Ostdeutschland die Vergesellschaftung von Land thematisiert, sollte man sich der **Historie von Enteignung, Zwangskollektivierung und Privatisierung in der DDR und Nachwendezeit** bewusst sein. Dies ist ein kontroverses Thema, welches bis heute das Bewusstsein der ländlichen Bevölkerung prägt.



Bessere soziale Absicherung für Menschen in der Landwirtschaft erstreiten

Eine gerechte Bodenpolitik lässt sich nicht ohne die Landwirt*innen durchsetzen. Deshalb ist es zentral, deren Kämpfe für eine bessere soziale Absicherung zu unterstützen. Hier liegt eine konkrete Aufgabe für Umwelt- und Naturschutzverbände, Ernährungsräte oder Verfechter*innen einer gesünderen und regionaleren Lebensmittelversorgung. Sie müssen sich viel stärker als bisher und gemeinsam mit sowohl den angestellten landwirtschaftlichen Arbeiter*innen und den Landwirt*innen (z.T. auch in ihrer Rolle als Arbeitgeber*innen) den sozialen und ökonomischen Fragestellungen um gute Einkommen und angemessene Alterssicherungen annehmen.

Zur Erläuterung: Landwirt*innen und Gärtner*innen sowie deren mitarbeitende Familienangehörige sind in Deutschland über die Alterskassen bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften extrem schlecht versichert.⁴⁷ Diese Renten müssen die Landwirt*innen aktuell ergänzen – etwa durch sogenannte Altenteilleistungen bzw. Leibrenten⁴⁸, Pachteinahmen oder privates Vermögen. Das führt zu gravierenden strukturellen Problemen: Landwirt*innen, die aus dem Berufsleben ausscheiden, sind im Grunde gezwungen, Hof und landwirtschaftliche Flächen gegen eine auskömmliche Leibrente oder den Verkauf abzugeben – was Hofübergaben innerhalb der Familie sehr konfliktreich macht. Auch Hofübernahmen außerhalb der Familien scheitern oft, weil die Junglandwirt*innen hohe Kredite aufnehmen müssen bzw. die Bodenpreise so hoch sind, dass sie mit einer nachhaltigen schonenden Landwirtschaft überhaupt nicht erwirtschaftet werden können.

47 Hier sind sie zwar pflichtversichert, die Rente, die sie hierüber beziehen, ist aber mit knapp 500€ bei 30 Beitragsjahren für Landwirt*innen und knapp 250€ für mitarbeitende Familienangehörige äußerst gering und noch einmal deutlich geringer für Frauen. Siehe Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (2023) → Informationen zur Rentenhöhe.

48 Mit der Übergabe des Hofes vereinbaren Landwirt*innen in der Regel vertraglich eine Leibrente, die die Landwirt*innen von den Nachfolger*innen bis zum Tod erhält. Dies belastet nicht nur die Nachfolger*innen finanziell, sondern führt vor allem innerhalb von Familien auch zu schwierigen sozialen Abhängigkeitsverhältnissen.

Die bessere soziale Absicherung von allen Menschen die in der Landwirtschaft arbeiten, – migrantische Saisonsarbeitskräfte⁴⁹ eingeschlossen – ist die Bedingung für eine gemeinwohlorientierte und ökologische Landwirtschaft. Hier liegt eine wichtige Parallele zur Rolle der Sorgearbeit für die Gesellschaft. Die soziale Absicherung von Landwirt*innen muss gesichert sein, ohne dass diese Betriebsvermögen veräußern müssen, so dass dieses einfacher an die nächsten Bewirtschafter*innen weitergegeben werden kann. Ein Ansatz könnte ein staatlicher Rententopf sein, auf den zugegriffen werden kann, wenn Höfe erfolgreich und komplett übergeben wurden.

Zudem braucht es mehr gewerkschaftliche Organisierung, die dringend auch die unterschiedliche Privilegierung im Berufsstand berücksichtigen und gleichzeitig einer weiteren Spaltung des Berufsstands entgegenwirken muss, wie es sie bereits in Frankreich und Großbritannien gibt. Denn eine reale Schlagkraft aller landwirtschaftlichen Berufsgruppen in der sozialen Frage wird nur entstehen, wenn insgesamt ein gutes Auskommen für die Landwirtschaft erstritten wird.



Diskussionen über die Verwendung der Ressource Boden lostreten

Die Verteilung von Land wird in Deutschland zwar punktuell diskutiert.⁵⁰ Was es aber braucht, ist eine grundlegende Debatte dazu, wie wir mit der wertvollen Ressource Boden in Zukunft umgehen wollen und wer darüber zu bestimmen hat. Denn dies ist keine Frage, die Landeigentümer*innen und Pächter*innen (letztere zumeist unter hohem ökonomischen Druck) allein entscheiden sollten. Deshalb müssen zum einen auch Akteur*innen, die sich bislang

49 Migrantische Saisonarbeitskräfte, häufig aus Osteuropa und Südosteuropa, sind in Deutschland extrem schlecht versichert. Sie erwerben weder in ihrem Land noch in Deutschland Rentenansprüche und nicht alle Krankheiten sind durch Versicherungen abgedeckt, was dazu führen kann, dass die Kosten für Krankenhausaufenthalte selbst getragen werden müssen.

50 Wald oder Autobahn? Maiswüste für Biosprit und Biogas oder Acker für den Nahrungsmittelanbau? Photovoltaik oder Ackerbau oder beides in Kombination?

nur indirekt mit Bodenfragen befassen – wie etwa dem Einsatz für mehr Naturschutz, den Schutz der Artenvielfalt, die Verhinderung neuer Straßen oder der Widerstand gegen ein neues Gewerbegebiet⁵¹ – über ihre konkreten Anliegen hinaus das Thema Boden explizit bearbeiten.⁵² Zum anderen kann auch der solidarische Widerstand gegen Zwangsräumungen von Höfen die bodenpolitische Debatte voranbringen.⁵³ Es muss noch viel deutlicher werden: Boden ist – wie auch Wasser – kein Gut, das am Markt gehandelt werden darf; wir müssen die Landnutzung insgesamt aushandeln: demokratisch, transparent, generationengerecht und eingebettet in die globalen Zusammenhänge von Landnutzungskonflikten in unserem imperialen Wirtschaftssystem.



Vor Ort die Gemeinwohlverpachtung öffentlicher und privater Flächen fördern

Solange die Gesetze und Regelungen im Bund und in der EU umweltschädliche landwirtschaftliche Bewirtschaftungsformen noch zulassen, können lokale Akteur*innen die Bodenwende dennoch selbst in die Hand nehmen. Wie sich so etwas erstreiten lässt, zeigt beispielsweise Greifswald, wo das Bündnis »Unser Land schafft Wandel« aus verschiedensten agrar-, umwelt- und klimapolitischen Gruppen transparente, soziale und ökologische Pachtkriterien für die kommunalen Flächen erarbeitet hat.⁵⁴ Ihre Anwendung einzufordern bleibt aber eine stete Herausforderung. Damit Städte, Dörfer, Kirchgemeinden oder auch Universitäten ihr Land nur noch nach Gemeinwohlkriterien bewirtschaften lassen, braucht es an vielen Orten Menschen, die zu den konkreten Flächen vor Ort ins Gespräch

-
- 51 Siehe z.B. die lokale Auseinandersetzung um Ackerboden inklusive Ackerbesetzung im hessischen Neu-Eichenberg.
- 52 Siehe z.B. auch das *Bündnis Bodenwende*.
- 53 Im spanischen Marinaleda besetzt in den 1980er Jahren eine Dorfgemeinschaft die Flächen eines Großgrundbesitzers und bewirtschaftete diese. Später kaufte die Regionalregierung das Land, jetzt wird es gemeinschaftlich bewirtschaftet.
- 54 Einige hat die Stadt übernommen, aber nun braucht es hartnäckigen zivilgesellschaftlichen Druck, um deren konsequente Anwendung durchzusetzen. Siehe → Unser Land schafft Wandel.

mit den Verantwortlichen gehen, sich hierbei von Expert*innen beraten lassen, den Konflikt nicht scheuen und beharrlich die nachhaltige Verpachtung des Landes einfordern, dazu Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen organisieren und Verbündete – u.a. Junglandwirt*innen und Existenzgründer*innen – suchen. Neben dem lokalen und regionalen Fokus auf öffentliche Flächen, müssen möglichst viele private Landeigentümer*innen für die Gemeinwohlverpachtung ihrer Flächen gewonnen werden.



Solidarische Reallabore und Praxisansätze stärken

Ackersyndikat, Boden-Genossenschaften oder Flächenplattformen – all diese Ansätze helfen Junglandwirt*innen und kleinen Betrieben Zugang zu Land zu bekommen, fördern kleinteilige Agrarstrukturen und unterstützen die ökologische Landwirtschaft. Die Konzepte sind vorhanden; nun müssen diese Reallabore weiter ausgerollt werden. Es braucht Unterstützung, z.B. durch Menschen, die Genossenschaftsmitglieder werden oder Bodeneigentümer*innen, die ihr Land den Genossenschaften oder Stiftungen übereignen. Es braucht Gründer*innen weiterer Flächenplattformen wie in Brandenburg⁵⁵ auch in anderen Regionen, damit diejenigen, die ihre Flächen aktiv in eine nachhaltige Bewirtschaftung geben wollen, dies unkompliziert tun können. Klar ist aber: diese kollektiv finanzierten und organisierten Reallabore stoßen angesichts des angespannten Bodenmarktes und der exponentiell gestiegenen Bodenpreise schnell an Grenzen. Ohne die entsprechenden kommunal-, landes- und bundespolitischen Regelungen und Weichenstellungen zur Eindämmung von Landkonzentration wird es nicht gehen. Deshalb sind die politischen Auseinandersetzungen und Prozesse hierum ebenso entscheidend.

55 → www.flaechenplattform.de



Stadt-Land-Beziehungen neu gestalten

Grundvoraussetzung für eine gerechte Bodenpolitik und eine sozialere Landwirtschaft ist, dass die Beziehungen zwischen Stadt und Land ganz neu gestaltet werden. Denn obwohl der ländliche Raum seit jeher die Städte mit Essen, Baustoffen und nunmehr auch mit erneuerbarer Energie versorgt, spielt er in zentralen gesellschaftlichen Debatten keine bzw. nur eine untergeordnete Rolle oder gilt als Problemzone, aus der die gestaltenden Kräfte verschwinden.⁵⁶ In Widerspruch dazu steht, dass der ländliche Raum mit seiner vermeintlichen Landidylle und heilen Welt die gestressten Seelen der Städter*innen beruhigen soll, während sie sich vielfach desinteressiert gegenüber den sozialen Fragen sowie der notwendigen wirtschaftlichen Gestaltung des ländlichen Raums zeigen. Das muss sich ändern. Der ländliche Raum inklusive des landwirtschaftlichen Sektors ist ebenso wie die Stadt ein Ort, der gesamtgesellschaftlich demokratisch und sozial gestaltet werden muss. Hierfür braucht es – auch in den sozialen Bewegungen inklusive der Klimagerechtigkeitsbewegung – ein grundlegend anderes Verständnis vom ländlichen Raum und dessen Akteursstrukturen sowie neue lokale und regionale Stadt-Land-Allianzen auf Augenhöhe. Dazu gehört auch, die Bodenpolitik in Stadt und Land zusammenzuführen und insgesamt eine bedürfnisorientierte Nutzung des knappen Gutes Boden zu erstreiten.

56 In der weltweiten Bäuer*innen und Landlosenbewegung *La Via Campesina* wurden Parallelen zwischen dem Gefälle des Globalen Südens & Globalen Nordens und von Stadt & Land gezogen. Zum einen fließen die Warenströme und Ressourcen vom Globalen Süden in den Globalen Norden sowie vom ländlichen Raum in die Stadt. Gleichzeitig findet eine Abwertung der vermeintlich »rückständigen Gebiete« statt und die Interessenvertretung dieser Gebiete ist deutlich benachteiligt und wird gleichzeitig als »exotisch« oder »idyllisch« romantisiert.

Ruth Krohn



Sozial-ökologische Steuerpolitik

Klimagerecht umverteilen!

Aktuell ist das deutsche und internationale Steuersystem durch zahlreiche umweltschädliche Subventionen, Steuerprivilegien für Superreiche sowie Ausnahmeregelungen und Schlupflöcher für große Konzerne ungerecht, klimaschädlich und demokratiegefährdend. Durch sozial-ökologische Steuerreformen können Ungerechtigkeiten abgebaut sowie ökologische Lenkungswirkungen und umverteilende Effekte gefördert werden.

Auf einen Blick

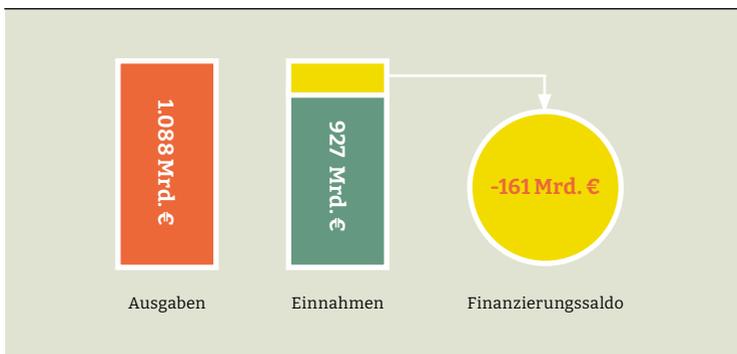
- Steuern sind die Haupteinnahmequelle, um den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland zu finanzieren. Reiche und Unternehmen, die die Klimakrise im Besonderen verantworten, sollten stärker an den Kosten zu deren Bewältigung beteiligt werden. Das ist über eine sozial-ökologische Steuerpolitik möglich. Weitere Spielräume können geschaffen werden, wenn die Schuldenbremse abgeschafft oder zumindest reformiert wird. Auch die europäischen Schuldenregeln müssen so reformiert werden, dass die Spielräume für öffentliche Kreditaufnahme erweitert werden.
- Der überfällige Abbau klimaschädlicher Subventionen würde zur Verringerung von Treibhausgasemissionen führen und jährlich Mehreinnahmen in Milliardenhöhe generieren, mit denen eine sozial-ökologische Transformation finanziert werden könnte.
- In Deutschland sind Vermögen sehr ungleich verteilt, mit steigender Tendenz. Dabei ist Deutschland ein Niedrigsteuerland für Superreiche, für die es durch viel Lobbyarbeit in der Steuergesetzgebung zahlreiche Steuerprivilegien und Schlupflöcher gibt.
- Die Wiedereinführung einer Vermögensteuer sowie eine umfassende Reform der Erbschafts- und Einkommensteuer sind wichtige Instrumente, um Steuerprivilegien abzuschaffen, der wachsenden Ungleichheit entgegenzuwirken und Demokratiedefizite abzubauen.
- International abgestimmte höhere Unternehmenssteuern auf die Gewinne großer Konzerne wie ein globaler Mindeststeuersatz über 25%, eine konsequente Verfolgung von Steuervermeidung und die Möglichkeit, Übergewinne effektiv abzuschöpfen, würden wieder mehr demokratische Kontrolle über (digitale) Konzerne ermöglichen.

Steuerpolitik für Klimagerechtigkeit

Eine gezielte Steuerpolitik kann durch ihre ökologische Lenkungswirkung und umverteilende Effekte einen Beitrag zu einer sozial-ökologischen Transformation leisten. Aktuell ist das deutsche Steuersystem mit einer Vielzahl an umweltschädlichen Subventionen, Steuerprivilegien für Superreiche sowie Ausnahmeregelungen und Schlupflöchern für Konzerne an vielen Stellen ungerecht und klimaschädlich. Im vorliegenden Baustein werden diese Fehlentwicklungen beleuchtet und Alternativen diskutiert.

Wie bekommt der Staat sein Geld?

Abbildung 1: Öffentlicher Gesamthaushalt 2022.



Quelle: Eigendarstellung nach Zahlen von Destatis.



Steuereinnahmen

Die Haupteinnahmequelle für den Staat sind Steuern, die von Bürger*innen und Unternehmen entrichtet werden. Im Jahr 2020 hat der deutsche Staat 926,8 Mrd. Euro an Steuergeldern eingenommen.¹ Wo welche Steuern anfallen, wie hoch die Sätze sind und wer damit wie stark belastet wird, ist **Ergebnis politischer Aushandlung**. Der Rahmen wird teilweise durch EU-Richtlinien oder in seltenen Fällen über internationale Abkommen definiert. In den meisten Fällen ist Steuerpolitik aber durch **nationale Gesetzgebung geregelt**, d.h. es gibt kein übergeordnetes Regelwerk oder es bleibt ein großer Gestaltungsspielraum bei dessen nationaler Umsetzung.

Staatsschulden

Neben Steuereinnahmen kann der Staat durch die Aufnahme von Schulden an Geld kommen. Wie teuer oder günstig das Geld ist, hängt von der Verzinsung ab: Wenn die **Zinsen niedrig oder gar negativ** sind, ist es für den Staat **besonders günstig Schulden zu machen**; steigen die Zinsen, wird das Geld teurer. Schulden muss der Bund machen, wenn die Staatsausgaben die Staatseinnahmen am Ende eines Jahres überschreiten.

Außerdem sind Staatsschulden **ein Instrument, um die Konjunktur zu stärken** und dem Staat durch eine höhere Liquidität einen **größeren Handlungsspielraum für Investitionen** zu ermöglichen. Auf EU-Ebene gilt eine Obergrenze von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die jährlichen Haushaltsdefizite und 60% für den Gesamtschuldenstand der Mitgliedstaaten. Zusätzlich wurde im Jahr 2011 in Deutschland die **Schuldenbremse ins Grundgesetz aufgenommen**. Diese verbietet seit 2020 die »strukturelle«, also von der Konjunktur unabhängige, staatliche Neuverschuldung für die Bundesländer und begrenzt die Neuverschuldung für den Bund seit 2016 auf maximal 0,35% des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Wenn die politischen und ökonomischen Bedingungen günstig sind, ist die Aufnahme von Schulden für Staaten



ein ergänzendes Instrument, um beispielsweise **Krisenfolgen abzumildern** oder auch einen **klimagerechten Infrastrukturbau voranzutreiben**. Diese Möglichkeit ist durch die Schuldenbremse und die EU-Schuldenregeln **in Deutschland stark eingeschränkt**. Das wird aus verschiedenen Richtungen kritisiert. Gefordert wird eine **Abschaffung oder Überarbeitung**, die z.B. eine Schuldenaufnahme für dringend benötigte öffentliche Investitionen ermöglicht.²

-
- 1 Bundesfinanzministerium (2021) → Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts.
 - 2 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2021) Kriwoluzky, Alexander
→ Schuldenbremse lieber modifizieren als abschaffen.



Umweltbezogene Steuern

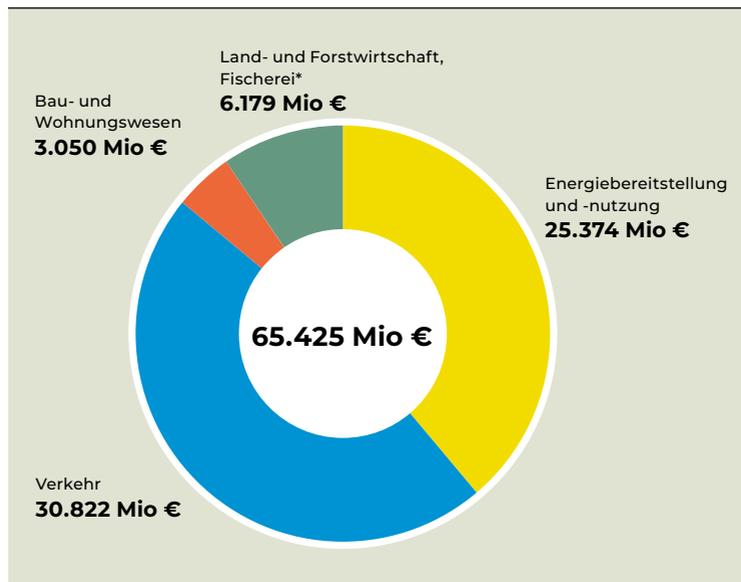
Trotz voranschreitender Klimakrise und einem sich zusehends schließenden Handlungsfenster, um die Erderwärmung auf unter 1,5°C zu begrenzen, gibt es in Deutschland weiterhin eine ganze Reihe umweltschädlicher Subventionen. Diese halten fossile Infrastrukturen wettbewerbsfähig und begünstigen klimaschädliche Produktions- und Konsummuster.

Die umweltschädlichen Subventionen in Deutschland beliefen sich nach Angaben des *Umweltbundesamtes (UBA)* im Jahr 2018 auf über 65,425 Mrd. Euro.³

-
- 3 Umweltbundesamt (2021) → Umweltschädliche Subventionen in Deutschland.

Die Liste dieser Subventionen ist sehr lang. Im Folgenden stellen wir beispielhaft einige besonders CO₂-intensive und/oder ungerechte Instrumente aus dem Verkehrssektor vor und beleuchten, wie sie abgeschafft werden könnten. Eine sehr umfassende Analyse umweltschädlicher Subventionen hat das *Umweltbundesamt 2021* herausgegeben. Das *Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS)* hat einen Teil dieser Subventionen nach Klimaschädlichkeit und Sozialverträglichkeit bewertet, worauf wir uns im Folgenden beziehen. Darüber hinaus beleuchten wir anstehende und diskutierte Reformprojekte.

Abbildung 2: Aufkommen umweltschädlicher Subventionen.



Quelle: Umweltbundesamt (2021) Subventionsvolumen.

* Das angegebene Volumen stellt nur einen Teil der umweltschädlichen Subventionen in diesem Sektor dar, da die Quantifizierung schwierig ist.

Abbau klimaschädlicher Subventionen im Verkehrsbereich

→ **Energiesteuerbefreiung von Kerosin**

Obwohl Fliegen die klimaschädlichste Art ist, Personen und Waren zu befördern, wird der Flugverkehr in Deutschland und international durch die Energiesteuerbefreiung von Kerosin subventioniert. Dies befördert ein Wachsen des Sektors. Für innerdeutsche Flüge könnte der deutsche Staat unmittelbar eine Besteuerung festlegen, außerdem sollte sich Deutschland für die Besteuerung inner-europäischer und internationaler Flüge einsetzen. Das *Umweltbundesamt* schlägt vor, die Energiesteuerbefreiung von Kerosin abzuschaffen und den Treibstoff in Deutschland mit dem EU-Regelsteuersatz von 65,45 ct/l zu besteuern.⁴ Dies würde das Fliegen innerhalb Deutschlands um bis zu 68% verteuern.⁵ Da insbesondere wohlhabende Menschen das Flugzeug nutzen, würden diese auch stärker belastet. Im Sinne einer gerechten Mobilität müssten ergänzend kostengünstige Reisealternativen per Bahn ermöglicht werden. Konsequenterweise im Sinne des Klimaschutzes wäre es, Kurzstreckenflüge nicht nur höher zu besteuern, sondern komplett zu verbieten.

→ **Dieselprivileg**

Trotz seiner klimaschädlichen Bilanz ist Diesel mit einem geringeren Energiesteuersatz als Benzin belegt (179 Euro/t CO₂ gegenüber 288 Euro/t CO₂). Dies kann auch über die niedrigere Kfz-Steuer für Benziner nicht ausgeglichen werden. Laut *FÖS* und *UBA* wird klimaschädlicher Diesel so mit ca. 8,2 Mrd. Euro pro Jahr subventioniert. Das *FÖS* schlägt vor, zunächst die Energiesteuersätze anzu-

4 *Umweltbundesamt* (2021) → Umweltschädliche Subventionen in Deutschland

5 *Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft* (2022) → Marktkräfte für den Klimaschutz nutzen: Reformimpulse für mehr Klimaschutz in den öffentlichen Finanzen

gleichen und im nächsten Schritt die Treibstoffe nach ihrem CO₂ - und/oder Energiegehalt zu bepreisen. Weiterhin sollte ein Inflationsausgleich für Kraftstoffe eingeführt werden – d.h. damit die realen Preise konstant bleiben, steigen die nominalen Preise weiter an – sowie die Kfz-Steuer für Diesel- und Benzin-PKW angeglichen werden.⁶ Wohlhabende Menschen wären von einer angehobenen Steuer überproportional betroffen, da sie tendenziell mehr und größere Diesel-PKW fahren.

Jedoch wären hierdurch auch einige Menschen mit geringen Einkommen stark betroffen, die z.B. im ländlichen Raum leben und mit einem Dieselfahrzeug zur Arbeit fahren müssen. Dafür bräuchte es Härtefallregelungen. Weil es aus klimapolitischer Sicht und Aspekten der gerechten Raumnutzung (siehe Baustein → Autofreie Städte) sinnvoll ist, den Autoverkehr über Verbote, Steuer- und Preisinstrumente unattraktiver zu machen, muss das Hand in Hand gehen mit dem Ausbau klimagerechter und praktikabler Mobilitätsalternativen, insbesondere im ländlichen Raum.



Steuervorteile Dienstwagen (Dienstwagenprivileg)

Dienstwagen stehen regelmäßig auch zur privaten Nutzung zur Verfügung. Diese muss als geldwerter Vorteil mit 1% des Brutto-Listenpreises des jeweiligen Fahrzeugs (bzw. 0,25% für E-Autos unter 60.000 Euro und 0,5% für Plug-in-Hybride und teurere E-Autos) über die Einkommensteuer besteuert werden. Die 1%-Pauschale gilt auch dann, wenn der Wagen zu 99% privat genutzt wird. Übernimmt der Arbeitgeber die Reparaturen und stellt eine Tankkarte, ist dieser Vorteil ebenfalls mit der Pauschale abgegolten. Schätzungen gehen davon aus, dass im Durchschnitt lediglich 40-50% des tatsächlichen Vorteils der privaten Dienstwagennutzung besteuert werden. Das FÖS beziffert den Steuerausfall hierdurch auf 3,5-5,5 Mrd. Euro jährlich.⁷ Diese Regelung bietet zudem

6,7 Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (2022) → Marktkräfte für den Klimaschutz nutzen: Reformimpulse für mehr Klimaschutz in den öffentlichen Finanzen.

keine Anreize, das Auto wenig zu nutzen oder Kraftstoff zu sparen, da die Steuerlast vollkommen unabhängig von der tatsächlichen Fahrleistung anfällt. Dienstwagen sind häufig stark motorisiert, gehören dem Oberklassesegment an und werden etwa doppelt soviel gefahren wie private PKW. Um die Subvention abzubauen, müsste Steuerneutralität zwischen privaten PKW und Dienstwagen hergestellt werden. Hierfür sollte der geldwerte Vorteil auf Basis des Anschaffungspreises und den tatsächlichen privaten Fahrten errechnet werden.⁸



Entfernungspauschale (Pendlerpauschale)

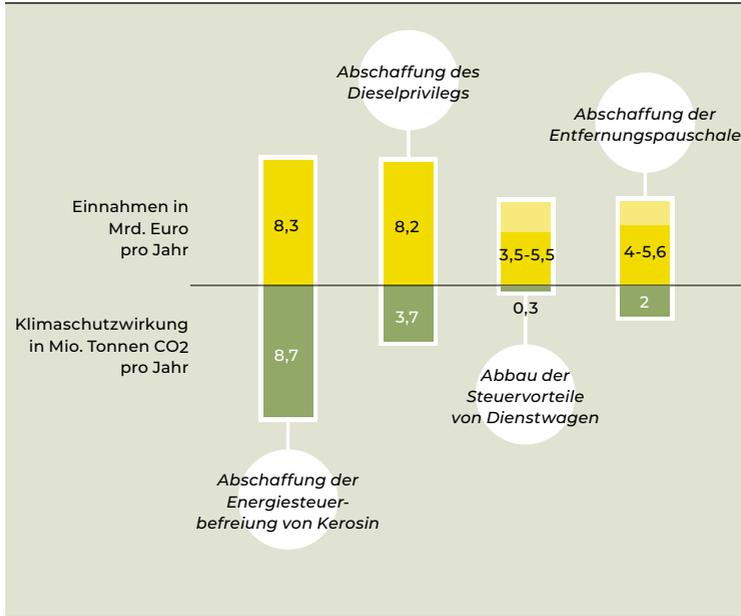
Mit der Entfernungspauschale können Beschäftigte entstandene Kosten für ihren Arbeitsweg als Werbungskosten in Höhe von 30 Cent je Kilometer einfacher Entfernung von Wohn- zu Arbeitsort (ab dem 21. Kilometer 38 Cent/km) von der Einkommensteuer absetzen, insgesamt bis maximal 4.500 Euro pro Jahr. Wenn Beschäftigte mit dem Auto zur Arbeit pendeln, gilt dieser Höchstbetrag von 4.500 Euro pro Jahr jedoch nicht, sie können höhere Beträge absetzen. Damit sind Autofahrer*innen steuerlich bessergestellt als jene Pendler*innen, die den öffentlichen Nah- und Fernverkehr nutzen. Die Erhöhung der Pauschale ab dem 21. Kilometer wurde im Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung festgelegt, mit der Begründung, soziale Härten durch die CO₂-Bepreisung vermeiden zu wollen. Diese Maßnahme steht dem Ziel der Emissionsreduktion entgegen, denn sie setzt Anreize, mit dem Auto statt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu pendeln. Außerdem hat die Pauschale eine negative Verteilungswirkung.⁹ Da die Entfernungspauschale in ihrer aktuellen Ausgestaltung ungerecht und klimaschädlich ist, sollte sie beispielsweise durch ein Mobilitätsgeld, wie es von Umwelt- und Sozialverbänden gefordert wird¹⁰, ersetzt werden.

8 *Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft* (2022) → Marktkräfte für den Klimaschutz nutzen: Reformimpulse für mehr Klimaschutz in den öffentlichen Finanzen.

9 *Umweltbundesamt* (2021) → Umweltschädliche Subventionen in Deutschland.

10 *Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende* (2022) → Positionierung Entlastungspaket Mobilitätsgeld.

Abbildung 3: Klimaschutzwirkung und Mehreinnahmen durch den Abbau der Subventionen.



Quelle: Eigendarstellung basierend auf Zahlen des Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (2022) → Marktkräfte für den Klimaschutz nutzen: Reformimpulse für mehr Klimaschutz in den öffentlichen Finanzen.

Neben dem Verkehrssektor fallen bei der Erzeugung und Bereitstellung von Energie mit über 25 Mrd. Euro pro Jahr ebenfalls hohe Subventionen an. Besonders hervorzuheben sind hier die Ausnahmeregelungen für die Industrie bei Energie- und Strompreisen. Eine ausführliche Auflistung findet sich im Bericht des UBA.

Energiesteuerreform

Im Rahmen des Fit-for-55-Paketes hat die Europäische Kommission im Juli 2021 einen Revisionsvorschlag für die Energiesteuer-Richtlinie von 2003 gemacht. Die Richtlinie legt Mindestsätze für die Energiesteuergestaltung in den EU-Mitgliedsstaaten fest. Der Reformvorschlag sieht neue Mindeststeuersätze für Energieerzeugnisse und Strom vor. Eine wichtige Veränderung ist dabei die Bemessungsgrundlage. So sollen Energieerzeugnisse künftig nicht mehr nach Volumen, sondern nach Energiegehalt und damit nach Klimaschädlichkeit besteuert und dafür in Kategorien eingeteilt werden. Demnach werden klimaschädliche Brennstoffe wie Benzin, Kohle, Diesel oder Heizöl künftig am stärksten und Strom am wenigsten besteuert. Ziel ist es, die Elektrifizierung voranzutreiben und die Nutzung von Strom zu fördern. Die konsequente Umsetzung des Reformvorschlags in Deutschland hätte zur Folge, dass das Dieselpprivileg abgeschafft würde und für innereuropäische Flüge eine Kerosinsteuer anfiel. Außerdem würde sich die Energiesteuer für Heizstoffe wie Heizöl und Erdgas erhöhen.¹¹

Reform der Umsatzsteuer

Der Regelsteuersatz der Umsatzsteuer (meist Mehrwertsteuer genannt) liegt in Deutschland bei 19%, für bestimmte Leistungen und Erzeugnisse gilt der reduzierte Steuersatz von 7%. Während der Corona-Pandemie wurden diese als Entlastungsmaßnahme kurzfristig auf 16% bzw. 5% gesenkt. Der Rahmen für die Ausgestaltung der Mehrwertsteuer ist durch die EU-Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie vorgegeben. Diese sieht einen Mindest-Regelsteuersatz von 15% und einen ermäßigten Mindeststeuersatz von 5% vor. Seit 2022 ist eine Steuerbefreiung in Bereichen der Grundversorgung möglich, außerdem dürfen künftig zwei statt nur einem ermäßigtem Steuersatz gelten.

11 *Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft* (2022) → Zukunft der Energiesteuern auf Diesel, Erdgas, Strom & Co.

Sowohl aus ökologischen wie auch sozialen Aspekten werden Reformvorschläge für die Mehrwertsteuer diskutiert. Ökologisch sinnvoll wäre es beispielsweise, den reduzierten Mehrwertsteuersatz auf bislang zum vollen Satz besteuerte pflanzliche Lebensmittel wie Sojadrinks anzuwenden. Darüber hinaus sollte der reduzierte Satz für energetische Sanierungsmaßnahmen gelten, um diese voranzutreiben. Ebenso sollte die Mehrwertsteuerbefreiung auf internationale Flüge abgeschafft werden.¹² Diskutiert wird in diesem Zusammenhang auch über eine Anhebung des Steuersatzes für CO₂-intensive tierische Produkte vom derzeit geltenden ermäßigten auf den Regelsteuersatz. Dagegen sprechen allerdings Gerechtigkeitsaspekte. Auch wenn hier Anreize für eine in ökologischer Hinsicht sinnvolle pflanzliche Ernährung gesetzt würden, erscheint es besonders vor dem Hintergrund der aktuellen Preisexplosionen nicht angemessen, Lebensmittel weiter zu verteuern.

Im Zuge der steigenden Inflation wurde auch in Deutschland diskutiert, den Steuersatz für Grundnahrungsmittel mittels eines zweiten reduzierten Steuersatzes auf Null zu setzen und damit der Preisexplosion entgegenzuwirken. So setzt beispielsweise Spanien ab dem 1. Januar 2023 zunächst für 6 Monate die Mehrwertsteuer als Entlastungsmaßnahme in der Krise auf Null.

Durch die Mehrwertsteuer sind Menschen mit geringen Einkommen überproportional stark belastet, da sie durch das Verhältnis von Steuerlast zu Einkommen einen viel größeren Teil ihres Einkommens für die Mehrwertsteuer aufwenden. Auch wenn natürlich alle – auch sehr wohlhabende Menschen – durch ein Aussetzen der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel Geld sparen würden, profitieren Menschen mit geringem Einkommen relativ betrachtet besonders stark davon. Daher wäre ein dauerhaftes Aussetzen der Mehrwertsteuer für nicht-tierische Grundnahrungsmittel eine gerechte und sinnvolle Maßnahme.

12 Umweltbundesamt (2021) → Umweltschädliche Subventionen in Deutschland.

CO₂-Preis

Der CO₂-Preis ist in Deutschland nicht als Steuer, sondern als **Emissionshandelssystem mit einer Preiskontrolle** (Mindestpreis) ausgestaltet. Die Lenkungswirkung des Emissionshandels auf die Reduzierung von CO₂-Emissionen ist jedoch derjenigen einer Umweltsteuer sehr ähnlich. Da der CO₂-Preis eines der **zentralen klimapolitischen Instrumente** auf EU-Ebene und in Deutschland ist, stellen wir im folgenden den CO₂-Preis und damit verbundene Risiken und Grenzen kurz vor.

Derzeit gibt es in Deutschland zwei separate Bepreisungssysteme: Zum einen ist dies der EU-EMISSIONSHANDEL (ETS), ein seit 2005 existierender europäischer **Markt für Verschmutzungszertifikate**. Er verpflichtet Unternehmen dazu, für jede Tonne CO₂, die sie ausstoßen, ein Zertifikat vorzuweisen. Der ETS schließt den Stromsektor, große Industriebetriebe und Fluglinien ein und deckt **ca. 45% der in der EU entstehenden Klimagasemissionen** ab. Die Gesamtmenge der verfügbaren Zertifikate wird von Jahr zu Jahr abgesenkt, viele Zertifikate werden allerdings nach wie vor gratis ausgegeben. Während die Zertifikate lange sehr billig waren und keine Lenkungswirkung hatten, ist nach einigen **regulatorischen Anpassungen** nun Bewegung in den Markt gekommen. Der Preis pro Tonne CO₂ lag im Dezember 2022 bei etwa 90 Euro.

Zum anderen gibt es seit 2019 das nationale BRENNSTOFFEMISSIONSHANDELSGESETZ (BEHG), das Emissionen aus dem **deutschen Verkehrs- und Gebäudesektor** abdeckt. In den ersten Jahren gilt hier ein Festpreis, beginnend mit 25 Euro pro Tonne CO₂ in 2021. Bis 2025 soll der Preis auf 55 Euro steigen, danach werden Zertifikate per Auktion versteigert. Die Ampelkoalition hat angekündigt, mittelfristig Maßnahmen zu ergreifen, damit der Preis in allen Sektoren nicht mehr unter 60 Euro fällt. Dies soll – so die Hoffnung der Ampel – beispielsweise zu einem **Kohleausstieg bis spätestens 2030** führen, da sich die Stromerzeugung durch Braunkohle dann nicht mehr lohnen würde.



Umweltverbände und Klimagruppen fordern regelmäßig, den Preis zu erhöhen – auf über 200 Euro Klimafolgekosten pro Tonne CO₂, die das *Umweltbundesamt* zuletzt errechnet hat¹³ Sie kritisieren, dass der CO₂-Preis erst ab dieser Höhe wirksam wird, allerdings nur bei gleichzeitiger sozial gerechter Rückerstattung. In der **Klimagerechtigkeitsbewegung gibt es aber auch eine grundsätzliche Kritik** an diesen Instrumenten. Wir möchten hier zur Einordnung nur einige Punkte nennen.

1. Nicht nur auf den Preis vertrauen

Ein Preismechanismus als Hauptinstrument für drastische Emissionsenkungen bis hin zu Nullemissionen setzt voraus, dass in allen Bereichen schnell genug **rentable technische Alternativen bereitstehen**, die reibungsloses »grünes« Wachstum ermöglichen. Das ist aber **kurzfristig nicht der Fall** und auch langfristig unwahrscheinlich. Andernfalls müsste der Preis so hoch steigen, dass ganze Wirtschaftsbranchen zum Erliegen kämen, um Emissionen effektiv zu vermeiden. Da das nicht im Interesse der Regierung ist, kann davon ausgegangen werden, **dass Unternehmen politisch Ausnahmeregelungen durchsetzen**, mit denen sie den Preis umgehen können – wie schon in der Vergangenheit geschehen. Tatsächlich hat die Ampel im Koalitionsvertrag bereits angekündigt, energieintensiven exportorientierten Industrien **weiterhin kostenlose Zertifikate zur Verfügung** zu stellen. Der Marktmechanismus wird also genau dort ausgesetzt, wo Emissionen am dringendsten sinken müssen. Marktlösungen **erhalten solche problematischen Machtverhältnisse** in der Wirtschaft.

2. Ohne Ordnungspolitik geht es nicht

Mit Preissignalen allein lässt sich ein wirtschaftlicher Umbau in der **notwendigen Geschwindigkeit** nicht zuverlässig steuern. Große Infrastrukturentscheidungen können und sollten nicht nur durch privatwirtschaftliche Akteur*innen getroffen werden. Auch ein klima- und



sozialpolitisch zuverlässiger Kohleausstieg – der aus **Klimagerechtigkeitsperspektive nicht erst 2030, sondern viel früher stattfinden müsste** – lässt sich nicht über den Markt regeln. Dies aber strebt die Ampel gerade an, mit der Folge, dass beispielsweise *RWE* sich vorsorgend mit günstigen Zertifikaten eingedeckt und so gegen den steigenden CO₂-Preis abgesichert hat. Zusätzlich erhält der Konzern Milliarden an Abfindungen, **die für die Finanzierung des Umbaus fehlen**. Statt mit Verschmutzungsrechten zu handeln, sollte Politik absolute Obergrenzen für Emissionen festlegen und aktuell besonders klimaschädliche Wirtschaftszweige auch durch **gezielte Vergesellschaftungen** und **industriepolitische Interventionen** transformieren. Für ein nachhaltiges Wirtschaftssystem braucht es eine **langfristige Transformation zu Bedürfnis- statt Profitorientierung**. Sprich: das genaue Gegenteil einer marktbasierten und wachstumsabhängigen Lösung wie dem Emissionshandel, der die Verantwortung für das Klima auf individuelle Verbraucher*innen ablädt.

3. Gerechtigkeit wird zum Widerspruch

Die wirtschaftlichen, sozialen und klimapolitischen Effekte der CO₂-Bepreisung können sehr unterschiedlich ausfallen, je nachdem wofür die Einnahmen eingesetzt werden. **Ohne Ausgleichsmechanismen ist ein hoher CO₂-Preis sozial ungerecht**, da er lebensnotwendige Güter wie Energie verteuert, ohne sicherzustellen, dass Menschen mit geringem Einkommen tatsächlich Alternativen zur Verfügung stehen. Die Ampel will deshalb Einnahmen mittelfristig als Pro-Kopf-Pauschale (»Klimageld«) an alle Bürger*innen zurückzahlen. Ob das allerdings in ausreichendem Maße geschehen wird, ist unklar. Von der Pauschale würden ärmere Haushalte profitieren; gleichzeitig – und hier liegt der Widerspruch – reduziert sie die Klimawirkung des Preises, indem sie zusätzlichen Konsum unter Wohlhabenderen fördert. Allein mit Preismechanismen lässt sich keine Klimapolitik betreiben, die **Emissionen schnell, drastisch und sozialverträglich senkt**.



Dies bedeutet nicht, dass es grundsätzlich falsch ist, Emissionen zu verteuern. Doch sich vorwiegend auf diese Instrumente zu verlassen, ist klima- und sozialpolitisch riskant.

Dieser Text ist ein aktualisierter Auszug aus unserer im Januar 2022 erschienenen Publikation → MIT MARKTWIRTSCHAFT DAS KLIMA RETTEN?

13 Umweltbundesamt (2021) → Klimakosten von Treibhausgasemissionen.

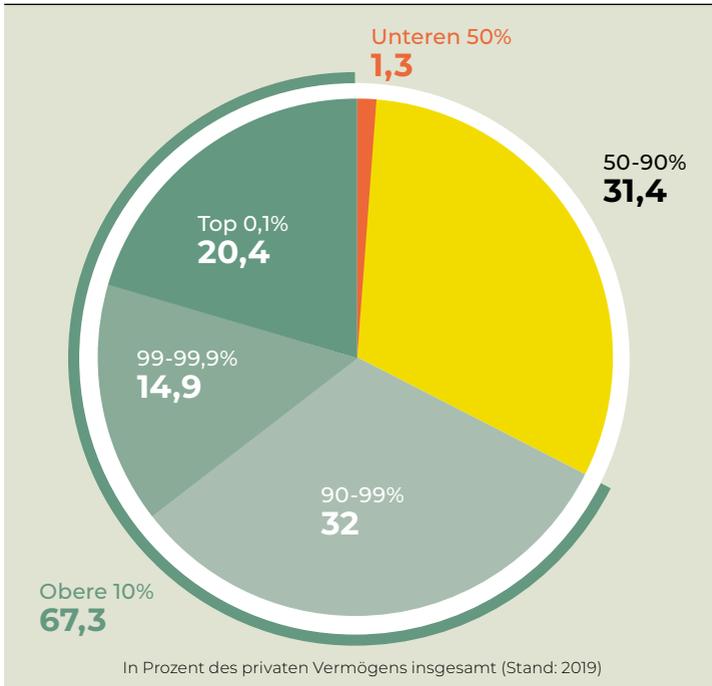


Besteuerung von Vermögen, Erbschaft und Einkommen

Superreiche Menschen tragen übermäßig stark zur Klimakrise bei. So hat das reichste 1% der Weltbevölkerung einen um das 75-fache höheren CO₂-Ausstoß als die ärmere Hälfte zusammen. Dabei macht eine Welt jenseits der 1,5°C-Grenze, auf die wir aktuell zurasen, eine gerechtere Gesellschaft notwendiger denn je. Bei stetig knapper werden Ressourcen braucht es demokratische Aushandlungsprozesse über deren gerechte Verteilung. Dabei müssen die Bedürfnisse aller Menschen statt Kapitalinteressen im Vordergrund stehen. Zugespitzt formuliert: wir müssen uns als Gesellschaften die Frage stellen, ob wir uns angesichts der Folgen der Klimakrise und der damit einhergehenden Begrenztheit von Ressourcen Superreiche weiter leisten können und wollen. Eine gezielte Steuerpolitik – d.h. die Wiedereinführung einer Vermögensteuer, die Reform der Erbschaftsteuer, der Abbau von Steuerprivilegien für Superreiche und die Reform der Einkommensteuer – kann ein Beitrag dazu sein.

Vermögensungleichverteilung in Deutschland

Abbildung 4: Vermögensverteilung in Deutschland.



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (2021)

Grunderbe und Vermögensteuern können die Vermögensungleichheit verringern.

Während die Einkommensungleichverteilung in Deutschland leicht unter dem OECD-Durchschnitt liegt, sind **Vermögen in Deutschland extrem ungleich verteilt**, mit steigender Tendenz. So besitzen die reichsten 10% der Bevölkerung 67,3% aller Vermögen, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen nur 1,3% aller Vermögen



besitzt (siehe → Abbildung 4). Der Gini-Koeffizient für die Vermögensverteilung in Deutschland, eine Maßzahl, die einen Vergleich zwischen Ländern erlaubt, liegt bei 0,83 und ist im **internationalen Vergleich sehr hoch**.¹⁴ Dabei handelt es sich um Schätzungen, da es seit der Aussetzung der Vermögensteuer im Jahr 1996 keine systematische Erfassung von Vermögen mehr in Deutschland gibt.

Der Ungleichbericht 2023 von *Oxfam* »Survival of the richest« zeigt, wie dramatisch Ungleichheit global und in Deutschland wächst. **So haben extremer Reichtum und extreme Armut global zum ersten Mal seit 25 Jahren wieder gleichzeitig zugenommen**. In Deutschland gingen 81% der zwischen 2020 und 2021 erwirtschafteten Vermögenszuwächse an das reichste 1% der Bevölkerung und lediglich 19% entfielen auf die restlichen 99%.¹⁵

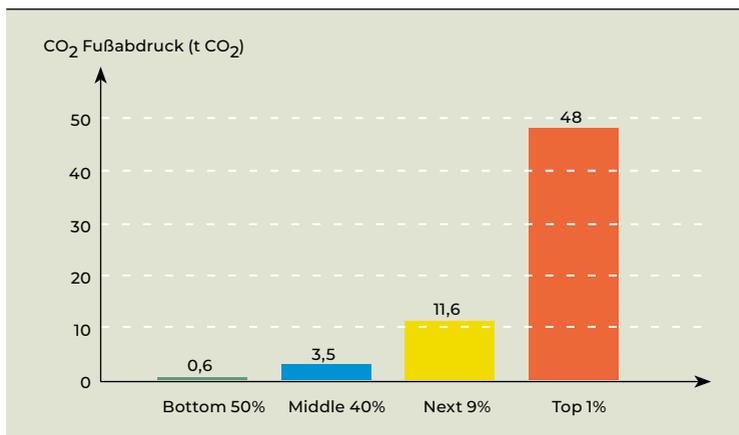
Eine zentrale Ursache für die eskalierende globale soziale Ungleichheit sieht der Bericht in einer **anhaltenden ungerechten Steuerpolitik**, die Reiche und Unternehmen begünstigt. Laut dem Bericht stammen global nur noch 4% der Steuereinnahmen aus Steuern auf Vermögen. Gleichzeitig stiegen in vielen Ländern die Steuern auf Waren und Dienstleistungen wie z.B. Mehrwertsteuern, die die ärmsten Teile der Bevölkerung übermäßig stark belasten.¹⁶

14 *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung* (2020) → DIW Weekly Report 30+31.

15 *Oxfam* (2023) → Umsteuern für soziale Gerechtigkeit.

16 *Oxfam* (2023) → Survival of the Richest.

Abbildung 5: Durchschnittlicher CO₂-Fußabdruck der reichsten 1% und 10%, mittleren 40% und der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung.



Quelle: Nature (2022) Impacts of poverty alleviation on national and global carbon emissions.



Steuerprivilegien bei der Erbschaftsteuer

→ Ein Gastbeitrag von taxmenow.

Wir von taxmenow gehören überwiegend zu diesem reichsten 1% der Vermögensverteilung. Neben einigen Unternehmer*innen sind wir mehrheitlich Menschen, die sich durch das Glück auszeichnen, in eine reiche Familie geboren zu sein. Der **Großteil der Vermögen der Reichsten** ist nicht durch Arbeit, sondern durch **Erbschaft und Schenkung** zustande gekommen.¹⁷ Wir reichen Erb*innen sind Ausdruck einer extremen und wachsenden **Vermögensungleichheit**, die vor allem auch die Folge einer fehlenden Vermögensbesteuerung und einer regressiven Erbschaftsbesteuerung ist, die **Hochvermögende fast komplett von der Steuer befreit**.

Erbschaften und Schenkungen sind für Empfänger*innen ein einmaliges **leistungsloses Einkommen**. Lohneinkommen werden im Durchschnitt mit 18% und in der Spitze mit bis zu 45% besteuert¹⁸, Erbschaften hingegen nur mit durchschnittlich 9% und Erbschaften über 20 Millionen sogar nur mit 0,3%-2%.¹⁹ Dass der tarifliche Steuersatz hier eigentlich 30-50% beträgt, wirkt sich auf den effektiven Steuersatz nicht aus. **Würden Lohneinkommen ähnlich niedrig besteuert, wäre der Staat sehr schnell zahlungsunfähig**. Die niedrige Besteuerung hoher Erbschaften ist vor allem das Ergebnis **umfangreicher Steuerprivilegien für Hochvermögende** und einer beispiellosen **Subventionierung von familiendynastischen Unternehmensübertragungen**.²⁰ Wir wissen, teils aus eigener Erfahrung, dass ab einer gewissen Höhe der Erbschaft die Steuerzahlung effektiv freiwillig ist. Eine fast vollständige Befreiung kann ganz legal beantragt werden, sofern das Vermögen Betriebsvermögen ist oder »steueroptimierend« entsprechend umstrukturiert wird. Das **einzigartige Privileg**, sich derart von einer Besteuerung befreien zu können, ist Hochvermögenden vorbehalten. Bei der Mehrwert- oder Einkommensteuer gibt es diese Möglichkeiten selbstverständlich nicht – und auch nicht bei kleinen und mittleren Erbschaften.



Unsere Schulen, unsere Feuerwehr, unsere Straßenlaternen werden **gemeinschaftlich über Steuern** finanziert. Durch die Steuerprivilegien tragen Vermögen und Erbschaften **dazu kaum bei** und machen gerade einmal 1,1% des Gesamtsteueraufkommens aus.²¹ Das heißt auch, dass alle anderen mehr Einkommen- und Mehrwertsteuer zahlen müssen, weil wir Vermögenden – besonders auch wir vermögenden Erben – so wenig beitragen.

Wir sind Profiteure einer empörenden Umverteilung von unten nach oben und Ausdruck einer **demokratiegefährdenden Entwicklung** von **zunehmender sozialer Ungleichheit** und **gesellschaftlicher Machtkonzentration** bei den Reichsten. Wir können und müssen dringend dazu verpflichtet werden, einen **größeren Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten**. Dafür müssen die Steuerprivilegien für Hochvermögende gekippt und Erbschaften und Vermögen endlich gerecht besteuert werden.

17,21 *Netzwerk Steuergerechtigkeit* (2023) → Jahrbuch Steuergerechtigkeit.

18 *Destatis* (2018) → Lohn- und Einkommensteuer.

19,20 *Netzwerk Steuergerechtigkeit* (2022) → Erbschaftsteuer: Nicht für Superreiche.

Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer

In Deutschland werden jährlich zwischen 300 und 400 Mrd. Euro vererbt oder verschenkt.²² Das sind etwa zehn Prozent des Brutto-sozialprodukts.²³ Während die Mehrheit der Bevölkerung gar nicht oder kaum erbt, bekommen die reichsten 0,1% im Durchschnitt 17 Mio. Euro vererbt.²⁴

22 *Netzwerk Steuergerechtigkeit* (2022) → Erbschaftsteuer: Nicht für Superreiche.

22 *Die Zeit* (2021) → Wir sollten Erbschaften infrage stellen.

23 *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung* (2018) Stefan Bach → Die Erbschaftsteuer ist die beste »Reichensteuer«.

Große Erbschaften außerhalb der Kernfamilie könnten theoretisch mit bis zu 50% besteuert werden, bei enger Verwandtschaft immerhin noch mit 30%. Durch zahlreiche Steuerprivilegien und Schlupflöcher ergibt sich in der Realität aber ein sehr anderes Bild. So fällt der effektive Steuersatz mit steigendem Erbe und die Steuer wirkt in der Praxis regressiv. Erbschaften über 20 Mio. Euro werden fast steuerfrei übertragen (siehe → Gastbeitrag von taxmenow).²⁴ Eine effektive Erbschaft- und Schenkungsteuer wäre ein wirksamer Mechanismus, um Vermögenskonzentrationen zu verringern, statt sie wie bisher zu fördern. Dazu müssten Steuerprivilegien abgebaut werden. Besonders relevant wäre es, die Ausnahme für Betriebsvermögen abzuschaffen (siehe → Mythen & Missverständnisse) und einen einmaligen Freibetrag festzusetzen, der sich nicht wie bisher alle 10 Jahre erneuert.

Die Ausnahmen und Begünstigungen, von denen insbesondere reiche Menschen profitieren, sind schon mehrfach – zuletzt in den Jahren 2014 und 2017 – vom Bundesverfassungsgericht für rechtswidrig erklärt worden. Neben den Ausnahmen für Betriebsvermögen ist auch die Regelung, dass vererbte Immobilien ab 300 Wohneinheiten als Betriebsvermögen gelten und damit steuerlich begünstigt werden, kritisiert worden. Durch wirksame Lobbyarbeit blieben die Ausnahmen trotz einer Reform im Jahr 2016 dennoch bestehen. Daran wird deutlich, wie demokratiegefährdend eine zu starke Vermögenskonzentration wirken kann: Die Interessen von sehr wenigen sehr reichen Menschen werden gegen die Interessen der Allgemeinheit und trotz eines Urteils des höchsten deutschen Gerichtes weiter geschützt.

Eine leichte Verbesserung könnte es noch im Jahr 2023 geben. In diesem Jahr tritt eine Anpassung der Bewertungsregeln für Immobilien an die aktuellen Verkehrswerte in Kraft, wodurch die Erbschaft- und Schenkungsteuer (oberhalb der Freibeträge) wegen der aktuell hohen Immobilienpreise steigen wird.

24 Netzwerk Steuergerechtigkeit (2022) → Erbschaftsteuer: Nicht für Superreiche.

Vermögensteuer

Das deutsche Grundgesetz sieht die Erhebung einer jährlichen Vermögensteuer vor. Nachdem das Bundesverfassungsgericht 1997 die damalige Ausgestaltung der Vermögensteuer wegen einer zu niedrigen Bewertung und damit zu niedriger Besteuerung von Immobilien für verfassungswidrig erklärte, setzte die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung die Vermögensteuer aus, anstatt sie zu reformieren. Seither wird in Deutschland keine Vermögensteuer mehr erhoben.

Die Wiedereinsetzung einer Vermögensteuer kombiniert mit Maßnahmen zur Vermögensaufstockung, von der insbesondere der ärmere Teil der Bevölkerung profitiert, ist ein wichtiger Baustein, um der eskalierenden Ungleichverteilung von Vermögen in Deutschland entgegenzuwirken und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

Die Wiedererhebung der Vermögensteuer wird sowohl bei den Parteien SPD, GRÜNE und DIE LINKE sowie bei Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen immer wieder diskutiert und gefordert. Bei einer Wiedererhebung der Vermögensteuer sollte sich die Steuerbelastung auf den sehr wohlhabenden Teil der Bevölkerung konzentrieren. Daher sollten hohe persönliche Freibeträge von 1 Mio. Euro vorgesehen werden. Zur Ermittlung der Vermögen müssten die steuerpflichtigen Vermögenswerte – »Immobilien, Unternehmen und Finanzanlagen sowie wertvolle Sammlungen und hochwertige Luxusgüter«²⁵ – regelmäßig nach aktuellen Marktwerten bewertet werden. Dabei sollte angemessenes, selbstgenutztes Wohneigentum sowie Vorsorgevermögen für betriebliche und private Alters- und Krankenversicherungen ausgenommen werden und steuerfrei bleiben. Für Betriebsvermögen sollten höhere Freibeträge von 5 Mio. Euro gelten, um kleinere und mittlere Unternehmen nicht zu stark zu belasten.

25 *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2016) → Erbschaftsteuer, Vermögensteuer oder Kapitaleinkommensteuer: Wie sollen hohe Vermögen stärker besteuert werden?*

Nettogesamtvermögen (also Vermögen abzüglich Schulden) über 1 Mio. Euro sollten progressiv besteuert werden. Der Eingangsteuersatz sollte mindestens 1% betragen und linear bis zu einem Spitzensteuersatz von 5% (ab einem Nettovermögen von 30 Mio. Euro) steigen. Besteuert werden sollten natürliche und juristische Personen, um Steuerschlupflöcher zu vermeiden.²⁶ Nach Berechnungen der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* können damit Steuereinnahmen von 64 Mrd. Euro pro Jahr erzielt werden.²⁷

Reform der Einkommensteuer

Kapitaleinkommen (z.B. Zinsen, Dividenden und andere Gewinnausschüttungen von Kapitalgesellschaften) werden in Deutschland anders als Arbeitseinkommen nicht progressiv besteuert. Sie unterliegen, unabhängig von ihrer Höhe, dem Kapitalertragssteuersatz von 25%. Dies führt vor allem für Einkommen aus Zinsen und Veräußerungsgewinnen zu einer Steuerprivilegierung gegenüber anderen Einkommensarten. Hinzu kommt, dass sehr vermögende Menschen ihre Kapitaleinkommen regelmäßig in einer sog. Holding-Gesellschaft ansparen. Dadurch können sie den Anfall der Kapitalertragssteuer beliebig aufschieben und so vom Zinseszinsseffekt profitieren. Die Steuereinnahmen für den Staat bleiben aus. Bei Unternehmens- und Dividendeneinkommen aus Immobiliengesellschaften, die als vermögensverwaltende Gesellschaften effektiv von der Gewerbesteuer befreit sind, ergibt sich zudem regelmäßig ein Steuersatz deutlich unterhalb des durchschnittlichen Unternehmenssteuersatzes.²⁸

Die Kapitalertragssteuer wird direkt von Banken pauschal und anonym an das Finanzamt abgeführt. Empfänger*innen von (teilweise) steuerbefreitem Kapitaleinkommen können sich direkt

26 *Netzwerk Steuergerechtigkeit* (2021) → Vermögensbesteuerung für eine nachhaltige Zukunft für alle.

27 *Rosa-Luxemburg-Stiftung* (2021) → Reichtum rückverteilen.

28 *Netzwerk Steuergerechtigkeit* (2023) → Jahrbuch Steuergerechtigkeit.

bei der Bank befreien lassen oder die Steuer nachträglich zurückfordern. Dies ermöglichte mittels illegaler Absprachen zwischen Investoren, Banken und anderen Beteiligten den Cum-Ex-Skandal.²⁹ Bei Cum-Ex-Geschäften wird durch schnelles Verschieben von Aktien rund um den Dividendenstichtag die Erstattung einmal gezahlter Kapitalertragssteuer mehrfach ausgelöst. Zweck von Cum-Ex-Geschäften ist also die Rückerstattung nie gezahlter Steuern. Ein Betrug, der den deutschen Staat bislang schätzungsweise 7,4 Mrd. Euro gekostet hat.³⁰ Eine Möglichkeit dem entgegenzuwirken wäre ein datenbankgestützter Abgleich aller Erstattungsanträge mit Zahlungen der Kapitalertragssteuer nach Schweizer Beispiel.³¹

Zudem beschränken Beitragsbemessungsgrenzen, Privatversicherung und die weitestgehende Beitragsfreiheit von Kapitalerträgen bei den Sozialversicherungen den sozialen Ausgleich. Die Privilegierung von Kapitaleinkommen führt dazu, dass wenige Menschen mit enormen Vermögenseinkommen häufig anteilig weniger von ihrem Einkommen an Steuern und Abgaben beitragen als Menschen, die lediglich ein mittleres Arbeitseinkommen haben.³² Kapitaleinkommen sind sehr konzentriert und vor allem im obersten Prozent der Einkommensverteilung relevant. Um dieser Besserstellung wohlhabender Menschen entgegenzuwirken, muss Kapital- und Arbeitseinkommen im gleichen Maße progressiv besteuert werden.³³ Außerdem müsste das zweigeteilte Gesundheitssystem in eine Bürgerversicherung ohne Beitragsobergrenzen überführt werden. Darüber hinaus muss Steuervermeidungs- und Betrugsmöglichkeiten entgegengewirkt werden.

29 *Netzwerk Steuergerechtigkeit* (2023) → Jahrbuch Steuergerechtigkeit.

30,31 *Finanzwende* (2022) → CumEx und Co. endgültig stoppen!

32,33 *Momentum* (2022) → Kapitaleinkommensbesteuerung.

Umverteilung und Entlastung

Um der Ungleichverteilung von Vermögen entgegenzuwirken, ist es neben der Abschöpfung von Vermögen am oberen Ende der Verteilung ebenfalls wichtig, die Absicherung von Menschen ohne Vermögen zu verbessern. Das kann ganz unterschiedlich ausgestaltet werden. Das *Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)* schlägt z.B. eine durch die Mehreinnahmen aus einer Vermögensteuer finanzierte Grundrente von 20.000 Euro für alle Bürger*innen vor. Um die Maßnahme unbürokratisch und breit akzeptiert zu gestalten, sollten demnach alle Bürger*innen diesen Betrag erhalten, unabhängig von ihrer Bedürftigkeit. Dabei würden ärmere Menschen von diesem Betrag besonderen profitieren und der Gini-Koeffizient würde spürbar sinken.³⁴ Kritisiert wird dieser Vorschlag als »Umverteilung mit der Gießkanne«, da eben auch wohlhabende Menschen den Betrag bekämen, ohne ihn zu brauchen.

Im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation sollte Gesellschaft künftig so gestaltet werden, dass Menschen ihre Grundbedürfnisse über solidarisch organisierte Infrastrukturen kostenfrei oder sehr kostengünstig befriedigen können. Mittelfristig sollten Infrastrukturen der Grundversorgung aus öffentlicher Hand organisiert und subventioniert werden. Vergesellschafteter Wohnraum, Arbeitszeitverkürzung, gerechte Mobilitätskonzepte sowie progressive Energietarife sind dabei Bausteine, die – um weitere Maßnahmen ergänzt – ein Grundauskommen und damit ein gutes Leben für alle ermöglichen würden. Wie das konkret aussehen könnte, haben wir in unserer Publikation *ZUKUNFT FÜR ALLE – EINE VISION FÜR 2048* skizziert.

34 *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung* (2021) → Grunderbe und Vermögensteuern können die Vermögensungleichheit verringern.



Besteuerung von Unternehmen

Durch den internationalen Steuerwettbewerb sinken die Unternehmenssteuern in der EU seit etwa zwei Jahrzehnten. Staaten konkurrieren mittels günstiger Standortbedingungen für Unternehmen um deren Ansiedlung, das drückt die Steuersätze nach unten. So reduzierte sich der durchschnittliche Unternehmenssteuersatz der 28 EU-Mitgliedsstaaten zwischen 1996 und 2018 von 38 auf 21,3%.³⁵

Milliardengewinne von Konzernen werden also zunehmend niedriger besteuert. Dadurch entgehen den Staaten Einnahmen, die Rückverteilung der Gewinne an die Gesellschaft sinkt und es gibt weniger demokratische Kontrolle über die Verwendung der in der Gesellschaft erwirtschafteten Mehrwerte. Im Umkehrschluss werden also Unternehmen zu immer mächtigeren Akteur*innen.

Verstärkt wird dieser Effekt noch durch die Möglichkeit, Gewinne in Steueroasen und Niedrigsteuerländer zu verschieben, wodurch insbesondere mit digitalen Dienstleistungen operierende Megakonzerne wie *Google, Apple, Facebook, Amazon* und Co. kaum mehr Steuern bezahlen. Auf europäischer und internationaler Ebene werden mit der Übergewinnsteuer und der globalen Mindeststeuer Instrumente diskutiert, um diesem Trend entgegenzuwirken.

35 Bundeszentrale für politische Bildung (2019) → Unternehmenssteuern.

Übergewinnsteuer

Im Zuge des russischen Angriffs auf die Ukraine ist die Debatte um den Umgang mit Krisengewinnen neu entbrannt. Insbesondere Mineralölkonzerne und Stromproduzenten fahren durch das aktuelle europäische Strommarktdesign (»Merit Order«) Milliardengewinne ein. Um so erwirtschaftete Zufallsgewinne abzuschöpfen, haben zahlreiche europäische Länder wie Italien, Spanien oder Griechenland eine Übergewinnsteuer eingeführt. Obwohl sich auch in Deutschland 70% der Bevölkerung für eine Übergewinnsteuer aussprechen, blockierte das Bundesfinanzministerium lange deren Einführung.³⁶ Erst auf Vorstoß der Europäischen Kommission hat auch die Bundesregierung im Dezember 2022 die Einführung eines EU-ENERGIEKRISENBEITRAGS für die Jahre 2022 und 2023 beschlossen. So müssen Unternehmen in der Erdöl-, Erdgas-, Kohle- und Raffineriewirtschaft Gewinne, die im Vergleich zu den Vorjahren den Durchschnittsgewinn um 20% übersteigen, mit 33% versteuern. Die Einnahmen durch die Steuer werden auf 1 bis 3 Mrd. Euro geschätzt.³⁷

Damit setzt Deutschland lediglich die Mindestvorgaben der EU um, die aktuelle Ausgestaltung ist wenig progressiv. Eine Studie der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* und des *Netzwerk Steuergerechtigkeit* schätzt die Übergewinne der Mineralölkonzerne in Deutschland auf rund 60 Mrd. Euro. Die Autor*innen schlagen Steuersätze zur Besteuerung der Übergewinne von bis zu 90% vor.³⁸ Ein weiteres wesentliches Problem der aktuellen Ausgestaltung ist, dass ins Ausland verschobene Gewinne nicht berücksichtigt werden.

36,38 *Netzwerk Steuergerechtigkeit* (2022) Christoph Trautvetter und David Kern-Fehrenbach
→ Kriegsgewinne besteuern.

37 *Tagesschau* (2022) → Was sich bei den Steuern ändert.

Um dem entgegenzuwirken, schlagen die Autor*innen der Studie eine Übergewinnsteuer nach dem Vorbild der in einigen anderen Ländern bereits angewandten Digitalsteuer vor. Damit würden sich die in Deutschland zu versteuernden Gewinne aus dem deutschen Anteil am Umsatz der Konzerne ableiten.³⁹

Darüber hinaus sollte mittelfristig auf eine allgemeingültige, international abgestimmte Steuer hingewirkt werden. So könnte eine Übergewinnsteuer als dritte Säule der im Jahr 2021 verabschiedeten Reformvorschläge der OECD für die Unternehmensbesteuerung international eingeführt werden.⁴⁰

Ironischerweise hat Wirtschaftsminister Habeck im April 2023 verkündet, die Steuer wieder abschaffen zu wollen, weil es nichts mehr abzuschöpfen gebe. Dies geschah bevor überhaupt offizielle Zahlen zur Steuer vorliegen.⁴¹

Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung

Um dem exzessiven Steuersenkungswettbewerb (»race-to-the-bottom«) der Staaten entgegenzuwirken und die Möglichkeit der Verlagerung von Gewinnen in Steueroasen zu reduzieren, haben sich 137 Staaten im Rahmen der OECD auf eine Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung verständigt. Diese nimmt insbesondere auch große Digitalkonzerne ins Visier, die durch Steuerschlupflöcher und veraltete Steuerregelungen trotz horrender Gewinne kaum Steuern zahlen.

39,40 Oxfam (2023) → Umsteuern für soziale Gerechtigkeit.

41 Rheinische Post (2023) → Habeck beschert Konzernen Doppelwumms.

Die Reform sieht zwei Säulen vor:⁴²

→ **Säule 1: Faire internationale Verteilung von Steuern**

Ziel ist ein neuartiges System der Zuordnung internationaler Besteuerungsrechte. Dabei sollen Besteuerungsrechte von dem Staat, in dem die Unternehmen ihren Sitz haben, in die sogenannten Marktstaaten umverteilt werden, wo die Unternehmen Gewinne erwirtschaften, ohne physisch präsent zu sein.

→ **Säule 2: Globale effektive Mindeststeuer**

Die Mindestbesteuerung soll für alle international tätigen Unternehmen mit einem Umsatz über 750 Mio. Euro gelten. Künftig sollen sämtliche Gewinne, die ein internationaler Konzern weltweit erwirtschaftet, mit 15% versteuert werden, ganz egal, wo sie entstehen. Insgesamt führt dieser Ansatz zu mehr Steuergerechtigkeit auf internationaler Ebene. Zudem soll die globale Mindestbesteuerung den Problemen begegnen, die sich aus der Digitalisierung und der Möglichkeit der Verlagerung immaterieller Werte ergeben.

Mit der Reform der 137 OECD-Staaten soll ein ungerechtes und veraltetes internationales Steuersystem an die Realitäten einer digitalisierten Ökonomie angepasst werden. Leider gelingt das mit dem aktuellen Vorschlag nicht oder nur sehr unzureichend. Der globale Mindeststeuersatz von 15% ist deutlich zu niedrig und kaum höher als der aktuelle Unternehmenssteuersatz in Niedrigsteuerländern. Das *Tax Justice Network* kritisiert, dass bei einem Steuersatz von unter 25% die »race-to-the-bottom«-Entwicklung fortgesetzt wird.⁴³

Die Vorgabe, dass Unternehmen künftig in dem Land, wo Gewinne erzielt werden, Steuern zahlen müssen, gilt nur für die

42 Bundesfinanzministerium (2022) → Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung kommt.

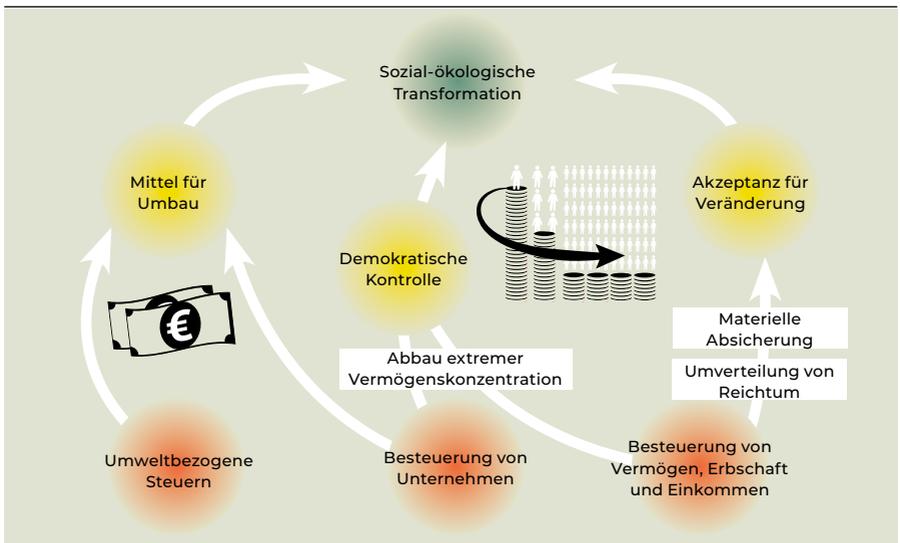
43 Deutschlandfunk (2021) → Was hinter der globalen Mindeststeuer steckt.

etwa 100 größten Konzerne weltweit und auch nur für 20 bis 30% ihrer Gewinne über einer festgelegten Schwelle von 10% Rentabilität. Der Finanzsektor und die Rohstoffindustrie sind von vornherein ausgenommen.⁴⁴

Dieser globalen Steuerreform nicht zugestimmt haben Kenia, Nigeria, Pakistan und Sri Lanka. Dadurch werden Unternehmen auch weiterhin die Möglichkeit haben, Gewinne zu verschieben.⁴⁵

Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation

Abbildung 6: Beitrag einer sozial-ökologischen Steuerpolitik zur Transformation.



Quelle: Eigendarstellung.

44 Jacobin (2021) → Die globale Mindeststeuer kommt – und ändert fast nichts.

45 Bundesfinanzministerium (2022) → Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung kommt.

Für die durch die Klimakrise notwendige grundlegende sozial-ökologische Transformation braucht der Staat Ressourcen. Neben der Aufnahme von Staatsschulden sind Steuern eine wichtige Einnahmequelle, um den Umbau zu finanzieren. Über eine gerechte Steuerpolitik können auch Superreiche und Unternehmen, die besonders stark zur Klimakrise beitragen, stärker an der Bewältigung beteiligt werden.

Eine gezielte ökologische Steuerpolitik kann durch den Abbau klimaschädlicher Subventionen und die Ausweitung umweltbezogener Preis- und Steuerinstrumente eine Lenkungswirkung entfalten. Eine angemessene Steuerpolitik begünstigt sozial-ökologisch sinnvolles Wirtschaften, verteuert schädliches Verhalten und reduziert es damit tendenziell. Hierbei müssen umfänglich die sozialen Auswirkungen von Kostensteigerungen mitgedacht und wo notwendig entsprechende Ausgleichsmechanismen für den ärmeren Teil der Bevölkerung getroffen werden.

Umverteilung und eine gerechtere Gesellschaft, in der sich Menschen abgesichert fühlen und ein gutes Leben für alle möglich wird, ist eine wichtige Voraussetzung für eine gelingende Transformation. Für eine 1,5°C-konforme Wirtschaft und Gesellschaft müsste sich in kurzer Zeit sehr viel verändern. Die Akzeptanz und Bereitschaft sich auf Veränderung einzulassen steigt, wenn Menschen abgesichert sind und sich durch die anstehende Veränderung nicht in ihren Existenzgrundlagen bedroht sehen.

Durch die Klimakrise werden Ressourcen wie sauberes Wasser, Nahrungsmittel oder fruchtbare Böden schon jetzt und noch zunehmend in den kommenden Jahrzehnten knapper. Diese Entwicklung macht eine global gerechte Verteilung noch notwendiger. Die hohe Besteuerung von Unternehmensgewinnen, Vermögen und Erbschaften kann mittelfristig einen wichtigen Beitrag leisten, extreme Vermögenskonzentrationen zu reduzieren und über eine faire Verteilung allen einen Zugang zu knapper werdenden Ressourcen zu ermöglichen. Umverteilung muss dabei nicht unbe-

dingt über die Ausschüttung von Geld stattfinden, sondern kann auch über eine kostengünstige oder kostenfreie Bereitstellung von Gütern und Infrastruktur der Grundversorgung stattfinden.

Eine gerechte Steuerpolitik reduziert Demokratiedefizite, die durch extreme Vermögenskonzentrationen bei Unternehmen und Superreichen entstehen und ermöglicht eine stärkere demokratische Kontrolle. Weniger Ungleichverteilung von Vermögen wirkt darüber hinaus gesellschaftlichen Spaltungstendenzen entgegen.

Dabei ist eine gerechte Steuerpolitik natürlich nur ein Baustein unter vielen. Im Einzelfall muss abgewogen werden, wo die Lenkungs- und Umverteilungswirkung einer sozial-ökologischen Steuerpolitik sinnvoll ist oder wo ordnungspolitische Instrumente eine bessere Option darstellen. Ein Beispiel wäre das Verbot von Kurzstreckenflügen anstelle einer höheren Besteuerung von Kerosin, um das Flugaufkommen zu reduzieren.

Eine international abgestimmte Unternehmensbesteuerung mit einer globalen Mindeststeuer mit Steuersätzen über 25% wäre ein Einstiegsprojekt, um auch global agierende Konzerne wieder stärker unter demokratische Kontrolle zu bekommen. Damit würden auch die Voraussetzungen verbessert, Anforderungen im Sinne einer sozial-ökologischen Wirtschaft an Unternehmen zu stellen und diese auch durchsetzen zu können. Hier zeigen sich aktuell durch internationale Standortkonkurrenz schnell die Grenzen des Möglichen, sozial-ökologische Standards in einer profitorientierten Wirtschaftsordnung durchzusetzen. Daher ist langfristig sozial-ökologisches Wirtschaften ohne neokoloniale Ausbeutungsverhältnisse und innerhalb der planetaren Grenzen nur dann möglich, wenn statt Profiten von Unternehmen die Bedürfnisse von Menschen ins Zentrum gerückt werden.

Mythen & Missverständnisse

» Steuererhöhungen belasten alle mehr. «



Die Frage, wen Steuern belasten sollten und wen nicht, ist eine politische Entscheidung, und sie ist umkämpft. Unser aktuelles Steuersystem sieht zahlreiche Ausnahmen und Begünstigungen für große Konzerne und Superreiche vor. Das ist kein Zufall: Durch Lobbying und enge Verflechtungen in die parlamentarische Politik können finanzstarke Akteur*innen ihre steuerpolitischen Interessen besonders gut durchsetzen. Steuererhöhungen sind im öffentlichen Diskurs häufig sehr negativ konnotiert – auch solche die eigentlich einer weiten Mehrheit der Bevölkerung zugutekommen würden, wie z.B. eine effektive Ausgestaltung der Erbschaftsteuer.⁴⁶ Andersherum sind Instrumente, die Menschen mit geringen und mittleren Einkommen überproportional stark entlasten würden, wie z.B. die dauerhafte Absenkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel, weniger prominent in der Diskussion. Ein Grund dafür ist, dass der öffentliche Diskurs über Steuern stark durch konservative und liberale Stimmen sowie Akteur*innen geprägt ist, die Klientelpolitik für Reiche machen. Einerseits gibt es einfach mehr Konservative, die diese Themen besetzen, andererseits sind die Profiteure dieser Politik sehr finanzstark und können ihre Interessen dadurch umfangreich vertreten lassen.

Ein relevanter Akteur in diesem Zusammenhang ist die *Stiftung Familienunternehmen*. In der Öffentlichkeit wird die Stiftung als Interessenvertreterin des Mittelstandes wahrgenommen, da der Begriff »Familienunternehmen« im öffentlichen Diskurs mit

46 Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2016) → Erbschaftsteuer, Vermögensteuer oder Kapitaleinkommensteuer: Wie sollen hohe Vermögen stärker besteuert werden?

Mittelstand assoziiert ist. Tatsächlich vertritt die Stiftung aber die Interessen der »größten deutschen Familienunternehmen«⁴⁷. Aus diesem Kreis stammen auch die Stifter*innen. Das Kuratorium setzt sich aus Vermögensverwalter*innen, Vertreter*innen großer Unternehmen, konservativen Politiker*innen und Superreichen zusammen. Die Arbeit der Stiftung zielt darauf ab, eine stärkere Besteuerung von Reichtum zu verhindern.

So setzte die Stiftung im Zuge der Erbschaftsteuerreform 2016 eine Beibehaltung der Ausnahmen auf Unternehmensvermögen durch, obwohl diese zuvor in Teilen vom Bundesverfassungsgericht für rechtswidrig erklärt worden waren. Neben gezielter Lobbyarbeit finanziert die Stiftung auch Lehrstühle und Forschung.⁴⁸

» Ökologische Steuerpolitik treibt die Preise und trifft die Armen. «



Durch eine Vielzahl von umweltschädlichen Subventionen, die häufig als Steuerausnahmen oder Vergünstigungen gestaltet sind, entgehen dem Staat Einnahmen. Teile dieser Subventionen, wie zum Beispiel das sogenannte Dienstwagenprivileg, begünstigen überproportional wohlhabende Menschen und sind nicht nur umweltschädlich, sondern auch ungerecht.⁴⁹ Eine ökologische Steuerpolitik führt also nicht zwangsläufig zu Kostensteigerungen für ärmere Menschen.

Wo das doch passiert, können Mehreinnahmen durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen entweder für gezielte Ausgleichsmechanismen für Menschen mit geringen Einkommen

47,48 *Lobbypedia* (2023) → Stiftung Familienunternehmen.

49 *Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft* (2021) → Zehn klimaschädliche Subventionen sozial gerecht abbauen – ein Zeitplan.

oder zur Förderung kostengünstiger umweltfreundlicher Infrastrukturen genutzt werden. Die vorgesehenen Ausgleichsmechanismen, wie beispielsweise das Klimageld als Kompensation für die steigende CO₂-Bepreisung, müssen kritisch evaluiert und dort, wo sie unzureichend sind, angepasst werden.

» Erbschaftsteuer auf Betriebsvermögen zerstört kleine und mittlere Unternehmen. «



Aktuell gibt es für Unternehmensvermögen zahlreiche Ausnahmen bei der Erbschaftsteuer. Diese werden damit begründet, dass insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen durch die anfallende Erbschaftsteuer Liquiditätsprobleme bekämen und gegebenenfalls verkauft oder zerschlagen werden müssten, um die Steuer zu bezahlen. Obwohl die umfänglichen Schonungen von Betriebsvermögen schon mehrfach durch das Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wurden, bestehen diese auch nach der letzten Reform im Jahr 2016 weiter fort. So wird Unternehmensvermögen bis 26 Mio. Euro eine Regelverschonung von 85% gewährt, wenn diese fünf Jahre weitergeführt werden, und bis zu 100%, wenn sie sieben Jahre fortgeführt werden und das Lohnniveau gehalten wird. Großerben, die ein Unternehmensvermögen über 26 Mio. Euro bzw. 90 Mio. Euro erhalten, können zwar seit 2016 keine »Steuerbefreiung« mehr erhalten, aber aufgrund erfolgreicher Lobbyarbeit einen vollständigen »Erlass« der Erbschaftsteuer (sog. Verschonungsbedarfsprüfung). Dazu müssen sie dem Finanzamt nachweisen, dass sie zum Stichtag der Erbschaft oder Schenkung »bedürftig« sind, weil sie kein verfügbares Vermögen zur Begleichung der Steuerschuld haben. Durch gezielte Gestaltung ist es in vielen Fällen möglich, verfügbares Vermögen so umzustrukturieren und gezielt auf »arme« Kinder oder Familienstiftungen zu übertragen, dass keine Steuer anfällt. Gewinne, die Erben etwa aus den Unternehmensanteilen zufließen, müssen dabei nicht für die

Begleichung der Steuerschuld herangezogen werden. In der Praxis führt diese Regelung dazu, dass auch Großerben kaum besteuert werden (siehe → Gastbeitrag von taxmenow).⁵⁰

Um diese Ungerechtigkeit zu umgehen und gleichzeitig kleinere und mittlere Unternehmen zu erhalten, sollten lediglich diese durch moderate Freibeträge oder abschmelzende Verschonungsabschlüsse begünstigt werden. Darüber hinaus sollte die Erbschaftsteuer über lange Zeiträume gestundet werden können. So könnten mögliche Finanzierungsbelastungen stark abgemildert werden.

Ein Gutachten des Bundesfinanzministeriums von 2012 kommt zu dem Ergebnis, dass es keine Belege dafür gibt, dass der Fortbestand von Unternehmen durch eine effektive Erbschaftsteuer gefährdet ist oder dass die Begünstigungen Arbeitsplätze sichern.⁵¹

» *Vermögen- und Erbschaftsteuer ist eine unzulässige Doppelbesteuerung.* «



Die niedrige Besteuerung von Erbschaften wird häufig damit begründet, dass es sich um bereits versteuertes Vermögen handelt. Diese etwas eingestaubte Argumentation geht davon aus, dass ein Vermögen über den Tod einer Person hinaus im selben Besitz, also im Familienbesitz bleiben kann. Dabei sind Erbschaften und Schenkungen neues, unverdientes Vermögen, auf das mit Übergang an eine*n neue*n Eigentümer*in noch keine Steuern gezahlt wurden. Nach dem deutschen Steuerrecht entfällt die Erbschaftsteuer nämlich auf die Erb*innen.⁵²

50 *Netzwerk Steuergerechtigkeit* (2022) → Vom Mythos der wirtschaftlich schädlichen Erbschaftsteuer.

51 *Finanzwende* (2021) → Ausnahmen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer.

52 *Jacobin* (2022) → Mythos Leistungsgesellschaft.

» Reiche haben ihr Vermögen verdient. «



Die Vermögenskonzentration bei wenigen Superreichen nimmt in Deutschland zu. Anders als beim Großteil der Bevölkerung kommen die Vermögen am obersten Teil der Verteilung nicht mehr primär durch Lohneinkommen, sondern insbesondere durch Erbschaften, Schenkungen und Kapitaleinkünfte zustande.⁵³ Dabei handelt es sich mehrheitlich um leistungsloses und unverdientes Einkommen. In der Regel sind sehr reiche Menschen also nicht deshalb reich, weil sie besondere Leistungen erbringen, sondern weil sie in eine reiche Familie geboren wurden.

Auch dort wo privater Reichtum in größerem Umfang neu erwirtschaftet wird, geschieht das nicht über Eigenleistung, sondern über die Ausbeutung der Arbeitskraft Anderer wie auch natürlicher Ressourcen. An der Leistungserbringung sind viele beteiligt, die Erträge werden aber nicht gleichmäßig unter ihnen verteilt – sondern einen Teil eignen sich Unternehmer*innen bzw. Aktionär*innen an. Insofern haben nicht Reiche ihr Vermögen »verdient«, sondern eigentlich alle daran beteiligten Leistungserbringer*innen. Wenn wir also über Umverteilung durch Steuern sprechen, handelt es sich gewissermaßen immer um eine Rückverteilung.

Kritisch zu hinterfragen ist ferner auch das Konstrukt der »Leistungsgesellschaft« als solches. Es suggeriert, dass Menschen, die besser verdienen, einen besonderen Beitrag für die Gesellschaft leisten würden, beziehungsweise dass Leistung und Einkommen miteinander korrelieren. Dabei werden weite Teile der Reproduktions- und Care-Arbeit, die als Grundlage für alle weiteren wirtschaftlichen Aktivitäten und für die Gesellschaft insgesamt absolut notwendig sind, schlecht oder gar nicht bezahlt. Andersherum

53 Hans-Böckler-Stiftung (2015) → Ungleichheit: Deutschland liegt vorn.

ist es äußerst fragwürdig, welchen gesellschaftlichen Nutzen beispielsweise Vermögensverwalter*innen oder Manager*innen in der Rüstungsbranche haben.

Wie kommen wir dahin?

Steuerprivilegien für Superreiche, Ausnahmen für große Unternehmen und klimaschädliche Subventionen – die ungerechte Ausgestaltung unseres Steuersystems ist kein Zufall, sondern Abbild aktueller Machtverhältnisse. So werden diese Ungerechtigkeiten auch nicht einfach von alleine wieder verschwinden. Politische Veränderung hin zu einem umverteilenden, ökologisch gerechten Steuersystem muss mit zivilgesellschaftlichem Druck eingefordert und erkämpft werden. Eine Voraussetzung dafür ist es, progressive Positionen im steuerpolitischen Diskurs zu stärken.

Obwohl aktuell Konservative den Diskurs dominieren, gibt es mit dem *Netzwerk Steuergerechtigkeit*, *Taxmenow* oder *Finanzwende* – um nur einige zu nennen – bereits progressive Bewegungsakteur*innen, die steuerpolitische Entwicklungen kritisch begleiten und an alternativen Konzepten arbeiten. Um diese Konzepte auch im politischen Diskurs zu verankern und Umsetzungsperspektiven zu stärken, braucht es breite Bündnisse zwischen Zivilgesellschaft, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften.

Es ist Aufgabe von klimapolitischen Akteur*innen und Bewegung, Maßnahmen für Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit und Umverteilung zu verbinden und damit auch aktiv einem politischen Handeln entgegenzuwirken, das Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gegeneinander ausspielt. Die notwendige sozial-ökologische Transformation hin zu einer global gerechten Wirtschaft,

die planetare Grenzen achtet und ein gutes Leben für alle ermöglicht, wird viele Ressourcen beanspruchen. Die soziale Akzeptanz für diesen Umbau würde steigen, wenn die Verursacher*innen der Krise – globale Eliten und Konzerne – angemessener an der Finanzierung beteiligt würden. Dazu kann eine sozial-ökologische Besteuerung beitragen. Sie könnte in diesem Rahmen auch Teil der Erzählung sozialer Bewegungen sein.

Darüber hinaus ist es aber genauso wichtig, Veränderungen im Rahmen des Ordnungsrechtes einzufordern. So sollte sich perspektivisch ungerechtes und klimaschädliches Handeln nicht verteuern, sondern es sollte verboten werden. Ein Tempolimit, das Verbot von Kurzstreckenflügen – auch im Privatjet – oder ein Ausstieg aus fossiler Energie: All das ist mittelfristig erkämpfbar. Langfristig sollten Politiken für Klimagerechtigkeit ein wachstums- und profitorientiertes, neokoloniales Wirtschaften überwinden, dazu müssen sich globale Machtverhältnisse deutlich verschieben. Die Reduzierung von extremer Vermögenskonzentration und -ungleichverteilung sowie eine stärkere demokratische Kontrolle großer Konzerne sind erste Schritte in diese Richtung. Ein progressives, international abgestimmtes Steuersystem kann dazu einen Beitrag leisten.



Oumarou Mfochivé

Klimaschulden & Reparationen

**Schuldenstrich für Länder des Globalen Südens und
Reparationszahlungen für die vom Globalen Norden
verursachte Klimakatastrophe - Jetzt!**

Entwicklungsländer leiden unter einem doppelten Schlag: Sie sind vom Klimawandel betroffen, den sie kaum mitverursacht haben, und sie haben Mühe, eine hohe, nicht gerechtfertigte Schuldenlast zu begleichen. Durch einen Schuldenstrich und Reparationszahlungen müssen wir der Klimagerechtigkeit einen Schritt näher kommen.

Hintergrund



Die (ökologischen) Schulden des Kolonialismus

Die globale Erwärmung ist untrennbar mit der gleichzeitigen Expansion des Kapitalismus und der weltweiten Industrialisierung auf Grundlage fossiler Brennstoffe verbunden. In den meisten Fällen konnte diese doppelte Expansion nur durch (wirtschaftliche) Gewalt erreicht werden. Ohne die Rohstoffe der sogenannten Neuen Welt (Gold, Silber, Zuckerrohr, Tabak ...) hätte die industrielle Revolution nicht stattfinden können. Sie war es, die dank des Fortschritts im Transportwesen die zunehmende Globalisierung des Handels ermöglichte; zunächst durch die Dampfschiffahrt, dann durch den Verbrennungsmotor. Die Ausbreitung des Kapitalismus brachte außerdem den Zwang zu Wettbewerb und das ständige Streben nach Profit mit sich. Seit Beginn der Kolonialisierung wurde es profitabel, Regionen entsprechend ihrer Wettbewerbsvorteile zu »spezialisieren«, was ganze Zivilisationen zerstörte. Nahezu alle Teile der Welt wurden dadurch voneinander abhängig – und damit auch von immer mehr umweltschädlichem Gütertransport. Das alles spitzte sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu, als sich der Freihandel entwickelte, der den großen multinationalen Konzernen die Möglichkeit gab, ihre Tochtergesellschaften in allen Teilen der Welt anzusiedeln.

Seit einigen Jahren werden die internationalen Debatten über die globalen Herausforderungen des Umweltschutzes von Verbänden, aber auch von Vertreter*innen bestimmter Länder des Globalen Südens vorangetrieben: Sie bringen die Idee einer »ökologischen Schuld« vor, die bestimmte Länder bei anderen haben. Dieser Ausdruck umfasst unbeabsichtigte ökologische Schäden,

unbezahlte Abgaben auf ökologische Ressourcen und Anleihen beim »ökologischen Kapital« anderer Regionen. Dem zugrunde liegt ein Nord-Süd-Gefälle, in dem die westlichen Industrieländer, also der Globale Norden, die Schuldner dieser »ökologischen Schulden« sind, während die Länder des Globalen Südens, die »Dritte Welt«, die Gläubiger sind.

Es ist klar, dass »ökologische Schuld« eher ein politisches als ein juristisches Konzept ist. Ein Mittel, um das vergangene und gegenwärtige Verhalten der Länder des Globalen Nordens, aber auch der transnationalen Konzerne anzuprangern. Ziel dieser Anklage ist es unter anderem, die beschuldigten Länder dazu zu bringen, ihre Fehler anzuerkennen, Wiedergutmachung oder Entschädigung zu zahlen, zukünftig anders zu handeln und die Länder des Globalen Südens gleichberechtigt zu behandeln.



Die Auswirkungen der Klimakrise auf die Länder des Globalen Südens

Die Klimakrise ist höchst ungerecht. Diejenigen, die dafür verantwortlich sind, sind am wenigsten betroffen (vulnerabel) und umgekehrt – diejenigen, die am wenigsten verantwortlich sind, sind am stärksten betroffen. Diese Trennlinie verläuft insbesondere zwischen reichen und armen Ländern, aber auch intersektional als Folge kapitalistischer Klassenungleichheiten, durch Hierarchien von Geschlecht, Sexualität, physischer und psychischer Fähigkeiten sowie als Folge von Rassismus.



Verantwortung

In einer Studie aus dem Jahr 2020 wurden die »überschüssigen« Treibhausgasemissionen verschiedener Länder berechnet. Mit »überschüssig« sind hier all die Emissionen gemeint, die über eine bestimmte Menge pro-Kopf-Emissionen hinausgehen, die es erlauben würden unter 350 parts per million¹ CO₂ zu bleiben. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die Länder des Globalen Nordens für 92% der überschüssigen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, während die Länder des Globalen Südens gerade einmal 8% verantworten.²



Vulnerabilität

Die Klimavulnerabilität, also die Verwundbarkeit der Länder in Bezug auf die Klimakrise, basiert auf Faktoren wie Zugang zu sanitären Einrichtungen, Lesefähigkeit, Sterblichkeitsrate von Müttern, politische Freiheiten und Lebenserwartung bei der Geburt. Hier zeigen sich klare Unterschiede zwischen ehemals kolonisierten Ländern und früheren Kolonisierungsländern. Diese Unterschiede ergeben sich jedoch nicht nur aus der geografischen Lage eines Landes, wie etwa eine Lage in der Nähe des Äquators, wo die globale Erwärmung am stärksten ist, oder in der Nähe von überschwemmungsgefährdeten Küsten, sondern sind vielmehr das Ergebnis kumulierter Vor- und Nachteile, die über Jahrzehnte hinweg in Form von Institutionen, Normen und Ressourcen entwickelt und angehäuft wurden. Die geografischen Faktoren kommen noch hinzu. Die ärmsten Länder der Welt sind am stärksten von den Klimafolgen betroffen. Ein 2021 veröffentlichter Bericht³ schätzt, dass seit 1991 97% der von extremen Wetterereignissen betroffenen

-
- 1 Die Einheit ppm (engl. parts per million) ist die international gebräuchliche Maßeinheit, mit der der Anteil der Kohlendioxidkonzentration (CO₂) in der Luft angegeben wird.
 - 2 Hickel, Jason (2020) → Quantifying National Responsibility for Climate Breakdown: An Equality-Based Attribution Approach for Carbon Dioxide Emissions in Excess of the Planetary Boundary, in: *The Lancet Planetary Health* 4, Nr. 9, S. 399-404.
 - 3 *United Nations: Climate and weather related disasters surge five-fold over 50 years, but early warnings save lives* – WMO report.

Menschen in Ländern des Globalen Südens leben: Pro Jahr werden hier 189 Millionen Menschen Opfer von Extremwetterereignissen – 676.000 davon sind Todesfälle. Die sintflutartigen Regenfällen, die in der Nacht auf den 5. Mai 2023 im Gebiet von Kalehe in der Provinz Süd-Kivu im Osten der Demokratischen Republik Kongo niedergingen, und bei denen nach vorläufigen Angaben mehr als 4.300 Menschen vermisst werden und mehr als 400 durch Überschwemmungen und Erdbeben ums Leben gekommen sind, sind nur eines von vielen Beispielen. Eine ähnliche Katastrophe ereignete sich einige Tage zuvor in Ruanda mit 130 Toten.



Die finanzielle Schuldenfalle und ihre Verbindungen zu Klimaungerechtigkeit

Die Länder des Globalen Südens leiden unter einer doppelten Belastung: Sie sind vom Klimawandel betroffen, für den sie nicht verantwortlich sind, und sie müssen eine übermäßige finanzielle Schuld zurückzahlen. In den 1990er Jahren wurde versucht, die von den Ländern des Globalen Südens, insbesondere in Lateinamerika, angehäuften Finanzschulden gleichzusetzen mit den »ökologischen Schulden« der Länder des Globalen Nordens⁴: Letztere wurden aufgefordert, die Finanzschulden der Länder des Globalen Südens abzuschreiben, um diese für die ökologischen Schulden zu entschädigen. Das taten sie jedoch nie.

Die Probleme der Verschuldung und des Klimawandels sind eng miteinander verknüpft und sollten daher gemeinsam angegangen werden. Die armen Länder sind mit einer immensen Schuldenlast konfrontiert, die größtenteils auf eine nicht haltbare Verschul-

4 Mbog Batassi, Pierre Eric (2008) → Déclaration de Libreville sur la santé et l'environnement en Afrique.

derung und das globale Handels- und Finanzsystem zurückzuführen ist, das einen ungleichen Austausch von Ressourcen, Waren und Geld zum Nachteil der Armen der Welt erzwingt. Nachdem in den 1990er-Jahren nach großen Kampagnen von Aktivist*innen einige Zahlungsforderungen fallen gelassen wurden, sind diese Schulden vor allem seit der Covid-Krise wieder angestiegen. 135 von 148 Ländern der ärmeren Welt werden heute als »kritisch verschuldet« eingestuft.⁵ Diese Verschuldung verschleiert jedoch, wer wem wirklich etwas schuldet. Die Länder des Globalen Nordens sind unverhältnismäßig stärker für die Klimakrise verantwortlich, was zu einer Klimaschuld führt, die unermesslich größer ist als die Finanzschuld, die die Länder des Globalen Südens »schulden«. Und diese Klimaschulden sind nur die Spitze des Eisbergs der viel größeren Schulden, die durch Jahrhunderte kolonialer Versklavung, Ausbeutung und Aneignung angehäuft wurden.⁶

Da die Länder des Globalen Südens den Klimarisiken stärker ausgesetzt sind, sind sie gezwungen, mehr Kredite aufzunehmen, was zu höheren Zinssätzen auf ihre ohnehin schon unhaltbaren und ungerechten Auslandsschulden führt. Einerseits verschlechtern die Auswirkungen des Klimawandels die Schuldensituation der armen Länder so zunehmend. Andererseits wird eine hohe Verschuldung diese Länder daran hindern, in nennenswertem Umfang in Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels und zur Anpassung zu investieren, da ein großer Teil ihrer Mittel für Schuldentilgungen aufgewendet wird. Eine hohe Verschuldung zwingt diese Länder dazu, ihre natürlichen Ressourcen (Wälder, Öl, ...) auszubeuten und zu verkaufen, um schnell an Geld zu kommen, was negative Folgen für das Klima und die biologische Vielfalt hat. Außerdem können diese Länder nicht angemessen auf Notfälle reagieren, mit denen ihre Bevölkerung konfrontiert ist, wie zum Beispiel die COVID-19-Pandemie und die Klimakrise.

5 *Misereor* (Hrs.) (2020) → Global Sovereign Debt Monitor.

6 Hickel, Jason et al. (2020) → Imperialist Appropriation in the World Economy: Drain from the Global South through Unequal Exchange, 1990-2015, in: *Global Environmental Change*, Volume 73.

Schließlich werden Regierungen durch die Schulden gezwungen, öffentliche Ausgaben insbesondere im sozialen Bereich zu kürzen, was vor allem Frauen und Kinder trifft, die sowieso schon zu den schwächsten Gruppen der Gesellschaft gehören.

Die Klimakrise, mit der wir heute konfrontiert sind, kann nicht ohne eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Schuldenfrage und diesbezüglicher Gerechtigkeit gelöst werden. Die Aufrechterhaltung unrechtmäßiger finanzieller Schulden des Südens gegenüber dem Norden, die zu Ungleichheit, Extraktivismus, Ausbeutung natürlicher Ressourcen und unrechtmäßigem Vermögenstransfer führt, hält Länder und ihre Bevölkerungen in einer Situation wirtschaftlicher Abhängigkeit.

Die Kämpfe für soziale und Klimagerechtigkeit müssen unbedingt mit der Forderung nach einem Schuldenerlass für die ärmeren Länder verbunden werden, damit finanziert werden kann, dass diese ihre fossilen Brennstoffe im Boden belassen können und einen gerechten Übergang gestalten können. Ein sehr anschauliches und eindrückliches Beispiel für ein solches Vorgehen ist der Schuldenerlass für Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, der das »Wirtschaftswunder« des Landes ermöglichte. Wenn also dem Land, das für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich war, damals die Schulden gestrichen werden konnten, dann können sie sicherlich auch erlassen werden, um einen gerechten Übergang im Globalen Süden zu ermöglichen!



Die dreifache Krise der Länder des Globalen Südens

Die Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen sind mit einer dreifachen Krise konfrontiert: der Finanzschuldenkrise, der Wirtschaftskrise und seit kurzem auch der COVID-19-Gesundheitskrise, die gerade erst abgeklungen ist und deren Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung noch immer zu spüren sind. Die Folgen des Klimawandels bringen nicht nur eigene Risiken mit sich, sondern verschärfen auch die bereits bestehenden Verwundbarkeiten jener Länder. In ihrer Summe bedrohen diese Krisen die kleinen Fortschritte, die in den letzten Jahrzehnten in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Ernährungssicherheit erzielt wurden, und könnten den Kampf gegen die Armut um 10 Jahre, in einigen Regionen wie Afrika südlich der Sahara sogar um 30 Jahre zurückwerfen.⁷

Strukturell gesehen bedroht diese dreifache Krise die Achtung der Menschenrechte und gefährdet die Zukunft von Tausenden von Menschen. Dennoch liegt der Schwerpunkt derzeit auf den Rechten der Gläubiger und nicht auf den Rechten und dem Lebensunterhalt der Menschen des Globalen Südens. Der Schuldenerlass ist also kein Akt der Nächstenliebe, sondern muss als wesentliche Voraussetzung für den Erhalt der eigenen Ressourcen jener Länder gesehen werden, damit diese vorrangig für klimapolitische und selbstbestimmte Entwicklungsziele eingesetzt werden können, was wiederum zur Achtung der Menschenrechte und zum Abbau geschlechtsspezifischer Ungleichheiten beiträgt.

Darüber hinaus kann Klimagerechtigkeit, also die Notwendigkeit, Fragen von Gleichheit und Gerechtigkeit bei der Bewältigung

7 Unicef → The State of the Global Education Crisis.

des Klimawandels einzubeziehen, nicht als etwas angesehen werden, das außerhalb eines Systems stattfindet, welches gleichzeitig Diskriminierung aufrechterhält. In diesem Sinne kann Klimagerechtigkeit nicht von wirtschaftlicher Gerechtigkeit und damit von der Frage der Verschuldung in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen getrennt werden.

Klimareparationen



Rechtfertigung

Die moralischen Argumente für Reparationen sind sehr überzeugend und erfordern einen Systemwandel. Ein solcher Wandel beinhaltet nicht nur die Anerkennung der Klimaschuld, sondern auch Wiedergutmachung und die Rückerstattung der zahlreichen finanziellen, sozialen und ökologischen Schulden der Länder des Globalen Nordens an die des Globalen Südens, die während der kolonialen Vergangenheit und durch die neokoloniale Dynamik von heute entstanden sind. Es sind Schulden für imperialistische Eroberungen, Sklaverei und Kolonisierung. Für die Zerstörung von Kulturen, die Ausbeutung von Reichtum und die Monopolisierung von Land und Ressourcen, die alle bis heute andauern, insbesondere aufgrund eines Schuldensystems, das es den Ländern des Globalen Nordens erlaubt, sich in die Innenpolitik der Länder des Globalen Südens einzumischen. Das globale Handelssystem mit ungleichen Handelsbedingungen, das auf neokolonialen Machtungleichheiten beruht, ermöglicht es dem Globalen Norden, dem Globalen Süden jährlich den Wert von über 10 Billionen Dollar zu entziehen. Das ist das 30-fache der Summe, die die Länder des Globalen Südens

als »Entwicklungshilfe«⁸ erhalten, und genug, um extreme Armut weltweit 70-mal zu beenden. Insgesamt hat der Globale Norden seit den 1980er-Jahren allein über 4 Billionen Dollar an Zinszahlungen aus dem Globalen Süden herausgepresst.⁹ Er ist nicht nur für die höchsten Treibhausgasemissionen in der Geschichte verantwortlich, sondern beutet auch die meisten Länder des Globalen Südens aus und kolonisiert sie durch seine multinationalen Konzerne, die systematisch deren natürliche Ressourcen plündern. Ein Großteil der weltweiten Emissionen resultiert aus der Ausbeutung des Südens, um ein System des nicht nachhaltigen Konsums und der Verschwendung in den privilegierten Klassen der reichen Länder anzuheizen. Auf Kosten der zunehmenden Zerstörung und des Leids der Bevölkerung des Globalen Südens. Dieser Finanzkolonialismus muss dringend überwunden werden.

Die moralische Forderung nach Reparationen könnte auch juristisch verhandelt werden. Diejenigen, die für die Klimakrise verantwortlich sind, sowohl in den Regierungen als auch in den Unternehmen, wussten mindestens seit Anfang der 1990er-Jahre über die Auswirkungen der Verbrennung fossiler Brennstoffe, anderer Emissionen und der veränderten Landnutzung Bescheid, große Emittenten wie Shell und Total sogar schon deutlich früher.¹⁰ Der Globale Norden hatte also ausreichend Zeit zu handeln

-
- 8 Wir sind der Meinung, dass die Begriffe »Entwicklungsländer« und »entwickelte Länder« eine sehr destruktive Ideologie von Entwicklung fortschreiben und nicht als neutrale Beschreibungen von Ländergruppen dienen. Dennoch haben wir uns in den Fällen, in denen wir die offizielle Terminologie wiedergeben wollen, dafür entschieden, die Begriffe zu nutzen und sie in Anführungszeichen zu setzen.
- 9 Hickel, Jason (14.1.2017) → Aid in Reverse: How Poor Countries Develop Rich Countries (Wie arme Länder reiche Länder entwickeln), in: *The Guardian*, Sek. Working in development; Hickel Jason / Sullivan, Dylan; Zoomkawala, Huzaifa (2.11.2021) → Plunder in the Post-Colonial Era: Quantifying Drain from the Global South Through Unequal Exchange, 1960-2018, in: *New Political Economy* 26, no. 6, S.1030-1047.
- 10 Einige von ihnen haben die Öffentlichkeit sogar aktiv getäuscht, indem sie klimaleugnende Wissenschaft finanziert haben. Franta, Benjamin (25.8.2021) → Die Bewaffnung der Wirtschaft: Big Oil, Wirtschaftsberater und die Verzögerung der Klimapolitik, in: *Umweltpolitik*, Nr. 0, S.1-21; Oreskes, Naomi, und Conway, Erik M. (2010) → Merchants of Doubt: How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming, *Bloomsbury Publishing USA*.

und jene Schäden zu verhindern. Er hat es jedoch unterlassen, geeignete Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen zu ergreifen und damit wirksame klimapolitische Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene blockiert.

Darüber hinaus sind die Emissionen im Globalen Norden sogar noch stärker angestiegen, seit die Gefahren durch steigende CO₂-Konzentrationen bekannt sind, was den Schaden für die am stärksten betroffenen Menschen und Gebiete (Most Affected People and Areas - MAPAs) noch weiter vergrößert hat.¹¹ Die verantwortlichen Länder haben über diesen Zeitraum viel mehr Mittel und Ressourcen angehäuft, um in die eigene Anpassung zu investieren. Dies geschah zum Teil durch eine wirtschaftliche Entwicklung, die zu steigenden Emissionen führte und maßgeblich auf der Ausbeutung des Globalen Südens beruhte (und dies immer noch tut), was wiederum die Möglichkeiten der MAPA, sich selbst zu schützen und anzupassen, stark einschränkte. Nach Angaben der Vereinten Nationen ist die Wahrscheinlichkeit, dass Menschen in Afrika, Südasien sowie Mittel- und Südamerika durch extreme Wetterereignisse sterben, 15-mal höher als bei der reicheren Hälfte der Menschheit.¹²

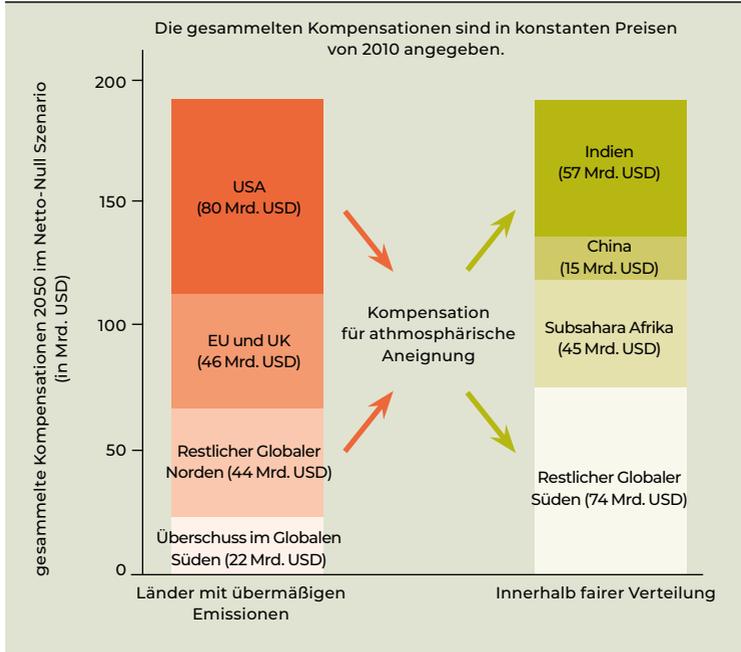
Während es offensichtlich ist, dass die Schulden des Globalen Südens gegenüber dem Globalen Norden größtenteils unrechtmäßig sind, müssen die Schulden des Nordens gegenüber dem Süden aus mehreren Gründen als rechtmäßig anerkannt werden:

- Kolonialgeschichte und Sklaverei
- historische Verantwortung und Klimaschuld
- Vulnerabilität
- ungleiche Kapazitäten zur Bewältigung von Klimakatastrophen.

11 IPCC 2022. Die Entwicklung entspricht somit dem Rechtsgrundsatz der Schadensfreiheit mit drei Kriterien: »1. die Möglichkeit zu handeln, 2. die Vorhersehbarkeit des Schadens und 3. die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen, die zur Vermeidung oder Minimierung des Risikos ergriffen werden.« *Burkett* (2009).

12 Van Unen, Amber (20.7.2020) → Island Nations Turn to World's Highest Court for Climate Justice, in: *Impakter*.

Abbildung 1: Gesammelte Kompensationen, die von übermäßig emittierenden Ländergruppen fällig sind (im Vergleich zu gerechter Verteilung des Restbudgets an Emissionen bis 1,5 °C), auf Basis des historischen Zeitraums 1960 - 2019 und des Netto-Null Szenarios von 2020 bis 2050.



Quelle: Fanning, A. L., und Hickel, J. (2023) Compensation for atmospheric appropriation. *Nature Sustainability*, 1-10.

Auf der Grundlage eines »Fair-Share«-Ansatzes für das verbleibende CO₂-Budget, um die Erderwärmung auf unter 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, wurde in einer aktuellen Studie berechnet, dass selbst in sehr ehrgeizigen Szenarien die reichen Industrieländer bis 2050 für übermäßige Treibhausgasemissionen verantwortlich wären und somit 170 Billionen US-Dollar an Klimareparationen zahlen müssten. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass die Länder mit den höchsten Verschmutzungswerten an die Länder mit historisch niedrigen Verschmutzungswerten jährlich fast 6 Milliarden US-Dollar zahlen und damit deren Abkehr von fossilen Brennstoffen unterstützen müssten, auch wenn sie ihren »fairen Anteil« (also

angemessenen Anteil) am globalen Kohlenstoffbudget nicht genutzt haben.¹³ Deutschland, das zu den Ländern mit der höchsten Umweltverschmutzung gehört, müsste bis 2050 jährliche Pro-Kopf-Ausgleichszahlungen von mehr als 4000 US-Dollar leisten.

Abbildung 2: Top 5 der übermäßig emittierender Länder.

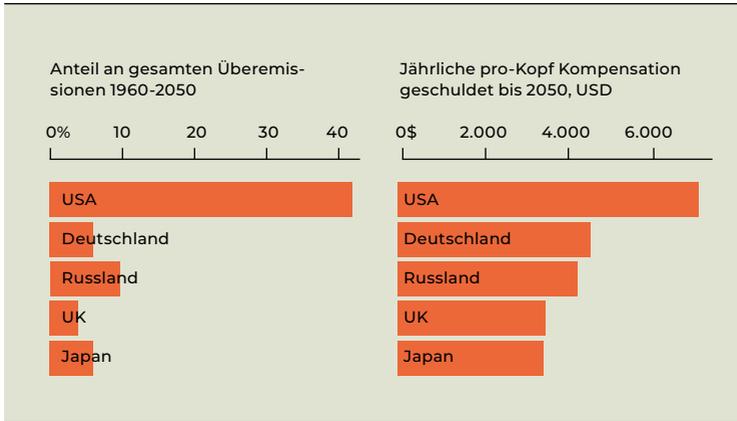
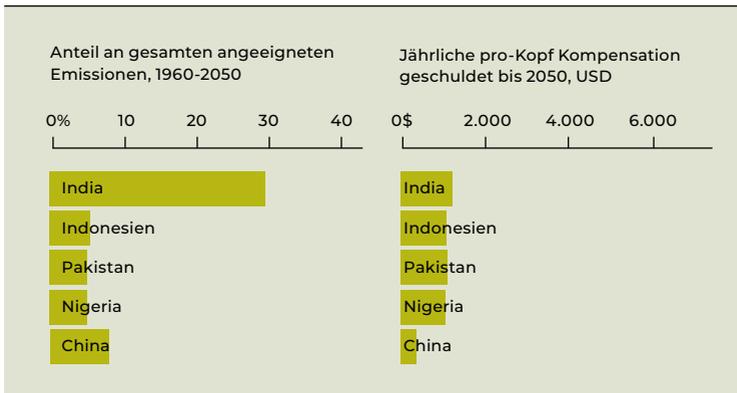


Abbildung 3: Top 5 der Niedrigemissionsländer.



Quelle: Fanning, A. L., und Hickel, J. (2023): *Kompensation für atmosphärische Aneignung*. *Nature Sustainability*.

13 Fanning, Andrew L., und Hickel, Jason (5.6.2023) → Kompensation für atmosphärische Aneignung, in: *Nature Sustainability*, S. 1-10.



Wie können Klimareparationen konkret aussehen?

Klimareparationen sind Strategien und Maßnahmen, die ein Staat ergreift, um vergangene und gegenwärtige systematische Ungerechtigkeiten im Zusammenhang mit der Klimakrise wiedergutzumachen und die (Welt-)Wirtschaft so umzubauen, dass Klimagerechtigkeit, Wohlergehen und Gleichheit für alle Menschen weltweit gewährleistet sind. Länder und Gemeinschaften, die von Kolonialismus, Sklaverei und Armut betroffen waren, haben am wenigsten zu den globalen Emissionen beigetragen, tragen die Hauptlast der durch die globale Erwärmung verursachten Schäden und verfügen über weniger Ressourcen, um deren Auswirkungen zu bewältigen. Auf der anderen Seite haben die Länder, Unternehmen und Gemeinschaften, die am meisten zur Klimakatastrophe beigetragen haben und somit für diese verantwortlich sind, über Jahrhunderte von der Nutzung fossiler Brennstoffe profitiert und somit eine immense Klimaschuld auf sich geladen.

Klimareparationen zielen darauf ab, diese Ungerechtigkeit rückgängig zu machen, indem die Ursachen der Klimakrise angegangen und die Klimaschulden zurückgezahlt werden. Es wird nicht möglich sein, den angerichteten Schaden wiedergutzumachen, aber Reparationen können Folgen lindern, Schaden für künftige Generationen verhindern und eine gerechtere Welt schaffen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, nicht nur die finanziellen Schulden des Globalen Südens gegenüber dem Globalen Norden zu hinterfragen, sondern auch die historischen, klimatischen und ökologischen Schulden des Nordens gegenüber dem Globalen Süden zu betonen. Weil er einen großen Teil des Planeten kolonisiert und versklavt hat, weil er der größte Emittent von

Treibhausgasen ist und weil er Ressourcen geplündert und die Umwelt zerstört hat. Diese Schulden müssen anerkannt werden, da sie auf einer viel höheren Ebene angesiedelt sind, als dies bei finanziellen Schulden der Fall sein kann.

Von den drei im internationalen Recht anerkannten Formen von Reparation können nur zwei auf die Klimakrise angewendet werden. Die erste, die Naturalrestitution, also die Wiederherstellung dessen, was beschädigt wurde, ist unmöglich, da viele Auswirkungen der globalen Erwärmung irreversibel sind und die Lebensbedingungen von Milliarden Menschen drastisch verschlechtern und teilweise sogar zerstören werden. Die zweite ist die Entschädigung, beispielsweise in Form von Ausgleichszahlungen. Die dritte, Anerkennung, umfasst Fragen der Wiedergutmachung. Sie beginnt mit einer Entschuldigung und damit, klar die Wahrheit darüber zu sagen, was geschehen ist. Sie umfasst aber auch die komplizierte Frage der Garantie dafür, dass das Unrecht nicht wiederholt wird.

Eine erste Definition für Klimareparationen wurde von Maxine Burkett vorgeschlagen, der zufolge drei entscheidende Elemente dazugehören:

- 1. eine Entschuldigung,
- 2. eine finanzielle oder sonstige Entschädigung, die dieser Entschuldigung tatsächliches oder symbolisches Gewicht verleiht, und vor allem,
- 3. eine Verpflichtung des Täters, die strafbare Handlung nicht zu wiederholen, auch bekannt als die »Garantie der Nichtwiederholung«.¹⁴

14 Burkett, M. (1.10.2009) → Climate Reparations, in: *Melbourne Journal of International Law* 10.

Alle drei Elemente sind gleichermaßen wichtig und zeigen, dass Klimareparationen neben einer Form der materiellen Entschädigung (die in finanzieller Form oder durch den Austausch anderer Mittel erfolgen kann) auch eine Form der kulturellen Anerkennung umfassen: Die Übernahme der vollen Verantwortung für alle überschüssigen Emissionen (z.B. oberhalb eines gleichen, fairen Anteils, der historische Emissionen einschließt) und eine Verpflichtung zur Beendigung des Schadens – was im Fall des Klimanotstands auf nichts Geringeres hinausläuft als auf eine rasche Dekarbonisierung und eine systemische und strukturelle Umgestaltung der Weltwirtschaft. Dazu gehört, dass die koloniale und andauernde Ausbeutung der Menschen und des Planeten durch die extraktive Wirtschaft beendet und Macht und Ressourcen gerechter verteilt werden.



Klimareparationen – wer und wie?

Reparationen können in verschiedenen Formen erfolgen. Sie können durch regionale Körperschaften (z.B. die Europäische Union), nationale Regierungen (z.B. die deutsche Regierung) oder auf Landes- und Gemeindeebene (z.B. Berlin) geleistet werden. Private Unternehmen (z.B. die *Carbon Majors* und andere große Emittenten), private Organisationen, Netzwerke oder Einzelpersonen (z.B. in transnationalen Solidaritätsnetzwerken) können sie bezahlen oder sie resultieren aus politischen Maßnahmen, rechtlichen Schritten oder freiwilligen Beiträgen. Sie können finanzieller Art sein, aber auch andere Formen annehmen, wie beispielsweise den direkten Transfer von Ressourcen, Arbeitskräften oder Technologie, oder die Freigabe von Patenten. Zwar sind all diese Formen wichtig, aber angesichts des Ausmaßes der Klimaschulden und der damit verbundenen notwendigen Veränderungen wird die politische Ebene besonders relevant sein.

Die folgenden Maßnahmen entwickeln einen Eindruck davon, welche Formen Klimareparationen annehmen können:

- Als internationalistische Ergänzung zu den oft implizit »nationalen« Vorschlägen für ein universelles Grundeinkommen (UBI) könnte ein Teil der Wiedergutmachung aus globalen »bedingungslosen Geldtransfers« an Einzelpersonen bestehen, die idealerweise nach der Höhe der erlittenen Nachteile abgewogen werden – ähnlich wie ein globales UBI für Klimagerechtigkeit.¹⁵ (Siehe Baustein → Grundeinkommen und andere soziale Garantien.)
- Eine massive Aufstockung der Mittel für die Klimaanpassung – diese sollte idealerweise aus einer Perspektive der intersektionalen Gerechtigkeit, sowohl im Norden als auch im Süden, und als Teil einer transformativen Anpassungsagenda formuliert sein. Darüber hinaus könnte dies auch vom Globalen Norden finanzierte Bemühungen beinhalten, das ökologische Chaos zu beseitigen – durch Renaturierung, die Verringerung von CO₂-Emissionen und die Wiederherstellung indigener und kommunaler Landrechte.
- Die Verpflichtung, das Vergehen nicht zu wiederholen – also nicht mit großen Überschreitungen der vereinbarten Emissionsgrenzen fortzufahren und nicht einfach die imperiale Lebensweise in ein »grünes« Gewand zu kleiden – könnte durch die Bereitschaft der Länder des Globalen Nordens erfüllt werden, ihre Wirtschaft zu schrumpfen und so Raum für eine selbstbestimmte Entwicklung der Länder des Globalen Südens zu schaffen.¹⁶

15 Táíwò, Olúfẹ̀mí O.(2022) → Reparationen neu überdenken: Worldmaking in the Case of Climate Crisis, *Oxford University Press*.

16 siehe hierzu z.B.: Kuhnhenh, K. / Costa, L. / Mahnke, E. / Schneider, L. / Lange, S. (2020) → A Societal Transformation Scenario for Staying Below 1.5°C, *Heinrich Böll Stiftung*.

Reparationen als Schritt in Richtung Klimagerechtigkeit

Das Ziel von Klimareparationen einschließlich eines Schuldenerlasses ist die Erhöhung der Klimasicherheit durch:

- Unterstützung bei der Finanzierung von Mitigation (Verminderung der globalen Erwärmung), Anpassung sowie Verlust und Schaden.
- Schaffung von steuerlichem Spielraum für notwendige öko-soziale Investitionen sowie die Beendigung der von außen aufgezwungenen Sparmaßnahmen und des Ausbaus fossiler Brennstoffe.
- Beschleunigung der Dekarbonisierungsbemühungen im Globalen Norden durch eine Garantie der Nicht-Wiederholung und eine Anerkennung der historischen Klimaschuld.

Abgesehen von diesen klimabezogenen Zielen kann die Forderung nach Reparationen:

- die MAPA – also jene Gruppen und Gebiete, die übermäßig stark vom Klimawandel betroffen sind, wie indigene Gemeinschaften, von Rassismus betroffene Menschen, Frauen, LGBTIQ+-Menschen, junge, ärmere Menschen und der Globale Süden – hinter einem gemeinsamen Bezugsrahmen vereinen, der Ursachen, Verantwortlichkeiten, Verletzungen und Forderungen artikuliert.
- das Ausmaß der Gefahren, Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten, mit denen MAPA konfrontiert sind, aufzeigen und die Dringlichkeit und die Dimension der notwendigen Abhilfe verdeutlichen.

- zu einem umfassenden Leitprinzip für klimabezogene Gerechtigkeitsansprüche werden, da es die Hauptverantwortlichen klar benennt und konkrete materielle Entschädigungen fordert.
- die Voraussetzungen für globale Gerechtigkeit schaffen («world building»¹⁷).

»Loss and Damage« – die Diskussion über Reparationen im Rahmen der Klimakonferenzen

Derzeit gibt es keine dezidierten Verhandlungen über ökologische Reparationen auf internationaler politischer Ebene – die Regierungen des Globalen Nordens vermeiden das Thema und den Begriff aktiv. Allerdings trugen Bewegungen und Regierungen des Globalen Südens entsprechende Debatten in den UN-Klimaprozess hinein.

Die Frage der Entschädigung für Schäden infolge des Klimawandels war in den letzten 30 Jahren einer der Hauptstreitpunkte bei den internationalen Klimaverhandlungen. Bereits auf dem Gipfel von Rio 1992, der zur Verabschiedung des UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change, auch »Klimarahmenkonvention«) führte, hatten kleine Inselstaaten auf die Existenz irreversibler Schäden durch den Anstieg des Meeresspiegels hingewiesen und die Schaffung eines Entschädigungsmechanismus vorgeschlagen.

17 Táíwò, Olúfẹ̀mi O. (2022) → *Reconsidering Reparations: Worldmaking in the Case of Climate Crisis*, Oxford University Press.

Das Begriffspaar »Verluste und Schäden« (loss and damage) bezieht sich auf diese irreversiblen Schäden, die durch den Klimawandel verursacht werden, seien es die Folgen plötzlicher Ereignisse wie Wirbelstürme oder Überschwemmungen oder langsamere Auswirkungen wie der Anstieg des Meeresspiegels oder Dürren. Diese Schäden sind alles andere als unbedeutend: Langfristig könnten sie zwei Drittel aller weltweiten Klimaschäden ausmachen. Gegen den Widerstand mehrerer Industrieländer wurde 2015 das Konzept der Verluste und Schäden im Pariser Abkommen verankert. In Artikel 8 des Abkommens wird die Notwendigkeit anerkannt, »Verluste und Schäden im Zusammenhang mit den nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels zu vermeiden, zu minimieren und darauf zu reagieren«. Damit werden Verluste und Schäden als vollwertiger Handlungsbereich der internationalen Gemeinschaft anerkannt, als dritte Säule des internationalen Klimaregimes neben der Minderung und Anpassung.

Gegenwärtig ist die bestehende Klimafinanzierung nur für Bemühungen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen (Mitigation) oder für Anpassungsmaßnahmen zum Schutz vor den Auswirkungen der globalen Erwärmung bestimmt. Die am meisten gefährdeten Länder, die am stärksten von Verlusten und Schäden betroffen sind, fordern jedoch die Schaffung eines neuen, von den größten Emittenten finanzierten Mechanismus, um die bereits unumkehrbaren Auswirkungen des Klimawandels zu bewältigen.

Die Frage der Finanzierung von Verlusten und Schäden wurde von den reichen Ländern, allen voran den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union, immer beiseitegeschoben. Sie haben sich stets geweigert, einen neuen Fonds einzurichten, weil sie befürchteten, dass sie für ihre historischen Beiträge zum Klimawandel rechtlich zur Verantwortung gezogen werden könnten. Stattdessen wurden im Rahmen der UN-Gespräche zwei Institutionen eingerichtet: der *Warschauer Internationale Mechanismus* (2013), der das Verständnis, den Austausch und die Maßnahmen in Bezug auf Verluste und Schäden verbessern soll, und das *Santiago-Netzwerk*

(2019), das gefährdete Länder mit Anbieter*innen technischer Hilfe verbindet.

Auf der COP26 in Glasgow im Jahr 2021 wurde der Druck erhöht, aber keine neue Finanzierung vereinbart. Stattdessen wurde der *Glasgow-Dialog* ins Leben gerufen, um zu erörtern, wie Aktivitäten zur Vermeidung von Verlusten und Schäden bis 2024 finanziert werden können. Die Länder des Südens drängten weiterhin darauf, dass das Thema auf der COP27 auf die offizielle Verhandlungsa-genda gesetzt wird.

UN-Generalsekretär António Guterres sagte im Vorfeld der COP27: *»Eine Einigung über Verluste und Schäden wird die wichtigste Bewährungsprobe für die COP sein. [...] Wir wissen, dass die Menschen und Nationen jetzt leiden. Sie brauchen jetzt sinnvolle Entscheidungen. Wenn wir in Bezug auf Verluste und Schäden nicht handeln, wird dies zu einem noch größeren Vertrauensverlust und zu weiteren Klimaschäden führen. Dies ist ein moralischer Imperativ, der nicht ignoriert werden kann, und die COP27 muss der Ort sein, an dem Maßnahmen gegen Verluste und Schäden ergriffen werden.«*¹⁸ Guterres schlug eine einmalige Steuer auf die Supergewinne der Öl- und Gasunternehmen als zusätzliche Einnahmequelle vor. Weitere Möglichkeiten, die zur Debatte stehen, sind die Umlenkung von Subventionen für fossile Brennstoffe und der Schuldenerlass für Länder des Globalen Südens.

Auf der COP27 erkannten die Vertragsparteien zum ersten Mal die Notwendigkeit an, die am stärksten gefährdeten Länder, die bereits unter den Klimaauswirkungen leiden, finanziell zu unterstützen. Es wurde vereinbart, einen »Loss and Damage«-Fonds einzurichten, um diese »Entwicklungsländer« finanziell bei der Bewältigung der durch die globale Erwärmung verursachten irreversiblen Schäden zu unterstützen. Der mit großem Beifall aufge-

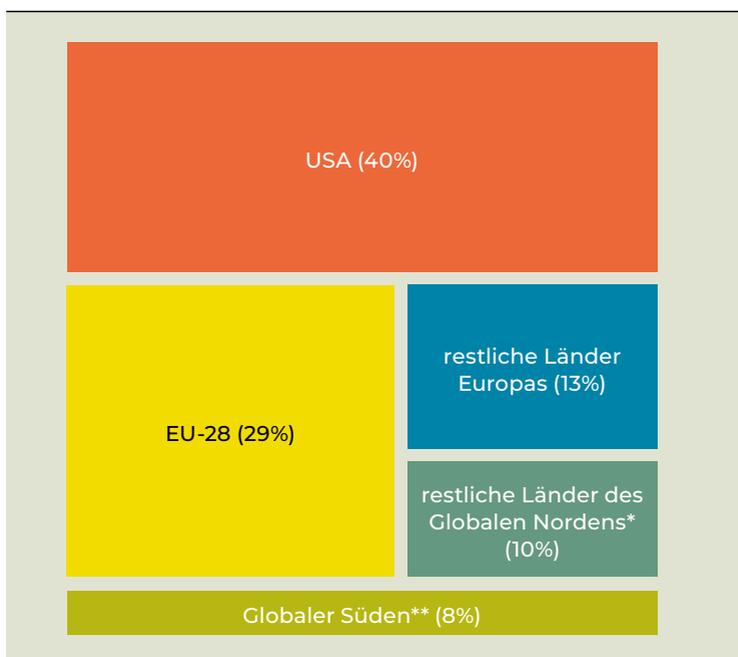
18 *United Nations* (3.10.2022) → Secretary-General's opening remarks at press encounter on Pre-COP27, António Guterres.

nommene Beschluss ist das Ergebnis einer Forderung, die die Länder des Südens seit dreißig Jahren stellen. Während eine Einigung über die schwierigsten Punkte der Tagesordnung erzielt werden konnte, darunter ein Mechanismus für Schäden und Verluste, ist die große Frage der Finanzierung jedoch noch nicht geklärt.¹⁹

Dänemark kündigte auf der UN-Generalversammlung in New York 2022 an, 13 Mio. Dollar zur Entschädigung von Verlusten und Schäden bereitzustellen. Der Weg war bereits von Schottland geebnet worden, gefolgt von der wallonischen Region (Belgien) und Deutschland auf der COP26, die sich zusammen bereit erklärten, über 10 Mio. Euro beizusteuern. Diese Beiträge scheinen zwar ein wichtiger Schritt zu sein, liegen aber weit unter dem, was notwendig ist: Die Kosten für Verluste und Schäden werden in den Ländern des Globalen Südens bis 2030 auf 290 bis 580 Mrd. US-Dollar pro Jahr²⁰ und bis 2050 auf bis zu 1,7 Bill. US-Dollar geschätzt.²¹

-
- 19 Während die Einigung über die Finanzierung von Schäden und Verlusten einen Fortschritt für die schwächsten Bevölkerungsgruppen darstellte, wurden auf der COP27 kaum Fortschritte bei anderen wichtigen Themen im Zusammenhang mit den Ursachen der globalen Erwärmung erzielt, insbesondere beim Ausstieg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe und der Notwendigkeit, die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
- 20 Markandya, Anil und González-Eguino, & Mikel (2018) → *Integrated Assessment for Identifying Climate Finance Needs for Loss and Damage: A Critical Review*. Springer Verlag.
- 21 Baarsch, F. et al. (2015) → *Impacts of low aggregate INDCs ambition: research commissioned by Oxfam*.

Abbildung 4: Verantwortung für übermäßige Emissionen.



Quelle: Hickel, J. (2020). Quantifying national responsibility for climate breakdown: an equality-based attribution approach for carbon dioxide emissions in excess of the planetary boundary. *The Lancet Planetary Health*, 4(9), e399-e404.

* Der Begriff »Globaler Norden« bezieht sich auf die USA, Kanada, Europa, Israel, Australien, Neuseeland und Japan.

** Der Begriff »Globaler Süden« bezieht sich auf den Rest der Welt: Lateinamerika, Afrika, den Nahen Osten und Asien.

Reparationen in der Praxis

Es gibt bisher keine Beispiele einer vollständigen Ausgestaltung von Klimareparationen. Einige politische Maßnahmen enthalten jedoch Elemente von Klimareparationen oder werden in Debatten über Klimareparationen häufig genannt und können daher als erste Orientierung dienen.

Klima- oder ökologische Reparationen gehören mindestens seit den 1990er-Jahren zu den Kernforderungen der internationalen Bewegungen für globale Gerechtigkeit. Die offensichtlichsten Akteur*innen, die Klimareparationen fordern, sind Gemeinschaften und Organisationen aus der Gruppe der MAPA, insbesondere im Globalen Süden, die teils auch Regierungen einschließen. Forderungen nach einem Schuldenerlass wurden und werden auch von Gewerkschaften unterstützt, ebenfalls vor allem aus dem Globalen Süden. Beide Forderungen wurden zum Teil auch von Bewegungen im Globalen Norden aufgegriffen, stehen aber im aktuellen Bewegungsdiskurs noch nicht im Mittelpunkt.²²

Es gab und gibt Kampagnen, die einen Schuldenerlass für die Finanzschulden des Globalen Südens fordern, der teilweise mit dem Hinweis auf ökologische Schulden gerechtfertigt wird.



Die aktuelle Kampagne *Debt for Climate*, eine vom Globalen Süden ausgehende Initiative, die Kämpfe für soziale und Klimagerechtigkeit verbindet, indem sie Arbeiter*innen- sowie Sozial- und Klimabewegungen aus dem Globalen Süden und Norden zusammenführt, fordert: »*dass die reichsten Länder des Globalen Nordens*

22 Táíwò, Olúfẹ̀mi O. (2022) → Reconsidering Reparations: Worldmaking in the Case of Climate Crisis. Oxford University Press.

beginnen, ihre Klimaschulden zu begleichen, und dies umfasst die Forderungen nach Reparationen, Verlusten und Schäden sowie Klimafinanzierung, die nicht in Form von Krediten, sondern als zinslose Zahlungen erfolgen muss. Debt for Climate fordert den bedingungslosen Erlass der illegitimen Schulden, die oft illegal und verfassungswidrig vergeben wurden. «²³

- Das *Climate Vulnerable Forum* (CVF) ist eine 2009 gegründete internationale Kooperation für Länder des Globalen Südens, die durch den Klimawandel besonders gefährdet sind. Auf dem *Africa and Middle East Climate Vulnerability Forum* (CVF), das vom 27. bis 29. Juli 2021²⁴ stattfand und eine große und repräsentative Gruppe der am stärksten gefährdeten Länder in dieser Region vertrat, verabschiedeten die Delegierten mehrere Empfehlungen²⁵ zur Verbesserung der Reaktion auf die Klimakrise.
- Großbritannien: Es ist erwähnenswert, dass die *Pan-Afrikanische Reparations-Koalition* in Europa Reparationen in die Umweltbewegung in Großbritannien integriert hat. Sie hat strategisch eine Nähe zu Bewegungen wie *Extinction Rebellion* (XR) durch die »Stop the Maangamizi«-Kampagne aufgebaut, die das *internationalistische Solidaritätsnetzwerk Extinction Rebellion* kurz nach der Gründung von XR im Jahr 2018 mitbegründete. Durch den Einfluss der Kampagne »Stop the Maangamizi« haben XR und das *XR-Being the Change Affinity Network*, eine eigene Gruppierung innerhalb von XR, den Appell »repair the planet« zur Unterstützung der *Pan-Afrikanischen Reparations-Koalition* in Europa übernommen.²⁶

23 → debtforclimate.org

24 CVF *Afrique et Moyen-Orient Communiqué Régional, Forum de la Vulnérabilité Climatique* (2021) → *Dialogue Régional pour l’Afrique et le Moyen-Orient*.

25 CVF *Asia Regional Communiqué, Climate Vulnerable Forum Regional Dialogue for Asia* (2021).

26 Stanford-Xosei, E. (2022) → *Afrika and Reparations Activism in the UK - Interview*. in: *Review of African Political Economy*.

- Die britische Kampagne mit dem Namen *Climate Reparations*²⁷ fordert einen Systemwandel durch eine Politik der britischen Regierung, die der Zerstörung Einhalt gebietet (d.h. Stopp von fossilen Projekten, Infrastrukturen und einer feindseligen Migrationspolitik) und die »damit beginnt, den Gemeinden hier und auf der ganzen Welt die Versorgung und Entschädigung anzubieten, die sie brauchen, um sich zu schützen und die bereits entstandenen Schäden zu reparieren« (d.h. die Verursacher von Umweltverschmutzungen zur Zahlung von Klimareparationen zu veranlassen, in Wohnraum und grüne Arbeitsplätze zu investieren und für die Klimaschäden aufzukommen, die Großbritannien weltweit verursacht).²⁸
- Es gibt einige Klagen gegen große CO₂-Emittenten wie das Energieunternehmen *RWE* oder Zementhersteller – wegen klimabedingter Verluste und Schäden, unter anderem von einem Bauern in Peru und Inselbewohnern aus Pari, Indonesien. Sie berechnen den prozentualen Anteil der Unternehmen an den Gesamtemissionen (z.B. ist die *Holcim (Schweiz) AG*²⁹ seit 1950 für 0,4 % der weltweiten Emissionen verantwortlich) und fordern diesen Prozentsatz als Entschädigung für die lokal entstehenden Schäden.
- Der pazifische Inselstaat Vanuatu hat seine Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaabkommen um Kostenschätzungen für »Verluste und Schäden« aufgrund der Auswirkungen der globalen Erwärmung ergänzt.³⁰
- Eine Koalition pazifischer Länder unter der Führung von Vanuatu und mit Unterstützung Australiens und Neuseelands arbeitet daran, den Internationalen Gerichtshof (IGH) dazu zu bringen,

27 Unter der Leitung von *Wretched of the Earth, Stop The Maangamizi Campaign, London Renters Union, No More Exclusions, Platform London, Tipping Point UK, Decolonising Economics* und anderen.

28 → climatereparations.uk/#demands

29 Die *Holcim (Schweiz) AG* ist ein in der Schweiz ansässiges Baustoffunternehmen.

30 → www.vanuatuicj.com/NDC

eine »Gegenstellungnahme« zum Thema Klimawandel zu erstellen. Sie hoffen, dass der IGH ein Gutachten über die Verpflichtungen der Länder zum Schutz der Rechte »gegenwärtiger und zukünftiger Generationen vor den negativen Auswirkungen des Klimawandels« erstellt.³¹

- Die *Make Big Polluters Pay*-Kampagne, welche im Rahmen des UNFCCC-Prozesses entstanden ist.³²
- Die Premierministerin von Barbados, Mia Amor Mottley, hat sich sehr deutlich für Reparationen ausgesprochen.³³

Wie kommen wir dahin?

Klimareparationen zu erreichen ist eine Herausforderung. Sie muss damit beginnen, den öffentlichen Diskurs zu beeinflussen. Einerseits ist die Frage der Reparationen ein Kernstück der Klima- und globalen Gerechtigkeit, eine Voraussetzung für einen Heilungsprozess zwischen dem Globalen Norden und Süden und eine wichtige Maßnahme, um weitere Ungerechtigkeiten und Umweltzerstörungen im Globalen Süden zu stoppen. Andererseits wird das Thema in Deutschland – außerhalb der Klimaverhandlungen – nur selten diskutiert und nur wenige Initiativen oder NGOs beschäftigen sich mit diesem Anliegen. Und wenn es diskutiert wird, dann oft in engem Zusammenhang mit dem UN-Prozess zu Schäden und Verlusten und unter Ausschluss weitergehender Forderungen aus dem Globalen Süden.

31 Van Unen, A. (20.7.2020) → Island Nations Turn to World's Highest Court for Climate Justice, in: *Impakter*.

32 → makebigpolluterspay.org

33 Carrington, J. (8.6.2022) → Prime Minister Repeats Call For Reparations.

Damit Reparationen Realität werden können, ist derzeit der wichtigste Schritt, ein Narrativ, ein öffentliches Bewusstsein und wachsende Unterstützung für Reparationen zu schaffen. Die gegenwärtigen Klimagerechtigkeitsbewegungen und -initiativen können hier ein zentraler Ansatzpunkt sein, um das Bewusstsein für das Thema zu schärfen. Klimareparationen sollten eine Hauptforderung von Klimagerechtigkeitsgruppen sein und auf der gleichen Ebene wie die Forderung nach einem Kohleausstieg oder einer humanen Migrationspolitik stehen.

Um zu diesem Punkt zu gelangen, sind die folgenden Schritte erforderlich:

- Interne Auseinandersetzung mit dem Thema, um die erforderlichen Kenntnisse zu erwerben.
- Lernen über Kolonialismus, *weiße* Vorherrschaft, kritisches *Weiß*-sein, intersektionale Gerechtigkeit und die gesamten Reparationsforderungen, insbesondere von marginalisierten Menschen und dem Globalen Süden.
- Unterstützung von und Zusammenarbeit mit Organisationen aus dem Globalen Süden und mit Verbindungen zum Globalen Süden (siehe → Reparationen in der Praxis) um sicherzustellen, dass dies nicht zu einer Diskussion über den Globalen Süden wird, sondern eine Diskussion bleibt, die von Stimmen aus dem Globalen Süden geleitet wird.

Mythen & Missverständnisse

Wir glauben, dass noch immer viele Mythen, die gekennzeichnet sind durch den Glauben an eine finanzielle Schuld der Länder des Globalen Südens und ein mangelndes Wissen über die vielen historischen und aktuellen Schäden, die durch den Kolonialismus und die Klimakrise verursacht wurden, ein großes Hindernis für die Unterstützung von Klimareparaturen darstellen.

» Reparationen sind nicht machbar – sie werden nie umgesetzt werden. «



Während viele Vorschläge für Klimagerechtigkeit utopisch erscheinen mögen, gibt es eine Reihe von Akteur*innen, die dafür kämpfen, dass sie Realität werden (starke soziale Bewegungen, Regierungen im Globalen Süden). Darüber hinaus konnten einige Reparationen in erfolgreichen Gerichtsverfahren durchgesetzt werden und internationale Verhandlungen zu verwandten Themen wie Verlust und Schäden finden bereits statt. Und schließlich, auch wenn es eine utopische Forderung sein mag, kann es ohne ökologische Reparationen keine globale Gerechtigkeit geben, was diese zu einem wichtigen Ziel für ein gutes Leben für alle macht.

» Was ist mit China/den USA/...? Warum soll Deutschland zahlen, wenn andere auch verantwortlich sind? «



Auch wenn letztendlich alle Länder mit überschüssigen Emissionen ihre Schulden begleichen sollten, ist es wichtig, dass die schlimmsten Übeltäter erste Schritte unternehmen. In dieser Hinsicht ist Deutschland für einen großen Teil der historischen Emissionsüberschüsse verantwortlich – viel mehr als China – und hat weiterhin hohe Pro-Kopf-Emissionen.

» Bei Reparationen geht es um die Bestrafung des Globalen Nordens. «



Ökologische Reparationen sind keine Form der Bestrafung des Globalen Nordens, sondern ein Versuch, die Ausbeutung des Globalen Südens zu beenden und den in der Vergangenheit angerichteten Schaden zu beheben. Das Ziel ist eine gerechte und friedliche Welt, in der sich die Lebensstandards weltweit angleichen, damit alle Menschen die gleichen Lebenschancen haben.

» Die Dekarbonisierung ist für den Globalen Norden schon schwierig genug, machen wir sie nicht noch schwieriger, indem wir Reparationen einbeziehen. «



Obwohl immer wieder Verpflichtungen zur Kohlenstoffneutralität formuliert wurden und sich seit der COP26 eine Koalition für den Ausstieg aus der Kohle gebildet hat, gibt es bisher keinen konkreten Plan für den Ausstieg aus der Kohle, die oft als der »schmutzigste« Brennstoff von allen bezeichnet wird. Viele Länder des Globalen Nordens basieren ihre Wirtschaft noch immer auf diesem fossilen Energieträger, der ihren Strom liefert und ihr Wachstum antreibt, insbesondere nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine. So hat beispielsweise Deutschland als Reaktion auf die große Energiekrise einige Kohlekraftwerke wieder in Betrieb genommen. Diese Schwierigkeiten bei der Dekarbonisierung dürfen keinesfalls die Maßnahmen zur Behebung der durch den Klimawandel verursachten Schäden beeinträchtigen, da a) die Länder des Globalen Südens gerade jetzt enorme Tragödien infolge der extremen Klimaphänomene der letzten Jahre erleben und b) ein Mangel an finanziellen Mitteln die Länder des Globalen Südens auf einen ausbeuterischen, fossilen »Entwicklungs«-Pfad treibt, der die Bemühungen zur Eindämmung des Klimawandels untergräbt.

Innerhalb des Konzeptwerks gibt es verschiedene Positionen zum Grundeinkommen. Doch wir finden es wichtig, dass diese Debatte geführt wird und unterstützen den Ansatz sozialer Garantien. Daher haben wir diesen Gastbeitrag in unsere Bausteine-Reihe aufgenommen.

*Ronald Blaschke (Netzwerk
Grundeinkommen),
Werner Rätz (attac)*



Grundeinkommen & soziale Garantien

von Ronald Blaschke und Werner Rätz

Für Grundeinkommen und andere soziale Garantien für alle.

Eine sozial-ökologische Transformation wird mit vielen Veränderungen und Brüchen einhergehen. Grundeinkommen und andere soziale Garantien, wie eine ausreichende Gesundheitsversorgung und Zugänge zu öffentlichen und sozialen Infrastrukturen und Dienstleistungen für alle, nehmen die Angst vor diesen Veränderungen. Außerdem befördern sie deren demokratische Gestaltung.

Hintergrund

Grundeinkommen und andere soziale Garantien befördern soziale Gleichheit, bringen soziale Sicherheit für alle durch eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Sie minimieren die Ängste vor den notwendigen Veränderungen und erhöhen die Bereitschaft für diese Veränderungen, die mit der sozial-ökologischen Transformation einhergehen müssen. Außerdem ermöglichen das Grundeinkommen und andere soziale Garantien, dass alle, jede und jeder Einzelne, an der demokratischen Gestaltung dieser Transformation beteiligt sein können. Soziale und Beteiligungsgerechtigkeit sind wesentliche Voraussetzungen für ein Gelingen der sozial-ökologischen Transformation – in jedem einzelnen Land und weltweit.

Auf einen Blick

Das bedingungslose Grundeinkommen ist ein Einkommen

- für alle Menschen
- das existenzsichernd ist und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht
- auf das ein individueller Rechtsanspruch besteht
- das ohne Bedürftigkeitsprüfung und
- ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert wird.

Die Maßnahme konkret

Das Grundeinkommen und die anderen sozialen Garantien werden durch eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ermöglicht. Es ist genug für alle da – in den einzelnen Ländern und weltweit. Die gerechte Verteilung geschieht in den einzelnen Ländern durch eine Rück- beziehungsweise Umverteilung von den obersten und oberen Einkommens- und Vermögenschichten zu den mittleren und unteren Schichten. Das kann durch verschiedene Steuern, Abgaben oder Beiträge erfolgen.¹ Um Bedingungslosigkeit und Universalität zu sichern, sind die Nutzung der öffentlichen und sozialen Infrastruktur und die Inanspruchnahme der Dienstleistungen sowie der Gesundheitsvorsorge und -versorgung gebührenfrei zu gestalten.

Das bedingungslose Grundeinkommen muss auch eine globale Dimension enthalten. Das ohnehin schon menschenverachtende weltweite Migrationsregime könnte noch schlimmer werden, wenn es zwischen den Ländern keine Rück- beziehungsweise Umverteilung hin zu den arm gemachten Ländern gäbe. Das wird von Bewegungen überall auf der Welt seit langem auch völlig unabhängig vom Grundeinkommen gefordert und kann durch ganz verschiedene Mechanismen gewährleistet werden. Instrumente wie Schuldenerlasse, Reparationszahlungen, direkte Transferleistungen an oder bevorzugte Handelsbedingungen für die arm gemachten Länder sind auch in der offiziellen Politik immer wieder zum Einsatz gekommen. Da sie nie ausreichten, bleiben Schulden der früh industrialisierten Ländern gegenüber den ehemaligen Kolonien bestehen (siehe Baustein → Klimaschulden und Reparationen).

Das Grundeinkommen und die anderen sozialen Garantien sind demokratisch zu entwickeln. Nur so kann sich die Ausgestaltung der sozialen Garantien an den Bedürfnissen der Menschen orien-

1 Siehe die Modell-/Finanzierungsübersichten beim *Netzwerk Grundeinkommen*.

tieren. Volksabstimmungen, Bürger*innenräte, direkte Beteiligungen einer und eines jeden Einzelnen – das sind Garanten dafür, dass Grundeinkommen gemäß den Vorstellungen der Mehrheit der Bevölkerung ausgestaltet werden und die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums gerecht erfolgt.

»Die politischen Auseinandersetzungen um eine gerechte Sozialpolitik unter dem Vorzeichen knapper werdender Ressourcen können nur im Blick auf die globale Situation geführt werden. Soziale Gerechtigkeit kann nur im Weltmaßstab gedacht und verwirklicht werden. Sie muss die berechtigten Lebensinteressen der Menschen in den arm gemachten Ländern des Südens anerkennen.«

Attac Vorbereitungsgruppe 2011

Beitrag zum Klimaschutz und zur Klimagerechtigkeit

Weltweit existiert genügend Reichtum, damit grundsätzlich alle Menschen ein gutes Leben haben könnten; tatsächlich aber leben einige so sehr im Überfluss, dass sie nicht wissen, wohin damit, und andere verfügen nicht einmal über das Lebensnotwendige. Diese Ungerechtigkeit ist aber nicht nur eine individuelle, sondern auch der Ort der Geburt entscheidet mit darüber, ob jemandes materielle Absicherung zumindest eher akzeptabel oder völlig unzureichend sein wird. In den früh industrialisierten Ländern geht es den Menschen im Durchschnitt viel besser als in ehemaligen Kolonien. Und sowohl zwischen wie innerhalb der Länder verfügen diejenigen eher über Macht und Durchsetzungsfähigkeit, die die Produktionsmittel besitzen, als diejenigen, die sie in ihrer täglichen Arbeit anwenden.

Zwar ist das Klima ein Phänomen, das am selben Ort oder in derselben Region für alle Menschen gleich zu sein scheint, aber die Menschen haben unterschiedlich zu den schädlichen Folgen des Klimawandels beigetragen und diese treffen sie auch unterschiedlich. Einige leben dort, wo durchschnittlich mehr Reichtum herrscht als im Rest der Welt, wo die Lebensbedingungen für die meisten Menschen besser sind als anderswo oder es leichter ist, sich Zugang zu Produktionsmitteln zu verschaffen oder zumindest angestellt zu werden, um mit ihnen arbeiten und ein Einkommen erzielen zu können. Sie leiden weniger unter Klimawandel und ökologischer Krise als diejenigen, die in armen Regionen leben.

Klimagerechtigkeit kann also nur gedacht und erreicht werden in einem Prozess tiefgreifender Veränderung der gesamten heute existierenden Produktions-, Lebens- und Verteilungsverhältnisse. Dieses Vorhaben ist kompliziert und muss nicht nur gegen mächtige Interessen durchgesetzt werden. Wie eben beschrieben, haben auch einzelne Individuen überall auf der Welt, in den früh industrialisierten Ländern öfter und regelmäßiger, in den arm gemachten seltener und zufälliger, Vorteile durch die globalen Ungerechtigkeiten. Deshalb befürworten manche von ihnen zwar grundsätzlich die Notwendigkeit von Maßnahmen gegen den Klimawandel, lehnen sie dann im Einzelnen aber ab, weil sie befürchten, dass sie selbst Nachteile dabei erleben müssten.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde unmittelbar mit seiner Einführung zwei Dinge grundlegend verändern. Zum Ersten würden ökonomische Unterschiede so weit reduziert, dass niemand mehr um die eigene physische Existenz fürchten müsste. Wenn Schritte zu einem Grundeinkommen weltweit angegangen würden, könnte rasch eine Menge an materieller Ungleichheit beseitigt werden. Zum Zweiten würde ein Grundeinkommen allen Menschen ein anderes Selbstwertgefühl ermöglichen. Niemand müsste mehr den Eindruck haben, der Gesellschaft und den Mitmenschen so wenig wert zu sein, dass ihnen sein Leben oder Tod gleichgültig ist.

Dabei ist zu bedenken, dass die Grundeinkommensforderung nicht nur auf die materielle Existenz zielt, sondern auch die gesicherte gesellschaftliche Teilhabe umfasst. Da aber in vielen Ländern der Welt Menschen leben, die täglich um ihr nacktes Überleben fürchten müssen, wäre deren Existenzsicherung schon einmal ein wesentlicher Fortschritt.

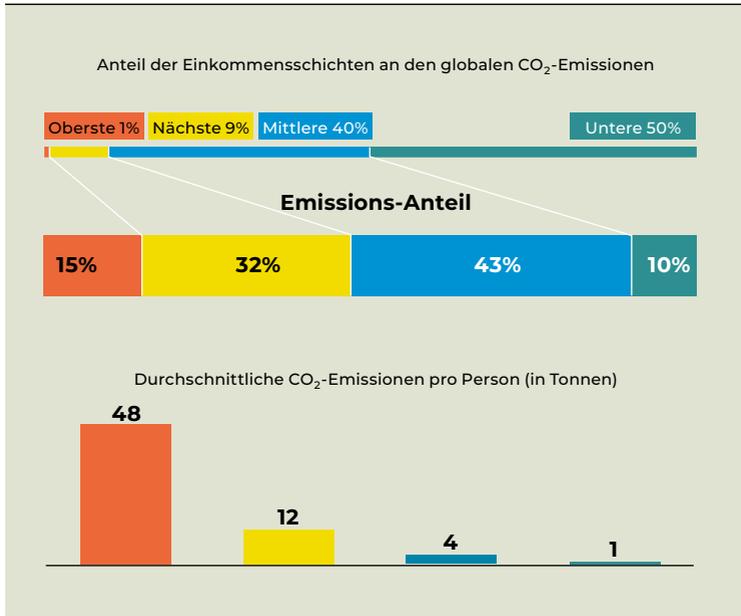
»Wer fordert, dass die Menschen ihren ökologischen Gürtel enger schnallen, der muss auch für einen gleichen Leibesumfang sorgen.«

Chris Methmann in Exner/Rätz/Zenker 2007

Argumente, Daten, Fakten

Nach einer Oxfam-Studie vom November 2022² verursachen allein die Investitionen eines der reichsten 125 Milliardär*innen der Welt mehr CO₂-Emissionen als eine Million Menschen aus den ärmeren 90% der Menschheit zusammen. Der jährliche CO₂-Ausstoß eines Menschen aus der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung beträgt 1,6 Tonnen, der eines aus den reichsten 10% liegt bei 31,2 Tonnen, beim reichsten Prozent sind es schon 110 Tonnen und bei den oberen 0,1% 467 Tonnen. Die reichsten 0,01% der Menschheit verursachen jährliche CO₂-Emissionen von unvorstellbaren 2531 Tonnen pro Person. Auch das *Statistische Bundesamt* bestätigt den Befund, wenn auch die konkreten Zahlen abweichen.

2 Maitland, Alex et al. (2022) → Carbon Billionaires: The investment emissions of the world's richest people. *Oxfam*.

Abbildung 1: Der riesige CO₂-Fußabdruck der Reichen.

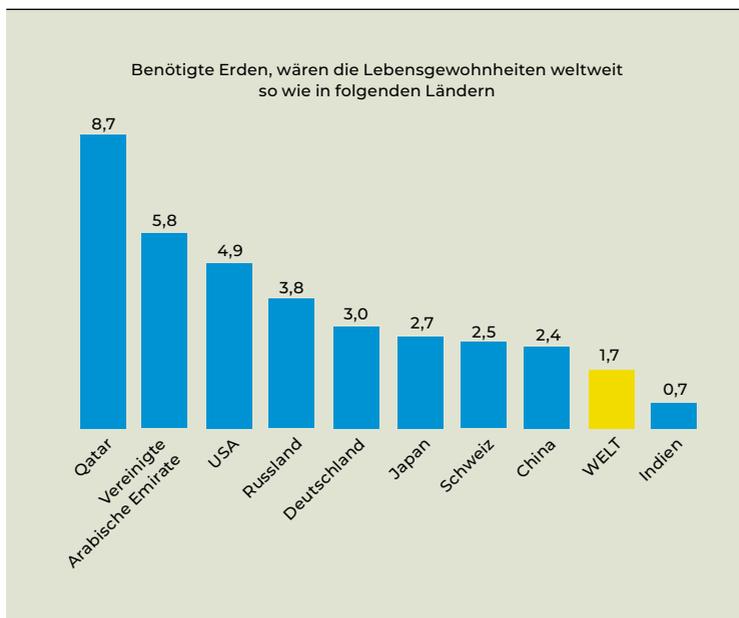
Quelle: René Bocksch (2022), statista, Anteil der Einkommensschichten an den globalen CO₂-Emissionen.

Auch der Unterschied zwischen den Ländern ist enorm. Würde die gesamte Weltbevölkerung so leben wie die Menschen in den USA, würde man 4,9 Erden benötigen, um diesen Lebensstil nachhaltig zu ermöglichen, wäre Indien das Vorbild, dann wären es nur 0,7 Erden.

»Soll die gesellschaftlich notwendige Gesamtarbeit so organisiert werden, daß sie keine überflüssige Energie verbraucht und keine überflüssigen Schadstoffe freisetzt, [...] dann ist Zustimmung zu solcher Politik nur vorstellbar, wenn sie gleichzeitig soziale Gerechtigkeit in bisher unbekannt Dimensionen verwirklicht.«

Carl Amery in Opielka 1985

Abbildung 2: Die Welt ist nicht genug



Quelle: René Bocksch (2023), statista, Benötigte Erden je Lebensstil ausgewählter Länder.

Viele Menschen kommen ihrer Erwerbsarbeit nur deshalb nach, weil sie ein Einkommen brauchen, nicht aber, weil sie das mögen, was sie konkret tun (müssen). Das betrifft oft nicht nur die individuell unangenehmsten, sondern auch die gesellschaftlich sinnlosesten Tätigkeiten, wie das Wegräumen des Mülls, der gar nicht erst gemacht werden müsste. Wäre das Einkommen mit einem Grundeinkommen gesichert, würden manche besonders belastenden Tätigkeiten entfallen. Auch die verbleibende Erwerbsarbeit verändert sich: Wenn es Arbeitsplätze gibt, an denen jede Person zeigen kann, was in ihr steckt, wird die Tätigkeit mit mehr Freude, Kraft und Kreativität getan. Im Ergebnis steigt nicht nur die Zufriedenheit der Beschäftigten, sondern auch die Produktivität ihrer Arbeit.

Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation

Es gibt im Wesentlichen fünf Bereiche, in denen ein bedingungsloses Grundeinkommen und andere soziale Garantien die sozial-ökologische Transformation begünstigen.



Das Grundeinkommen ermöglicht eine demokratische Debatte ohne Existenzangst

Soll der Übergang zu einer ökologisch verträglichen Ökonomie gelingen, so wird sich in unserer Wirtschaftsweise vieles ändern müssen. Die früh industrialisierten Länder müssen ihren Energie- und Materialverbrauch schnell und drastisch senken, auch um Wachstumsmöglichkeiten für die arm gemachten Länder offen zu halten. Das bedeutet, dass von vielem weniger verbraucht und produziert werden muss, manche Industrien vielleicht weitgehend abgebaut und manche Produktionszweige stark regionalisiert werden.

Im Zuge solcher Veränderungen werden sich viele Arbeitsplätze verändern, andere werden komplett verschwinden. Bisher ist ein Arbeitsplatz aber für die meisten Menschen die einzige Möglichkeit, das Einkommen erzielen zu können, das sie zum Leben brauchen. Wenn ihnen nicht gesagt werden kann, wovon sie in und nach der sozial-ökologischen Transformation leben sollen, dann werden sie ihre Arbeitsplätze verteidigen, selbst wenn ihnen deren ökologische Schädlichkeit bewusst ist.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen wird den meisten als dauerhafte Lebensgrundlage nicht ausreichen, aber es sichert zunächst einmal die Existenz und ermöglicht die gesellschaftliche Teilhabe. Das ist Voraussetzung dafür, dass sich Menschen auf die notwendige Debatte darüber einlassen können, welche Güter und Dienstleistungen für ein gutes Leben aller erforderlich sind. Denn

wenn eine ökologisch verantwortbare Ökonomie gelingen soll, dann müssen die Menschen erleben, dass sie diese selbst mitgestalten können. Dann muss in der Gesellschaft eine demokratische Diskussion und Entscheidung darüber erfolgen, was wir zukünftig produzieren wollen und wie wir das tun sollen.



Das Grundeinkommen macht Geld weniger schädlich

Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist neben anderem ein Projekt zur Umverteilung von Geld. Wenn arme Menschen durch das Grundeinkommen mehr Geld haben als vorher, werden sie es zum größten Teil ziemlich rasch wieder ausgeben, um sich Konsumwünsche zu erfüllen, die sie sich bisher nicht leisten konnten. Das könnte auch ökologisch nachhaltigeres Essen, klimafreundlichere Wohnungen oder dauerhaftere Kleidung betreffen, muss aber nicht. So oder so werden sie mehr konsumieren als vorher.

Wenn das Grundeinkommen Geld von oben nach unten umverteilt, dann haben Wohlhabende weniger Geld als vorher. Mit ihrem Konsum haben sie schon bisher erheblich höhere ökologische Belastungen verursacht, als es der Konsum der Armen getan hat und tut. Aber vor allem ihre Investitionen waren und sind ein ökologisches Desaster. Je reicher Personen sind, desto mehr Geld können sie erübrigen und investieren es vorrangig in Finanzgeschäfte. Gerade auf den Finanzmärkten gilt aber das Prinzip »Höher, schneller, weiter« – höhere Gewinne, weitere Risiken, schnellere Umschläge des Geldes und Neuinvestitionen. Hier entstehen die Gewinnerwartungen und die Beschleunigung, die das Marktgeschehen immer hektischer und die Beachtung ökologischer und sozialer Grenzen immer schwieriger machen.

Auch wenn der durch ein Grundeinkommen ermöglichte zusätzliche Konsum der Armen zusätzlichen Energie- und Stoffverbrauch bedeutet, in der Bilanz ist er vermutlich weniger schädlich als das Investitionsverhalten der Reichen.



Kollektive Lösungen sind ökonomisch und ökologisch günstiger

In einer Marktgesellschaft müssen Menschen alles, was sie brauchen, kaufen. Damit das gelingt, müssen sie erstens genügend Geld haben und zweitens müssen auch genügend Güter und Dienstleistungen für alle zur Verfügung stehen.

Bei den materiellen Gütern mag das mit einer ausgeklügelten Bedarfsfeststellung und Vorratshaltung noch ohne allzu große Verluste möglich sein, auch wenn die Realität daran oft zweifeln lässt. Jedenfalls würde ein bedingungsloses Grundeinkommen diesbezüglich nicht sehr viel verändern.

Anders sieht es in vielen Dienstleistungsbereichen aus. Manche davon werden nur angeboten, um billigste Arbeitskräfte zu beschäftigen, und würden ganz wegfallen. Andere könnten schon jetzt, aber vor allem mit Einführung des Grundeinkommens als öffentliche Dienstleistungen gestaltet werden – mit systemischen Effekten. Das drastischste Beispiel ist wahrscheinlich die Mobilität. Wenn diese umfassend mit privaten Pkw sichergestellt werden soll, dann braucht jeder Haushalt ein Auto, nicht selten auch mehrere. Ein öffentliches Verkehrssystem, das alle Bewegungen möglich macht, vom Taxi zum Bahnhof bis zum Fernzug (aus ökologischen Gründen ohne Flugzeug), muss viel weniger Material vorhalten als das aktuelle (siehe Baustein → Autofreie Städte). Auf diese Weise könnten auch weitere Bereiche organisiert werden, die wir bisher nicht als öffentliche Infrastruktur denken, von der Energieversorgung bis zum Wohnen.

Neben dem gesamtgesellschaftlichen ökologischen und ökonomischen Nutzen solcher Strukturen kommt ein individueller Aspekt dazu: Je umfassender diese Art öffentlicher sozialer Infrastruktur vorhanden ist, desto geringer ist der Geldbetrag, den ein Mensch zum Leben braucht, weil vieles, das bislang bezahlt werden muss, dann frei verfügbar ist. Auch hier gilt: damit die öffentliche

soziale Infrastruktur tatsächlich die Bedürfnisse der Nutzer*innen erfüllt und die ökologische Nachhaltigkeit gesichert ist, muss in einem demokratischen Prozess um deren Ausrichtung und Ausgestaltung gerungen werden.

»Neben einem allgemeinen Grundeinkommen und kostenloser Bildung sehen wir in einer allgemeinen Gesundheitsversorgung einen weiteren systemischen Schritt hin zu mehr Geschlechtergerechtigkeit. Diese betrachten wir als ein menschliches Grundrecht und als Basis einer funktionierenden Gesellschaft im 21. Jahrhundert.«

Earth for all – Der neue Bericht an den Club of Rome 2022



Das Grundeinkommen relativiert die Bedeutung »positioneller Güter«

In einer Gesellschaft, die von sozialer Ungleichheit und Konkurrenz geprägt ist, haben viele Menschen das Gefühl, zeigen zu müssen, was sie sich leisten können und dass sie dazugehören. Die dümmsten Dinge können zu Statussymbolen werden, zu sogenannten positionellen Gütern, die den Platz eines Menschen in der Gesellschaft anzeigen sollen. Dabei kann es sich genau so gut um eine Luxusjacht, Edelturnschuhe oder Designerkleidung handeln wie um das neueste Smartphone, den geklauten Fummel aus dem Billigklamottenladen oder die Droge, die am meisten knallt.

Da das bedingungslose Grundeinkommen alle bekämen und alle Zugang zu öffentlicher Infrastruktur hätten, wäre insoweit Gleichheit hergestellt. Alle wären mit dem Lebens- und Teilhabewichtigen versorgt und niemand müsste mehr beweisen, dass er oder sie dazugehört. Dabei handelt es sich allerdings um einen psychologischen Aspekt, wie viele dann auf welche Statussymbole verzichten würden, lässt sich im Voraus nicht bestimmen.

Konsum und lange Arbeitszeit

Forscher*innen haben festgestellt: Menschen mit **langen Arbeitszeiten zeigen eher ein umweltschädliches Konsumverhalten**, und zwar aus unterschiedlichen Gründen. »Zunächst gilt, dass der lange arbeitende Erwerbstätige entsprechend weniger freie Zeit zur Verfügung hat. Wenn er also seine freie Zeit intensiv nutzen will, wird er stärker auf Konsumgüter zurückgreifen. Das entspricht der typischen Maxime: *Wer ordentlich arbeitet, soll auch kräftig feiern* – die auch eine **soziale Signalwirkung** hat, da diese Menschen tendenziell einen sogenannten **Prestigekonsum bevorzugen**, der ihren **gesellschaftlichen Status unterstreicht**. Letztlich gilt, dass lange Arbeitszeiten die Organisation der Freizeit erschweren und sich damit konfektionierte (und energieintensive) Freizeitaktivitäten geradezu anbieten.«³

3 De Spiegelaere, Stan / Piaska, Agnieszka (2020) → Arbeitszeitverkürzung: Wieso, weshalb und wie. *Europäisches Gewerkschaftsinstitut*, S. 42.



Das Grundeinkommen ermöglicht Arbeitszeitverkürzung und einen geringeren ökologischen Fußabdruck

Länder mit kürzeren Arbeitszeiten haben kleinere ökologische und CO₂-Fußabdrücke.⁴ Wenn in der wissenschaftlichen Literatur auch zum Teil unterschiedliche Aussagen zum Verhältnis Arbeitszeitverkürzung und geringerer Ressourcenverbrauch und geringere Emissionen zu finden sind: Grundeinkommen und andere soziale Garantien sind wichtiger Bestandteil gesellschaftlicher Arbeitszeitverkürzungsstrategien, insbesondere dann, wenn durch eine Rück- beziehungsweise Umverteilung von Oben nach Unten für mehr Gleichheit und für mehr vielfältiges ressourcenschonendes Engagement in der Gesellschaft gesorgt wird. In der Erwerbsarbeit werden bekanntlich massiv natürliche Ressourcen verbraucht und damit Umwelt- und Klimaschäden verursacht.

Mehrere Umfragen zeigen, dass viele Erwerbstätige, insbesondere Vollzeit-erwerb-stätige, mit einem Grundeinkommen ihre Arbeitszeit verkürzen würden. So würden laut einer Studie der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich ca. 36% der Befragten mit einem Grundeinkommen die Arbeitszeit verkürzen.⁵ Teilzeitbeschäftigte müssen mit Grundeinkommen keine längeren Arbeitszeiten aus finanziellen Gründen anstreben. Mit Grundeinkommen kann also gemäß individueller, familiärer und lebensphasenspezifischer Präferenzen das Verhältnis von Arbeitszeit und Zeit für andere Tätigkeiten freier bestimmt werden.

4 Vgl. Knight, Kyle / Rosa, Eugene A. / Schor, Juliet B. (2012) → Reducing growth to achieve environmental sustainability: the role of work hours. *University of Massachusetts Amherst*.

5 Ketterer, Hanna / Bossard, Evi / Neufeind, Max / Wehner, Theo → Gerechtigkeitseinstellungen und Positionen zum Bedingungslosen Grundeinkommen. In: *Zürcher Beiträge zur Psychologie der Arbeit*, Heft 2/2013.

Wo gibt es das schon?



Praxisbeispiele und Labore für Ansätze zum Grundeinkommen

Ein umfassendes Grundeinkommen, wie wir es hier vorschlagen, gibt es bisher nirgendwo auf der Welt. Es ist auch fraglich, ob es tatsächlich gelingen würde, so etwas in nur einem einzigen Land einzuführen, selbst wenn dort die Mehrheitsverhältnisse dafür sprechen würden. Schließlich verändert ein Grundeinkommen so viel im Leben der Menschen und es ist schwer vorstellbar, dass es das in einem Land gibt, im Nachbarland aber nicht. Das Grundeinkommen ist in seiner gesamten Anlage genau genommen nur als globales Projekt denkbar. Man kann gewiss irgendwo anfangen, aber am Ende ist das Menschenrecht auf ein materiell gesichertes Leben und gesellschaftliche Teilhabe eine weltweite Perspektive.

Deshalb sind wir skeptisch gegenüber Versuchen, das Grundeinkommen in einer Art von Modelllaboren zu testen. Diese Zurückhaltung begründet sich nicht nur darin, dass Menschenrechte unteilbar sind und nicht in Projekte zerstückelt werden können, ohne Schaden zu nehmen. Es ist auch offensichtlich, dass Menschen sich anders verhalten, wenn sie wissen, dass sie einen Geldbetrag für ein oder zwei Jahre bedingungslos bekommen, als wenn sie davon ausgehen können, dass ihr Einkommen für immer gesichert ist.

Nicht alle Befürworter*innen eines Grundeinkommens teilen diese Skepsis und einige haben deshalb weltweit eine Vielzahl von Grundeinkommensprojekten initiiert. Nicht alle Initiativen sind

sich bewusst, dass man damit nur begrenzte Aspekte untersuchen kann. Wir stellen hier eine Auswahl vor, bei der wir uns bemühen, die Vielfalt der Anliegen zu berücksichtigen, die jeweils damit verbunden sind. Zu beachten ist dabei auch: in den Ländern, in denen keine oder vollkommen unzureichende materielle Absicherungen gegeben ist, können auch schon geringe bedingungslose Transfers einen Fortschritt in Richtung Grundeinkommen bedeuten und Hunger und extreme Armut beseitigen.



Namibia

Im namibischen Ort Otjivero, 100 km westlich der Hauptstadt Windhoek, zahlte das NAMIBISCHE GRUNDEINKOMMENSBÜNDNIS von Anfang 2008 bis Ende 2009 jeweils 100 Namibische Dollar an jede*n Bewohner*in. Das Projekt sollte die Regierung von der Machbarkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens überzeugen und erlangte große internationale Aufmerksamkeit. Zwar wurden vielfache positive Effekte dokumentiert (unter anderem verbesserte Gesundheit, höhere Schulbesuchszahlen, Rückgang der Erwerbslosigkeit und der Kriminalität), aber die Regierung blieb ablehnend. Die politische Auseinandersetzung um ein Grundeinkommen in Namibia läuft weiter.⁶

»A universal basic income will provide a fixed income to all members of society. This could even prevent people falling into poverty in the first place.«

Ngeje Kavita – Basic Income Grant (BIG) Coalition in Namibia

6 → www.bignam.org



Finnland

Im Auftrag der finnischen Regierung wurde 2017 und 2018 ein Experiment durchgeführt, bei dem 2000 zufällig ausgewählte Erwerbslose im Alter von 25 bis 58 Jahren ohne irgendwelche Auflagen jeweils 560 Euro im Monat erhielten. Andere Einkommen wurden nicht angerechnet. Untersucht wurde das Verhalten der Berechtigten auf dem Arbeitsmarkt. Das Ganze wurde wissenschaftlich begleitet und dabei festgestellt, dass »*das Vertrauen der Menschen in die eigenen Fähigkeiten, in staatliche Institutionen und in die Zukunft messbar zu[nahm]*«. ⁷



Sambia

In Sambia erhalten arme Familien, definiert als solche ohne arbeitsfähigen erwachsenen Ernährer, monatlich einen minimalen Betrag (ca. 10 US-Dollar). Dieser reicht aus, um täglich eine Mahlzeit zu sichern, vermeidet also nicht die Armut, reduziert aber deutlich den Hunger und die Unterernährung. Arme Familien, in denen vorhandene erwachsene Ernährer erwerbslos und ebenfalls hungrig sind, werden von dem Programm nicht erfasst. ⁸

7 Zepperitz, Volker (2020) → Mehr Vertrauen, weniger Stress... und niemand wurde faul. Das sind die Ergebnisse der größten Praxisstudie zum Grundeinkommen.

8 Ministry of Community Development and Social Services → Social Cash Transfer.



Kenia

In Kenia werden in verschiedenen Dörfern einer Region die Auswirkungen des Grundeinkommens auf die Reduktion der Armut untersucht. Viele Einwohner*innen dieser Region müssen von umgerechnet einem US-Dollar pro Tag leben. Über das Projekt erhalten in einer Gruppe von Dörfern alle Personen ab 18 Jahren zusätzlich jeden Monat 20 US-Dollar – zwölf Jahre lang, in anderen Dörfern zwei Jahre lang. In einer dritten Gruppe von Dörfern gibt es eine einmalige Geldzahlung von 500 US-Dollar. Diese drei Gruppen werden mit einer Testgruppe verglichen, die kein Geld bekommt. Die Forschungsfrage ist, welche Instrumente am erfolgreichsten Armut bekämpfen können. Projektträger ist eine internationale NGO.⁹



Deutschland

In Deutschland läuft derzeit ein Pilotprojekt des Vereins *Mein Grundeinkommen* in Kooperation mit mehreren wissenschaftlichen Instituten wie dem *DIW Berlin* zu den individuellen Wirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens von 1200 Euro pro Monat für die Dauer von drei Jahren. Die Ergebnisse werden im Sommer 2024 veröffentlicht.¹⁰

9 → effektiv-spenden.org/givedirectly

10 *DIW* Forschung → Pilotprojekt Grundeinkommen.



Mikrokredite

Manchmal werden auch Kleinstkredite mit dem Grundeinkommen verglichen oder als Alternative dazu angepriesen. Dass deren bekanntester Verfechter Muhammad Yunus mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, weist darauf hin, dass sie sowohl im globalen Finanz- wie im Hilfsbetrieb gut etabliert sind. Die Kritik an ihnen geht dennoch weit über die Einschränkungen hinaus, die wir für alle Projekte formuliert haben.¹¹ Kredite müssen zurückgezahlt werden, was nur gelingt, wenn die Kreditnehmer*innen mit ihnen erfolgreiche Investitionen finanzieren und Geschäfte machen. Das schafft wirtschaftliche Nöte und Abhängigkeiten. Das Grundeinkommen ist dagegen nicht nur ein zuverlässiges und dauerhaftes Einkommen, sondern es steht auch allen Personen zu und schafft so auch eine (zahlungsfähige) Nachfrage.

»Unsere sozialen Sicherungssysteme sind momentan auf Wirtschaftswachstum angewiesen. Bleibt dies aufgrund von Klimaschutzmaßnahmen oder der Sättigung frühindustrialisierter Volkswirtschaften aus, verlieren Menschen ihre Arbeitsplätze und Einkommen und fallen durch das soziale Netz. Um dem kurzfristig entgegenzuwirken und die demokratische Gestaltung einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft zu befördern, braucht es neue Formen sozialer Sicherung, die wachstumsunabhängig und solidarisch sind, sowie vor Armut schützen.«

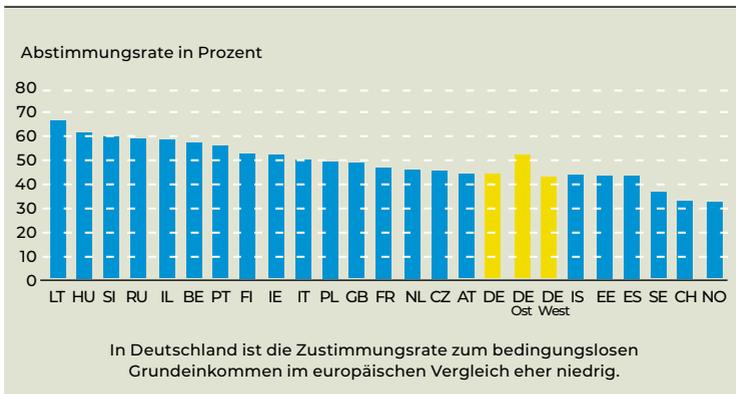
Klimaplan von unten 2020

11 Wichterich, Christa (2011) → Mikrokredite: Das Geschäft mit der Armut. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 3/2011, S. 27-31.

Bündnispartner*innen

Um Grundeinkommen und andere soziale Garantien einzuführen, bedarf es einer großen Unterstützung in der Bevölkerung, durch die sozialen Bewegungen und die zivilgesellschaftlichen Institutionen sowie durch Parteien.

Abbildung 3: Zustimmung zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens im europäischen Vergleich.



Quelle: Adriaans, J. / Liebig, S. / Schupp, J. (2019): Zustimmung für bedingungsloses Grundeinkommen eher bei jungen, bei besser gebildeten Menschen sowie in unteren Einkommensschichten. In: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Wochenbericht 86 (2019), 15, S. 265 (Abb. 1).

In europäischen Ländern stimmen einer Einführung eines Grundeinkommens zwischen über 30 und knapp unter 70% zu. Befürworter*innen sind eher jung, politisch links eingestellt, höher gebildet bzw. im unteren Einkommensbereich angesiedelt.¹²

12 Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung → Wochenbericht 15 (2019), S. 263-270.

In Deutschland liegt die Zustimmung einer jüngsten Studie nach bei 53%. So befürworten vor allem Jüngere ein Grundeinkommen und diejenigen Personen, die sich entweder große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation oder um den Schutz von Umwelt und Klima machen.¹³

Bündnispartner bei der Umsetzung des Grundeinkommens und anderer sozialer Garantien sind die internationalen Grundeinkommensnetzwerke wie zum Beispiel das *Basic Income Earth Network (BIEN)*, die europäischen Netzwerke *Unconditional Basic Income Europe* und *Unconditional Basic Income – European Initiative*, letztere auch mit klaren Forderungen bezüglich der Gesamtheit sozialer Garantien. In über 30 Ländern der Welt bestehen Grundeinkommensnetzwerke, in Deutschland das *Netzwerk Grundeinkommen*.

Grundeinkommen und andere soziale Garantien sind in verschiedenen sozialen Bewegungen schon lange Gegenstand der Kämpfe und Forderungen, so beispielsweise in der internationalen DEGROWTH-BEWEGUNG und in Teilen der CARE-BEWEGUNG.

Die unabhängige ERWERBSLOSENBEWEGUNG in Deutschland streitet schon seit Anfang der 80er-Jahre für ein Grundeinkommen, dort als Existenzgeld bezeichnet. Bei *Attac Deutschland* gibt es viele Grundeinkommensbewegte, insbesondere in der *Attac Arbeitsgruppe GENUG FÜR ALLE*, die sich auch explizit für die Gesamtheit der sozialen Garantien einsetzt. Neben Verbänden wie der *Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung* Deutschlands sind insbesondere Jugendverbände fürs Grundeinkommen und andere soziale Garantien in Deutschland engagiert. Der *Deutsche Bundesjugendring* hat sich bereits 2004 und nochmals 2013 für ein Grundeinkommen ausgesprochen. Die *Christliche Arbeiterjugend Deutschland*, der *Bund der Deutschen Katholischen Jugend* und das *Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt* streiten ebenfalls für ein Grundeinkommen.

13 Vgl. *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung* (2023) → Wochenbericht 90, S. 245.

Zwar sind die Gewerkschaftsführungen in Deutschland gegen das Grundeinkommen. An der Gewerkschaftsbasis gibt es aber vielfältige Zustimmung: In der Mitglieder-Befragung »Gemeinsam für ein gutes Leben« der *IG Metall* im Jahr 2009 war die Forderung nach einem Grundeinkommen ein Top-Thema. Zu den *ver.di* Bundeskongressen werden regelmäßig Anträge von *ver.di* Landesbezirken und *ver.di* Fachbereichen gestellt, die eine breite Mitgliederdiskussion zum Grundeinkommen und die Entwicklung eines Gewerkschaftskonzeptes für ein Grundeinkommen fordern. In der *IG BAU* engagieren sich insbesondere die Frauen für Grundeinkommen und andere soziale Garantien.

Das namibische Projekt für ein partielles Grundeinkommen in Otjivero wurde von vielen Nichtregierungsorganisationen, auch vom namibischen Gewerkschaftsdachverband *National Union of Namibian Workers (NUNW)*, unterstützt. Er war Mitglied der *Basic Income Grant Coalition*. In Indien hat die Frauengewerkschaft *Self Employed Women's Association* Grundeinkommensprojekte initiiert und organisiert.

Unzählige Wissenschaftler*innen unterstützen mit Forschung und Lehre das Grundeinkommen und andere soziale Garantien, so zum Beispiel die Wissenschaftler*innen des *Basic Income Earth Networks*, oder die 238 Wissenschaftler*innen, die einen Brandbrief an die EU gegen das Wirtschaftswachstum gerichtet haben¹⁴, oder die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des *Netzwerks Grundeinkommen*.

In vielen Ländern gibt es Parteien im linken und grünen Spektrum, die sich fürs Grundeinkommen und andere soziale Garantien engagieren. In Deutschland hat sich DIE LINKE für die Einführung eines Grundeinkommens in einem Mitgliederentscheid ausgesprochen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen sich laut Grundsatzpro-

14 Vgl. Brandbrief von 238 Wissenschaftler*innen aus der EU (2018) → Europa, es ist Zeit, die Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum zu beenden!

gramm bei der Gestaltung existenzsichernder Sozialleistungen an der Leitidee des Grundeinkommens orientieren. Viele kleinere Parteien in Deutschland haben die Einführung eines Grundeinkommens und anderer sozialer Garantien in ihren Parteiprogrammen verankert.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist zwar ein Projekt, das wegen seines Gleichheits- und seines Umverteilungsgehalts eher Kräfte auf der politischen Linken anspricht, aber das gilt nicht durchgängig. Auch manche Unternehmer*innen wissen es zu schätzen, dass das Grundeinkommen Kreativität und Produktivität freisetzt. Und es gibt Reiche, die lieber mit etwas weniger Reichtum mitten in der Gesellschaft leben wollen als in ständiger Angst vor Überfällen in gated communities oder die ihren Vermögensreichtum unsozial finden (siehe Baustein → Sozial-ökologische Steuerpolitik: Steuerprivilegien bei der Erbschaftsteuer).

»Zu den vorgeschlagenen Änderungen gehören unter anderem die Begrenzung des Ressourcenverbrauchs, eine progressive Besteuerung, um die zunehmenden Ungleichheiten zu beseitigen, sowie eine schrittweise Verringerung der Arbeitszeit. Die Ressourcennutzung etwa könnte durch die Einführung einer CO₂-Steuer eingedämmt werden. Die Einnahmen hieraus könnten als Dividende für alle ausgeschüttet oder zur Finanzierung von Sozialprogrammen verwendet werden. Die Einführung eines Grund- und eines Maximaleinkommens würde die Ungleichheit weiter verringern. Gleichzeitig könnte dies dazu beitragen, die Sorgearbeit neu zu verteilen und die Machtungleichgewichte zu verringern, die die Demokratie untergraben.«

*Brandbrief von 238 Wissenschaftler*innen an die EU 2018*

Mythen & Missverständnisse

» *Zerstört ein Grundeinkommen die Sozialsysteme?* «



Ein Nachteil des deutschen Sozialversicherungssystems ist, dass alle Ansprüche an die Zahlung von Beiträgen gebunden sind. Diese wiederum werden in der Regel nur von (einem Teil der) Arbeitseinkommen erhoben. Wer nichts einbezahlt hat, bekommt auch nichts; bei der Rente gilt zusätzlich: wer wenig einbezahlt hat, bekommt wenig. Da immer mehr Menschen keine oder nur unregelmäßige Erwerbsarbeit finden, verfügen sie kaum über soziale Sicherungen. Dem soll und kann ein Grundeinkommen abhelfen.

Gleichzeitig hat das Sozialversicherungssystem aber auch Vorteile. Wer in die gesetzliche Krankenkasse einzahlt, bekommt (noch) die meisten medizinisch sinnvollen Leistungen. Das ist grundsätzlich bei der Pflege ebenso und auch die Rentenversicherung führte einmal dazu, dass ein erreichter Lebensstandard im Alter gehalten werden konnte. Die Beiträge der Versicherten werden unmittelbar an die Berechtigten ausgezahlt, sodass sie nicht den Risiken der Kapitalmärkte ausgesetzt sind. Gleichzeitig dürfen sie nur für den vorgesehenen Zweck verwandt werden und sind nicht Teil des allgemeinen Staatshaushaltes. So kommen sie ausschließlich den Versicherten zugute, die die Systeme auch selbst verwalten – allerdings mit Beteiligung der Arbeitgeber*innen.

Das alles sind durchaus soziale Errungenschaften, die verteidigt werden sollten. Leider gibt es auch manche neoliberale Konzeption, die sich Grundeinkommen nennt und tatsächlich zum Beispiel auf die Abschaffung der gesetzlichen Krankenversicherung zielt oder

darauf, die Altersrenten auf einen Minimalbetrag zu reduzieren und ansonsten dem freien Versicherungsmarkt zu überlassen. Solche Vorschläge weisen wir zurück: Ein bedingungsloses Grundeinkommen muss die Menschen besserstellen und nicht schlechter. Der Einsatz für ein Grundeinkommen und für umfassende und gute Sozialsysteme gehören zusammen.

» *Verhindert ein Grundeinkommen Teilhabe durch Erwerbsarbeit?* «



Wer mag schon gerne Müll beseitigen oder gesundheitsschädliche Tätigkeiten verrichten? Und wer würde es noch tun, wenn niemand durch wirtschaftliche Not mehr dazu gezwungen wäre? Dann müsste sich die Wirtschaft umstellen. Viele unangenehme Arbeiten würden dann von Maschinen übernommen und die anderen werden zumindest anständig bezahlt werden müssen. Das ist beides sehr zu begrüßen. Und was den Müll betrifft, könnte man von vorneherein vermeiden, überhaupt Müll zu machen.

Erwerbsarbeit ist durchaus oft lästig, gesundheitsschädlich und schlecht bezahlt, sie bedeutet aber auch Teilhabe an der Gesellschaft, die allen offen stehen muss, und deshalb brauchen wir ein Grundeinkommen. Der Fortschritt der Arbeitsproduktivität führt dazu, dass immer weniger Zeit aufgewandt werden muss, um die notwendigen Dinge herzustellen. Die verbleibende notwendige Arbeitszeit reicht selbst dann nicht mehr aus, damit alle einen sinnvollen und erfüllenden Arbeitsplatz bekommen, die einen haben wollen, wenn wir in Mangelbereichen wie Pflege, Betreuung, Bildung mehr Arbeitsplätze schaffen. Deshalb ist es gut, wenn Menschen zeitweise aussteigen oder kürzer arbeiten (können), ohne in wirtschaftliche Not zu geraten. Arbeitszeitverkürzungen werden auch mit einem Grundeinkommen noch nötig sein, damit allen der Zugang zur Erwerbsarbeit möglich wird.

Es gibt hierzu die Gegenmeinung, dass eine DEGROWTH-Gesellschaft sehr viel mehr Arbeit erzeugt, weil (fossile) Automatisierung zurückgefahren wird. Das ist bestimmt in einigen Bereichen der Fall, ganz gewiss etwa in der Landwirtschaft, wo ohne das industrialisierte Modell wieder sehr viel mehr Leute gebraucht würden. Beide Effekte sind gegenläufig. Welcher der dominante sein würde, ist nicht vorab absehbar. Wir glauben, es wird der arbeitssparende sein, aber wir wissen es nicht. Sollte tatsächlich in einer Gesellschaft mit Grundeinkommen und ökologisch verträglicher Produktion mehr Erwerbsarbeit anfallen, als Erwerbssuchende anbieten, dann muss sich diese Gesellschaft Gedanken darüber machen, wie sie das löst. So oder so, ob mit Grundeinkommen oder ohne, muss die gesellschaftlich notwendige Arbeit getan werden – allerdings ohne Zwang den Menschen gegenüber und verbunden mit einer demokratischen Willensbildung, was gesellschaftlich notwendig ist.

» Sind Grundeinkommen und soziale Garantien überhaupt finanzierbar? «



Grundeinkommen und soziale Garantien für alle sind finanzierbar. Für Deutschland gibt es mehrere durchgerechnete Finanzierungsmodelle (siehe *Netzwerk Grundeinkommen*¹⁵). Manche Modelle berücksichtigen ausdrücklich sowohl die Kosten des Grundeinkommens als auch die Kosten des Ausbaus (nicht nur des Erhalts) anderer sozialer Garantien und weisen die Finanzierungsmöglichkeiten nach. Eine ausreichende Finanzierung ist allerdings nur möglich, wenn Reichtum rück- beziehungsweise umverteilt wird. Natürlich werden auch repressive, steuerfinanzierte Sozialleistungen obsolet, zum Beispiel Hartz IV/Bürger*innengeld, und durch das Grundeinkommen ersetzt. Das minimiert somit dessen zusätzliche Kosten.

15 → www.grundeinkommen.de/grundeinkommen/modelle

Verständlicherweise wird über die bessere oder beste Finanzierungsmöglichkeit des Grundeinkommens und anderer sozialer Garantien gestritten und es gilt, mögliche Risiken und Nebenwirkungen zu beachten. Das ist in einer Gesellschaft, die sich auf einen demokratischen Weg der sozial-ökologischen Transformation macht, aber in allen Bereichen so – und auch richtig.

» *Aber ein weltweites Grundeinkommen kann sicher nicht finanziert werden!* «



Wenn Existenz- und Teilhabesicherung Menschenrechte sind, dann muss ein Grundeinkommen überall auf der Welt das Ziel sein. Zu seiner Finanzierung sind die armen Länder sicher nicht in der Lage, obwohl auch dort Umverteilungsmöglichkeiten von Reich zu Arm nicht unterschätzt werden dürfen. Eine Beteiligung der nationalen Haushalte, die ihrem jeweiligen ökonomischen Leistungsvermögen entspricht, muss also erfolgen.

Aber auch Maßnahmen im globalen Rahmen sind leicht vorstellbar und teilweise schon in anderen Zusammenhängen erprobt. Am wichtigsten dürfte der Erlass der Schulden sein, die viele Länder ökonomisch erwürgen. Jahrhundertlang wurde durch den Kolonialismus Reichtum vom Süden in den Norden geschafft, es ist Zeit, das umzudrehen (siehe Baustein → Klimaschulden und Reparationen). Das Grundeinkommen verteilt nicht nur national um, sondern auch global.

Und auch neue Finanzierungsquellen stehen zur Verfügung. Globale Umweltschädigungen könnten besteuert werden, Interkontinentalflüge beispielsweise oder Rohstoffförderung in internationalen Gewässern. Auch eine internationale Finanztransaktionssteuer ist längst vielfach gefordert worden.

Wer ist dagegen?

Der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens findet viel Zustimmung, aber auch Widerspruch. Manche Einwände kommen erkennbar daher, dass es uns Menschen nicht leichtfällt, neue und ungewohnte Ideen anzunehmen. Einige drücken aber auch Sorgen, Befürchtungen oder Betroffenheiten aus, die man sehr ernst nehmen muss. Damit beschäftigen sich die folgenden Beispiele. Dabei widersprechen sich die Einwände gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen teilweise und sind in der Regel auch in den Organisationen oder sozialen Zusammenhängen umstritten, in denen mehrheitlich das bedingungslose Grundeinkommen abgelehnt wird.

Innerhalb der Gewerkschaften wird oft befürchtet, dass ein Grundeinkommen wie ein Kombilohn wirken könnte. Das stimmt, würde es nicht mit einem armutsfesten Mindest(stunden)lohn gekoppelt, dann würde es tatsächlich eine finanzielle Entlastung der Arbeitgeber*innen auf Kosten der Allgemeinheit darstellen. Oft wird auch angenommen, dass eine teilhabesichernde Höhe politisch kaum durchsetzbar sein würde. Auch dieses Argument beschreibt die Verhältnisse richtig, gilt aber leider ebenso für alle anderen emanzipatorischen Forderungen. Durchsetzungskraft müssen die Bewegungen sich erst noch erarbeiten.

Wirtschaftskreise fürchten, dass ein Grundeinkommen das Selbstbewusstsein der Beschäftigten bis hin zu revolutionären Umtrieben stärken und ihre Bindung an den Betrieb, den Arbeitsplatz und die Erwerbsarbeit überhaupt beeinträchtigen könnte.

Weil ein Grundeinkommen ja bezahlt werden muss, erwarten diejenigen, die über größere Mittel verfügen, nicht zu Unrecht, dass sie überproportional dazu herangezogen werden könnten. Nicht alle teilen die Einschätzung, dass der im Gegenzug gestärkte gesellschaftliche Friede und Zusammenhalt dieses Opfer wert wäre.

Wie wird das Grundeinkommen und andere soziale Garantien Realität?

Die größte Herausforderung besteht darin, noch mehr Menschen, Organisationen, Parteien und Verbände davon zu überzeugen, dass die bedingungslose Absicherung der Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe ein Menschenrecht, ein globales soziales Recht ist – für alle Menschen, überall und jederzeit. Dabei ist das gar nicht so neu:

- In Deutschland zum Beispiel haben die Eltern von Kindern und Jugendlichen einen Anspruch auf Kindergeld. Es gibt aber noch Ausnahmen und es ist viel zu niedrig, um die Existenz und gesellschaftliche Teilhabe von Kindern und Jugendlichen abzusichern – es ist eben nur ein partielles Grundeinkommen für Kinder und Jugendliche.
- Ebenso wird die gebühren- beziehungsweise beitragsfreie Kindertagesbetreuung in Deutschland immer weiter ausgeweitet. Die Studiengebührenfreiheit für das Erststudium an öffentlichen Einrichtungen ist in Deutschland nach langen Kämpfen bereits durchgesetzt.
- In den Niederlanden gibt es eine Grundrente, die für fast alle dort Lebenden garantiert ist.
- Populär ist auch die Forderung nach einem gebührenfreien öffentlichen Personennahverkehr für alle. In einigen Ländern, wie zum Beispiel in Estland, Luxemburg und Malta, ist dies schon teilweise umgesetzt.

An diesen Beispielen erkennt man, welche Schritte in Richtung Grundeinkommen und andere sozialen Garantien gegangen werden können – bezogen auf die unterschiedlichen Situationen und anknüpfend an die dringlichen Erfordernisse in den betreffenden Regionen, Ländern und Kontinenten.

Diskutiert wird oft die Einführung »lebensphasenspezifischer Grundeinkommen«, so zum Beispiel für Kinder und Jugendliche, Rentner*innen, Studierende oder in Form von »Sabbatical-Grundeinkommen«, also temporären bedingungslosen und ausreichenden Absicherungen für Erwerbsfähige, die eine berufliche Auszeit nehmen möchten. Konkret ausgearbeitete Vorschläge für alle diese Möglichkeiten liegen auf dem Tisch. Ebenso sind der schrittweise Ausbau und die gebührenfreien Zugänge zu Kultur, Internet, zu einem Grundbedarf an erneuerbarer Energie usw. denkbar.

In den arm gemachten Ländern wäre die Verallgemeinerung der bereits vorgestellten Projekte aus Namibia und Sambia für die gesamte Bevölkerung (im Fachjargon »basic food income«) ein möglicher erster Schritt, der Hunger und Unterernährung bekämpfen würde. Ebenso steht der allgemeine und gebührenfreie Zugang zu sauberem Wasser und zur Gesundheitsversorgung auf der politischen Tagesordnung.

Diese Schritte können in allgemeine Grundeinkommen und andere soziale Garantien für alle münden. Hierfür müssen sie von den Menschen, Organisationen und sozialen Bewegungen, Verbänden und Parteien im demokratischen Prozess erstritten werden.

»Es ist offensichtlich, dass wir dringend eine sozial-ökologische Transformation brauchen, die auch eine Reform der bisherigen Strukturen des Sozialstaates beinhaltet.«

Bund der Deutschen Katholischen Jugend 2023



3. Klima- gerechtigkeit und ...

Gute Gesundheitsversorgung für alle – Beschäftigte und Patient*innen

Mia Smettan, Frauke Linne



Die Krise des Gesundheitssystems

Das Gesundheitssystem in Deutschland hat sich seit den 1990er-Jahren im Zuge der Neoliberalisierung gravierend verändert. Krankenhäuser wurden zunehmend privatisiert, der Kosten- und Wettbewerbsdruck ist stark gestiegen und sowohl die Arbeitsbedingungen als auch die Versorgung der Patient*innen haben sich verschlechtert. Insbesondere die Einführung des diagnosebezogenen Fallpauschalen-Systems (Diagnosis Related Groups – DRG)¹ im Jahr 2003 hat die Ökonomisierung der Krankenhausversorgung vorangetrieben und setzt den Fokus auf finanzielle Interessen statt auf gute Versorgung der Patient*innen. Für emotional-fürsorgliche Tätigkeiten ist im DRG-System kein Platz – sie sind zeitlich schwer zu erfassen und werden bei der Pauschalberechnung kaum berücksichtigt. Das wertet pflegerische Tätigkeiten gegenüber medizinisch-technischen ab. Während sich die Zahl der Ärzt*innen (in Vollzeit) fast verdoppelt hat, hat sich die Zahl der nichtärztlichen Beschäftigten im Krankenhaus kaum erhöht. Bei einem Anstieg der Behandlungszahlen hat sich die Arbeit des Pflegepersonals verdichtet. Eine Pflegekraft versorgt durchschnittlich 13 Patient*innen.² Dadurch leidet nicht nur die Qualität, auch die Unzufriedenheit und Belastung wachsen.

-
- 1 Auf der Basis durchschnittlicher Kosten werden Pauschalen für Gesundheitsleistungen entlang von Diagnosen berechnet. Behandlungsfälle werden gemäß dieser Pauschale finanziert, unabhängig davon, ob die realen Kosten höher oder niedriger sind. Damit werden Diagnosen kategorisiert und vergleichbar gemacht, und somit Anreize gesetzt, Kosten zu senken.
 - 2 Simon, Michael und Mehmecke, Sandra (2017) → Nurse-to-Patient Ratios: Ein internationaler Überblick über staatliche Vorgaben zu einer Mindestbesetzung im Pflegedienst der Krankenhäuser. Working Paper der Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 27.

Infolge des Kostendrucks für Krankenhäuser werden zudem weitere Tätigkeiten wie Reinigung, Küchendienste, Transport oder Laborarbeit ausgelagert und damit Tarifverträge umgangen. Hier werden ausgerechnet die prekärsten Bereiche im Gesundheitssektor unsichtbar gemacht, in denen meist Frauen und Migrant*innen arbeiten.³ In Krankenhäusern arbeiten dementsprechend parallel sehr gut verdienende und deutlich unterbezahlte Berufsgruppen.

In Deutschland waren 2019 1,41 Millionen Menschen in der Pflege beschäftigt, davon etwa ein Drittel in Krankenhäusern. Ebenso wie in ambulanten Pflegediensten und Pflegeheimen arbeiten viele in Teilzeit: in Krankenhäusern sind es 37%, in der Altenpflege 46%.⁴ Nach wie vor arbeiten vor allem Frauen⁵ im Pflegebereich (79%), die aufgrund von geschlechterungleicher Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit öfter in Teilzeit arbeiten. Der hohe Teilzeitanteil ist zudem auch eine Reaktion auf hohe Arbeitsbelastungen. Die Ergebnisse der Studie »Ich pflege wieder, wenn...«⁶ zeigen, dass Teilzeitkräfte ebenso wie ausgestiegene Pflegekräfte bereit sind, wieder (mehr) zu arbeiten, wenn sich die Arbeitsbedingungen, wie Zeit und Wertschätzung für gute Pflege, bedarfsgerechte Personalbemessung und angemessene Bezahlung, verbessern. Vielen geht es also nicht allein um Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern um den eigenen Schutz vor Überlastung.

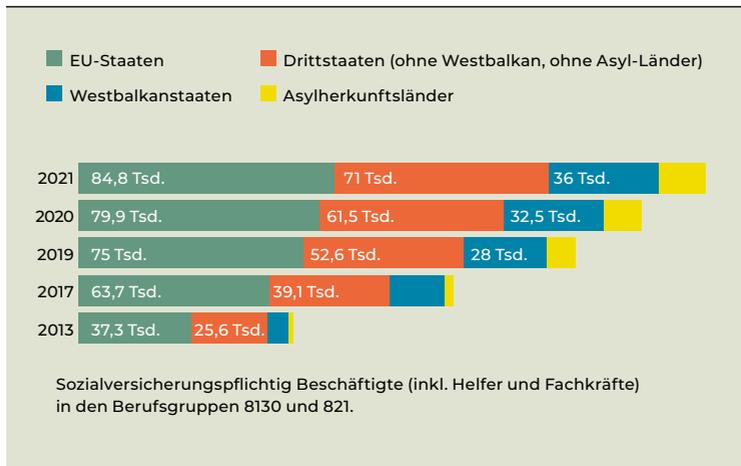
Der Pflegenotstand, der sich in den nächsten Jahren noch verschärfen wird, ist auch ein Ergebnis mangelnden politischen Handelns. Statt den Wettbewerbs- und Kostendruck von Krankenhäu-

-
- 3 Dück, Julia und Gascha, Julia (Hrsg) (2022) → Aus Sorge Kämpfen. Von Krankenhausstreiks, Sicherheit von Patient*innen und guter Geburt, *Rosa-Luxemburg-Stiftung*.
- 4 *Statistisches Bundesamt* (2021) → Löhne in der Pflege.
- 5 Die Zahl bezieht sich auf den Anteil an Menschen, die in den Umfragen »weiblich« als Geschlecht angegeben haben. Nach wie vor werden in Statistiken und Studien überwiegend binäre Geschlechtskategorien abgefragt, sodass Menschen, die sich dort nicht zuordnen, unsichtbar gemacht werden.
- 6 → www.arbeitnehmerkammer.de/index.php?id=953

sen zu senken, wird die Überlastung der Beschäftigten und deren Ausstieg aus dem Beruf seitens der Politik tatenlos hingenommen. Als vermeintliche Lösung werden Pflegekräfte aus dem Ausland angeworben (siehe Abbildung 1). Dies verschärft globale Ungleichheiten, da in den Herkunftsländern Versorgungslücken entstehen.

Als Teil unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems folgt auch der Gesundheitsbereich einer Profitlogik, innerhalb derer emotional-fürsorgliche, nicht mess- und verwertbare Tätigkeiten verdrängt werden. Es ist daher notwendig, dass wir uns als Gesellschaft gegen die Ökonomisierung stellen und eine Aufwertung von Pflege- und Sorgetätigkeiten fordern: Gesellschaftlich notwendige, lebenserhaltende Tätigkeiten müssen Mittelpunkt unseres Wirtschaftens werden.

Abbildung 1: Mehr Pflegekräfte aus Nicht-EU-Ländern.



Quelle: Mediendienst Integration; BA auf Anfrage.



Maßnahmen auf dem Weg zu einer guten und klimagerechten Gesundheitsversorgung

Zu einer guten und gerechten Gesundheitsversorgung gehört, dass alle Menschen eine gleichwertige medizinische Versorgung erhalten, sie für jede*n bezahlbar ist und Beschäftigte Zeit und Wertschätzung für ihre Arbeit bekommen.

Wir zeigen im Folgenden Schritte, wie bessere Arbeitsbedingungen insbesondere für Pflegekräfte und eine gute, würdevolle Versorgung der Patient*innen geschaffen werden können. Es geht um das Wohl aller!



Arbeitszeitverkürzung

Eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, wie wir sie im Baustein → Arbeitszeitverkürzung beschreiben, ist eine zentrale Maßnahme, da sie eine Lohnerhöhung für die überwiegend in Teilzeit Beschäftigten im Pflegebereich bedeutet. Doch mit dem Ziel einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung auf 28 Stunden braucht es weitere Maßnahmen wie mehr Pflegepersonal, den Ausbau von Versorgungskapazitäten und die Abschaffung des DRG-Systems. Erst dadurch wird eine gute und nachhaltige Versorgung gewährleistet sowie eine Verdichtung der Arbeit und damit massive Überlastung der Beschäftigten vermieden.

→ **Bedarfsgerechte Personalbemessung**

Eine bedarfsgerechte Personalbemessung ist dabei ein notwendiger Schritt. In den 90er-Jahren gab es bereits eine Personal-Pflege-Regelung (PPR)⁷, in deren Folge 21.000 neue Pflegestellen geschaffen wurden. Ein paar Jahre später wurde die Regelung allerdings wieder abgeschafft.⁸

Die meisten Pflegekräfte wollen mehr Zeit für ihre Arbeit – für die grundlegende Versorgung der Patient*innen und Fürsorge – ohne ständig Überstunden zu machen. Es braucht also einen festen Personalschlüssel, der die Qualität der Versorgung sowie der Arbeitsbedingungen sicherstellt. Ein Schritt in diese Richtung ist die PPR 2.0, die seit Anfang 2023 getestet wird und bei der sich die Personalplanung am Pflegebedarf orientiert. Allerdings wird dabei der Pflegeaufwand anhand festgelegter Kategorien in Minuten bemessen, was wenig über gute Pflege aussagt.

Wir plädieren für eine Personalbemessung, die grundlegend das Zahlenverhältnis von Patient*innen pro Pflegekraft verbessert.⁹ Durch mehr Personal und somit mehr Zeit für Patient*innen kann eine gute Versorgung gewährleistet werden.

→ **DRG-System abschaffen**

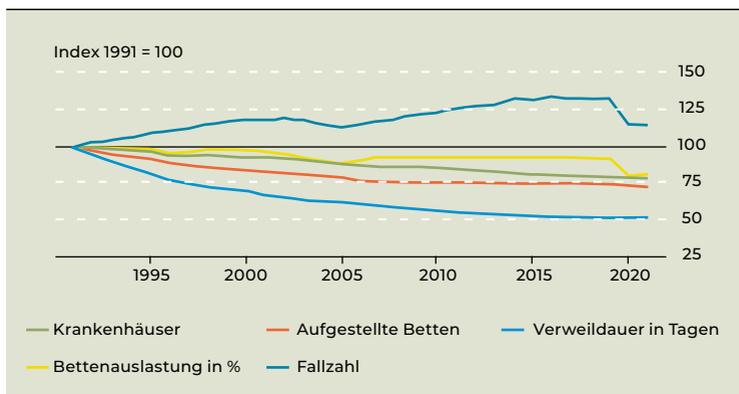
Das DRG-System hat zu Kosten- und Personaleinsparungen zu Lasten der Patient*innen und des Personals, dem Abbau von Behand-

-
- 7 Die PPR ist ein Instrument, um zu ermitteln, wie viele Pflegekräfte auf einer Station sein müssen, um die Versorgung der Patient*innen zu gewährleisten. Für pflegerische Tätigkeiten (z.B. Körperpflege, medikamentöse Versorgung) ist jeweils ein Minutenwert festgelegt, sodass der Pflegebedarf pro Patient*in ermittelt und in Personalstellen umgerechnet werden kann.
- 8 Dück, Julia und Gascha, Julia (Hrsg) (2022) → Aus Sorge Kämpfen. Von Krankenhausstreiks, Sicherheit von Patient*innen und guter Geburt, *Rosa-Luxemburg-Stiftung*.
- 9 Mehr zu Nurse-to-Patient Ratios hier: Simon, Michael und Mehmecke, Sandra (2017) → Nurse-to-Patient Ratios: Ein internationaler Überblick über staatliche Vorgaben zu einer Mindestbesetzung im Pflegedienst der Krankenhäuser. Working Paper der Forschungsförderung der *Hans-Böckler-Stiftung* Nr. 27.

lungskapazitäten (z.B. Abbau von Betten, Reduzierung von Liegezeiten der Patient*innen, siehe Abbildung 2) und der Auslagerung von patient*innenfernen Bereichen geführt. Dessen Abschaffung ist dementsprechend ein wesentlicher Schritt, um dem aktuellen Finanzierungsdruck in Krankenhäusern zu begegnen. Gleichzeitig müssen die Trennung und die Hierarchisierung der verschiedenen Tätigkeiten im Krankenhaus aufgelöst werden, um emotional-fürsorgliche Tätigkeiten aufzuwerten beziehungsweise sie gleichwertig zu medizinisch-technischen Tätigkeiten zu stellen.

Wenn die Anreize für Kosten- und Personaleinsparungen schwinden, ist es möglich, die Arbeit in den Krankenhäusern stärker an bedürfnisgerechter Versorgung und beschäftigungsfreundlichen Arbeitsbedingungen auszurichten. Zusätzlich braucht es staatliche Investitionen beziehungsweise eine Finanzierung für den Aufbau von Behandlungskapazitäten und eine Aufwertung der Pflegeberufe, und aller Care-Tätigkeiten, die für die funktionierenden Abläufe in Krankenhäusern unabdingbar sind. Durch eine umverteilende sozial-ökologische Steuerreform (siehe Baustein → Sozial-ökologische Steuerreform) können finanzielle Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden.

Abbildung 2: Krankhauseinrichtungen.



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), 2023.



Krankenhäuser vergesellschaften

Über die Abschaffung des DRG-Systems hinaus, müssen Krankenhäuser demokratisiert und vergesellschaftet werden, um sie gänzlich der kapitalistischen Logik zu entziehen. Mitbestimmung und eine Überführung von privaten in selbstverwaltete Krankenhäuser ermöglicht Menschen, ihre unterschiedlichen Wünsche und Bedarfe an eine Gesundheitsversorgung einzubringen und umzusetzen. In demokratischen Aushandlungsprozessen können Krankenhäuser auf kommunaler Ebene oder in Stadtteilen aus- und umgebaut werden – beruhend auf Bedürfnisorientierung und einem solidarischen Miteinander.



Den Care-Sektor ins Zentrum rücken

Personalmangel, Überlastung und Versorgungslücken in Krankenhäusern sind Symptome einer Krise der Gesellschaft, die versagt, lebensnotwendige Arbeit zu organisieren.¹⁰ Dabei zeigen sich Parallelen zur Klimakrise: Das kapitalistische, auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaftssystem wertet nicht nur Natur ab, sondern auch Sorgetätigkeiten, die als weiblich gelten. Lebensnotwendige menschliche und natürliche Ressourcen werden ausgebeutet, um Profit zu maximieren.

Veränderungen und eine Aufwertung des gesamten Care-Sektor sind deshalb notwendig für eine sozial und ökologisch gerechte Gesellschaft. Die Abschaffung des DRG-Systems und mehr Personal sind erforderliche Maßnahmen, die im Hier und Jetzt bessere Arbeitsbedingungen schaffen. Sie ermöglichen darüber hinaus durch Entlastung und mehr frei verfügbare Zeit vielen Menschen politisch aktiv zu werden.

10 Winker, Gabriele (2021) → Solidarische Care-Ökonomie. Revolutionäre Realpolitik für Care und Klima. *transcript*.

Ein Gesundheitssystem, das sowohl das Wohl von Beschäftigten als auch Patient*innen zum Ziel hat, trägt dazu bei, dass Care-Tätigkeiten ins Zentrum der Gesellschaft gestellt werden. Die konkreten Maßnahmen sind also mit einem grundlegenden Perspektivwechsel verbunden: Eine care-zentrierte Gesellschaft, in der die Bedürfnisse aller und der Erhalt der natürlichen Ressourcen im Mittelpunkt stehen, ist das Ziel. Sorge füreinander – in Form von zum Beispiel Pflege und Betreuung, Umwelt- und Klimaschutz oder Beziehungsarbeit – ist von existenzieller Bedeutung und sollte Basis für gesellschaftliches und wirtschaftliches Handeln sein.

Die (finanzielle) Aufwertung des Care-Sektors ist Teil des intersektional-feministischen Kampfs gegen die Unsichtbarmachung und Ausbeutung von armen, migrantisierten Menschen, und insbesondere FLINTA¹¹, die überwiegend in diesem Bereich arbeiten. Durch eine Aufwertung können diese Ungerechtigkeiten reduziert werden. Außerdem verschiebt sich durch die Aufwertung die Sicht darauf, welche Tätigkeiten und (Re-)Produktionsbereiche gesellschaftlich notwendig sind.

Der Gesundheitssektor beziehungsweise alle Care-Bereiche sind im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen emissionsarm. Auch aus ökologischer Perspektive ist es deshalb vorteilhaft, klimaschädliche Produktionen zurückzubauen und stattdessen in soziale Infrastruktur zu investieren.

11 Frauen, Lesben, inter, nicht-binäre, trans und agender Personen.



Polikliniken – mit gutem Beispiel voran

Polikliniken sind ein praktisches Beispiel dafür, wie Gesundheitsversorgung anders gelingen kann. Polikliniken – die es bereits in Hamburg, Leipzig, Berlin und Dresden gibt – sind solidarische (Stadtteil-)Gesundheitszentren, die die Gesundheit von Menschen und Umwelt ins Zentrum stellen.¹² In den ambulanten Kliniken arbeiten interdisziplinäre Teams von Gesundheitsarbeiter*innen (Ärzt*innen, Pfleger*innen, Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen uvm.). Sie organisieren sich kollektiv und versuchen, ein gutes Arbeitsumfeld zu schaffen sowie eine ganzheitliche Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Polikliniken sind infolge der Kritik am aktuellen Gesundheitssystem entstanden. Ihre Gründer*innen kritisieren die zunehmende Ökonomisierung sowie die ungleichen Zugangsmöglichkeiten zu einer guten Gesundheitsversorgung und fordern unter anderem die Abschaffung des Zwei-Klassen-Krankenversicherungssystems und der ungleichen Wertschätzung zwischen den Berufsgruppen.

Gesundheit wird in Polikliniken zudem nicht nur aus rein medizinischer Perspektive betrachtet, sondern das Poliklinik-Syndikat, der Zusammenschluss der aktiven Poliklinikgruppen, prangert auch schwierige gesellschaftliche Verhältnisse wie beispielsweise Armut, Diskriminierung oder Umweltverschmutzung an. Während die Arbeit der Polikliniken auf lokaler Ebene, also in den Stadtteilen, verankert ist, ist der Zusammenschluss im Syndikat ein wichtiger Schritt, um darüber hinaus ihren Forderungen auf (bundes-)politischer Ebene Nachdruck zu verleihen. Gerade weil der Arbeitsalltag der Gesundheitsarbeiter*innen im ökonomisierten System der Fallpauschalen stattfindet, kämpfen sie auch für andere politische Rahmenbedingungen wie eine bedarfsgerechte Finanzierung der Gesundheitsversorgung.

Die solidarische, kollektive Gesundheitsversorgung, wie sie in den Polikliniken bereits ausgeübt wird, ist wegweisend. Für ein sozial und ökologisch gerechtes Gesundheitssystem braucht es mehr solcher selbstverwalteter (Stadtteil-)Gesundheitszentren oder andere Formen von demokratisch organisierter sozialer Infrastruktur wie zum Beispiel kommunale Krankenhäuser, die nicht mehr profitorientiert arbeiten, sondern ganzheitlich und bedarfsgerecht. Dadurch können sich nicht nur die Arbeitsbedingungen und die Versorgung verbessern, sondern sie wirken auch gesellschaftlicher Ungleichheit entgegen.



Wie kommen wir dahin?

Nach der Einführung des Fallpauschalensystems und den sich verschärfenden Probleme gab es immer wieder Demonstrationen und Streiks, aus denen eine wachsende Bewegung gegen die Ökonomisierung des Gesundheitswesens hervorging. Für Aufsehen sorgte vor allem der Streik an der Berliner Charité im Jahr 2015, bei dem die Beschäftigten erstmals mehr Personal und nicht Lohnerhöhungen forderten. Mit dem Slogan „Mehr von uns ist besser für alle“ wurden die Anliegen von Beschäftigten und Patient*innen gleichermaßen aufgegriffen und nicht gegeneinander ausgespielt.

Der daraufhin ausgehandelte Tarifvertrag von 2015 gilt als gewerkschaftlicher Erfolg. Die Mitgliedszahlen bei *ver.di* stiegen in dieser Zeit um 33%¹³, und inzwischen gibt es an 18 weiteren Kliniken in Deutschland tarifliche Personalregelungen. In Jahr 2021 folgte mit 30 Tagen der längste Streik an der Charité und bei Vivantes, bei dem die Beschäftigten einen Entlastungstarifvertrag erkämpften – diesmal mit Personalschlüsseln für alle Bereiche.

13 Fried, Barbara und Schurian, Hannah (Hrsg) (2017) → UmCare. Gesundheit und Pflege neu organisieren, *Rosa Luxemburg Stiftung*.

Diese Beispiele zeigen deutlich, dass der Widerstand wächst, sich Beschäftigte an Krankenhäusern zunehmend organisieren und zusammen mit Gewerkschaften Druck aufbauen. Gewerkschaftlicher Streik ist dabei ein nützliches Mittel, um Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Zudem sind viele Beschäftigte bei Streiks das erste Mal politisch aktiv. Sie werden gestärkt, erfahren kollektiven Zusammenhalt und politische Handlungsmacht und sammeln Mut und Selbstbewusstsein. Aus den Streiks sind Bündnisse wie *Gesundheit statt Profite*, *Krankenhaus statt Fabrik* und *Pflege am Boden* entstanden, die sich gegen die Ökonomisierung des Gesundheitssystems stark machen. Der Druck durch Gewerkschaften, die Politisierung der Beschäftigten und die Bildung von Bündnissen sind erste, wichtige Hebel, um eine gute und gerechte Gesundheitsversorgung auf den Weg zu bringen.

Daneben braucht es die Unterstützung weiterer, zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, die sich für ein gerechtes Gesundheitssystem stark machen: Ähnlich wie bei der Durchsetzung einer Arbeitszeitverkürzung sind die feministische und Care-Bewegung, die Klimagerechtigkeitsbewegung sowie Gewerkschaften aktive Verbündete. Sie unterstützen die Streiks und teilen die Forderungen nach einem besseren Gesundheitssystem für Beschäftigte und Patient*innen. Insbesondere Feminist*innen und Care-Aktivist*innen, setzen sich darüber hinaus auch für einen grundlegenden Wandel der Wirtschaft sowie für eine Gesellschaft der Sorge ein und sind somit wichtige Unterstützer*innen. In der Klimagerechtigkeitsbewegung ist es Konsens, dass Klimaschutz Gesundheitsschutz ist. Hier braucht es jedoch eine noch stärkere Perspektive darauf, dass der Ausbau des Gesundheitssektors und die Aufwertung von Care-Tätigkeiten zur Eindämmung der Klimakrise notwendig sind.

Auch die Beteiligung und Aufmerksamkeit der Bevölkerung ist zentral, um den Forderungen der Beschäftigten im Gesundheitswesen Nachdruck zu verleihen. Mehr öffentliche Sichtbarkeit und Verständnis für die Beschäftigten an Krankenhäusern gab es etwa während der Corona-Pandemie. Von vielen aus der Bevölkerung gab es Applaus – der zwar keine realen Verbesserungen zur Folge hatte, den man aber zumindest als unterstützend werten kann. Diese Bürger*innen teilen die Argumente und Forderungen der Beschäftigten, kämpfen aber noch nicht aktiv mit ihnen dafür. Sie können potenziell als Unterstützer*innen gewonnen werden.

Aktiv gegen einen Wandel der Gesundheitsversorgung stehen Profitinteressen. Private Konzerne verfolgen kapitalistische Interessen, wollen Kosten stetig senken und verhindern dadurch eine bedürfnisorientierte Versorgung und bessere Arbeitsbedingungen. Um sich den Interessen von Konzernen wirksam entgegenzustellen ist es daher wichtig, in breiten, zivilgesellschaftlichen Bündnissen und öffentlichkeitswirksam für die Belange der Beschäftigten des Gesundheitswesens einzustehen.

Öffentliche digitale Infrastrukturen

Nicolas Guenot



Das steckt dahinter

Digitale Technik durchdringt immer mehr Lebensbereiche und verändert das Alltagsleben vieler Menschen. Dementsprechend erfordert soziale Teilhabe die Nutzung digitaler Geräte, die nur als Teil flächendeckender Infrastrukturen funktionieren können. Ohne mobiles Internet machen viele Mobilitätsangebote keinen Sinn, ohne Datenzentren können keine Inhalte auf Medienplattformen verbreitet werden. Digitale Infrastrukturen – Kabel, Antennen, Server und all die Software, die darauf läuft – sind die notwendige Grundlage für den digitalisierten Alltag.

Das Internet wurde mit dem Versprechen entwickelt, einen digitalen Raum aufzubauen, in dem alle mit allen frei kommunizieren können. Dennoch ist es keine öffentliche Infrastruktur. Sie gehört Unternehmen und ihre Nutzung wird immer mehr von wenigen Techkonzernen geprägt, die die größten Plattformen betreiben. Die bestehende Gestaltung digitaler Technik ist also der Ausdruck von Machtverhältnissen und orientiert sich am Profit dieser Unternehmen und nicht am Gemeinwohl.

Diese Prägung hat ein ausuferndes Wachstum digitaler Infrastrukturen zur Folge und ist mit massiven ökologischen Kosten verbunden – immer mehr Energie und Rohstoffen werden verbraucht. Und trotz aller Versprechen von Dematerialisierung¹⁴ wird die Produktions- und Konsumweise der Wohlstandsgesellschaften dadurch nicht grüner, sodass Klimagerechtigkeit ein fernes Ziel bleibt.

14 Der Begriff der Dematerialisierung beschreibt die vermeintliche Entkopplung digitaler Technik von der physischen Welt – eine These, die auf der unhaltbaren Annahme beruht, dass der Verbrauch von Rohstoffen und Energie durch wachsende Infrastrukturen dank Effizienzgewinnen gen Null tendiert.

Ein Grund dafür sind Rebound-Effekte¹⁵, die zur Steigerung der Produktion führen, denn private Plattformen sind im Kapitalismus ökonomischen Wachstumszwängen ausgesetzt. Darüber hinaus bringen Digitalisierungsprozesse verschärfte Ausbeutung mit sich, vor allem in den Ländern des Globalen Südens.

Eine sozial-ökologische Transformation, die auch digitale Infrastrukturen umgestaltet, erfordert eine Form der kollektiven Selbstbestimmung, die unter aktuellen Machtverhältnissen nicht möglich ist. Wie kann digitale Technik sozial und ökologisch gestaltet werden, wenn die allermeisten Menschen und demokratische Institutionen die darunterliegenden Infrastrukturen nicht kontrollieren können und nicht mal über das notwendige technische Wissen verfügen?

Angesichts der fortschreitenden Klima- und Umweltkrisen zeichnet sich ein Wandel ab, der oft als eine doppelte »grüne und digitale« Transformation¹⁶ dargestellt wird. Sie soll die negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftsordnung durch technische Innovation und Unternehmertegeist verringern oder gar beseitigen. Diese Strategie geht aber derzeit nicht auf und fördert, wie Statistiken zum globalen Energieverbrauch¹⁷ zeigen, keine Klimagerechtigkeit.

Damit digitale Technik einen Beitrag zum guten Leben für Alle leisten kann, darf sie nicht als Mittel zur Unterwerfung des Menschen und seiner Umwelt unter die imperative Flexibilität und Effizienz gestaltet und genutzt werden. Stattdessen sollten

-
- 15 Rebound-Effekte treten auf, wenn Effizienzgewinne nicht dafür benutzt werden, die gleiche Menge Produkte oder Dienstleistungen mit weniger Ressourcen zu produzieren oder konsumieren, sondern die Kosteneinsparungen dazu genutzt werden entsprechend mehr zu produzieren oder konsumieren. In der Praxis sind Rebound-Effekte wichtige Wachstumstreiber, die zu mehr Produktion und Konsum führen.
- 16 Muench, Stefan / Stoermer, Eckhard / Jensen, Kathrine / Asikainen, Tommi / Salvi, Maurizio / Scapolo, Fabiana (2022) → Towards a green & digital future, Publication Office of the European Union.
- 17 → energiestatistik.enerdata.net/gesamtenergie/welt-verbrauch-statistik.html

Selbstbestimmung und Bedürfnisorientierung als Prinzipien gelten. Dabei müssen globale Machtverhältnisse beachtet werden, denn die Länder des Globalen Südens haben weniger Zugänge zu digitalen Infrastrukturen als die Länder des Nordens¹⁸, obwohl sie einen erheblichen Teil der dafür benötigten Rohstoffe liefern.¹⁹ Nur öffentliche Infrastrukturen, die von allen mitentwickelt und kontrolliert werden, können sowohl lokal nachhaltig als auch global klimagerecht organisiert werden.



Maßnahmen auf dem Weg zu öffentlichen digitalen Infrastrukturen

Die Transformation digitaler Infrastrukturen von einem ungerecht und unökologisch gestalteten privaten Raum in einen klimagerechten Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge braucht Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen. Wir schlagen vier vor:



Digitale Infrastrukturen in Anstalten öffentlichen Rechts übertragen

Digitale Infrastrukturen wurden global aufgebaut, dennoch sind sie physisch verortet. Um solche Infrastrukturen in Deutschland demokratisch zu verwalten, braucht es geeignete öffentliche Institutionen. Das physische Netz könnte einer Bundesanstalt zugewiesen werden²⁰, aber weitere digitale Infrastrukturen sollten kommunalisiert werden, indem sie in Städten und Gemeinden von einer Anstalt öffentlichen Rechts organisiert werden. Ähnlich wie bei der Versorgung mit Wasser und Energie sollten »Stadtwerke für

18 Bundeszentrale für politische Bildung (2017) → Digital Divide.

19 NABU (2020) → 12 Argumente für eine Rohstoffwende.

20 Nicht lediglich eine Aufsichtsstelle für ein privates Netz, wie die *Bundesnetzagentur*, sondern eine Behörde, die das Netz als öffentliches Gut direkt verwaltet.

Digitales« allen Einwohner*innen den Zugang zum Netz bedürfnisorientiert anbieten. Das beinhaltet auch die Bereitstellung langlebiger Hardware und die Unterstützung der lokale Gesellschaft beim Einsatz freier Software – zum Beispiel den Betrieb von Servern für die Plattform eines Fahrradkurier-Kollektivs oder die Einrichtung einer Online-Bibliothek für eine Schule. Solche Stadtwerke müssen genug Ressourcen und Kompetenzen haben, um unabhängig von privaten Unternehmen zu bleiben. Dafür können sie sich ähnlich wie im Bereich Mobilität in regionalen Verbänden zusammenschließen.



Offene und sozial-ökologische Standards für digitale Infrastrukturen durchsetzen

Öffentliche digitale Infrastrukturen dürfen nicht wie in intransparenten und unregulierten Unternehmen gestaltet werden. Sowohl Hardware als auch Software – alles von Kabeln und Datenzentren bis hin zu Plattformdiensten – muss gesetzlich festgelegten, offenen Standards folgen, denn dies ermöglicht Transparenz und Mitgestaltung. Darüberhinaus müssen diese Standards sozialen und ökologischen Prinzipien Vorrang geben. Zum Beispiel sollten sowohl Datenzentren ressourcensparsame und langlebige Server benutzen als auch Plattformen Mechanismen gegen Ausbeutung und Diskriminierung einsetzen. Die Funktionsweise des Internets ist hingegen zwar weitgehend standardisiert²¹, um Teilnahme zu ermöglichen, aber sie berücksichtigt nicht sozial-ökologische Kriterien, wie es etwa Siegel wie der BLAUE ENGEL²² oder die TCO-ZERTIFIZIERUNG²³ tun. Standards müssen demokratisch ausgewählt und entwickelt werden. Dies erfordert eine bundesweite Koordinierung bei gleichzeitiger Berücksichtigung lokaler Bedürfnisse.

21 Zum Beispiel sind die *Requests for Comments (RFC)* der *Internet Engineering Task Force (IETF)* eine Reihe technischer Dokumente, die wichtige Standards wie Netzwerkprotokolle beschreiben, und das *World Wide Web Consortium (W3C)* ist das Gremium, das standardisierte Formate wie HTML und CSS verwaltet.

22 → www.blauer-engel.de/de/produktwelt/ressourcen-und-energieeffiziente-softwareprodukte

23 → www.tcocertified.com/de/tco-certified



Plattformen allgemeinen Interesses vergesellschaften

Digitale Infrastrukturen in öffentlicher Hand lassen sich, wenn offen standardisiert, nicht nur von Staat und Kommunen betreiben. Diese Institutionen sollten lediglich einen Rahmen bieten, an dem sich Individuen und kollektive Strukturen beteiligen können, denn obwohl eine Behörde die Netzneutralität²⁴ gut sichern könnte, ist eine staatliche Kontrolle von zum Beispiel Kommunikationsdiensten unerwünscht. Alle müssen in der Lage sein, einen Teil der öffentlichen Infrastrukturen über offene Schnittstellen zu betreiben – also Plattformen, die von Kommunikation bis hin zu Bestellungen alle alltagsrelevanten Dienstleistungen anbieten. Diese Form der Vergesellschaftung von unten können Kommunen dann fördern, indem sie sozial-ökologische Kriterien anlegen und gemeinwohlorientierte Dienste bevorzugen. Durch die Standardisierung können diese lokalen Akteur*innen in bundesweite und internationale Netzwerke eingebunden werden.



Lokale Orte des Wissenstransfers und der Reparatur unterstützen

Um Menschen in ihrer Beteiligung an der Gestaltung digitaler Infrastrukturen zu ermächtigen, braucht es lokale Institutionen, in denen technisches Wissen und Reparatur-Skills für alle zugänglich sind. So sind Orte wie die jetzigen Hackerspaces und Repair-Cafés Teil einer lebendigen Zivilgesellschaft. Sie sollten flächendeckend entstehen und müssen dafür durch Finanzierung und die Bereitstellung von öffentlichen Räumen und Bildungsangeboten unterstützt werden. Nur so können ganze digitale Infrastrukturen – nicht nur Netze und Plattformen aber auch individuelle Endgeräte – demokratisch betrieben und Teil einer sozial-ökologischen Transformation werden.

24 In der Debatte über die Gestaltung des Internets als öffentlicher Raum bezeichnet Netzneutralität die gleiche Behandlung aller Daten bei der Übertragung, unabhängig von Sender*in, Empfänger*in oder Inhalten, und ist somit ein demokratischer Schutz gegen die Macht der Techkonzerne.



Beiträge zu Klimagerechtigkeit und sozial-ökologischer Transformation

Der bisherige Aufbau der digitalen Infrastrukturen kann nicht an sich als Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation gesehen werden – im Gegenteil, er verschärft Umweltzerstörung und globale Ungerechtigkeit. Dementsprechend ist die Umgestaltung dieser Infrastrukturen ein notwendiger Bestandteil der Transformation.



Demokratische Prozesse zu sozial-ökologischen Grenzen der Digitalisierung ermöglichen

Die Übertragung digitaler Infrastrukturen in öffentliche Hand ermöglicht eine öffentliche Diskussion darüber, wie viel digitale Technik erwünscht ist und welchen sozialen und ökologischen Kriterien diesen genügen soll. Außerdem erlaubt sie, die digitale Daseinsvorsorge von kapitalistischen Wachstumszwängen zu entkoppeln. Konkret spielt die oben geforderte offene Standardisierung eine zentrale Rolle, weil Selbstbestimmung und damit die Anpassung der Technik an kollektive Bedürfnisse eine gesellschaftliche Einigung darüber erfordert, was sozial und ökologisch tragbar ist und was nicht – jenseits jeder Marktlogik. Dieser demokratische Prozess muss eine globale Perspektive beinhalten, denn Klimagerechtigkeit lässt sich nicht ohne Blick auf die Bedürfnisse anderer erreichen.



Digital befeuerte Rebound-Effekte und Obsoleszenz verringern

Die Öffnung digitaler Infrastrukturen durch Standards und Schnittstellen wirkt ihren hohen ökologischen Kosten auf zwei Ebenen entgegen. Erstens wird die Macht der Techkonzerne gebrochen und nichtkommerzielle Plattformen werden aus der Nische geholt, sodass

weniger Daten über Online-Verhalten gesammelt werden. Dadurch bleibt weniger Raum für Werbung, die auch ganz von den zuständigen Stadtwerken verboten werden könnte – so werden Rebound-Effekte verringert. Zweitens kann Obsoleszenz²⁵ bekämpft werden, weil Stadtwerke und gemeinwohlorientierte Plattformen langlebige Hardware einsetzen können. Infrastrukturen können auch durch angemessene Standards für Geräte zugänglich bleiben, die älter sind aber in Repair-Cafés instandgehalten werden.



Gemeinwohlorientiertes Alltagsleben vereinfachen

Heute führt ein digitalisierter Alltag zur Reproduktion von Ungerechtigkeit, denn er ist von Plattformen bestimmt, die eine ausbeuterische und umweltschädliche Profitmaximierung verfolgen – vor allem auf Kosten von Ländern des Globalen Südens. Anders zu leben erfordert daher vergesellschaftete digitale Infrastrukturen, die es auch wenig tech-affinen Personen erlaubt, sich nicht auf die Dienste von großen Techkonzernen zu verlassen. Ermächtigung kann so von oben durch eine demokratische Umgestaltung digitaler Infrastrukturen und gleichzeitig von unten durch Institutionen wie Hackerspaces und Repair-Cafés funktionieren. Eine selbstbestimmte Nutzung digitaler Technik, die nur durch öffentliche Infrastrukturen und von unten vergesellschaftete Plattformen möglich ist, ist eine Voraussetzung für eine klimagerechte Lebensweise in digitalisierten Gesellschaften.

25 Mit dem Begriff der Obsoleszenz wird die begrenzte Haltbarkeit technischer Bauteile und Geräte als beabsichtigte Folge von kostensparenden Produktionsverfahren oder betriebswirtschaftlichen Erwägungen beschrieben (oft wird sogar von »geplanter Obsoleszenz« geredet).



Öffentliche digitale Infrastrukturen in der Praxis

→ *Vernetzung jenseits der Privatisierung*

Wenn digitale Infrastrukturen mit anderen Infrastrukturen wie Straßen- oder Stromnetzen verglichen werden, liegt die Idee nahe, diese als Teil der Allmende²⁶ zu sehen. Das Internet wurde aber in einer Zeit der Privatisierung aufgebaut und ist entsprechend gestaltet. Ein Gegenbeispiel war in Chile unter Allende zu sehen, wo das vernetzte System *Cybersyn* zur Koordinierung von Betrieben eingerichtet wurde.²⁷ Diese kurzlebige Experiment hatte zum Ziel, eine einfache digitale Infrastruktur im Dienst einer öffentlichen Planwirtschaft aufzubauen. Dafür wurde ein Netzwerk von Fernschreibern, die an alle staatlichen Betriebe verteilt worden waren, mit einer zentralen Schaltstelle verbunden. Als öffentliche Infrastruktur gilt auch das Netz von *Freifunk*, einer Organisation, die in vielen deutschen Städten einen freien drahtlosen Internetzugang anbietet. Diese nichtkommerzielle Initiative folgt den Prinzipien der Dezentralität und der Selbstverwaltung.

→ *Öffentliche Kommunikation von Emails zu sozialen Medien*

Die Standards der Email-Kommunikation wurden in den 80er Jahren entwickelt, mit dem Anspruch auf Interoperabilität – alle Server sollten mit alle anderen Servern interagieren können.²⁸ Bis heute werden so auf privaten Servern offene Schnittstellen bewahrt, denn kein Unternehmen kann eine monopolartige Position erlangen. Emails werden

26 Das Wort Allmende bezeichnet Güter, die als gemeinschaftliches Eigentum von einer Gruppe (zum Beispiel Hausgemeinschaft, Gemeinde oder die gesamte Bevölkerung) genutzt werden.

27 → de.wikipedia.org/wiki/Cybersyn

28 Das Format von Emails und das Verhalten von Emailservern wurde durch RFCs standardisiert, sodass alle Anbieter interoperable Schnittstellen betreiben – solange die Regeln eingehalten werden, kann jeder Anbieter eine Email an jeden anderen Anbieter zustellen, was bei den meisten neuen Messengerdiensten nicht möglich ist.

aber langsam durch Messengerdienste wie Telegram oder Plattformen wie *Facebook* und *Twitter* ersetzt. Deren Machtposition beruht auf dem Plattform-Effekt²⁹ und sie werden daher nicht gezwungen, sich an offene Standards zu halten. Das *Fediverse* – ein Zusammenschluss nichtkommerzieller digitaler Dienste – bietet als Alternative³⁰ zum Angebot von Techkonzernen mit Plattformen wie *Diaspora* und *Mastodon* eine offene und standardisierte Infrastruktur. Dort können alle miteinander kommunizieren und selbst Server als Teil des *Fediverse* betreiben.



Freie Software und offene Hardware

Der Erfolg von *Wikipedia* oder freier Software wie dem *Linux*-Betriebssystem zeigt, welches Potenzial in offener Entwicklung steckt. Diese Praxis hat sich etabliert und die Entwicklung von Software trotz aller technischen Barrieren ein Stück demokratischer gemacht – und damit eine ökologische Umgestaltung unterstützt.³¹ Die Lage im Hardware-Bereich ist leider wegen der Komplexität und hohen Entwicklungskosten problematischer. Dennoch gibt es Projekte, die versuchen, Geräte durch Modularität langlebiger herzustellen, wie *Shiftphone*, oder gar ganze Rechner offen zu gestalten, wie *Arduino*. Damit ist aber das Ziel, digitale Geräte nachhaltig herzustellen und zu nutzen, noch weit entfernt. Die Dringlichkeit einer klimagerechten Umgestaltung digitaler Infrastrukturen bedeutet dementsprechend, dass auch ältere Hardware – die lange studiert worden ist und damit manchmal als offen gelten kann³² – benutzt werden muss. Aus dieser Sicht spielen Forderungen nach Langlebigkeit und Reparierbarkeit von Geräten eine wichtige Rolle.

29 Der Plattform-Effekt ist ein Netzwerk-Effekt, der auftritt, wenn eine Plattform einen so hohen Anteil an Nutzer*innen aufweist, dass alle potenziellen neuen Nutzer*innen gezwungen werden, sich bei dieser Plattform statt eine anderen ähnliche Plattform zu registrieren – wenn zum Beispiel alle relevante Bezugspersonen auf *Twitter* kommunizieren, ist es nicht hilfreich, *Mastodon* zu nutzen und damit aus Diskussionen ausgegrenzt zu werden.

30 Beckedahl, Markus (25.12.2022) → *Twitter vs. Mastodon – ein Rück- und Ausblick. netzpolitik.*

31 Der Dokumentbetrachter »Okular« vom Projekt *KDE* ist die erste Software, die das Siegel »Blauer Engel« erhalten hat.

32 Siehe zum Beispiel die Nutzung veralteter Prozessoren beim Abbau von Atomwaffen, wie in einem Vortrag auf dem *Chaos Communication Congress 2017* dargestellt.



Mythen & Missverständnisse

Internet und digitale Dienste werden zwar von vielen Menschen benutzt, aber oft unzureichend verstanden. Dies führt zu Fehleinschätzungen, auf die wir in Folge eingehen.

» *Das Internet ist global und kann nur global umgestaltet werden.* «



Das Internet ist nicht mehr als ein Zusammenschluss von Netzen, die lokal betrieben und in Verbindung gesetzt werden. Es wurde föderativ konzipiert und sollte nicht als eine homogene Einheit verstanden werden. Seine Funktionsweise beruht wesentlich auf der Standardisierung der Schnittstellen zwischen Netzen. Dementsprechend ist eine Umgestaltung auf lokaler Ebene, in Deutschland oder in der EU unproblematisch, solange Schnittstellen zur Außenwelt bewahrt werden. Das Internet ist nach wie vor vielfältig, und seine eng kontrollierte Einführung in China zeigt, dass Staaten viel Gestaltungsmacht haben. Jenseits von Staaten illustriert das *Fediverse*, dass eine Umgestaltung von unten innerhalb des bestehenden Internets möglich ist.

» *Digitale Innovation macht doch unsere Wirtschaftsweise grüner!* «



Digitale Geräte und alle Infrastrukturen, auf die sie angewiesen sind, verbrauchen Energie und benötigen viele Rohstoffe in der Herstellung. Der Erzählung der Dematerialisierung widersprechend senkt der Einsatz digitaler Technik nicht die ökologischen Kosten der herrschenden Wirtschaftsweise. Der viel diskutierte ökologische Fußabdruck von BLOCKCHAINS oder künstlicher Intelligenz verdeutlicht diese Beobach-

tung. Effizienzgewinne lassen sich tatsächlich in manchen Bereichen durch digitale Technik erzeugen, dennoch untergraben Rebound-Effekte diese Möglichkeiten, sodass eine klimagerechte Transformation eine Orientierung am Prinzip der Suffizienz benötigt.³³ Darüber hinaus stellt sich aus einer globalen Perspektive die Frage: Wer trägt die Kosten einer vermeintlich dematerialisierten Wirtschaft?

» *Standardisierung schränkt die Technik zu sehr ein.* «



Standardisierung wird oft falsch verstanden. Dabei handelt es sich nicht um eine zwingende Gleichmachung oder um eine autoritäre und bürokratische Technikgestaltung. Im Gegenteil ist Standardisierung – insbesondere der offenen Art – die Voraussetzung für eine vielfältige und innovative Technikentwicklung. Standards beschreiben die notwendigen Bausteine in der Gestaltung komplexer Infrastrukturen. Das Internet selbst ist ein gutes Beispiel: Es ist bunt und vielfältig, weil es in den 80er und 90er Jahren weitgehend offen standardisiert wurde. So konnte eine lebendige Tech-Community entstehen, die Software und Webseiten aller Arten produzierte. Die Machtkonzentration bei großen Unternehmen, die keinen Standards folgen oder selbst neue Standards durchsetzen können, ist für die Entwicklung von Hardware und Software nicht förderlich.

33 Lange, Steffen und Santarius, Tilmann (2018) → Smarte Grüne Welt. Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit. *oekom*.



Wie kommen wir dahin?

Angesichts der globalen Machtverhältnisse und der Dominanz von wenigen Techkonzernen wird eine Umgestaltung digitaler Infrastrukturen seit langem gefordert. So kämpfen Akteur*innen der Tech-Szene wie der *Chaos Computer Club*, das *Forum InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung* oder die *Free Software Foundation Europe* für einen gesetzlichen Rahmen, der freie Software und offene Schnittstellen bevorzugt. Auch unzählige Hacker engagieren sich in Projekten, die auf die Möglichkeit selbstverwalteter digitaler Infrastrukturen hinweisen.

Eine konsequente Vergesellschaftung digitaler Infrastrukturen braucht aber breitere Bündnisse, die über klassische Kampagnen wie »public money, public code« hinaus gehen, denn es geht um tiefgreifende Entscheidungen. Die Regulierung von Techkonzernen wird eher auf der EU-Ebene angestrebt und dabei wird vergessen, dass die Verantwortung für Infrastrukturen bei einzelnen Staaten liegt. Es braucht also einen strategischen Wandel, der den Fokus auf die lokale Ebene legt und dort Mitgestaltung und Selbstbestimmung ermöglicht, ohne die globale Entmachtung von gigantischen Techkonzernen zur Voraussetzung für jeden kleinen Schritt zu machen.

Eine Strategie der breiten Bündnisfähigkeit scheint vor allem bei Fragen der Demokratisierung möglich und der Kampf für digitale Bürgerrechte ist jenseits der Tech-Community gut verankert. Doch die Fokussierung auf globale Klimagerechtigkeit wird wahrscheinlich Spannungen mit sich bringen. Wenn planetare Grenzen ernst genommen werden müssen, sollten auch digitalen Infrastrukturen Grenzen gesetzt werden. Der Erfolg der BITS & BÄUME-KONFERENZEN zeigt, dass die Bereitschaft, sich mit ökologischen Fragen im digitalen Bereich auseinanderzusetzen, vorhan-

den ist. Was noch weitgehend fehlt sind Visionen einer digitalen Technik, die eher am Prinzip der Suffizienz als an Effizienzsteigerung orientiert sind.³⁴

Die Kritik an aktuellen Digitalisierungsprozessen wird mit Sicht auf demokratische Kontrolle, ökologische Nachhaltigkeit oder Arbeitsbedingungen immer lauter. Unter Druck von vielen Akteur*innen könnte auf Bundesebene ein gesetzlicher Rahmen eingeführt werden, der den Umbau digitaler Infrastrukturen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge einleitet. Es braucht dafür eine Bewegung von unten, um den Wandel wirklich ins Leben zu rufen: Lokale Strukturen, die Hackerspaces und Repair-Cafés aus der Nische holen und diese viel zugänglicher machen, aber auch Tech-Kollektive oder -Genossenschaften, die lokale Plattformen betreiben. Darüber hinaus braucht es Vernetzung unter lokalen Akteur*innen, denn die Standardisierung von Hardware und Software erleichtert Kooperation, sodass erfolgreiche Projekte nachgeahmt werden können. Diese Ermächtigung der Gesellschaft ist nötig, um eine tiefgreifende sozial- und klimagerechte Transformation digitaler Technik einzuleiten.

34 Höfner, Anja und Guenot, Nicolas (2023) → Kartierung der Visionen digital-ökologischer Transformation. Eine empirische Analyse aktueller Visionen zivilgesellschaftlicher, staatlicher, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Akteure. *CO:DINA* Kurzstudie Nr.3.

Transformative Bildung

Esther Wawerda, Carolina Hoffmann



Wie Bildung das klimaungerechte System stabilisiert

Wenn wir transformative gesellschaftliche Veränderungen anstoßen wollen, lohnt es sich, darauf zu schauen, welche Werte und Erzählungen unsere gegenwärtigen Entscheidungs- und Diskussionsprozesse prägen. Diese werden schon früh bewusst und unterbewusst durch Bildung und Sozialisation vermittelt. Wachstumsorientierung und Konkurrenzlogik sind zwei dieser zentralen Werte und Erzählungen der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, die auch unserem Bildungssystem inhärent sind.

Bildung wird als zentraler Faktor von langfristigem volkswirtschaftlichen Wachstum betrachtet¹. Dementsprechend werden jene Fächer und Qualitäten gefördert, die den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes entsprechen. Andere wichtige Lernfelder, wie machtkritisches Denken, Prozesse um Teilhabe und Mitgestaltung und Care Kompetenzen, werden dabei vernachlässigt. Das schlägt sich auch in den Lehrplänen nieder: Bei einer Analyse deutscher Lernpläne von 2020 wurde deutlich, dass die Entwicklung emotionaler Kompetenzen in 42% aller Lehrpläne nicht vorkommt.² Im Hinblick auf die Klimakrise werden jedoch gerade emotionale Fähigkeiten wie Resilienz und Empathie benötigt, um Zukunft-

-
- 1 Hanushek, Eric / Wößmann, Ludger (2008): *The role of cognitive skills in economic development*. In: *Journal of Economic Literature* 46 (3): 607-668.
Hanushek, Eric A., Ludger Wößmann (2015): *The knowledge capital of nations: Education and the economics of growth*, Cambridge, MA: MIT Press
 - 2 Grund, Julius / Holst, Jorrit (2023): *Emotional competence: The missing piece in school curricula? A systematic analysis in the German education system*. In: *International Journal of Educational Research*, Vol. 4.

sängste zu bewältigen und transnationale Zusammenarbeit zu stärken. Der enge Fokus auf die wirtschaftliche Verwertbarkeit von Bildung lässt kaum Platz für Räume, in denen gemeinsam sozial gerechte und ökologische Alternativen entwickelt werden können. Dabei zeigen Studien zu Demokratieforschung und zivilgesellschaftlichem Engagement in Deutschland, dass ein Großteil der Bevölkerung das Gefühl hat, Gesellschaft nicht ausreichend mitgestalten zu können, und wenig Sinn in politischem Aktivismus sieht³. Dies macht deutlich, dass demokratische Prozesse um gesellschaftliche Teilhabe und Mitgestaltung bereits im schulischen Bildungskontext stärker gelebt und praktiziert werden müssen. Denn unser Bildungssystem ist kein machtfreier Raum: die individuellen Bildungswege von Menschen hängen immer noch von ihrer sozialen bzw. zugeschriebenen Herkunft ab.

Hier zeigt sich, wie Bildung unter den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen entpolitisiert wird. Denn: ob wir Wirtschaftswachstum, koloniale Kontinuitäten und mangelnde demokratische Teilhabe unhinterfragt und als »natürlich« annehmen, ist von politischer Brisanz. Das beginnt allein schon bei der Frage, woher unser Wissen kommt und wie es vermittelt wird. Unser Bildungssystem ist geprägt von eurozentrischer Wissenschaft, d.h. die westeuropäisch-kapitalistische Norm und Historie werden in den Mittelpunkt gestellt und als kolonialer Maßstab an andere Kulturen und Wissensproduktionen übertragen. Gleichzeitig besteht ein Fokus auf kognitive, wissensvermittelnde und individuelle Lernprozesse⁴. Inhalte und Lehrpläne werden aus einer westlichen Perspektive entwickelt und vermitteln vorrangig das Wissen und die Geschichte europäischer Länder. In Bezug auf (Neo)Kolonialismus zeigt sich hier ein besonders dringender Handlungsbedarf: Eine Analyse der aktuellen Oberstufen Lehrwerke der drei größten

3 Leipziger Autoritarismus Studie (2022) www.boell.de/sites/default/files/2022-11/decker-kiehl-heller-braehler-2022-leipziger-autoritarismus-studie-autoritaere-dynamiken-in-unsicheren-zeiten_0.pdf

4 Castro Varela, Maria do Mar / Fereidooni, Karim (2022): *Rassismuskritik hegemonial. Plädoyer für postkoloniale Zeiten*. In: *Mainstreaming Decolonize. Koloniale Kontinuitäten in der Entwicklungspolitik*, S. 10-12.

Schulbuchverlage von 2020 deckte auf, dass der deutsche Kolonialismus teilweise nur auf einer von 700 Seiten thematisiert wird und hauptsächlich europäische statt afrikanische Quellen zitiert werden⁵. Diese Dominanz eurozentrischer Perspektiven hat zur Folge, dass nicht-westliche Kulturen, Perspektiven und Wissenssysteme systematisch ausgeblendet oder sogar unsichtbar gemacht werden. Jahrhundertaltes indigenes Wissen, das konträr zu einer angeblichen westlichen Rationalität steht, oder nicht vorrangig als kognitive Wissensform vermittelt wird, wird für irrelevant erklärt oder ignoriert.

Selbst progressive Konzepte, wie BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG (BNE)⁶ und GLOBALES LERNEN, sind vor kapitalistischen und neokolonialen Logiken nicht gefeit. Zwar rücken sie nachhaltige Entwicklung auf lokaler und globaler Ebene in den Vordergrund, doch auch hier werden Werthaltungen und Systemlogiken unserer nicht-nachhaltigen Produktions- und Lebensweise fortgeführt und zu wenig hinterfragt. Dies zeigt sich insbesondere in ihrem Fokus auf Messbarkeit, kognitive Argumente und technologische Effizienz sowie auf individuelles, konsumorientiertes Handeln als Schlüsselösungen für ökologische Nachhaltigkeit⁷. Eine derar-

5 Vogel, Steffen (2020): Kolonialismus im Schulbuch. Was Schüler*innen heutzutage über den Kolonialismus lernen. [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de/news/id/42834/kolonialismus-im-schulbuch)

6 Eine Einführung ins Thema BNE ist hier zu finden: www.bpb.de/lernen/digitale-bildung/werkstatt/296913/bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung-eine-einfuehrung/

7 Getzin, Sofia; Singer-Brodowski Mandy (2016): *Transformatives Lernen in einer Degrowth-Gesellschaft*. In: *SOCIENCE* 1_2016, 33-46.

Blum, Jona et al. (2021): *Transformatives Lernen durch Engagement. Ein Handbuch für Kooperationsprojekte zwischen Schulen und außerschulischen Akteur*innen im Kontext von Bildung für nachhaltige Entwicklung*. Hrsg.: Umweltbundesamt www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/final_hauptdok_uba_handbuch_transformatives_lernen_bfrei.pdf

bildung

glokal e.V. (2013): *Bildung für nachhaltige Ungleichheit. Eine postkoloniale Analyse von Materialien der Entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Deutschland* https://www.glokal.org/wp-content/uploads/2018/03/Glokal-e-V_Bildung-fuer-nachhaltige-Ungleichheit_Barrierefrei-Illustrationen-26-03-2013-2.pdf

tige BNE verschließt Aushandlungs- und Diskussionsprozesse zu vielfältigen gerechten und nachhaltigen Zukünften und entpolitisiert Debatten⁸. Darauf weisen kritische zivilgesellschaftliche Akteur*innen konsequent hin und fordern weiterhin eine kritisch-emanzipatorische Ausrichtung von BNE und Globalem Lernen, die Lernende im Umgang mit komplexen Sachverhalten sowie bei der Teilnahme an öffentlichen Debatten im Kontext der Klimakrise und globaler Ungerechtigkeit unterstützt⁹.

Um all diese Probleme anzugehen, ist es notwendig, nicht nur bestimmte Lerninhalte und Kompetenzen in den Lehrplänen zu ergänzen und BNE als inhaltliches Querschnittsthema zu etablieren, sondern das Bildungssystem als Ganzes zu transformieren. Eine klimagerechte Bildung ist eine, in der vielfältige Wissenssysteme anerkannt werden und plurizentrische (anstatt eurozentrischer) Perspektiven und Erfahrungen Platz haben. Bildung muss jenseits der Leistungs- und Konkurrenzlogik stattfinden: als Lernorte für Demokratie, wo Menschen mit- und voneinander lernen, wie solidarisches Zusammenleben in einer Gesellschaft, die von Machtverhältnissen geprägt ist, gehen kann, und wo sie Ideen und Praktiken einer sozial-ökologischen Lebensweise ausprobieren können.

8 Sanders, Christoph (2023): Politische Bildung in Transformation – Transdisziplinäre Perspektiven. Im Erscheinen

9 Andreotti, Vanessa et al. (2020): Gesturing Towards Decolonial Futures: Reflections on Our Learnings Thus Far. In: *Nordic Journal of Comparative and International Education*, Vol. 4(1), 43-65. <https://decolonialfutures.net/>

Scott, William; Gough, Stephen (2010): Sustainability, learning and capability—exploring questions of balance. In: *Sustainability* 2:3735–3746.

Vare, Paul; Scott, William (2007): Learning for a Change: exploring the relationship between education and sustainable development. In: *Journal of Education for Sustainable Development* 1, 191-198.

siehe auch: Getzin, S. / Singer-Brodowski, M. (2016); Sanders, C. (2023).



Pfad zu einem klimagerechten Bildungssystem

Für eine sozial-ökologische Transformation ist neben veränderten institutionellen Rahmenbedingungen und einem Um- und Rückbau von klimaschädlichen Industrien auch kultureller Wandel notwendig. Insbesondere bei letzterem zeigt sich das besondere transformative Potenzial von Bildung. Damit sich dieses entfalten kann, müssen 1. Bildungsinstitutionen damit aufhören, das bestehende ungerechte und nicht nachhaltige System zu stabilisieren und 2. brauchen wir ein anderes Bildungssystem, das nicht Konkurrenz- und Wachstumslogiken und den Bedürfnissen eines kapitalistischen Arbeitsmarktes folgt, sondern in dem andere Werte und Ziele im Mittelpunkt stehen – wie Care, Klimagerechtigkeit und demokratische Teilhabe.

Eine kritisch-emanzipatorische BNE kann Fächerspezialisierung, Scheuklappendenken und Wachstums- und Konkurrenzlogiken aufbrechen, und die Klimakrise als soziales Problem begreifen, mit sozialen Ursachen und sozialen Lösungsmöglichkeiten. Sie stärkt Menschen, Gesellschaft mitzugestalten und schafft Grundlagen für die dafür notwendigen Fähigkeiten.

Dazu gehören kritisches Denken und Verständnis über die historisch-sozialen Prozesse, die zu aktuellen ungerechten und krisenhaften Verhältnissen geführt haben, sowie die Reflexion der eigenen Verortung und Eingebundenheit darin. Vanessa Andreotti, Wissenschaftlerin im Bereich Global Citizenship Education, spricht von emanzipatorischer Bildung als »den Fluss hinaufzuwandern und zu den Wurzeln der Probleme zu gehen«¹⁰. Dafür ist es notwendig, vielfältige Perspektiven (plurizentrisch statt eurozentrisch; Bedeu-

10 Andreotti, Vanessa (2012): Editor's Preface "HEADS UP". Critical Literacy: Theories and Practices 6:1, 1-3.

tung von indigenen Wissens- und Lernpraxen) sichtbar zu machen, an die Lebensrealitäten der Lernenden anzuknüpfen und kollektive Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Durch ihre Institutionalisierung und Ausweitung kann BNE Legitimation und Ressourcen für tiefgreifende Veränderungen bieten. Dies ist jedoch nur möglich, wenn Rahmenprozesse kritisch-konstruktiv weiterentwickelt werden und deren Einzug und Verbreitung in Institutionen durch zivilgesellschaftliche (Bildungs-) Akteur*innen begleitet und vorangetrieben werden. Der Einzug kritisch-emanzipatorischer BNE in das Bildungssystem kann auch zu einem tiefgreifenderen Wandel von Bildungsinstitutionen führen. So meint der *WHOLE INSTITUTION APPROACH*, der in aktuellen Rahmenprozessen um BNE dargelegt und gefordert wird, – wenn er zu Ende gedacht wird – nichts anderes als eine sozial-ökologische Transformation von (Bildungs)institutionen, die aktuell noch Wandel im Wege stehen. Dieser Zugang, der Nachhaltigkeit ganzheitlich in Institutionen verankern will, beinhaltet kleine Reformen, wie regionale und fair erzeugte Verpflegung in Schulkantinen ebenso wie weiterreichende Vorschläge zu sozial-ökologischer Architektur der Gebäude, zur Kooperation mit außerschulischen Akteur*innen und zur Einbindung aller in Entscheidungsprozesse – also einer Demokratisierung von Schule und anderen Bildungsinstitutionen.

Letzteres ist von immenser Bedeutung für eine sozial-ökologische Transformation zu einer klimagerechten Gesellschaft. Denn: demokratisch Gestalten will gelernt sein. Dafür braucht es Lernorte, wo Kinder, Jugendliche und Erwachsene die dafür notwendigen Fähigkeiten lernen und praktizieren können. Neben den oben genannten, stärken solche Lernorte auch weitere Fähigkeiten für ein sozial-ökologisches gesellschaftliches Zusammenleben: eigene Bedürfnisse zu reflektieren und zu kommunizieren, den Umgang mit Konflikten, Empathiefähigkeit und damit auch die Bereitschaft zur Veränderung zugunsten globaler Gerechtigkeit, aber auch praktische Fähigkeiten, wie z.B. den Anbau von Lebensmitteln, erneuerbare Energieversorgung, Moderation von Gruppenprozessen, und viele mehr.



Maßnahmen für eine transformative Bildung für nachhaltige Entwicklung

Wir schlagen folgende Schritte vor, die richtungsweisend für eine Transformation des Bildungssystems im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation sind. Wichtig dabei ist zu betonen, dass diese im Sinne einer Transformation nicht für sich allein stehen sollen, sondern ihr transformatives Potenzial vor allem im Zusammenspiel miteinander und mit weiteren Veränderungen in verschiedenen Gesellschaftsbereichen (siehe andere Bausteine) entfalten können.



Nationale Rahmenprozesse im Bereich BNE/ Globales Lernen weiterentwickeln und konsequent umsetzen.

Zivilgesellschaftliche Akteur*innen treiben seit vielen Jahren Themen der BNE und des GLOBALEN LERNENS voran und engagieren sich dafür, diese stärker in formelle Bildungsinstitutionen zu tragen. Nicht zuletzt ihr Engagement hat dazu beigetragen, dass in den vergangenen Jahren sogenannte Rahmenprozesse auf staatlicher Ebene zu BNE und GLOBALEM LERNEN, wie die aktuelle Roadmap der UNESCO zu BNE, entstanden und weiterentwickelt wurden. Diese Rahmenprozesse entstehen in der Zusammenarbeit von Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Verwaltung und legen für verschiedene Bildungsbereiche fest, wie dort BNE und GLOBALES LERNEN vermittelt werden soll. Es hat sich wiederholt gezeigt, dass diese Rahmenprozesse kritisch-konstruktiver Veränderung und Weiterentwicklung durch zivilgesellschaftliche und Bildungsakteur*innen bedürfen¹¹. Dafür müssen von staatlicher Seite echte Mitge-

11 Offener Brief „Decolonize Orientierungsrahmen!“ (2015) <https://decolonizeorientierungsrahmen.wordpress.com>
siehe auch: Sanders, C. (2023)

staltungsmöglichkeiten signalisiert und Ressourcen (in Form von Fördermitteln, Honoraren, Fahrtkostenerstattung etc.) zur Verfügung gestellt werden.

Gleichzeitig bieten die Rahmenprozesse Legitimation für die Bereitstellung von Ressourcen (z.B. durch Förderinstitutionen) sowie für die Zusammenarbeit mit vielfältigen Akteur*innen (z.B. Kooperationen zwischen Schulen und zivilgesellschaftlichen Organisationen).

Um das Potenzial auszuschöpfen, das durch vielfältiges Engagement über Jahre hinweg erarbeitet wurde, dürfen Bildungsakteur*innen und -Institutionen auf allen Ebenen nicht dabei stehen bleiben, sich vage an den Zielformulierungen der Rahmen-dokumente zu orientieren. Sie müssen diese Dokumente konsequent als Instrument nutzen, um – im Sinne des Whole Institution Approach – wirklich Bildung auf struktureller Ebene zu transformieren und ganzheitliche Prozesse von Demokratisierung und Nachhaltigkeit voranzutreiben.



Niedrigschwellige Angebote und Ressourcen für Lehrer*innen und Multiplikator*innen

Ein wichtiger Teil dieser konsequenten Umsetzung betrifft die Aus- und Weiterbildung von Lehrer*innen. Sie können notwendiges Wissen und Fähigkeiten, wie machtkritisches Denken, demokratische Mitgestaltung und Care-Kompetenzen, bei Schüler*innen nur dann stärken, wenn sie diese bei sich selbst (weiter-)entwickeln. Dafür braucht es entsprechendes Angebot und Zugang dazu.

Die institutionelle Verankerung von kritisch-emanzipatorischer BNE im Lehramtsstudium – z.B. in Form von Lehrveranstaltungen in den jeweiligen Curricula, Forschungs -und Praxisseminaren, Lehrstühlen, etc. - bietet eine Möglichkeit dafür. Wichtig für die Lehrer*innenausbildung ist, dass vielfältige Perspektiven miteinfließen und unterschiedlichen Gruppen Zugang zur Tätigkeit als

Lehrer*in ermöglicht und erleichtert wird. Das bringt mit sich, dass in den Zugangswegen z.B. zum Lehramtsstudium strukturelle Diskriminierung sichtbar gemacht und abgebaut werden muss.

Darüber hinaus sind regelmäßige Weiterbildungen – z.B. in Form von Empowerment- & Anti-Diskriminierungs-Trainings, Demokratie-Trainings, kollegialer Beratung, Didaktik- und Methodenworkshops, Reflexionsräumen, Sprachkursen, Wissenstransfer im Bereich der BNE-Rahmenprozesse, Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, etc. – während der Bildungstätigkeit unabdinglich und müssen als zentraler Teil der Arbeit betrachtet werden. Ein Schritt darin ist es, ausreichend Lern- und Austauschorte für Lehrer*innen und Multiplikator*innen zu schaffen und ihnen zeitliche Ressourcen dafür zur Verfügung stellen. Dort können sie sich vernetzen und gemeinsam kritisch-emanzipatorische Lernformate entwickeln. Als Expert*innen für ihre Lernbereiche können sie bedürfnisorientierte und pluralistische Freiräume schaffen, die gemeinsam mit den Lernenden gestaltet werden können. Diese Angebote müssen den Bedarfen unterschiedlicher Zielgruppen entsprechen und daher möglichst gemeinsam mit allen Beteiligten (weiter-)entwickelt werden.



Freiräume im Bildungssystem unterstützen, absichern und erweitern

Bildungsinstitutionen tragen aktuell in Form und Inhalt dazu bei, klimaungerechte Denk- und Handlungsweisen zu stabilisieren. Gleichzeitig gibt es zahlreiche Initiativen und Akteur*innen, die bereits jetzt daran arbeiten, demokratische Lernräume zu gestalten und sozial-ökologische Lebensweisen näherzubringen und auszuprobieren. Beispiele dafür sind demokratische Schulen, außerschulische Bildungseinrichtungen, gewerkschaftliche Bildungsarbeit, schulische und Hochschulinitiativen für Demokratie und Nachhaltigkeit, freie Hochschulen, Kooperationen mit außerschulischen Lernorten, Lernwerkstätten und Lernen durch Engagement, Public Climate Schools, Degrowth Sommerschulen, der FREI DAY, etc.

Hier sind staatliche Institutionen und politische Akteur*innen auf Bundes- wie auf Landesebene gefordert, diese Freiräume mit personellen und finanziellen Ressourcen zu unterstützen und die politischen Rahmenbedingungen zu setzen, damit sich diese weiterentwickeln und ausweiten können und so Potenzial für tiefgreifendere und großflächigere Veränderungen schaffen. Konkret bedeutet das z.B. größere Schulautonomie, flexiblere Lehrpläne, mehr Mitbestimmung aller Beteiligten in Lernprozessen, mehr und differenziert qualifiziertes Personal in Bildungseinrichtungen, finanzielle Ressourcen für außerschulische Lernorte, uvm.



Ein Beispiel – der Frei Day

Der FREI DAY ist ein praktisches Beispiel dafür, wie Freiräume im Bildungssystem genutzt, unterstützt, und demokratisiert werden können.¹² Am FREI DAY können Schüler*innen sich während ihrer Schulzeit projektbasiert und selbstbestimmt mit aktuellen sozial-ökologischen Herausforderungen auseinandersetzen. Hierbei wird Raum für selbstständiges Lernen, kreatives Gestalten und kollaboratives wie nachhaltiges Handeln geschaffen, der sonst in den Lehrplänen fehlt. Für die Umsetzung des FREI DAYS werden für die selbstbestimmten Lernräume wöchentlich 4 Stunden vorgesehen, die von anderen Schulfächern abgegeben werden. Die Schüler*innen arbeiten jahrgangsübergreifend und auf Wunsch auch mit außerschulischen Expert*innen zusammen, um gemeinsam lokale Projekte für eine klimagerechte Zukunft zu realisieren. Dabei werden Fähigkeiten zu zivilgesellschaftlicher Mitgestaltung und ihr Gefühl für Selbstwirksamkeit gestärkt.

12 Rasfeld, Margret (2021): FREIDAY: Die Welt verändern lernen! Für eine Schule im Aufbruch. Oekom Verlag.



Wie kommen wir dahin?

Um diese Maßnahmen umzusetzen und eine Transformation des Bildungssystems voranzutreiben, braucht es Vernetzung, Bewegung und Veränderung auf mehreren Ebenen.

Die Zivilgesellschaft muss weiterhin und verstärkt kritische Impulse in nationale und internationale Rahmenprozesse zu BNE, GLOBALEM LERNEN und darüber hinaus in Lehrpläne und Bildungsinstitutionen einbringen und diese weiter transformieren. Gleichzeitig muss sie deren Umsetzung in den Bildungseinrichtungen auf inhaltlicher wie institutioneller Ebene kritisch-konstruktiv begleiten und unterstützen. Dafür braucht es mehr Ressourcen, Beteiligungsmöglichkeiten und Vernetzung zwischen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteur*innen.

Bildung ist ein wichtiger Bestandteil sozial-ökologischer Transformation, sie kann aber soziale Kämpfe und den aktiven Aufbau von Alternativen nicht ersetzen. Daher ist Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen Akteur*innen der Transformation unabdinglich. Nicht zuletzt haben Bewegungen wie FRIDAYS FOR FUTURE gezeigt, wie transnationale Vernetzung und der globale Aufbau von Gegenmacht auch auf der Ebene von Schüler*innen und Lernenden funktionieren kann. Für den ersten Klimastreik 2018 waren global ca. 1,8 Millionen Menschen auf der Straße und trugen dazu bei, den öffentlichen Diskurs um die Klimakrise nachhaltig zu verschieben. Durch gemeinsame Politisierungsprozesse eignen sich die Schüler*innen selbstbestimmtes Wissen an, das außerhalb der klassisch-kognitiven Lernprozesse des deutschen Bildungssystems liegt. Die Schüler*innen lernen, sich zu organisieren, Vernetzungsräume zu schaffen und sich emotionale Kompetenzen, wie der Umgang mit Ohnmacht und Ängsten in Bezug auf den Klimawandel, anzueignen. Sie lernen in und durch Bewegung(en).

Gemeinsam an Klimagerechtigkeit bauen

Klimagerechtigkeit ist eine Gemeinschaftsaufgabe, nicht nur ein Job für Ingenieur*innen, Ökonom*innen, Konzerne, Regierungen und Investoren. An dieser Aufgabe arbeiten bereits seit vielen Jahren engagierte Menschen. Mit den BAUSTEINEN FÜR KLIMAGERECHTIGKEIT bauen wir auf den vielen guten Ideen und Konzepten auf, die es bereits gab. Wir bedanken uns an dieser Stelle noch einmal herzlich für die Unterstützung und Zusammenarbeit mit all den Menschen, die sich an der Entstehung beteiligt haben und sich selbst aktiv für die Umsetzung der hier vorgeschlagenen Maßnahmen einsetzen!

Danke an Almut Neumann (Bezirksstadträtin Berlin-Mitte), Anastasia Blinzov (*Rosa-Luxemburg-Stiftung*), Ann Wiesental (*trouble everyday Kollektiv / Netzwerk Care Revolution*), Anne Klingemeier (*AbL Schleswig-Holstein, Norbert-Elias-Center für Transformationsforschung*), Benjamin Best (*Wuppertal Institut*), Björn Pasemann (*Deutscher Naturschutzring*), Christiane Gerstetter (*ClientEarth*), Christine Kornher (*Umweltbundesamt*), Corinna Fischer (*Öko-Institut*), Denis Petri (*Changing Cities*), Dominique Just (*Robin Wood*), Eric Häublein (*BürgerBegehren Klimaschutz e.V.*), Esteban Servat (*Debt for Climate*), Felicitas Sommer (*Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*), Frauke Wiese (*Universität Flensburg*), Friederike Schmitz und Friedrich Kirsch (*Gemeinsam gegen die Tierindustrie*), Gesine Langlotz (*AbL Mitteldeutschland*), Inken Behrmann, Irmela Colaço (*BUND*), Iris Frey (*attac Österreich*), Jakob Hebsaker (Verkehrsdezernat Wiesbaden), Jakob Migenda (*attac Deutschland*), Jan Brunner (*AbL Mitteldeutschland*), Jan Wittenberg, Jana Bosse (*BürgerBegehren Klimaschutz e.V.*), Janna Aljets (*Agora Verkehrswende*), Johannes Thema (*Wuppertal Institut*), Julia Bar-Tal (*AbL Nordost*), Julia Jirmann (*Netzwerk Steuergerechtigkeit*), Katrin Mohr (*IG Metall*), Klaus Schilder (*Misereor*), Lars Arvid Brischke (*Institut für Energie- und Umweltforschung*), Lena Luig (*Heinrich-Böll-Stiftung*), Leno Möller (*Gas Exit*), Leonie Steinherr (*Aktion Ag-*

rar), Lisa Kadel (*BürgerBegehren Klimaschutz e.V.*), Lisa Mittendrein (*attac Österreich*), Lola Löwenzahn (*Sand im Getriebe*), Louise Wagner (*Debt for Climate*), Luca Kokol (*Finanzwende und Netzwerk Plurale Ökonomik*), Mathias Krams (*Universität Wien*), Matthias Runkel (*Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft*), Maximilian Hellriegel (*SoWo Leipzig eG*), Melanie Mattauch (*Sunrise Project*), Nadja Charaby (*Rosa-Luxemburg-Stiftung*), Nick Holzberg (*European Climate Foundation*), Nikolaus Schöll, Nina Noblé (*Volksentscheid Berlin autofrei*), Peter Pichler (*Deutsche Wohnen & Co. Enteignen*), Philipp Frey (*KIT Karlsruhe*), Philipp Schulte (Rechtsanwalt), Rosalie (*Deutsche Wohnen & Co. Enteignen*), Sabine Leidig (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE, Kassel), Sebastian Kiefer (Büro MdB Kathrin Henneberger), Sebastian Neubert (*Universität Bern*), Stefanie Gerold (*BTU*), Steffen Liebig (*Universität Jena*), Stephan Krull (*attac AG Arbeit fairteilen*), Thomas (*taxmenow*), Thorsten Koska (*Wuppertal Institut*), Tonny Nowshin (*Sunrise project*), Uwe Witt (*Rosa-Luxemburg-Stiftung*) und Wiebke Schroeder (*Paritätischer Gesamtverband*).

Die Umsetzung des Projekts »Bausteine für Klimagerechtigkeit«, aus welchem dieses Buch hervorgegangen ist, wäre auch ohne die finanzielle Förderung durch *Open Society Foundation*, *Sunrise Project*, *Heidehof Stiftung*, *Misereor* sowie *Anstiftung* nicht möglich gewesen. Wir bedanken uns herzlich bei ihnen für das Vertrauen!

Außerdem bedanken wir uns für die großzügige Unterstützung im Crowdfunding, die dieses Buch erst möglich gemacht hat, bei Astrid Korth, Tilman List, Karen Genn, Hartwig Sievers, Anne Brandl, Albert Fresz, einem anonymen Unterstützer aus Lüneburg, Sonja-Marie Micudaj, Paul Jerchel, sowie beim *Netzwerk Immovieliën*.

Aus der Zusammenarbeit sind viele weitere Ideen, Netzwerkverbindungen und Beziehungen entstanden. Das Projekt soll eine Einladung sein, weiter an den hier vorgestellten (und anderen) transformativen Politiken und insbesondere an deren strategischen Umsetzungsperspektiven zu arbeiten. Was wir brauchen ist Empowerment: Transformation gelingt nur als großer, kollektiv gedachter und gelebter Prozess!

Weitere Autoren im oekom verlag

Alexander Schiebel

Gift und Wahrheit

**Wie Konzerne und Politik ihre Macht missbrauchen,
um Umweltaktivist:innen mundtot zu machen**

Erscheinungstermin: 10.10.2023

208 Seiten, Broschur

Preis: 20 €, ISBN 978-3-96238-286-5

Alexander Schiebel wurde in Südtirol vor Gericht gestellt, weil er die Pestizidgeschäfte der Agrarlobby aufdeckte. Inzwischen freigesprochen, zeigt er in seinem neuen Buch, wie solche Einschüchterungsklagen Umweltaktivist*innen überall in Europa mundtot machen sollen.

Evi Zemanek (Hrsg.)

Ozon

Natur- und Kulturgeschichte eines flüchtigen Stoffes

Erscheinungstermin: 12.09.2023

320 Seiten, Klappenbroschur, mit Farbbogen

Preis: 32 €, ISBN 978-3-98726-034-6

Hoch oben schützt Ozon vor UV-Strahlung, am Boden hingegen schädigt es unsere Lungen. Der neue Band der Stoffgeschichten erzählt von der Entdeckung und ökologischen Bedeutung dieses ambivalenten Stoffes und den Debatten, die sich um ihn entspannen.

Weitere Autoren im oekom verlag

Stefan Brunnhuber

Freiheit oder Zwang

Wer kann Nachhaltigkeit besser – Offene Gesellschaften oder Autokratien?

Erscheinungstermin: 10.10.2023

208 Seiten, Gebunden

Preis: 22 €, ISBN 978-3-98726-036-0

Zerstrittene Ampelregierungen und gewählte Klimaleugner: Funktioniert Nachhaltigkeit in Demokratien überhaupt? Oder brauchen wir eine »Öko-diktatur«, um handlungsfähig zu sein? Stefan Brunnhuber zieht ein weit-sichtiges Fazit, wie wir auf dieser Welt überleben können.

Alexandra Achenbach

Meine nachhaltige Küche – on a budget

111 Ideen & Lifehacks für wenig Geld

Erscheinungstermin: 10.10.2023

144 Seiten, Broschur, vierfarbig mit zahlreichen Abbildungen

Preis: 14 €, ISBN 978-3-98726-037-7

Eine umweltbewusste und gesunde Küche muss nicht teuer sein. Mit 111 Ideen von Müsliriegel bis Wurmkomposter zeigt Alexandra Achenbach, wie man bewusst einkauft, Geld spart und die Umwelt schont. Inklusive DIY-Anleitungen und leckerer Rezeptideen.

Weitere Autoren im oekom verlag

P. Blenke, C. Reisinger

Klimakurve kriegen

Was wir jetzt tun können, um unsere Klimaziele noch zu erreichen

Erscheinungstermin: 02.11.2023

168 Seiten, gebunden, vierfarbig mit zahlreichen Illustrationen

Preis: 20 €, ISBN 978-3-98726-060-5

Dieser Praxisratgeber beleuchtet fünf Sektoren: Energie, Industrie, Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft. Er zeigt leicht verständlich und nachvollziehbar auf, was Unternehmen und Privatpersonen aktiv gegen den Klimawandel tun können.

H. Pauli

Der grüne Weckruf

Wie Nachhaltigkeit und Klimaschutz gelingen

Erscheinungstermin: 07.09.2023

184 Seiten, gebunden

Preis: 24 €, ISBN 978-3-98726-053-7

Um die Klimaerwärmung und das Artensterben zu stoppen, ist es notwendig, Probleme grundsätzlicher anzugehen und unsere Werte kritisch zu hinterfragen. Hierzu liefert der Unternehmer und Ingenieur Hans Pauli viele wichtige Anregungen und Lösungsansätze.

Weitere Autoren im oekom verlag

Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V. (Hrsg.)

Bausteine für Klimagerechtigkeit

8 Maßnahmen für eine solidarische Zukunft

Erscheinungstermin: 02.11.2023

320 Seiten, Broschur, vierfarbig, mit zahlreichen Abbildungen

Preis: 19 €, ISBN 978-3-98726-073-5

Eine klimagerechte Welt ist möglich, aber wir müssen Wege finden, sofort mit dem Wandel zu starten. Von gerechter Wohnraumverteilung über autofreie Städte bis zu sozialen Garantien: Dieses Buch beschreibt Maßnahmen, die bis 2030 umsetzbar sind.

Stadt Kassel, S. Völker (Hrsg.)

Kultur und Nachhaltigkeit

Handlungsfelder und Praxisbeispiele

Erscheinungstermin: 07.09.2023

252 Seiten, Broschur

Preis: 26 €, ISBN 978-3-98726-058-2

Ob bei Filmfestivals, im Theater oder in Museen – Kultur kann und muss einen aktiven Beitrag für mehr Nachhaltigkeit leisten. 29 Autorinnen und Autoren bringen hier ihre fachliche Expertise ein, diskutieren zentrale Handlungsfelder – und geben Einblicke in Projekte aus der Praxis.

»Eine klimagerechte Welt, wie soll das gehen?« Wer sich für soziale und ökologische Verbesserungen einsetzt, kennt diese skeptische Frage. Dieses Buch gibt konkrete Antworten: Es zeigt Wege in eine (klima-)gerechte Zukunft, die im Hier und Jetzt beginnen und Ökologisches und Soziales neu zusammendenken.

Die Idee hinter den Bausteinen für Klimagerechtigkeit sind wirksame Maßnahmen für einen sozialökologischen Umbau, die innerhalb der nächsten fünf bis zehn Jahre umsetzbar sind – jenseits von technischen Lösungen und Profitlogik. Jede ausgewählte Maßnahme stellt ein eigenes gesellschaftliches Transformationsprojekt dar, das sich durch drei Eigenschaften auszeichnet: Sie sind transformativ, solidarisch und machbar.

Die Bausteine für Klimagerechtigkeit wurden zusammen mit Expert*innen aus sozialen Bewegungen, Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik und Gewerkschaften entwickelt. Dieses gesammelte Wissen soll Menschen inspirieren, ins Tun zu kommen. So ist dieses Buch eine Ressource für alle, die aktiv sind, und alle, die es werden wollen.

